



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Lagebericht	7
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises	18
Übersicht über die Eigenbetriebe	19
Übersicht über die Zweckverbände	19
Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen	20
Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen	20
Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig.....	25
Bildung und Kultur	29
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig	31
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	36
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	43
Gesundheit und Soziales.....	47
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	49
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH.....	57
Servicegesellschaft Muldental mbH	63
Kommunaler Sozialverband Sachsen	67
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig....	113
Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen).....	125
Struktur- und Wirtschaftsförderung	127
WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.	129
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	130
Invest Region Leipzig GmbH	136
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	146
Verkehr	149
Regionalbus Leipzig GmbH	151
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	162
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH.....	168
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	174
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	184
Entsorgung.....	203
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	205
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	211

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	225
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	254
Sparkasse und IT	257
Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	258
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	259
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	307
Lecos GmbH.....	308
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	310
Anhang.....	313
Anlage 1 Begriffserläuterungen.....	313
Anlage 2 Kennzahlen.....	317
Anlage 3 Abkürzungen.....	318
Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge.....	322

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2018 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,

2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
 3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.
- (4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2018 insgesamt über drei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und elf mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über neun Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2018 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2018 die Grundlage.

Borna, im November 2019



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2018 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2019.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2018 hatte der Landkreis Leipzig 3 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig elf mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 9 Zweckverbänden vertreten.

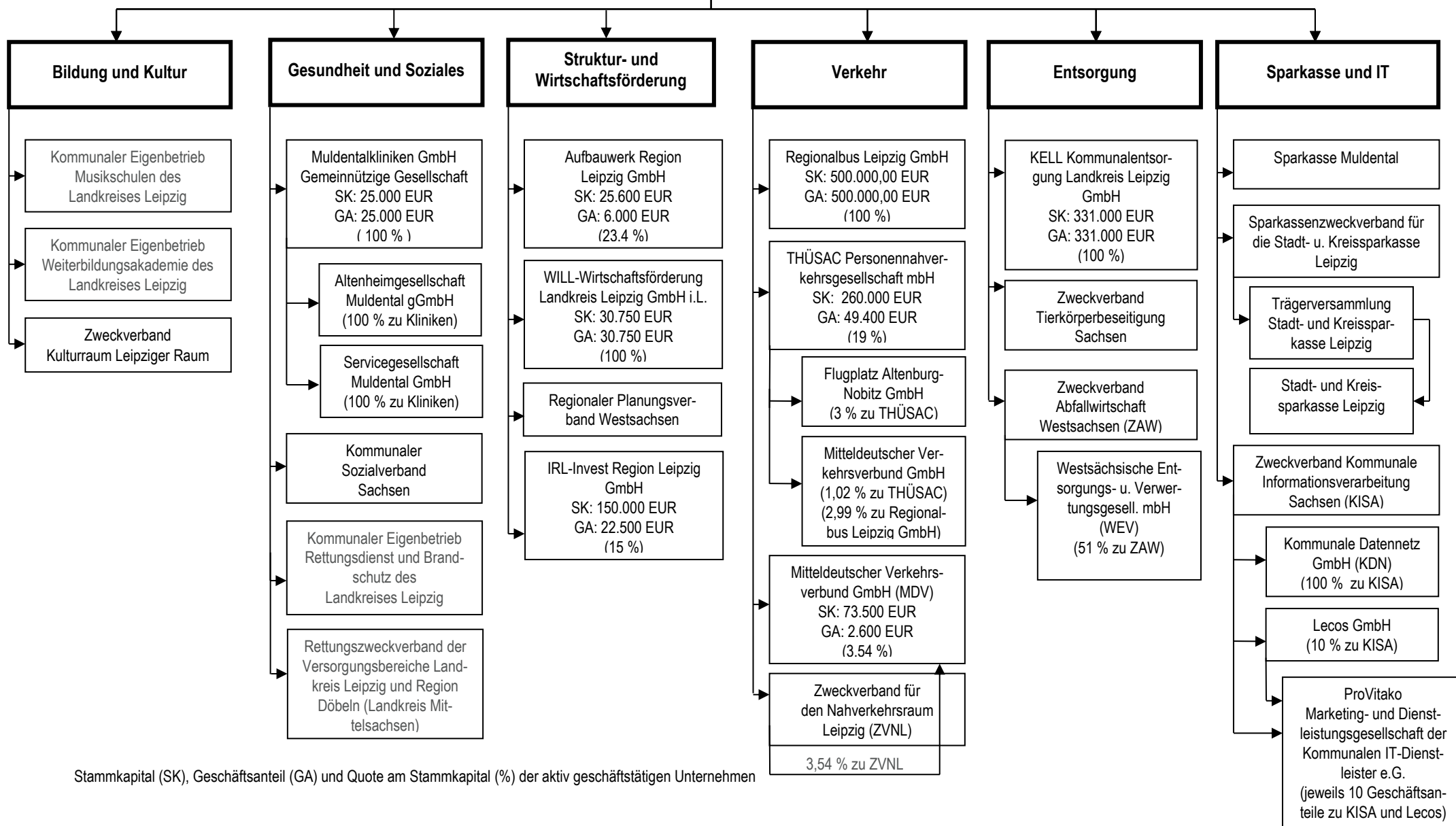
Die **Sparkasse Muldental** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts im Freistaat Sachsen. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Zum Berichtsstichtag 31.12.2018 unterhielt die Sparkasse 13 Geschäftsstellen und 3 Selbstbedienungsstellen.

Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind neben dem Gesetz über das Kreditwesen vom 9. September 1998 (rechtsbereinigt mit Stand vom 18. Januar 2019) das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 1. April 2014) und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003).

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: 2018)



Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 aufgenommen.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2017 erfolgte am 07.12.2016 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 09.02.2017 bestätigt.

Für den Kommunalen Eigenbetrieb WALL lag der Jahresabschluss zum 31.12.2017 bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2017 noch nicht vor und wird hiermit im Beteiligungsbericht 2018 nachgeholt.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb WALL durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von EUR 1.038.968,80 gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von EUR 142.968,80 enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2017 zu erzielen.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2018 erfolgte am 13.12.2017 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 04.05.2018 bestätigt. Für den Kommunalen Eigenbetrieb WALL lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2018 erfolgte am 13.12.2017 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 04.05.2018 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2018 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Musikschulen durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 1.709.000,00 EUR (Vorjahr: 1.378.525,00 EUR) gewährt. Ab dem Wirtschaftsjahr 2018 erhält der Eigenbetrieb keine Fördermittel des Kulturraumes Leipziger Raum; das hieraus resultierende Defizit in Höhe von ca. 467 TEUR wurde durch eine Erhöhung der Zuschüsse des Landkreises ausgeglichen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 103.720,35 EUR; davon 6.381,13 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Der Kulturraum Leipziger Raum besteht aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014 wurde vom Kulturkonvent am 19.06.2014 in öffentlicher Sitzung beschlossen (Beschluss Nr. 2013/07 III). Mit Schreiben vom 20.06.2014 wurde dem SMWK die beschlossene Haushaltssatzung zur rechtsaufsichtsbehördlichen Prüfung vorgelegt. Damit wurde die Frist, die Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen, nicht eingehalten. Mit Bescheid des SMWK vom 03.07.2014 wurde die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses des Kulturkonvents über die Haushaltssatzung 2014 bestätigt.

Der Jahresabschluss 2014 wurde am 19.03.2019 vom Konvent des Kulturraumes Leipziger Raum durch Beschluss festgestellt.

Das Haushaltsjahr 2014 schloss im ordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag in Höhe von 324.284,78 € ab. Entsprechend § 25 Abs. 1, 3 und 4 SächsKomHVO-Doppik soll ein Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis unverzüglich gedeckt werden. Da eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nicht vorhanden ist, kann der Fehlbetrag auf neue Rechnung vorgetragen werden. Er ist spätestens im zweiten, dem Haushaltsjahr folgenden Jahr, zu veranschlagen bzw. im vierten Folgejahr auf das Basiskapital zu verrechnen.

Zum 31.12.2014 beträgt die Bilanzsumme des Zweckverbandes Kulturraum Leipziger Raum 584.454,47 € und ist damit zum Vorjahr um 290.152,40 € niedriger.

Für das Haushaltsjahr 2014 standen dem Kulturraum Landeszuweisungen des SMWK nach § 6 Abs. 2 a) SächsKRG in Höhe von 4.714.617,00 EUR sowie Zuwendungen für Maßnahmen der Kulturellen Bildung in Höhe von 38.500,00 EUR zur Verfügung.

Über die Kulturumlage der Mitglieder nach § 6 Abs. 3 SächsKRG standen finanzielle Mittel in Höhe von 3.791.059,50 EUR zur Verfügung, welche in Höhe von 2.139.333,05 EUR aus dem Landkreis Leipzig sowie in Höhe von 1.651.726,45 EUR aus dem Landkreis Nordsachsen bereitgestellt wurden.

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2015, zum 31.12.2016, zum 31.12.2017 und zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 3.456.845,09 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 590.285,17) ab. Der Jahresabschluss 2018 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 12.06.2019 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Im Geschäftsjahr 2018 betrugen die Umsätze TEUR 58.893 (Vorjahr: TEUR 56.752). Die Stagnation der Umsätze aus Krankenhausleistungen ist auf die stagnierenden Leistungen im stationären Bereich zurückzuführen. Die per 31. Dezember 2017 deutlich zu hohen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden durch eine personelle Verstärkung des Medizincontrollings vollständig abgebaut. Dies führte jedoch zu deutlichen Umsatzkorrekturen für Vorjahre in Höhe von Mio. EUR 2,2. Gleichzeitig wurde die Vorsorge für strittige Abrechnungen 2018 zu Lasten der Umsatzerlöse um Mio. EUR 0,3. erhöht.

Die auf dem niedrigen Niveau von 2017 stagnierende Leistungsmenge ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass zwei in 2018 neu besetzte Chefarztpositionen im Jahresverlauf nicht so zügig zu Leistungssteigerungen führten, wie erhofft.

Aufgrund der Neubewertung von Ausgleichsansprüchen für Vorjahre gegen Krankenkassen sowie gestiegener Erlöse der Klinikapotheke konnten die sonstigen Erlöse einmalig um Mio. EUR 1,4 gegenüber 2017 gesteigert werden.

Verschiedene Streitigkeiten mit den Krankenkassen zu in den Vorjahren abgerechneten Aufwandspauschalen konnten in 2018 durch Vergleiche beigelegt werden. Dadurch konnten Rückstellungen in Höhe von TEUR 236 aufgelöst werden.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2018 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR 661 (Mindererlösausgleich 2017: TEUR 78).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2017 um TEUR 1.305 (3,2 %) gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle Stellen mit geeigneten Bewerbern besetzt werden konnten.

Der wesentliche Grund für den Fehlbetrag sind also zum einen offene Forderungen der Muldentalkliniken in Höhe von circa 2,2 Millionen Euro, die von den Krankenkassen auf Grund von Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) nicht beglichen worden sind. Dazu kommen etwa 1 Millionen Euro, die einmalig in den Brandschutz investiert wurden.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2018 eine Sozialumlage in Höhe von 27.229.138,70 EUR (Vorjahr 23.833.326,36 EUR).

Der Jahresabschluss 2018 wurde in der Verbandsversammlung am 09.12.2019 beschlossen. Die ordentlichen Erträge liegen bei 684,9 Mio. EUR (Vorjahr 590,9 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 664,1 Mio. EUR (Vorjahr 599,3 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Überschuss i. H. v. 20,8 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 8,4 Mio. EUR) ab.

Die Verbandsversammlung des **Rettungszweckverbandes der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** fasste nach § 62 Abs. 1 SächsKomZG in ihrer am 18.09.2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung den Beschluss über die Auflösung des Rettungszweckverbandes zum 31.12.2017. Die Verbandsmitglieder des Rettungszweckverbandes, der Landkreis Mittelsachsen und der Landkreis Leipzig bestätigten mit Beschlüssen der Kreistage vom 11.10.2017 und vom 08.11.2017 die Auflösung des Rettungszweckverbandes und dessen Abwicklung auf der Grundlage eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Auseinandersetzung zur Abwicklung des Rettungszweckverbandes der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) - Auseinandersetzungsvereinbarung -. Mit Bescheid (Aktenzeichen L21-2217/104/48) vom 30.11.2017 genehmigte die Landesdirektion Sachsen die Auflösung des Rettungszweckverbandes zum 31.12.2017 und dessen Abwicklung auf Grundlage des Öffentlich-rechtlichen Vertrages (Auseinandersetzungsvereinbarung).

Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von 261.984,27 EURO, wovon 21.111,28 EURO auf die Kostenträgersparte Rettungsdienst und 240.872,99 EURO auf die Kostenträgersparte Brandschutz und sonstige Dienstleistungen entfallen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 ist noch nicht festgestellt. Die Beendigung der Liquidation ist im Jahr 2019 geplant.

Der **Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2017/141 vom 13.12.2017 zum 01.01.2018 aufgenommen.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2018 erfolgte am 28.02.2018 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 17.04.2018 bestätigt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde am 30.10.2019 durch den Kreistag festgestellt. Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.440.166,10 EURO, welcher vollumfänglich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ entfällt. Die Sozialleistungsträger erkannten in der stattgefundenen Verhandlung den Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2018 vollumfänglich und dessen Nachkalkulation in den Entgelten und Gebühren des Wirtschaftsjahres 2020 an.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Die Löschung der Gesellschaft wurde gemäß Beschluss des Gesellschafters vom 02.10.2018 im Oktober 2018 beantragt. Mit Schreiben des Amtsgerichtes Leipzig vom 24.10.2018 ist die Liquidität beendet und die Firma am 22.10.2018 erloschen.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die

zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2018 managte das Aufbauwerk ein Gesamtbudget aller Projekte von ca. 34,6 Mio. Euro. Insgesamt wurden bis dahin erfolgreich 11,8 Mio. EUR (davon 3,35 Mio. Euro für die Region) eingeworben. Weitere 8,8 Mio. Euro wurden weiter beantragt. Darüber hinaus wurden mit Unterstützung des Aufbauwerks als externer Dienstleister 14 Mio. Euro Fördergelder akquiriert. Momentan laufen acht Projekte, wovon das Aufbauwerk in drei Projekten als Leadpartner fungiert. Weitere Drittmittel wurden über externe Dienstleistungsaufträge eingeworben. So startete ab August 2018 ein Auftrag zur „Innovationsregion Mitteldeutschland“, wo der Burgenlandkreis Auftraggeber ist, finanziert über das Bundesprogramm „Unternehmen Revier“. Darüber hinaus wurden weitere Mittel in Höhe von 8 Mio. Euro erfolgreich über GRW - Bundesmittel für die „Innovationsregion Mitteldeutschland“ eingeworben. Das Aufbauwerk hat hier ebenfalls das Finanzmanagement für die nächsten drei Jahre in Auftrag erhalten.

Drei weitere Projekte mit einer Laufzeit von mindestens drei Jahren wurden positiv bewilligt und werden Mitte 2019 starten. Damit konnte die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft für die Folgejahre weiter stabilisiert werden.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 34.851,45 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 4.770,62 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 378.817,41 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr (+135.241,57 Euro) um 55,52 %. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2018 durch die Untervermietung der Büroräume und des Beratungsraumes generiert werden.

Korrespondierend dazu erhöhte sich der Betriebsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 62.673,43 Euro auf 299.193,17 Euro. Die Aufwendungen für Personal stiegen um 54.170,31 Euro, die auf Neueinstellungen von Projektsachbearbeitern zurückzuführen sind.

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 im nächsten Jahr bereits in der Auslaufphase befindet, werden erste Projekte (z.B. MOVECIT im Mai 2019) abgeschlossen. Intensive Abschlussarbeiten werden 2020 prägend für die Tätigkeit im Aufbauwerk sein.

Gemäß der vorgelegten Wirtschaftsplanung erwartet die Gesellschaft in der Planung der nächsten drei Jahre positive Jahresergebnisse.

Die Invest Region Leipzig GmbH fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Juni 2018 verständigten sich die Gesellschafter darüber, das Tätigkeitsprofil weiter zu schärfen. Demnach fokussiert die Gesellschaft nunmehr auf die Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen unter der Reduzierung der vertrieblichen Aktivitäten des Fachkräfteservices, der in das Ansiedlungsgeschäft integriert und im Wesentlichen auf die Beratung von Ansiedlungsinteressenten in fachkräftespezifischen Themenstellungen und den Betrieb und die Bewerbung des regionalen Fachkräfteportals www.work-in-leipzig.de beschränkt wird. Die wirtschaftsfördernden Standort-Marketingaktivitäten für die Region Leipzig dienen unverändert der Umsetzung von Zielen und Strategien zur Ansprache strategisch bedeutsamer Unternehmen.

Aufgrund des Auslaufens des Dienstleistungsvertrages galt es in 2018, sich über einen Neuabschluss einer Finanzierungsgrundlage, die ab dem 1. Januar 2019 Wirkung entfaltet, zu verständigen. Die Gesellschafter Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen sprachen sich für den Zeitraum 2019 bis 2021 für eine Fortführung der Finanzierung über einen Dienstleistungsvertrag aus. Der Gesellschafter IHK zu Leipzig stellt seinen Finanzierungsanteil durch eine institutionelle Förderung für die Jahre 2019 bis 2021 sicher.

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.515 (2017: TEUR 1.179) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.486 (2017: TEUR 1.168) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten

Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern zugrunde liegt und in Höhe von TEUR 29 (2017: TEUR 11) aus maßnahmenorientierten Marketing-Aktivitäten.

Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (2017: TEUR 1) aus.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2018 10.300,00 EUR.

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen liegt der festgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Verkehr

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen der **Regionalbus Leipzig GmbH** bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013. Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahmen aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die im August 2017 gestartete zweite Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ wirkte erstmals im gesamten Geschäftsjahr 2018, wodurch eine positive Entwicklung der Fahrgastzahlen verzeichnet werden konnte.

Die Gesellschaft betreibt nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 5 TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot.

Die Verträge zu den eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS und des Pönsa Parks wurden verlängert bzw. fortgesetzt.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese lagen geringfügig über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr aufgestellten Erwartungen.

Die aufgrund des Ausbaus der Verkehrsleistung erforderlichen Arbeiten zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen im Betriebsteil Deuben wurden im Geschäftsjahr 2018 wie vorgesehen durchgeführt. Im Betriebsteil Grimma konnten die angemieteten Flächen ab März 2018 vergrößert und so an den gewachsenen Personalbestand angepasst werden.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.083 TEUR (2017: Jahresüberschuss 1.072 TEUR). Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 20.893 TEUR (2017: 18.800 TEUR) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 3.685 TEUR getätigt. Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von 3 Omnibussen in Höhe von 1.056 TEUR.

Für das Jahr 2019 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr von 7.551 TEUR (2018: 6.961 TEUR) geplant. Das Jahresergebnis 2019 soll planmäßig 847 TEUR betragen. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienvverkehr sowie gestiegenen Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, höhere Materialkosten sowie leicht steigende Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2020 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Regionalbus Leipzig GmbH auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurückblicken kann. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten wiederum erweitert werden.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienvverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienvverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmölln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen). Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienvverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienvverkehr ab 2018 für 18 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 erteilt.

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2018 um 1,9 % auf 21,0 Mio. EUR leicht gesunken. Die Umsatzerlöse betragen 13.926 TEUR (Vorjahr: 13.694 TEUR). Im Kerngeschäft des Unternehmens – dem Personennahverkehr – konnten die Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen des Vorjahres nicht erreicht werden. Diese sanken um TEUR 288. Dies ist insbesondere auf den Fahrgastrückgang zurückzuführen. Die Tarifanpassungen zum 1. August 2017 und 1. August 2018 sowie die Angebote aus dem S-Bahnnetz und den PlusBus Linien konnten diese Entwicklung nicht umkehren. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr sind gesunken, hauptsächlich infolge der durch die neuen Verkehrsprojekte stattgefundenen Verschiebung des freigestellten Schülerverkehrs zu Gunsten des ÖPNV Angebots für Jedermann. Im Geschäftsjahr 2018 wurden 2.138 TEUR (Vj. 2.196 TEUR) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und für die weitere Attraktivität der Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in sechs Busse (1.549 TEUR) wurden mit 1.090 TEUR aus Fördermitteln finanziert.

Die Eigenkapitalquote hat sich minimal auf 46,7 % (Vorjahr: 46,2 %) der Bilanzsumme erhöht. Das geplante Jahresergebnis 2018 (190 TEUR) konnte nicht erreicht werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 82 TEUR. Geringere Erträge aus rückläufigen Fahrgastzahlen wurden durch andere Erträge kompensiert. Höhere Aufwendungen für Kraftstoff konnten jedoch nicht mehr ausgeglichen werden. Der Wegfall von Subunternehmerleistungen führte zwar zu geringeren bezogenen Leistungen, jedoch erhöhten sich dadurch die Personalaufwendungen. Zudem wurde Personal für die Erweiterung des Leistungsangebots ab 2019 aufgebaut.

Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von 63 TEUR.

Der Jahresabschluss 2018 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Der durch die Ge-

sellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2018 zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.534 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres und enthielt eine Anhebung um 2,5 %. Mit dem Wirtschaftsplan 2018 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2017 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 379 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.554 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.671 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.117 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 359 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 wurde davon durch die Gesellschafter am 13. Dezember 2018 bereits ein Übertrag von TEUR 331 auf die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 28 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** betragen im Berichtsjahr 9,9 Mio. EUR und liegen damit annähernd auf Vorjahresniveau. Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 307 TEUR. Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 650 TEUR getätigt. Weiterhin erfolgten Ertüchtigungen an den Wertstoffhöfen im Umfang von 24 Tsd. EUR. Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2018 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 500 TEUR finanziert. Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat im Berichtsjahr die Umstellung der Veranlagungsart sowie die Einführung der Biotonne ab 2020 beschlossen. Beide Beschlüsse werden in den nächsten beiden Jahren Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft haben.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2018 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Gesamterträge geplant mit 7.763.200 EUR (Vorjahr 7.375.500 EUR) wurden mit 7.408.647 EUR (Vorjahr: 7.165.100 EUR) nicht erfüllt und liegen mit 354.553 EUR unter dem Plan (Vorjahr 210.485 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 411 TEUR unter dem Planansatz (Vorjahr 117 TEUR unter Plan). Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.328.046,91 EUR (Vorjahr: 1.219.932,44 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.296.366,99 EUR (Vorjahr: 1.206.540 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Nachzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Nachzahlung 1.056,29 EUR (Vorjahr: Nachzahlung 1.602,27 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 94.436,00 EUR.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 in der am 23.09.2019 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Henschke und Partner mbB geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Durch den Jahresgewinn 2018 in Höhe von 1.003 TEUR (Vorjahr: 808 TEUR) vermehrt sich das Eigenkapital zum 31.12.2018 auf 6.212.410,97 EUR (Vorjahr: 5.209.142,17 EUR).

Sparkassen

Die **Sparkasse Muldental** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Der Jahresüberschuss 2018 beträgt 1.341 TEUR (Vorjahr: 1.349 TEUR). In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 30.10.2019 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldental genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** ist mit Ablauf des 31.08.2018 aufgelöst. Seit dem 01.09.2018 erfolgt die Ausübung der Trägerbefugnisse gleichermaßen durch den Landkreis Leipzig, die Stadt Leipzig und den Landkreis Nordsachsen. Flankiert wird die neue Trägerstruktur durch die ebenfalls seit dem 01.09.2018 abgeschlossene Geschäftsgebietsabgrenzung mit der Sparkasse Muldental. Somit ist jetzt auch die formale Zuordnung der Filiale Borsdorf und des SB-Standortes in Panitzsch zur Sparkasse Leipzig einvernehmlich geklärt.

Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Stadt- und Kreissparkasse Leipzig genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2018 in der Verbandsversammlung am 04.06.2019 festgestellt. Mit Ende des Geschäftsjahres 2017 konnte KISA die Konsolidierung des Verbandes erfolgreich abschließen. Durch eine stabile Haushaltslage im Geschäftsjahr 2018 konnte sich KISA somit auf die Optimierung interner Prozesse und den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden konzentrieren sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen generieren.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2018 insgesamt 269 Verbandmitglieder. Aufgrund der Stabilisierung der Liquidität und der positiven Entwicklung des Verbandes haben sechs Verbandsmitglieder ihren Wunsch auf Austritt aus dem Verband zurückgezogen.

Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich der laufende Umsatz um 1.681 T€. Der Minderumsatz ist hauptsächlich begründet durch Kündigung des Vertrages KM-D mit der Stadt Leipzig gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 21.09.2018 (Umsatz Vorjahr: 2.073 T€) sowie fehlender einmaliger Umsätze resultierend aus der Durchführung von Wahlen (500 T€) im Jahr 2017. Im Wirtschaftsplan 2018 wurde ein Umsatz von 17.090 T€ geplant.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 558 T€ (Vorjahr 2.498 T€). Im Wirtschaftsjahr 2018 erfolgte keine Erhebung von Umlagen (Vorjahr 1.000 T€).

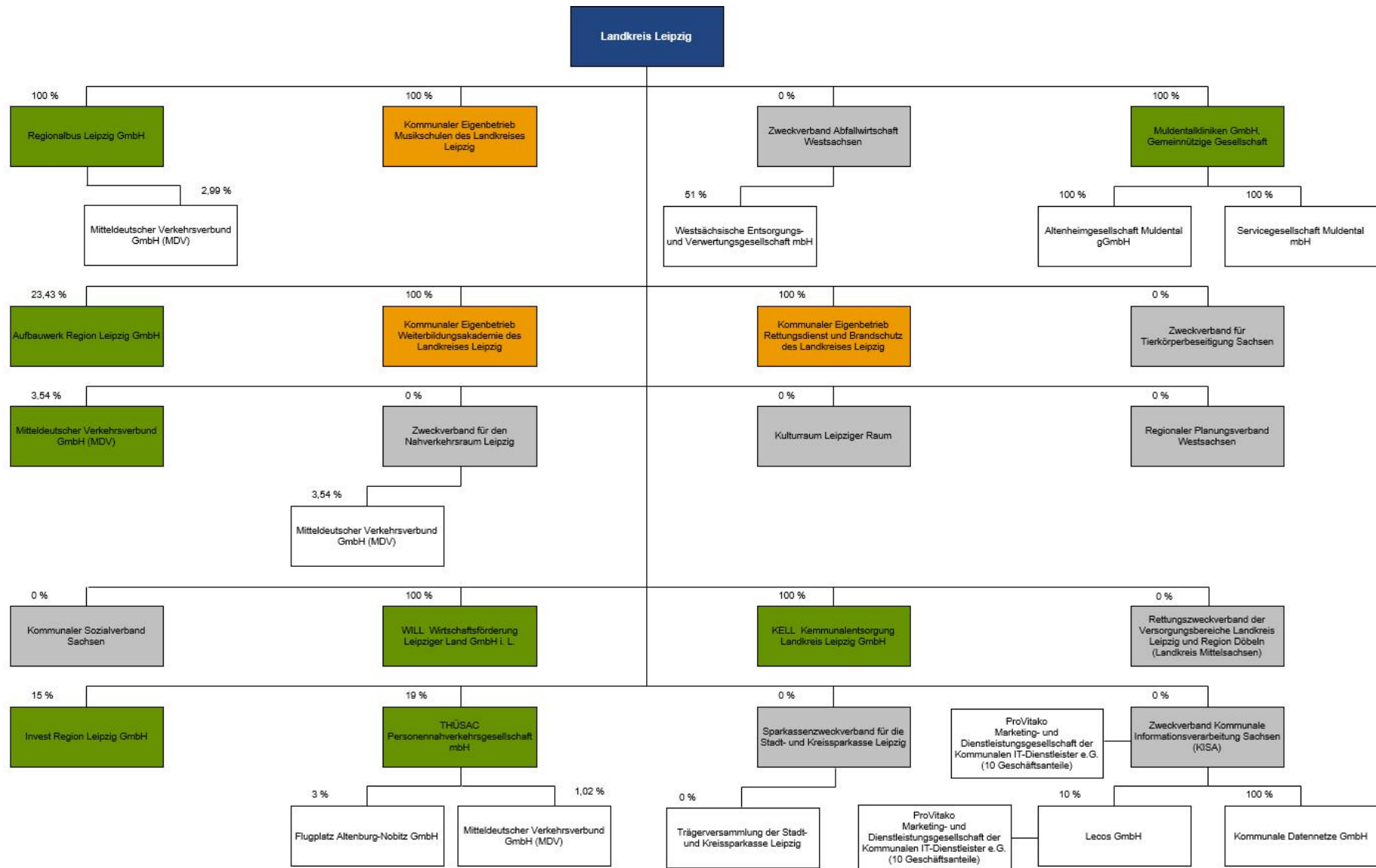
Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplans erwartet. Erstmals seit Jahren konnten alle Vertriebsziele erreicht werden. Parallel dazu wurden weiterhin alle möglichen Einsparungen realisiert.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 11.11.2019

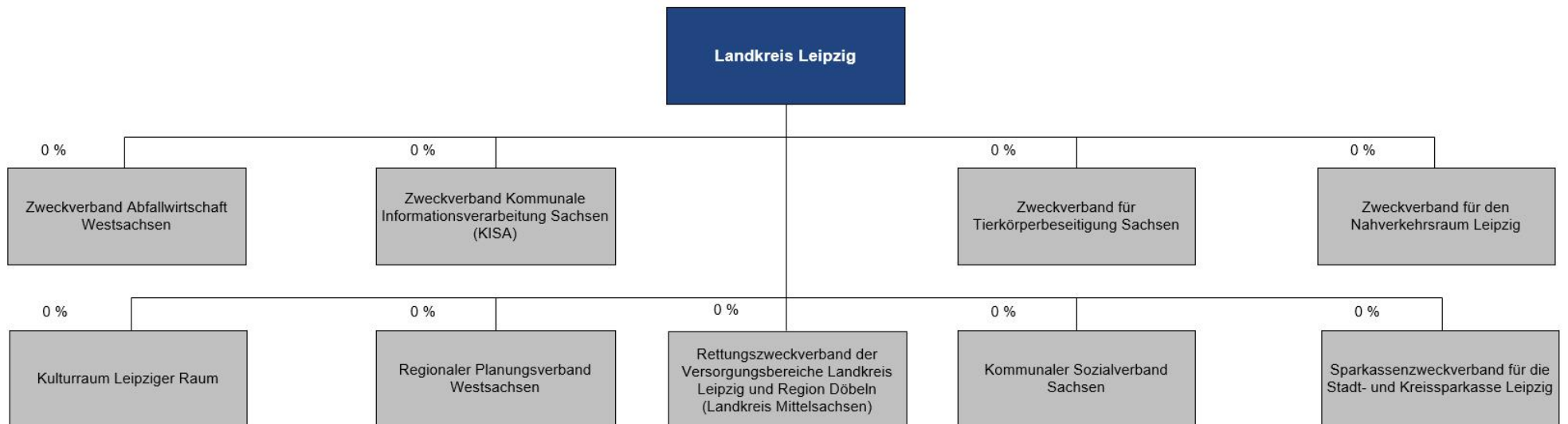
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



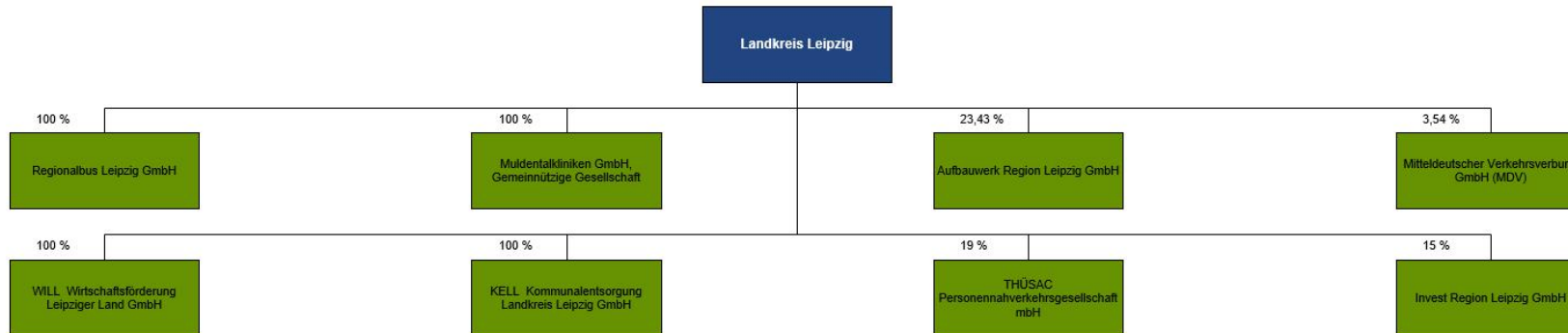
Übersicht über die Eigenbetriebe



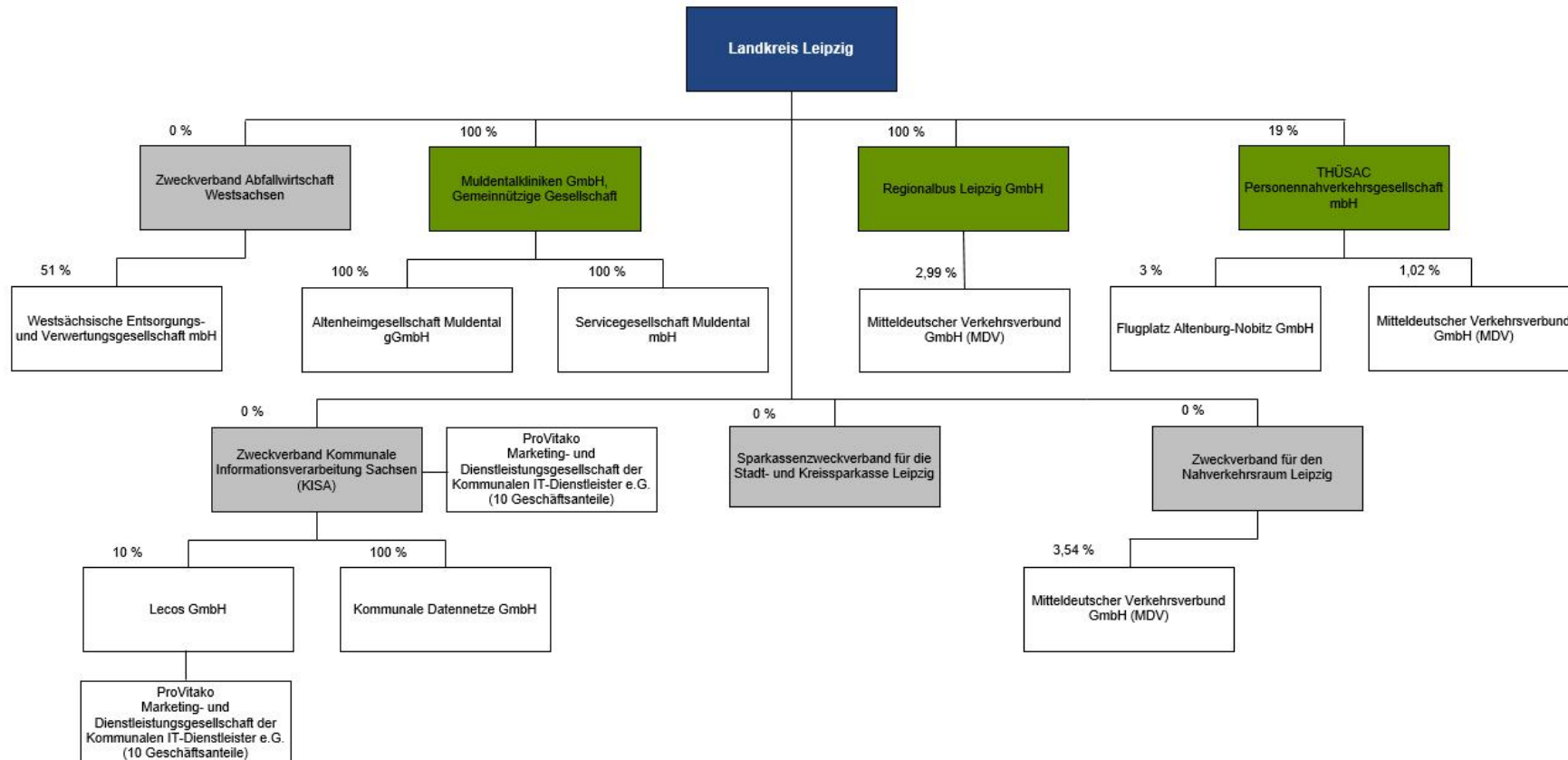
Übersicht über die Zweckverbände



Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



Beteiligungsstruktur

Landkreis Leipzig	
100,00%	Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig
100,00%	Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig
	Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
100,00%	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft
100,00%	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
100,00%	Servicegesellschaft Muldental mbH
	Kommunaler Sozialverband Sachsen
100,00%	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig
	Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)
100,00%	WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.
23,44%	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH
15,00%	Invest Region Leipzig GmbH
	Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
100,00%	Regionalbus Leipzig GmbH
2,99%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
19,00%	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH
3,00%	Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH
1,02%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
3,54%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
3,54%	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) [M]
100,00%	KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH
	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Zweckverband Abfallwirtschaft West Sachsen
51,00%	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
	Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
100,00%	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
10,00%	Lecos GmbH
2,62%	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. [M]
2,62%	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. [M]

[M] = Mehrfachbeteiligung, Mehrfachnennungen in der Auflistung sind möglich

Landkreis Leipzig

Bildung und Kultur	Gesundheit und Soziales	Struktur- und Wirtschaftsförderung
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft 100,00%	WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L. 100,00%
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH 0% (100,00%)	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH 23,44%
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum <i>Zweckverband</i>	Servicegesellschaft Muldental mbH 0% (100,00%)	Invest Region Leipzig GmbH 15,00%
	Kommunaler Sozialverband Sachsen <i>Zweckverband</i>	Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen <i>Zweckverband</i>
	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	
	Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen) <i>Zweckverband</i>	

Landkreis Leipzig

Verkehr	Entsorgung	Sparkasse und IT
<p>Regionalbus Leipzig GmbH 100,00%</p>	<p>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH 100,00%</p>	<p>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig <i>Zweckverband</i></p>
<p>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH 19,00%</p>	<p>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen <i>Zweckverband</i></p>	<p>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) <i>Zweckverband</i></p>
<p>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH 0% (0,57%)</p>	<p>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen <i>Zweckverband</i></p>	<p>KDN - Kommunale DatenNetz GmbH -</p>
<p>Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) 3,54% (4,25%)</p>	<p>Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH 0% (20,40%)</p>	<p>Lecos GmbH -</p>
<p>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig <i>Zweckverband</i></p>		<p>ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e.G. 0%</p>

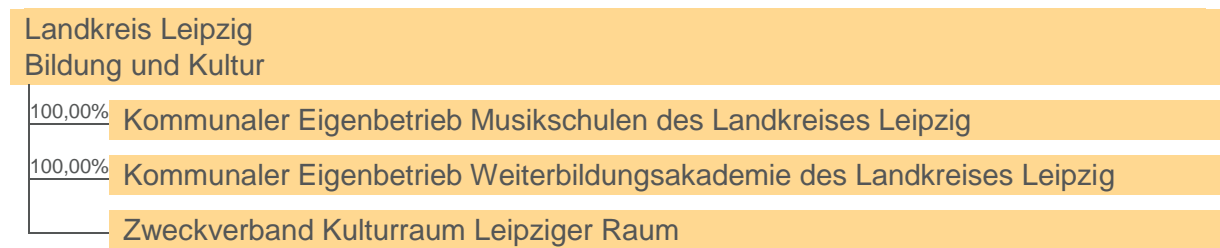
Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig								
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbandes, Unternehmens	Stammeinlage/Haftungskapital			Verlustabdeckung und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreise		Bürgschaft- en/sonstige Gewährleistungen des Landkreises
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2017 in €	2018 in €	2017 in €	2018 in €	2018 in €
Bildung und Kultur								
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig	-	-	-	1.356.533,80	1.702.618,90	-	-	-
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	-	-	-	1.038.968,80	896.000,00	-	-	-
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	-	-	-	1.920.282,90	2.026.312,50	-	-	-
Gesundheit und Soziales								
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	-	-	-	-	-
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Kommunaler Sozialverband Sachsen	-	-	-	25.248.213,40	27.229.138,70	-	-	-
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	-	-	-	-	568.387,80	-	-	-
Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)	-	-	-	569.206,65	-	-	-	-

Struktur- und Wirtschaftsförderung								
WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.	30.750,00	30.750,00	100,00	-	-	-	-	-
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	6.000,00	23,44	-	-	-	-	-
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	253.442,70	189.032,64	-	-	-
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	-	-	-	10.300,00	10.300,00	-	-	-
Verkehr								
Regionalbus Leipzig GmbH	500.000,00	500.000,00	100,00	10.486.685,00	12.375.962,00	-	-	-
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	260.000,00	49.400,00	19,00	2.948.800,00	2.948.800,00	-	-	-
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	51.129,19	-	-	-	-	-	-	-
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	73.500,00	2.600,00	3,54	87.678,70	89.704,00	-	-	-
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-
Entsorgung								
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	331.000,00	331.000,00	100,00	-	-	8.854,60	7.758,40	2.220.750,00
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	-	-	-	89.364,30	95.492,30	-	-	-
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	-	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	1.000.000,00	-	-	-	-	-	-	-

Sparkasse und IT								
Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	-	-	-	25.936,10	-	-	-	-
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Lecos GmbH	200.000,00	-	-	-	-	-	-	-
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	190.500,00	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	2.947.479,19	967.250,00		44.035.412,35	48.131.748,84	8.854,60	7.758,40	2.220.750,00

Bildung und Kultur

Beteiligungsstruktur



Beteiligungsstruktur (graphisch)



Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

An der Wyhra 1A

04552 Borna

Tel.: 03433 269721

E-Mail: kanders@musikschule-leipzigerland.de

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.2012

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

Stammkapital:

<keine>

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Herr Dr. Klaus-Dieter Anders

III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	1.053.973,0 €	1.356.533,8 €	1.702.618,9 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Wirtschaftsbericht

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2018 von durchschnittlich ca. 2.100 (Vorjahr: 2.100) Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt 2.906 Teilnehmer; Vorjahr: 2.851). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sieben Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 400 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.300 Teilnehmer im Jahr 2018 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2018 216 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 27.500 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2018 von durchschnittlich ca. 1.100 (Vorjahr: 1.100) Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt 1.294 Teilnehmer; Vorjahr: 1.262). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 300 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.600 Teilnehmer im Jahr 2018 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2018 125 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 18.500 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug, im Wirtschaftsjahr 2015 wurde die Gebührensatzung überarbeitet und den steigenden Personal- und Honorarkosten angepasst.

Die Gesamtkosten der beiden Musikschulen in den früheren Eigenbetrieben betrugen ca. 2,6 Mio. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 3,6 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen, gestiegenen Personalkosten (Honorare und Gehälter) und erhöhten Betriebsausgaben für das Gebäude in Markkleeberg.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2018 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 103.720,35 EUR; davon 6.381,13 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2018 lässt sich folgendes feststellen:

	Plan 2018	Ist 2018	Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)
	T EUR	T EUR	
1. Umsatzerlöse	1.303,0	1.327,2	
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.268,8	2.285,4	
Erträge GESAMT	3.571,8	3.612,6	
5. Materialaufwand	571,0	555,2	Senkung durch Umwandlung in Personalkosten
6. Personalaufwand	2.408,4	2.438,2	Erhöhung durch Umwandlung von Honoraren
7. Abschreibungen	198,0	203,4	
8. Sonstige	393,4	415,8	
Aufwendungen GESAMT	3.571,8	3.612,6	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	0,00	

Der Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2018 Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 331.264,20 EUR. Ab dem Wirtschaftsjahr 2018 erhält der Eigenbetrieb keine Fördermittel des Kulturräumtes Leipziger Raum; das hieraus resultierende Defizit in Höhe von ca. 467 TEUR wurde durch eine Erhöhung der Zuschüsse des Landkreises ausgeglichen.

2. Prognose

- Ab dem 01.01.2019 arbeiten die beiden Musikschulen in einer neuen Eigenbetriebsstruktur. Hierzu wird auf Pkt. 4 des Lageberichts verwiesen.
- Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar.
- Änderungen im Wirtschaftsplan 2019 für die beiden Musikschulen resultieren aus der Erhöhung der Personalkosten (insbesondere durch tarifliche Vereinbarungen).
- Eine Änderung der Umsatzerlöse ist derzeit nicht erkennbar, wenngleich durch lange Krankheitsphasen von Musikschullehrer*innen bereits mehr als 10 TEUR zurückerstattet wurden.
- Entsprechend Wirtschaftsplan 2019 § 3 sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen; entsprechend Wirtschaftsplan 2019 § 4 wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 800.000 EUR festgesetzt. Diese stehen im gleichen Zusammenhang wie die Kassenkredite (Wirtschaftsplan § 5) in Höhe von 500.000 EUR, der die Durchführung der Baumaßnahme 04552 Borna, Deutzener Straße 24 sichert.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen ist derzeit nicht erkennbar; für das Wirtschaftsjahr 2019 liegt ein entsprechender Zuwendungsbescheid vor.

- Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird prognostiziert, dass der Wirtschaftsplan hinsichtlich eines ausgeglichenen Ergebnisses (Gewinn/Verlust 0,00 EUR) umgesetzt werden kann.

3. Chancen und Risiken

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Die Satzung für den neuen Eigenbetrieb wurde mit dem Beschluss BV-2018/119 am 14.11.2018 beschlossen, als Betriebsleiter wurde mit Beschluss BV-2018/115 Herr Dr. Klaus-Dieter Anders bestätigt.

Im Vorfeld der beiden Beschlüsse erfolgte im Kreistag eine Grundsatzentscheidung, die für den neuen Eigenbetrieb insbesondere folgende Synergieeffekte durch den Wegfall von Doppelstrukturen diskutierte: gemeinsame Eigenbetriebsleitung, Wirtschaftsplan, Budgetvereinbarung, Bilanz, Steuererklärung, Jahresabschluss, Wirtschaftsprüfer, Rechnungsprüfungsamt, zwischenbetriebliche Rechnungen, Personaleinsatz, Standortoptimierung. Derzeit befindet sich der Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ in einer diesbezüglichen Neustrukturierung, wobei auch die Zusammenlegung der beiden Volkshochschulen bzw. der beiden Musikschulen zu jeweils einer Einrichtung diskutiert wird.

Mit dem Beschluss BV-2019/049 wurde die Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ beschlossen. Der Leiter des Bereiches Volkshochschulen vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den neuen Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2019 fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2019 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Volkshochschulen und Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar. Zur Minimierung des Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarstunden in Festanstellungsverhältnisse angestrebt. Hierzu wurden weitere Stellen für Musikpädagogen aufgenommen.
- Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften für eine Flächenauslastung im Landkreis Leipzig muss im Honorarbereich als problematisch eingeschätzt werden. Die künftige Verfügbarkeit wird außerhalb eines Festanstellungsverhältnisses kaum noch gegeben sein.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Risiken, die sich im Bereich Volkshochschule ergeben, werden im Lagebericht zum Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Weiterbildungs-Akademie des Landkreises Leipzig“ dargestellt.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,

- Risikobewertung,
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

Im Rahmen der Neuordnung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurden umfangreiche Maßnahmen (Neufassung Anmeldeformular, Arbeitsverzeichnis Datenschutz u.ä.) durchgeführt, um die entsprechenden Risiken einer Datenschutzverletzung zu minimieren. Die Mitarbeiter wurden entsprechend geschult.

4. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltsplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27, Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 26.04.2019

Dr. Anders
Betriebsleiter

Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Lüptitzer Straße 2

04808 Wurzen

Tel.: 03425 90470

E-Mail: thomas.friedrich@vhs-muldental.de

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.2012

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennewitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt.

Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

Stammkapital:

<keine>

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Herr Thomas Friedrich
(bis 29.09.2018)

III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	831.349,0 €	1.038.968,8 €	896.000,0 €
Bürgschaften	-	-	-

Für den Kommunalen Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zum Jahresabschluss 2017 nachgereicht, da dieser bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2017 noch nicht vorlag.

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** für 2017 wird wie folgt beurteilt:

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig (WALL) vereinigt die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das BerufsQualifikationsZentrum und das Schullandheim Bennewitz. Der Weiterbildungsbetrieb ist gemeinnützig tätig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) in selbstständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim (SLH) und das BerufsQualifikationsZentrum (BQZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2017 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die VHS Muldental mit TEUR 1.045 um TEUR 70 unter den Planzahlen. Gegenüber 2016 ergibt sich eine Minderung um TEUR 143. Mit TEUR 930 wurden die Planzahlen der VHS Leipziger Land um TEUR 30 unterboten. Gegenüber 2016 ergibt sich jedoch eine Erhöhung um TEUR 122. Aufgrund der stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten in den beiden Volkshochschulen im BerufsQualifikationsZentrum Erträge erzielt werden, die den Planansatz um TEUR 14 übertreffen. Die Zuordnung dieser Erträge zu den beiden Volkshochschulen ist durch die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen durch das VHS-Personal begründet. Die Erträge wurden als Erträge BQZ ausgewiesen. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten so einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Für das Schullandheim wurden die Planzahlen fast erreicht.

Im Wirtschaftsjahr ist es durch erfolgreiche Projektakquise gelungen, zusätzliche Mittel einzuwerben, unter anderem die „Mitarbeiterfortbildung“ sowie Projekte, die durch das Sächsische Bildungsinstitut (SBI) als innovative Projekte gefördert wurden. Eine Fortsetzung hat das Projekt „Junior Ranger“ mit Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes erfahren. Des Weiteren wurden Projekte mit Mitteln aus dem Projekt „Globales Lernen“ des Deutschen Volkshochschul-Verbandes International umgesetzt. Die damit im Landkreis (LK) Leipzig angebotenen Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“ sind vollkostendeckend kalkuliert. Das Projekt wurde auch in 2018 fortgesetzt.

Das Projekt „Integrativ“ in Zusammenarbeit mit Arbeit & Leben Sachsen wurde von der Volkshochschule Leipziger Land erfolgreich durchgeführt. Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von EUR 1.038.968,80 gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von EUR 142.968,80 enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2017 zu erzielen. Durch die Zuschussgewährung werden keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig sind wie folgt darzustellen:

VHS MTL:	WP 2017	EUR 1.114.698,00Ist	EUR 1.045.501,58
BQZ MTL:	WP 2017	EUR 1.448.385,00Ist	EUR 1.441.198,11

VHS LL: WP 2017EUR 1.960.150,00 IstEUR 1.930.223,76

BQZ LL: WP 2017EUR 1.448.385,00 IstEUR 1.469.776,16

Die Einnahmen des Schullandheimes lagen unter Plan:

SLH: WP 2017EUR 1.115.000,00 IstEUR 1.112.163,00

2. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

A. Eigenkapital

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
I. Rücklagen			
1. Kapitalrücklage	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00
	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00

II. Gewinn/Verlust

Jahresverlust/-gewinn	0,00	0,00	0,00
	1.178.322,62	1.178.322,62	0,00

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Anfangsbestand	1.326.407,87	1.399.690,37
Zugänge	13.249,89	
Abgänge	22.801,86	
Auflösungen	73.114,45	73.282,50
Endstand	1.243.741,45	1.326.407,87

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldental und das Schullandheim (SLH). In diesem Zusammenhang wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft. Die Sonderposten werden in Höhe der Abschreibung der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

Durch Abriss einer Raumzelle in Geithain musste dieser Sonderposten aufgelöst werden. Im noch bestehenden Wert in Höhe von EUR 22.801,86 wurde eine Rückstellung gebildet.

Vom Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV) erhielt das SLH für das Projekt „Ausbau Kreativ- und Holzwerkstatt“ Mittel in Höhe von EUR 19.546,25. Für Investitionen in Höhe von EUR 13.249,89 wurden für dieses Projekt Sonderposten gebildet.

C. Rückstellungen

	Stand 01.01.2017 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Bildung/ Erhöhung EUR	Gesamt 31.12.2017
Wirtschaftsprüfung	4.765,95	4.765,95		4.492,25	4.492,25
Interne Jahresabschlusskosten	3.000,00				3.000,00
Rückstellung für Urlaub	6.670,63	6.670,63		6.200,00	6.200,00
Rückstellung für Archivierung	1.000,00				1.000,00
Rückstellung Fördermittel	35.464,86	4.479,52		22.952,47	53.937,81
ausstehende Rechnungen	18.729,64		18.729,64	1.440,00	1.440,00
Leistungsabhängiges Gehalt	0,00			19.000,00	19.000,00
	69.631,08	15.916,10	18.729,64	54.084,72	89.070,06

Die **Rückstellungen** sind gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Abzinsungen von Rückstellungen waren nicht erforderlich. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Kosten der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2017 (TEUR 8), Rückstellungen für leistungsabhängiges Gehalt (TEUR 19), Rückstellungen für Fördermittel (TEUR 54).

Die Rückstellungen wurden nach vernünftigem kaufmännischen Ermessen gebildet und decken die erkennbaren Risiken und Verpflichtungen in angemessener Höhe.

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes konnte nur durch das vom Landkreis ausgereichte Liquiditätsdarlehen i.H.v. TEUR 200 ganzjährig gewährleistet werden.

D. Umsatzerlöse

Die wesentlichen Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2017 EUR	Umsatzerlöse 2016 EUR	Differenz EUR	Differenz %
VHS MTL	1.045.501,58	1.188.173,88	-142.672,30	-12,01
SLH	112.163,00	97.311,67	14.851,33	15,26
VHS LL	930.223,76	807.872,92	122.350,84	15,14
BQZ	910.974,27	798.435,23	112.539,04	14,09
	2.998.862,61	2.891.793,70	107.068,91	3,70

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2017 insgesamt 861 Kurse mit 28.408 Unterrichtsstunden und 8.654 Teilnehmern veranstaltet. An der Volkshochschule Muldental wurden 797 Kurse mit 22.221 Unterrichtsstunden und 8.682 Teilnehmern durchgeführt.

Die anerkannten förderfähigen Unterrichtsstunden lagen bei der Volkshochschule Leipziger Land bei 18.908 und bei der Volkshochschule Muldental bei 21.591.

Im Jahr 2017 fielen die durch den Landkreis finanzierten Sprachkurse weg. Dafür stieg die Zahl der Teilnehmer in den seit Jahresbeginn gestarteten Integrationskursen und im Landes-

prachenprogramm von 207 auf 244; bei gleicher Anzahl an begonnenen Kursen. Die Verweildauer der Teilnehmer in den Kursen erhöhte sich ebenfalls durch die längeren Laufzeiten der beiden Programme. Außerdem verdreifachte sich beinahe die Anzahl der durchgeführten telc-Prüfungen (39 in 2016 / 113 in 2017).

E. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2017 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2017	2016
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	2.002.452,66	1.557.575,75
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	448.199,75	357.295,23
	2.450.652,41	1.914.870,98

2017 haben neun vollbeschäftigte Mitarbeiter der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis auf 95% reduziert. Für das BerufsQualifikations-Zentrum wurden neun Mitarbeiter in Teilzeit befristet eingestellt. Im Projektbereich Deutsch wurden zehn Mitarbeiter in Vollzeit befristet angestellt und im Projektbereich des Mehrgenerationenhauses Markranstädt wurde eine halbe Stelle für einen befristet angestellten Projektmitarbeiter geschaffen. Die Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 50. Die Erhöhung des Personalaufwandes ist maßgeblich auf die Tarifierungen und auf eine höhere Arbeitszeit der Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen zurückzuführen.

3. Chancen und Risikobericht

Chancen:

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig schließt das Jahr 2017 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Dazu war ein zusätzlicher Zuschuss des Landkreises Leipzig in Höhe von EUR 142.968,80 erforderlich. Das resultiert hauptsächlich aus der Abgrenzung von Entgelten sowie der Bildung von Rückstellungen für Fördermittel und leistungsabhängigen Gehälter für das Jahr 2017. Außerdem wurden seit August 2017 die Mindesthonorare für Dozenten auf EUR 20 erhöht.

Für 2017 wurden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in Höhe von EUR 120.000,00 nicht überschritten. Die Zugänge bei den Investitionen betragen EUR 112.064,86.

Die Zusammenarbeit der WALL mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig war auch im Jahr 2017 weiter stabil. Neben der Durchführung der Bewerbercenter wurde die WALL zudem mit Bildungsmaßnahmen durch das Kommunale Jobcenter des Landkreises Leipzig beauftragt. 2018 war eine weiterhin gesicherte Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter vorhanden. Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich für die Volkshochschule Muldental weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt. Für die Volkshochschule Leipziger Land ist für 2018 eine weitere Steigerung der Kurs- und Teilnehmerzahlen sowie der Erträge durch Entgelte zu erwarten. Ein Ausbau der Zusammenarbeit mit den Schulen im Bereich Fremdsprachenprüfungen für das Einzugsgebiet der Volkshochschule Leipziger Land wird für das folgende Jahr gleichfalls angestrebt.

Auch im Jahr 2017 wurden Deutschkurse mit Finanzierung über BAMF und über die Sächsische Aufbau Bank (SAB) durchgeführt. Eine Kostendeckung der kursbezogenen Kosten ist dadurch gegeben. Die Kurse müssen vom Eigenbetrieb vorfinanziert werden. Mit Beschluss 2017/091 vom Kreistag wurde dem Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie ein Liquiditätsdarlehen bis zu EUR 200.000 gewährt und ist zum Jahresende 2017 in dieser Höhe bilanziert.

Die Liquiditätsprobleme bestanden bis zum Ende des Jahres 2018 weiter. Ab Oktober 2018 gab es eine Haushaltssperre.

Risiken:

Im Jahr 2013 wurde das Controlling in der WeiterbildungsAkademie vollständig überarbeitet und mit Wirkung zum 01.01.2014 eingeführt. Das neue Controlling System basiert auf Monatsberichten, die die finanzielle und statistische Entwicklung darstellen. Ergänzt wird das Controlling durch die Erstellung einer Halbjahresauswertung.

Bestandteile der Monatsberichte sind:

Finanzberichte

1. die Erträge und Aufwendungen entsprechend des Kontenplans darstellen
2. die Erträge und Aufwendungen im Vergleich zum Wirtschaftsplan darstellen
3. die Erträge und Aufwendungen im Vergleich zu den Vorjahreswerten darstellen

Statistikberichte

1. die Anmeldezahlen im Vergleich zu den Vorjahren gesamt und für die Fachbereiche darstellen
2. die Anmeldezahlen kumuliert zum Zeitpunkt des Semesterstarts darstellen

Risikoeinschätzung 2018:

Das Risiko für 2018 wird gering bewertet. Sowohl die Erträge aus Entgelten als auch die Zuschüsse des Landkreises Leipzig und des Freistaates Sachsen für die beiden Volkshochschulen erreichten 2018 die Planzahlen.

Die Höhe der Spenden der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental gingen in 2018 in geplanter Höhe ein.

Eine Zahlungsunfähigkeit ist in 2018 nicht eingetreten. Für diesen Fall wäre der Landkreis verpflichtet, die Zahlungsfähigkeit für den Eigenbetrieb herzustellen (SächsLKRO). Der Schuldenstand ist nahezu null. Rechtsauseinandersetzungen bestehen zurzeit nicht.

Der Direktor der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig, Herr Thomas Friedrich, schied zum 30.09.2018 aus. Von Oktober bis Dezember 2018 leitete Herr Dr. Ralph Egler den Eigenbetrieb.

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig beendete seine Tätigkeit zum 31.12.2018

Risikoeinschätzung 2019 ff.:

Ein neues Risiko an den beiden Volkshochschulen entsteht durch die Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie durch die demografische Entwicklung in Deutschland. Es wird zunehmend zu einer großen Herausforderung, für angebotene und oft gut gebuchte Kurse fachlich qualifizierte Dozenten zu gewinnen. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen kann dies zu einer ernsthaften Herausforderung werden. Durch die befristete Festanstellung von Lehrpersonal in den Fachbereichen Sprachen und Gesundheit soll bis Ende 2020 erprobt werden, ob damit eine praktikable Problemlösung herbeigeführt werden kann. Geprüft werden muss, ob die Festanstellung von Lehrpersonal für die klassischen VHS-Kursformate sowie deren logistische Herausforderungen adaptierbar sind. Dieser kann nur durch Festanstellung von Lehrpersonal begegnet werden. Da dies wiederum zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führt, stehen ab 2019 die Entgeltsätze, aber auch die öffentlichen Zuschüsse auf dem Prüfstand.

Für die Jahre 2019 ff. wird mit einer stabilen Entwicklung der Volkshochschulen und des SLH Bennewitz gerechnet.

Die vorgesehenen Entgeltanpassungen lassen steigende Erträge aus Entgelten erwarten; wobei nicht sicher eingeschätzt werden kann, ob eine Kostendeckung der seit 2017 erhöhten Honorarzahlen an frei- und nebenberufliche Lehrkräfte erzielt wird.

Die Förderung durch den Freistaat beläuft sich zurzeit auf etwa 9 Prozent der erzielten Erträge. Für 2019 gilt eine Erhöhung des Fördersatzes auf EUR 14,10 pro Unterrichtseinheit als gesichert. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2019/20 sind für die sächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen zusätzliche Finanzmittel für Personal, Sachkosten und Investitionen in den Bereichen politische Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion vorgesehen. Diese Mittel stehen ab April 2019 nach entsprechender Antragstellung für beide Volkshochschulen zur Verfügung.

Die Zuschüsse für den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises Leipzig.

Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Da in der Wirtschaftsplanung die Projektmittel nur eine marginale Rolle spielen, ist das Risiko gering zu bewerten.

4. Prognosebericht

Mit Kreistagsbeschluss 2018/080 wurde die Zusammenfassung der Eigenbetriebe „Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig“ und „Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungs-Akademie des Landkreises Leipzig“ zu einem Eigenbetrieb namens „Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur im Landkreis Leipzig“ zum 01.01.2019 beschlossen.

Die Eigenbetriebsleitung besteht aus dem vom Kreistag gewählten Betriebsleiter Herrn Dr. Klaus-Dieter Anders. Der Prozess der Zusammenführung des Personals der beiden Eigenbetriebe in einen Eigenbetrieb wird durch das Haupt- und Personalamt begleitet. Die im Rahmen der Zusammenführung entstehenden Kosten werden von beiden Eigenbetrieben getragen und sind im Wirtschaftsplan 2019 eingeplant.

Mit dem Beschluss 2018/119 wurde die Betriebssatzung des Kommunalen Eigenbetriebs „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ beschlossen.

5. Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig sind durch die Haushaltssatzung des Landkreises sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes geregelt. Die Finanzbeziehungen zum Kommunalen Jobcenter des Landkreises werden durch jährliche Verträge geregelt.

Wurzen, 4. März 2019

Henry Graichen
Landrat

Zweckverband Kulturräum Leipziger Raum

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4

04552 Borna

Tel.: 03437/984 3520

E-Mail: kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de

Webseite: <https://www.kultur-leipzigerraum.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.08.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Kulturräum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Stammkapital:

Gesamtstimmen

4 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Kulturkonvent

Verbandsvorsitz

Herr Henry Graichen

Kultursekretariat

Verbandsdirektor

Herr Sebastian Miklitsch (ab 01.04.2018)

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Leipzig	50 %	2
Landkreis Nordsachsen	50 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	1.930.254,0 €	1.920.282,9 €	2.026.312,5 €
Bürgschaften	-	-	-

Für den Zweckverband Kulturräum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2015, 31.12.2016, 31.12.2017 und 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zum Jahresabschluss 2014 nachgereicht, da dieser bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 ff. noch nicht vorlag

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Sachbericht 2014

Der Kulturräum - bestehend aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen - ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG der Unterstützung der Träger kommunaler Kultur bei ihren Aufgaben von regionaler Bedeutung verpflichtet. Die Vermögensbildung des Kulturraumes dient daher nur der Ausgestaltung des Verfahrens zur o. g. Zielerreichung.

Für das Haushaltsjahr 2014 standen dem Kulturräum Landeszuweisungen des SMWK nach § 6 Abs. 2 a) SächsKRG in Höhe von 4.714.617,00 EUR sowie Zuwendungen für Maßnahmen der Kulturellen Bildung in Höhe von 38.500,00 EUR zur Verfügung.

Über die Kulturumlage der Mitglieder nach § 6 Abs. 3 SächsKRG standen finanzielle Mittel in Höhe von 3.791.059,50 EUR zur Verfügung, welche in Höhe von 2.139.333,05 EUR aus dem Landkreis Leipzig sowie in Höhe von 1.651.726,45 EUR aus dem Landkreis Nordsachsen bereitgestellt wurden.

Die geplanten Zinserträge von 15.000,00 EUR realisierten sich in Höhe von 4.760,54 EUR.

Über die Förderliste, welche am 23.01.2014 durch den Konvent mit einer Fördersumme von 8.692.454,85 EUR beschlossen wurde, sind Einrichtungen und Maßnahmen in den Sparten „Museen“, „Professionelle Orchester und Musik, Kommunale Musikschulen“, „Öffentliche Bibliotheken“, „Kunst und Kultur“ sowie „Soziokulturelle Einrichtungen, Projekte sowie Projekte an Kulturhäusern“ in Höhe von 8.629.323,18 EUR gefördert worden.

Mit den Aufwendungen für das Kultursekretariat und den Entschädigungen der ehrenamtlich tätigen Vertreter im Konvent, dem Beirat sowie den Sparten wurde mit einem Gesamtergebnis

von - 549.930,00 EUR geplant. Aufgrund einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung, durchgesetzten Rückforderungsansprüchen in Höhe von 70.414,37 EUR infolge der Prüfung von Verwendungsnachweisen, nicht abgerufener Mittel im laufenden Haushaltsjahr sowie Rückflüssen aufgrund von geänderten Kosten- und Finanzierungsplänen konnte der Fehlbetrag im Jahresergebnis auf 324.284,78 EUR reduziert werden.

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen, die in das Haushaltsjahr 2015 zu übertragen sind, werden im Haushaltsvollzug 2014 nicht angezeigt.

Liquide Mittel des Vorjahres von 723.874,24 EUR wurden bis zur Höhe von 379.297,84 EUR im Jahresverlauf verbraucht.

Zu den bestehenden Rückstellungen aus dem Jahresabschluss 2013 kommen 4.000,00 EUR für die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 hinzu. Die Inanspruchnahme von 7.244,50 EUR ergab sich aus der Verrechnung der Kosten für die Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der anteiligen Kosten der offenen Gerichtsverfahren. Darüber hinaus konnten 969,21 EUR ertragswirksam aufgelöst werden, weil sie nicht mehr benötigt werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten zeigt eine Höhe von 80.465,53 EUR. Dabei wurden alle Zahlungsverpflichtungen im Jahresverlauf beglichen, welche zum 01.01.2014 bestanden. Der Wert zum Jahresabschluss weist demnach ausschließlich Verbindlichkeiten aus, die im Haushaltsjahr 2014 entstanden sind.

Zu den Forderungen der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2013 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig bezüglich der Aktualisierung der Inventur- und der Bewertungsrichtlinie sowie der Unterlagen zu Gerichtsverfahren lässt sich berichten, dass die Richtlinien aktuell noch in der Überarbeitung sind und keine Informationen bekannt wurden, welche den Unterlagen zu Gerichtsverfahren hinzuzufügen wären.

Das Ziel des Kulturraums war und ist es, eine stabile Kulturförderung auf gleichbleibendem Niveau zu gewährleisten. Die Instrumente zur Sicherstellung dieses Zieles bei schwankenden Landeszuweisungen sind die Anpassung der Kulturumlage der Landkreise sowie der Einsatz von Rücklagen. Die Vermögensausstattung des Kulturraumes sowie die Erhöhung der Kulturumlage ließen die Erreichung dieses Zieles im Haushaltsjahr 2014 möglich werden.

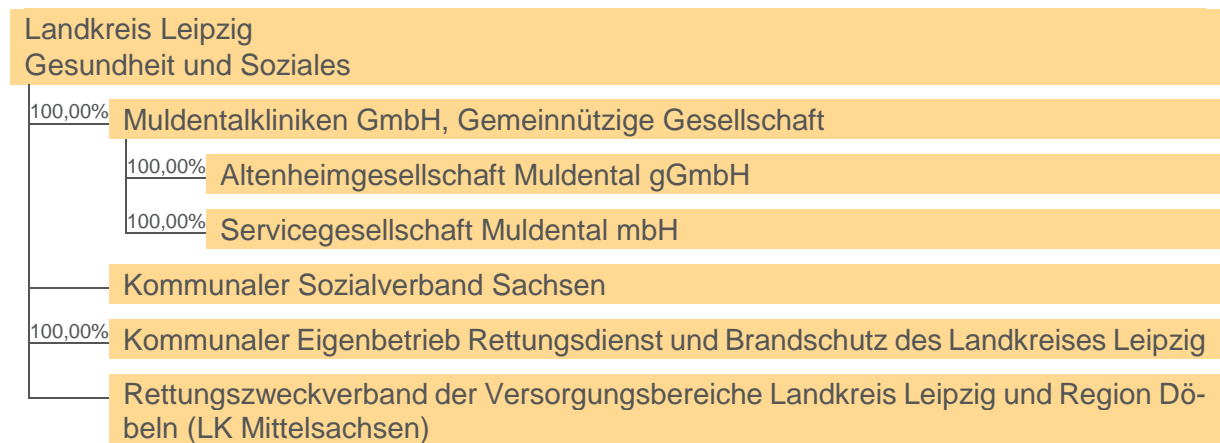
Für die Folgejahre bewertet der Kulturraum seine Lage weitgehend positiv. Jedoch muss dem Absinken der Landeszuweisungen für den Kulturraum Leipziger Raum mit erhöhten Kulturausgaben außerhalb des Zweckverbandes durch die Kommunen begegnet werden. In den anderen ländlichen Kulturräumen ist in diesem Bereich eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Die vorhandenen liquiden Mittel im Kulturraum werden nicht dauerhaft für die Sicherung des Ausgabenniveaus der Kulturraumförderung ausreichen.

H. Graichen
Konventsvorsitzender
Kulturraum Leipziger Raum

Borna, den 12.02.2019

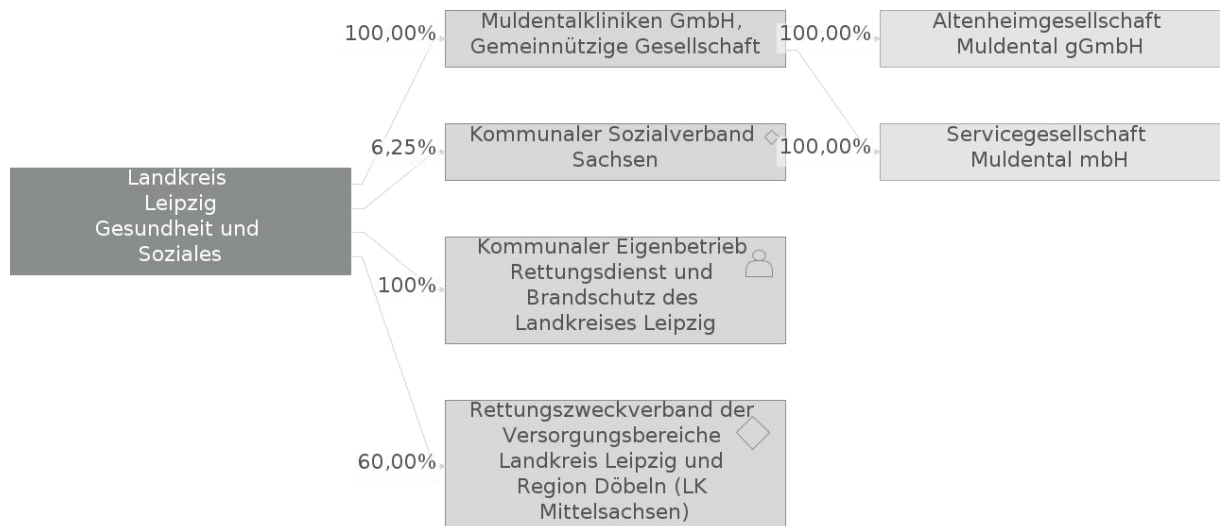
Gesundheit und Soziales

Beteiligungsstruktur



Nicht in Auflistung enthaltene Unternehmen

Beteiligungsstruktur (graphisch)



Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03425/932102

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Webseite: <http://www.kh-wurzen.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 19.12.2003

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Datum der aktuellen Satzung: 14.11.2018

Unternehmensgegenstand:

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Jörg Christian Langner (bis 31.12.2018)
Herr Dr. Uwe Krause

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	25.000 €	100,0%
-------------------	----------	--------

Beteiligungen

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	25.000 €	100,0%
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000 €	100,0%

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	75.000	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (kurz: Muldentalkliniken), betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen. Der Krankenhausplan wurde im Jahr 2018 neu gefasst, ohne Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Planbetten.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	188
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	0
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering, Unterhaltsreinigung, Rezeption, Sicherheit, Archiv sowie Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2018 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart. Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zugrunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 15.028,69

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken betrug TEUR 52.724.

Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2018 hat im Februar 2019 stattgefunden. Aufgrund des späten Abschlusses der Budgetverhandlungen entspricht die vereinbarte Leistungsmenge der tatsächlich erbrachten Leistung. Die vereinbarte und erbrachte Leistungsmenge liegt deutlich unterhalb der für 2018 geplanten Leistungsmenge.

Die bereits in den vergangenen Jahren vorgenommenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen haben sich weiterhin verschärft. Die Regularien im Bereich der Abwicklung der Prüfungen bieten den Kostenträgern erweiterte Möglichkeiten zur Einbehaltung von Forderungen. Der in den Vorjahren in diesem Bereich aufgebaute Bestand an Forderungen wurde im Jahr 2018 bereinigt. Aus dieser Bereinigung für Forderungen der Vorjahre ergaben sich Umsatzkorrekturen in Höhe von Mio. EUR 2,2 zu Lasten des Jahresergebnisses 2018.

Aufgrund deutlicher Mehrkosten für die im Jahr 2017 begonnene Brandschutzmaßnahme am Standort Grimma ergab sich eine weitere Ergebnisbelastung in Höhe von Mio. EUR 1,1.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 3.456.845,09 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 590.285,17) ab.

Aufgrund des nicht zufriedenstellenden Geschäftsverlaufs und der erläuterten einmaligen Sachverhalte liegt das erzielte Jahresergebnis 2018 TEUR 3.675 unter der im Lagebericht 2017 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2018.

2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2018 nicht zufriedenstellend. Die in 2017 bestehenden Probleme bei der Personalbesetzung, insbeson-

dere bei den Chefärzten Innere Medizin Wurzen und Chirurgie Grimma, wurden durch Neubesetzung zum 1. Januar 2018 gelöst. Der Mangel an Hebammen für die Standorte Grimma und Wurzen wurde durch Umsetzung eines bereits abgestimmten Konzepts zur Umstellung der Geburtshilfe Grimma auf ein Beleghebammensystem behoben.

Das mit den Kassen verhandelte Erlösbudget wurde eingehalten.

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2018	355	18.545	5,20
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2018 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 58.893 (Vorjahr: TEUR 56.752) ein Jahresergebnis von TEUR -3.457 (Vorjahr: TEUR -590) erwirtschaftet.

Die Stagnation der Umsätze aus Krankenhausleistungen ist auf die stagnierenden Leistungen im stationären Bereich zurückzuführen. Die per 31. Dezember 2017 deutlich zu hohen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden durch eine personelle Verstärkung des Medizincontrollings vollständig abgebaut. Dies führte jedoch zu deutlichen Umsatzkorrekturen für Vorjahre in Höhe von Mio. EUR 2,2. Gleichzeitig wurde die Vorsorge für strittige Abrechnungen 2018 zu Lasten der Umsatzerlöse um Mio. EUR 0,3. erhöht. Der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert konnte den Einmaleffekt in etwa ausgleichen.

Die auf dem niedrigen Niveau von 2017 stagnierende Leistungsmenge ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass zwei in 2018 neu besetzte Chefarztpositionen im Jahresverlauf nicht so zügig zu Leistungssteigerungen führten, wie erhofft.

Aufgrund der Neubewertung von Ausgleichsansprüchen für Vorjahre gegen Krankenkassen sowie gestiegener Erlöse der Klinikapotheke konnten die sonstigen Erlöse einmalig um Mio. EUR 1,4 gegenüber 2017 gesteigert werden.

Verschiedene Streitigkeiten mit den Krankenkassen zu in den Vorjahren abgerechneten Aufwandspauschalen konnten in 2018 durch Vergleiche beigelegt werden. Dadurch konnten Rückstellungen in Höhe von TEUR 236 aufgelöst werden.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2018 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR 661 (Mindererlösausgleich 2017: TEUR 78).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2018 zu 2017:

	2018	2017
Vollkräfte	566	577
Personalkosten in TEUR	41.534	40.229
Personalaufwandsquote (Personalaufwand ./ . Umsatzerlöse)	71,6 %	71,3 %

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2017 um TEUR 1.305 (3,2 %) gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle Stellen mit geeigneten Bewerbern besetzt werden konnten.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2017 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr auf 71,6 % der Umsatzerlöse erhöht. Dies resultiert insbesondere daraus, dass die Umsatzerlöse nicht im notwendigen Umfang gesteigert werden konnten bzw. durch Einmaleffekte gemindert waren. Die Personalaufwandsquote ist sowohl im Vergleich mit anderen Krankenhäusern als auch im Vergleich mit den Vorjahren unbefriedigend.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 952 gestiegen. Der Anstieg resultiert zum einen aus gestiegenen Warenverkäufen der Apotheke, denen ein entsprechend höherer Aufwand für Materialbezug entgegenstand. Darüber hinaus führte u. a. der Umstieg auf das System der Beleghebammen zu deutlich steigenden Kosten für Honorare.

	2018	2017
Materialaufwandsquote (Materialaufwand ./ . Umsatzerlöse)	23,7 %	22,6 %

Innerhalb der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Anstieg um TEUR 2.389 zu verzeichnen. Dies war durch deutlich steigende Instandhaltungsaufwendungen (TEUR +2.131), insbesondere für die Brandschutzmaßnahme in Grimma und den Laborbau in Wurzen zurückzuführen. Dem standen Erträge aus der Auflösung von (Fördermittel-)Verbindlichkeiten in Höhe TEUR 840 gegenüber. Darüber hinaus wurde die Vorsorge für strittige Forderungen in Form von Einzelwertberichtigungen um ca. TEUR 193 erhöht.

Durch die Genehmigung von Fördermitteln für das AMPEL-Projekt im Laborbereich wurden einmalige Fördermittelerträge in Höhe von TEUR 668 generiert. Diese waren in gleicher Höhe als Aufwand zur Zuführung von Verbindlichkeiten zu erfassen. Die entsprechenden Verbindlichkeiten werden in den Folgejahren entsprechend der Projektumsetzung aufgelöst.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund rückläufiger Zinserträge um TEUR 15 verschlechtert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 59.463 (Vorjahr: TEUR 62.811) lag um TEUR 3.348 unter dem des Jahres 2017. Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände mit 83,2 % sowie liquide Mittel mit 0,1 %. Die Finanzierung erfolgt mit 14,4 % durch Eigenkapital, mit 62,2 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 23,4 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2017 durch Abschreibungen um TEUR 2.333 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt. Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware.

Die im Vorjahr sehr hohen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen im Vergleich zum Jahr 2017 um TEUR 1.283 ab. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den Umsatzkorrekturen für Vorjahre.

Gegenüber der Tochtergesellschaft, der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Kontokorrentvereinbarung mit den Muldentalkliniken zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich insbesondere aufgrund des Abrufs von in Vorjahren gewährten Fördermitteln um TEUR 174.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2018. Dies führte zu einer Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 3.457.

Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber 2017 um TEUR 1.453. Die Gründe für den Aufbau liegen in den Rückstellungen für die noch nicht erfüllten Verpflichtungen im Bereich Brandschutz und Instandhaltung. Außerdem waren erhöhte Verpflichtungen im Bereich Urlaubs- und Mehrstundenabgeltung zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um ca. TEUR 600. Dies resultiert vor allem aus den höheren Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Lieferanten.

Das negative Jahresergebnis 2018 führte zu einem deutlichen Rückgang der liquiden Mittel.

5. Gesamtaussage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft als nicht zufriedenstellend.

Das Jahr 2018 war geprägt durch eine Vielzahl von Herausforderungen, die zu stagnierenden stationären Leistungen und einem deutlichen Abfluss von Liquidität führten. Gegenmaßnahmen zur Kostenreduktion wurden ergriffen, erzielten ihre vollständige Wirkung aber erst nach dem Bilanzstichtag.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken derzeit nicht abzuleiten. Allerdings entstünde bei fortgesetzten Verlusten in den Kliniken und bei der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH Finanzierungsbedarf, welcher derzeit nicht durch ausreichende Kreditlinien abgedeckt ist.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die gesetzliche Neuregelung des Fixkostendegressionszuschlags eingeschränkt.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.

- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können
- Verschärfung der Strukturvoraussetzungen für medizinische Leistungsbereiche, z. B. Mindestqualifikation von Mitarbeitern sowie Mindestbesetzung.

Durch die Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z. B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an medizinischen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen und freie Stellen mit medizinischem Fachpersonal zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden. Die von der Politik angekündigten Veränderungen des Vergütungssystems im Hinblick auf die Finanzierung der Pflegestellen mit der geplanten Ausgliederung der Kosten des Pflegepersonals aus den DRG bleiben abzuwarten.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab September 2016 bis Dezember 2018) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 0,7 % ab Mai 2018. Die Verhandlungen zum Tarifabschluss ab 2019 laufen noch.

Im Jahr 2018 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVöD) statt. Ab dem 1. März 2018 war ein Anstieg der Tarife um 3,1 % vereinbart. Weitere vereinbarte Steigerungen werden zum 1. April 2019 und 1. März 2020 vorgenommen. Dieser Tarifvertrag läuft bis 31. August 2020.

Die Geschäftsführung erwartet für die nächsten Jahre wieder positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2019 einen gegenüber dem Jahr 2018 deutlich verbesserten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch die bereits genehmigte Steigerung des Landesbasisfallwerts kompensiert werden.

Es wurde eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in den Bereichen Personalbesetzung, Einkauf von Dienstleistungen sowie in der Unternehmensorganisation vorbereitet. Diese werden zu einer Anpassung der Kosten an das derzeitige Leistungsniveau führen.

Derzeit wird eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen (Anbau Nord) geplant. Es liegt bisher kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist.

Am Standort Grimma wird die im Jahr 2018 unterbrochene Maßnahme zur Ertüchtigung des Brandschutzes im Verlauf des Jahres 2019 beendet. Die Maßnahme wurde zum Anlass genommen, die bauliche und organisatorische Weiterentwicklung des Standortes Grimma in die Wege zu leiten. Dabei soll die Verzahnung mit den ambulanten Versorgungsstrukturen erhöht werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2019 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 18 bei leicht steigenden Umsätzen aus

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2018	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016
Arbeitsproduktivität		1,43	1,40	1,40	1,50
Effektivverschuldung	TEUR	-2.567	-3.249	-5.005	-6.548
Eigenkapitalquote	%	19,48	14,38	19,11	18,75
Eigenkapitalrendite	%	1,78	-40,42	-4,92	1,06
Fremdkapitalquote	%	80,52	85,62	80,72	81,08
Gesamtkapitalrendite	%	0,25	-6,02	1,11	0,07
Investitionsdeckung	%	115,15	290,88	201,93	125,83
kurzfristige Liquidität	%	145	9	140	137
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	102,85	102,47	101,70	101,16
Vermögensstruktur	%	81,78	83,17	82,39	79,35

VI. Negativerklärung zur Frauenquote

Eine Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung ist nicht erfolgt.

Wurzen, 29. März 2019

Mike Schuffenhauer
Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause
Medizinischer Geschäftsführer

Anlage zum Lagebericht: Entgeltbericht

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresmittel 696 Arbeitnehmer.

Maßnahmen zur Entgeltgleichheit ergeben sich bereits aus den anzuwendenden Tarifverträgen „Marburger Bund“ und TVÖD-K.

Mitarbeiter werden unabhängig vom Geschlecht nach einheitlichen Kriterien tariflich eingruppiert. Insofern ist Entgeltgleichheit gegeben.

Mitarbeiterstruktur 2018:

Durchschnitt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Gesamtzahl der Beschäftigten	124	572	696
Gesamtzahl der Vollzeitbeschäftigten	95	260	355
Gesamtzahl der Teilzeitbeschäftigten	29	312	341

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bergstraße 2a

04821 Brandis

Tel.: 034292 /41730

E-Mail: info@altenpflegeheim-brandis.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.10.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

(1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und

(2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Jörg Christian Langner (bis 31.12.2018)
--

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis (kurz: Altenheimgesellschaft), wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst in Brandis. Die Tagesbetreuung in Brandis wurde im Verlauf des Jahres 2018 aufgegeben.

Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der jährlich aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Jahre 2013 bis 2018:

Kennzahlen zur Ertragslage ¹		2018	2017	2016	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	TEUR	8.242	7.899	7.623	7.266	6.649	6.143
Umsatzrentabilität	%	-3,9	-4,2	-1,3	-6,1	0,5	3,5
Personalaufwand	TEUR	5.618	5.549	5.316	4.941	4.623	4.169
Personalaufwandsquote	%	68,2	70,2	69,7	68,0	69,5	67,9
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	149,1	146,0	139,6	139,3	135,7	128,7
durchschnittlicher Personalaufwand (je Vollkraft)	TEUR	38	38	38	35	34	32

Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	55	54	55	52	49	48
Materialaufwand	TEUR	2.026	1.868	1.481	1.441	1.335	1.179
Materialaufwandsquote	%	24,6	23,6	19,4	19,8	20,1	19,2

¹ Aufgrund der Veränderung der Definition der Umsatzerlöse ab dem Jahr 2016 sind die Kennzahlen bis 2015 mit denen des Folgezeitraums nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich des ambulanten Pflegedienstes sind weitgehend von Pflegegraden, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, sowie der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Im Jahr 2018 kamen noch immer die Auswirkungen des seit 2017 gültigen Pflegestärkungsgesetzes III (PSG III) zum Tragen. Diese führten zu einer Neugruppierung der Pflegegrade mit dem Ziel, die ambulante Versorgung zu stärken. Neben einer Ausweitung der Erlöse aus ambulanter Pflege (+11 %) führte dies zu einer rückläufigen Belegung in den Altenheimen.

In der stationären Pflege konnten jedoch für 2018 höhere Pflegesätze mit den Kostenträgern verhandelt werden, so dass die Erlöse aus der Altenpflege insgesamt gesteigert wurden. Die Umsatzerlöse für die gesamte Altenpflege stiegen in 2018 um TEUR 213 (+4,6 %) gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse in den MVZ's werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag abhängig. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 175 (5,7 %) resultiert vor allem aus einem Anstieg der Anzahl der behandelten Patienten in diversen Arztpraxen. Hier wirkten sich die in 2017 begonnenen Umstrukturierungen und Sanierungsmaßnahmen bei diversen Arztpraxen aus, auch wenn diese in 2018 teilweise noch nicht ganzjährig erlöswirksam waren.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und Personalkostenzuschüsse der öffentlichen Hand. Im Vorjahr wurde ein Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 200 geleistet.

Die Personalaufwendungen für 149,1 Vollkräfte (Vorjahr: 146,0 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2018 um TEUR 68. Hier machten sich die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Arztpraxen bemerkbar.

Darüber hinaus wurde im Bereich der stationären Altenpflege wegen Personalbesetzungsproblemen auch weiterhin auf Fremdpersonal zurückgegriffen. Bei den Arztpraxen wurde ebenfalls in steigendem Umfang auf ärztliches Personal der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Der entsprechende Aufwand ist im Wirtschaftsbedarf enthalten.

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Hier machte sich der bereits erläuterte erhöhte Rückgriff auf Fremdpersonal für die Abdeckung von Diensten in Altenheimen und MVZ's bemerkbar.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 439.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -38 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 37. Hier machte sich das günstige Zinsniveau mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2018 verbessert, war aber noch immer nicht befriedigend. Die Umsätze konnten bei gleichzeitig rückläufigen Aufwendungen gesteigert werden.

Das in diesem Bereich erwirtschaftete Defizit resultiert daraus, dass die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in den Arztpraxen im Jahresverlauf 2018 noch nicht ganzjährig wirksam

wurde. Darüber hinaus konnten noch nicht sämtliche Maßnahmen in 2018 abgeschlossen werden.

Auch im Bereich der stationären Pflege musste ein Ergebnisrückgang hingenommen werden. Dieser resultierte aus den beschriebenen Veränderungen der Vergütungsstrukturen aus dem PSG III sowie aus erheblichen Problemen bei der Personalbesetzung im Pflegeheim Wurzen. Dennoch konnte mit der stationären Pflege insgesamt ein positives Jahresergebnis verzeichnet werden.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2018 mit einem Jahresergebnis von EUR -320.443,55 (Vorjahr: EUR -329.792,29) ab und liegt damit unter der im Lagebericht 2017 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2018. Anders als im Jahr 2017 war im Jahresergebnis jedoch kein Zuschuss der Muttergesellschaft enthalten.

3. Vermögenslage- und Finanzlage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft dargestellt:

	2018		2017	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	4.926	83,4	5.287	85,6
Umlaufvermögen	983	16,6	889	14,4
Betriebsvermögen	5.909	100,0	6.176	100,0
Eigenkapital	1.048	17,7	1.369	22,2
Sonderposten	1.903	32,2	2.004	32,4
Rückstellungen	258	4,4	198	3,2
Verbindlichkeiten	2.700	45,7	2.605	42,2
Betriebskapital	5.909	100,0	6.176	100,0

Es wurden im Jahr 2018 lediglich Ersatzinvestitionen in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Die Verluste der Jahre 2015 bis 2018 haben das Eigenkapital der Gesellschaft vermindert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft noch als ausreichend angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.534 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bei Bedarf auf die Kontokorrentvereinbarung mit der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Die verfügbaren Kontokorrentlinien bei Kreditinstituten wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft erzielte 2018 einen operativen Cash-Flow von TEUR 93. Dieser ist noch nicht ausreichend um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen zu bedienen. Diese Verpflichtungen liegen für die derzeitigen Zahlungsverpflichtungen aus Krediten in den nächsten fünf Jahren jeweils zwischen TEUR 180 und TEUR 232. Darüber hinaus sind zukünftig wieder Zahlungsmittelüberschüsse für Investitionen und die Rückführung von Verpflichtungen gegenüber der Muttergesellschaft nötig.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist wegen Defiziten in den MVZ's sowie den Herausforderungen in der stationären und ambulanten Altenpflege unbefriedigend.

Wie bereits im Vorjahr erwartet, war wegen der durch das PSG III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 der kostendeckende Betrieb von Pflegeheimen herausfordernd. Die im Heimbereich für das Jahr 2018 erzielten Ergebnisse lagen noch immer unterhalb der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 94,5 % (Vorjahr: 96,2 %) und ist damit rückläufig.

Zukünftig stellt das Belegungsmanagement der Altenheime einen zentralen Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg dar. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner Rechnung getragen.

Im stationären Pflegebereich setzten sich in 2018 die Probleme mit der Personalbesetzung fort, insbesondere im Pflegeheim Wurzen. Eine Stabilisierung konnte erst zum Jahresende 2018 erreicht werden. So bleibt die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels eine wachsende Herausforderung. Im Jahr 2019 wurden daher mit den Kostenträgern für den stationären Bereich deutlich höhere Pflegesätze verhandelt. Dies ermöglicht es, Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten umzusetzen.

Gleichzeitig stärkt die seit 2017 gültige Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Altenheimgesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege im Vorjahr bereits personell neu ausgerichtet wurde. Diese Maßnahmen führten zu steigenden Klientenzahlen und Umsätzen in der ambulanten Pflege. Allerdings war dieser Bereich wegen des fortgesetzten Wachstums noch defizitär. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung ein Wachstum stattfinden wird. Entsprechende Marktchancen werden von der Gesellschaft laufend geprüft und wahrgenommen.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich, stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen.

Die seit 2017 laufende Umsetzung von Maßnahmen zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen hatte zum Ziel, für die medizinischen Versorgungszentren bis Ende 2018 insgesamt ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Dieses Ziel wurde (noch) nicht erreicht, da einige geplante Maßnahmen noch nicht oder noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Darüber hinaus führen einige Maßnahmen wegen der Vergütungssystematik der gesetzlichen Krankenversicherung erst mit Zeitverzögerung zu steigenden Umsätzen.

Für 2019 sind weitere Maßnahmen, wie die Neubesetzung und der Umzug von Arztpraxen, in Vorbereitung. Daher ist mit weiteren deutlichen Ergebnisverbesserungen für 2019 zu rechnen.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich und der damit zusammenhängenden Fluktuation.

Unter der Annahme, dass die Sanierung der defizitären Arztpraxen im Jahr 2019 gelingt, sind bestandsgefährdende Risiken für die Altenheimgesellschaft nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten im Jahr 2019 einen Zuwachs an Klienten in der ambulanten Pflege. Für die stationäre Pflege erwarten wir eine Entwicklung über dem Niveau des Jahres 2018.

Die Sanierung der defizitären Arztpraxen soll zu einer deutlichen Umsatz- und Ergebnisverbesserung in diesem Bereich führen.

Die zu erwartenden üblichen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich können voraussichtlich durch steigende Erlöse kompensiert werden. Entsprechend erhöhte Pflegesätze für den Bereich der stationären Pflege sind ab Jahresanfang 2019 genehmigt.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2019 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 218 bei leicht steigenden Umsätzen aus.

Wir werden mit diesen Ergebnissen auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2018	Ist 2018	Ist 2017
Arbeitsproduktivität	TEUR	1,54	1,47	1,42
Effektivverschuldung	%	1.411	1.717	1.716
Eigenkapitalquote ¹	%	23,24	17,74	23,40
Eigenkapitalrendite	%	4,00	-30,57	-22,46
Fremdkapitalquote	%	76,76	82,26	76,60
Gesamtkapitalrendite	%	0,31	-6,07	-5,92
Investitionsdeckung	%	492,23	560,48	129,06
Kurzfristige Liquidität	%	89,28	60,31	69,71
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	59,03	55,32	54,10
Vermögensstruktur	%	80,50	83,36	84,24

¹ hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Brandis, 29. März 2019

Mike Schuffenhauer
Geschäftsführer

Servicegesellschaft Muldental mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen
Tel.: 03425 / 930
E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 05.12.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Jörg Christian Langner (bis 31.12.2018)
--

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt), ist alleinige Gesellschafterin der Servicegesellschaft Muldental mbH (kurz: SGM).

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2018 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 3.487 (Vorjahr: TEUR 3.299) setzen sich wie folgt zusammen:

	2018		2017	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.364	39,1	1.313	39,8
Umsatzerlöse aus Reinigung	1.280	36,7	1.178	35,7
Umsatzerlöse aus Sterilisation	572	16,4	554	16,8
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	269	7,7	251	7,6
Sonstige Umsatzerlöse	2	0,1	3	0,1
	3.487	100,0	3.299	100,0

Die Reinigungserlöse 2018 beinhalten auch einmalige Leistungen im Zusammenhang mit der Brandschutzsanierung am Krankenhaus Grimma. Im Übrigen waren die Umsatzsteigerungen zum Vorjahr hauptsächlich auf Preissteigerungen zurückzuführen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 32; Vorjahr: TEUR 7) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit und von Sozialversicherungsträgern.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2018 (TEUR 967; Vorjahr: TEUR 933) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 566; Vorjahr: TEUR 542) und für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 355; Vorjahr: TEUR 352).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.785 (Vorjahr: 1.703). Die Erhöhung der Personalkosten von rund 4,8 % beruht auf dem deutlichen Anstieg der tariflichen Vergütungen. Die Beschäftigtenzahl in Vollkräften (VK) ging gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % zurück.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2018 TEUR 763 (Vorjahr: TEUR 683). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 622; Vorjahr: TEUR 560) sowie Mietaufwendungen (TEUR 104; Vorjahr: TEUR 104) für die benötigten Räume. Der Anstieg der umsatzabhängigen Managementgebühren resultiert aus steigenden Erlösen.

Das Ergebnis vor Steuern war im Geschäftsjahr positiv.

Dennoch wurde ein Jahresfehlbetrag erzielt. Ursache hierfür sind einmalige Belastungen aus Steuernachzahlungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung.

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SGM im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2018		2017		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen = Betriebsvermögen	391	100,0	389	100,0	2	0,5
Eigenkapital	34	8,7	43	11,1	-9	-20,9
Rückstellungen	33	8,4	28	7,2	5	17,9
Verbindlichkeiten	324	82,9	318	81,7	6	1,9
Betriebskapital	391	100,0	389	100,0	2	0,5

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die liquiden Mittel sanken zum Bilanzstichtag, was auf einen Aufbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an den Gesellschafter zurückzuführen ist.

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 77) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch die Verluste der Jahre 2017 und 2018 gering.

Die Struktur der Verbindlichkeiten und Rückstellungen blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

IV. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wir erwarten für das Jahr 2019 einen gegenüber dem Jahr 2018 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Im Verlauf des Jahres 2019 soll gemeinsam mit den Muldentalkliniken ein neues Konzept zur Weiterentwicklung des Bereichs Catering erstellt werden. Die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft sind heute noch nicht abzuschätzen. Zudem sind weitere Optimierungen im Bereich Reinigung in Vorbereitung.

Gemäß unseres Wirtschaftsplanes gehen wir für 2019 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 5 aus.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 29. März 2019

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

Kommunaler Sozialverband Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Humboldtstr. 18

04105 Leipzig

Tel.: 0341 / 1266-0

E-Mail: post@ksv-sachsen.de

Webseite: <http://www.ksv-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 22.01.1993

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden. Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Stammkapital:

Gesamtstimmen

48 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

Verbandsdirektor

Herr Andreas Werner

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Dresden	12,5 %	6
Stadt Leipzig	12,5 %	6
Landkreis Bautzen	8,33 %	4
Landkreis Erzgebirgskreis	8,33 %	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33 %	4
Landkreis Zwickau	8,33 %	4
Landkreis Görlitz	6,25 %	3
Landkreis Leipzig	6,25 %	3
Landkreis Meißen	6,25 %	3
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,25 %	3
Landkreis Vogtlandkreis	6,25 %	3
Stadt Chemnitz	6,25 %	3
Landkreis Nordsachsen	4,17 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	23.833.326,4 €	25.248.213,4 €	27.229.138,7 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:



1. Vorbemerkungen Gesamthaushalt

Folgendes Gesamtergebnis wurde 2018 erzielt:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	719.842.117,46 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	697.962.144,62 EUR
Ordentliches Ergebnis	21.879.972,84 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	7.104.239,39 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	1.907.153,08 EUR
Sonderergebnis	5.197.086,31 EUR
Gesamtergebnis	27.077.059,15 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	33.053.112,11 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	7.133.616,91 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	892.680,44 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	6.240.936,47 EUR

Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 39.294.048,58 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR

Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes 39.509.847,95 EUR

Vermögensrechnung

Aktiva:

Anlagevermögen:	59.536.948,18 EUR
Umlaufvermögen:	86.825.155,97 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.743.009,07 EUR

Passiva:

Kapitalposition:	87.557.483,80 EUR
Sonderposten:	8.336,38 EUR
Rückstellungen:	6.788.683,18 EUR
Verbindlichkeiten:	49.808.700,78 EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	4.941.909,08 EUR
Bilanzsumme des Gesamthaushaltes KSV Sachsen:	149.105.113,22 EUR

Stand: 30.09.2019



2. Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt – Rechtsgrundlagen

Nach § 53 SächsKomHVO ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts Anderes bestimmt ist.

Am 11.12.2017 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2018.

Mit Bescheid des SMI vom 16.03.2018 wurde der Beschluss der Verbandsversammlung vom 11.12.2017 über die Haushaltssatzung des KSV Sachsen für das Haushaltsjahr 2018 für rechtswidrig erklärt, da diese gegen § 72 Abs. 3 S. 1 SächsGemO in der Fassung ab 01.01.2018 verstößt.

Beanstandet wurde die nicht vollständige Deckung des Fehlbetrages aus dem Jahresabschluss 2016 im Planjahr 2018 in Höhe von nur 3,08 Mio. EUR (Position 20 des Ergebnishaushaltes) und den Vortrag des verbleibenden Fehlbetrages in Höhe von 939.225 EUR in das Finanzplanjahr 2019.

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung vom 13.12.2016 (SächsGVBl. S. 652) treten wesentliche Änderungen der haushaltsrechtlichen Vorschriften der SächsGemO zum 01.01.2018 in Kraft. Obwohl der Beschluss für den Haushaltsplan 2018 vor Inkrafttreten der Rechtsänderungen erfolgte, ist das SMI der Auffassung, dass der Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit den Zeitpunkt des Haushaltsbeschlusses überlagert und entgegen der sonst üblichen Verwaltungspraxis die zukünftige Rechtslage hätte beachtet werden müssen.

Eine weitere inhaltliche bzw. rechtliche Auseinandersetzung mit der Rechtsaufsichtsbehörde hätte eine Beschlussfassung des Haushaltes 2018 zu den bereits geplanten Sitzungsterminen des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung verhindert und somit einen geordneten Haushaltsverlauf nicht ermöglicht. Deshalb wurde in Abstimmung mit dem Verbandsvorsitzenden entschieden, die Rechtsauffassung des SMI zu akzeptieren und einen neuen Haushaltsplan aufzustellen. Entsprechend den Beanstandungen des SMI wurde der Haushaltsplan 2018 (Teil Kommunalhaushalt) in folgenden Punkten neu gefasst:

Ergebnishaushalt

1. Der Planansatz „sonstige außergewöhnliche Aufwendungen“ (geplante Instandhaltungsrücklage in Höhe von 2 Mio. EUR) wurden auf Null gesetzt (Position 21).

Stand: 30.09.2019



2. Der Fehlbetrag aus 2016 wird vollständig im Haushaltsjahr 2018 veranschlagt (Position 24) und über das erwartete Sonderergebnis ausgeglichen.
Damit entfällt der Fehlbetragsvortrag nach 2019 in Höhe von 939.225 EUR (Position 31). Die Sozialumlage 2019 kann um diesen Betrag gesenkt werden (Position 2).
3. Das in Höhe von 1.060.775 EUR 2018 verbleibende Sonderergebnis des Ergebnisplanes soll mit dem Jahresabschluss 2018 für die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage zur Instandhaltung des neuen Dienstgebäudes verwendet werden (Position 28).

Entsprechend dem geänderten Ergebnis- und Finanzhaushalt wurden die Zahlen der Haushaltssatzung für den Kommunalhaushalt aktualisiert.

Außerdem wurden die ab dem 01.01.2018 geltenden Musterlisten der Kommunalen Haushaltssystematik im Haushaltsplan 2018 eingearbeitet.

Durch das Sächsische Staatsministerium der Finanzen erfolgte am 26.02.2018 die Bekanntmachung der Umlagegrundlagen für die Sozialumlage im Haushaltsjahr 2018. Auf dieser Grundlage wurde der Umlagesatz in der Haushaltssatzung entsprechend angepasst.

Alle anderen Planzahlen für das Planjahr 2018 und für den Finanzplanzeitraum 2019 bis 2021 der Haushaltsteile Kommunalhaushalt und Ausgleichsabgabe entsprechen der am 11.12.2017 beschlossenen Fassung des Haushaltsplans.

Die geänderte Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2018 sind von der Verbandsversammlung in der Sitzung vom 11.06.2018 beschlossen worden.

Das SMI hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 22.06.2018 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage in Höhe von 8,486871101317 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 28/2018 vom 12.07.2018.

Das Haushaltsjahr 2018 des **Kommunalhaushaltes** wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	684.898.154,73 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	664.120.052,01 EUR
Ordentliches Ergebnis	20.778.102,72 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	7.104.239,39 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	1.907.153,08 EUR
Sonderergebnis	5.197.086,31 EUR
Gesamtergebnis	25.975.189,03 EUR
Verbleibendes Gesamtergebnis nach Abzug Fehlbeträge der VJ	21.955.963,74 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	32.245.593,30 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	7.133.616,91 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	892.680,44 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	6.240.936,47 EUR

Stand: 30.09.2019



Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 38.486.529,77 EUR

Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen 215.408,21 EUR
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr 38.701.937,98 EUR

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen: 85.597.597,45 EUR

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Kommunalhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 festgesetzt:

- > im Ergebnishaushalt
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 692.785.081 EUR
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 692.785.081 EUR
 - Entnahmen aus Rücklagen auf 0,00 EUR
 - Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge 7.000.000,00 EUR
 - Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen 1.920.000,00 EUR
 - Sonderergebnis 5.080.000,00 EUR
- > im Finanzhaushalt
 - Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 1.260.688 EUR
 - Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 6.312.000 EUR
 - Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 7.572.688 EUR
 - Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes 7.572.688 EUR
- > Höchstbetrag der Kassenkredite 138.500.000 EUR
- > Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte 8,48687101317 v. H.

Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses Kommunalhaushalt

Die Jahresrechnung 2018 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Gesamtergebnis in Höhe von 25.975.189,03 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2018 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 28.674.158,55 EUR ab. Er erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 28.667.654,77 EUR.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

in der Ergebnisrechnung

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Minderbetrag von 7.886.926,27 EUR

Stand: 30.09.2019



beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Minderbetrag von 29.130.028,99 EUR

in der Finanzrechnung

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 32.245.593,30 EUR

beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit 6.240.936,47 EUR

beim Überschuss an Zahlungsmitteln 38.486.529,77 EUR

in der Vermögensrechnung

erhöhte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 60.885.276,07 EUR
auf 85.597.597,45 EUR

3. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

3.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit rd. 71 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage in Höhe von 487,5 Mio. EUR. Für das Modellprojekt Bundesteilhabegesetz hat der KSV Sachsen 2018 0,3 Mio. EUR Bundeszuweisung erhalten. Die Projektbewilligung lag zum Planungszeitpunkt noch nicht vor.

Weitere Erträge sind die Landeszuweisungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von 50,0 Mio. EUR, welche 2018 ebenfalls vollumfänglich eingegangen sind.

Des Weiteren werden unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Erträge aus der Förderung von Arbeitsplatzausstattungen in geringem Umfang erfasst.

3.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Sie stellt nach der Sozialumlage die zweitgrößte Ertragsquelle im Kommunalhaushalt dar. Dem Plan von 94,2 Mio. EUR stehen im Ergebnis 93,3 Mio. EUR gegenüber.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei folgenden Erträgen:

	Plan 2018	Ist 2018
Ersatz von Wohngeldstellen	5,0 Mio. EUR	3,7 Mio. EUR
Ersatz von Rentenversicherungsträgern i. E.	54,5 Mio. EUR	52,3 Mio. EUR

Bei der Einführung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches stand der tatsächliche Termin für den Übergang der Fallbearbeitung von über 65-jährigen leistungsberechtigten Menschen vom örtlichen Träger zum KSV Sachsen nicht fest. Ausgegangen wurde in der Planung von einem Aktenübergang zum 01.01.2018. Da der Übergang aber erst am 01.10.2018 stattfand, wurden die dafür geplanten Erträge insbesondere für Renten für die o. a. Leistungsberechtigten nur für ein Quartal realisiert. Dies trifft in geringerem Umfang auch für Wohngeld zu, wobei hier der Plan um rd. 1,0 Mio. EUR zu hoch angesetzt war.

Stand: 30.09.2019



Im Saldo sind bei den sonstigen Transfererträgen 0,9 Mio. EUR Mindererträge zu verzeichnen. Das entspricht 1 % Plan-Ist-Abweichung.

3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2018 wurden von 375,0 TEUR geplanten Verwaltungsgebühren 213,9 TEUR eingenommen. Auf Grund eines Urteils des OVG Bautzen (Az 5 A 274/17;5 K 2375/14) gab es auch in 2018 Rückzahlungen an zu Unrecht erhobenen Gebühren für Tätigkeiten der Heimaufsicht. Das Urteil war zum Planungszeitpunkt nicht rechtskräftig.

Der Planwert der Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe wurde mit 104 % erfüllt.

3.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Das Ergebnis 2018 liegt mit 32 TEUR unter dem Planansatz. Mindererträge sind bei Mieteinnahmen innerhalb des neuen Dienstgebäudes zu verzeichnen. Ursache sind fehlende Mieteinnahmen aus der Vermietung von Tiefgaragenstellplätzen an Mitarbeiter des KSV Sachsen im 1. Halbjahr 2018. Die Mietverträge wurden erst mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude abgeschlossen. Die bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen erzielten Mehrerträge resultieren aus Rückzahlungen der Betriebskostenabrechnungen 2017.

3.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Planansatz dieser Position wurde mit 6,2 Mio. EUR unterschritten. Die Mindererträge resultieren im Wesentlichen aus Mindererträgen bei den Erstattungen von Übrigen (1,6 Mio. EUR) sowie bei den Erstattungen vom Freistaat Sachsen (4,9 Mio. EUR). Auf Grund von Minderaufwendungen für die Leistungen der Grundsicherung insbesondere an über 65-jährige Leistungsberechtigte wurden entsprechend weniger Leistungen für Grundsicherung (4,2 Mio. EUR) erstattet (siehe dazu auch Punkt 3.2.5.). Hier lag der Plan um 4,0 Mio. EUR zu hoch. Die Erstattungen von Übrigen wurden 2018 leistungsbezogen gebucht, so dass hier eine Umverteilung der Erträge stattfand. Dies konnte zum Planungszeitpunkt noch keine Berücksichtigung finden.

3.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2018 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden, was durch die anhaltende Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt verursacht wird (siehe hierzu auch Punkt 3.2.4.). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Mindereinnahmen in Höhe von 0,9 Mio. EUR wurden unter dieser Position hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für Gerichtsverfahren in Höhe von 1,4 Mio. EUR erzielt. Dem gegenüber wurden 0,3 Mio. EUR Mehrerträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie 0,2 Mio. EUR Mehrerträge bei den nicht zahlungswirksamen sonstigen ordentlichen Erträgen erzielt.

Stand: 30.09.2019



Im Haushaltsjahr 2018 wurde erstmalig für die Einzelwertberichtigung und Pauschalwertberichtigung von Forderungen nach Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes je ein Sachkonto zur Trennung der Wertberichtigungen geplant. Der Ist-Wert der Einzelwertberichtigungen lag um 1,5 Mio. EUR niedriger, der Ist-Wert der Pauschalwertberichtigungen um 1,8 Mio. EUR höher, so dass im Saldo bei den Wertberichtigungen ein Mehrertrag von 0,3 Mio. EUR zu verzeichnen ist.

3.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

3.2.1. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 5,4 % bzw. 1,5 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen.

Hauptgründe dafür sind zum einen die verzögerte Besetzung neuer Planstellen im Fachbereich Sozialhilfe sowie Stellenwandlungen und Stundenaufstockungen in den übrigen Fachbereichen auf Grund der späteren Haushaltsgenehmigung für 2018 im Juli des Jahres. Zum anderen erschwerte der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt die Neubesetzung von Stellen mit qualifiziertem Fachpersonal.

Für die im Jahr 2017 abgeschlossenen Verträge über Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 495,1 TEUR gebildet.

3.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Sach- und Dienstleistungen werden unter den Positionen 13 und 17 veranschlagt. Die Position 13 beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 800 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 0,3 Mio. EUR überschritten.

Beim zweiten Teil der Sachaufwendungen handelt es sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Dem Plan in Höhe von 14,2 Mio. EUR stehen im Ist 33,6 Mio. EUR gegenüber. Der Mehraufwand in Höhe von 19,4 Mio. EUR resultiert aus Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Sozialleistungen an Leistungsberechtigte über 65 bis 67 Jahre, welche ab 01.01.2018 lt. AGSGB in den Zuständigkeitsbereich des KSV Sachsen übergegangen sind, aber erst am 01.10.2018 vom KSV Sachsen übernommen wurden. Die von den örtlichen Trägern erbrachten Leistungen in den ersten drei Quartalen 2018 wurden vom KSV Sachsen erstattet.

Trotz der zeitweiligen Doppelbewirtschaftung der Dienstgebäude und damit kostenmäßigen Doppelbelastung auf verschiedenen Sachkonten infolge des Umzugs, entspricht das Jahresergebnis der Sachaufwendungen (abzüglich der Erstattungen lt. AGSGB in Höhe von 20,0 Mio. EUR) mit geringer Unterschreitung in Höhe von rd. 0,3 Mio. EUR den Planansätzen. Mehraufwendungen u. a. für die Unterhaltung baulicher Anlagen, für Heizung, Reinigungsleistungen, Bewachungsleistungen werden kompensiert durch Minderaufwendungen u. a. für die Fahrzeughaltung, Fortbildung, Ausbildung und Reisekosten für Fortbildung.

Stand: 30.09.2019



3.2.3. Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis

In dieser Position wurden 0,4 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Hauptursache sind Mehraufwendungen für Wertberichtigungen von Forderungen (0,3 Mio. EUR). Weiterhin stehen 47 TEUR mehr Abschreibungen als geplant zu Buche.

3.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde nur zu 13 % (6,7 TEUR) in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt und einer aktiven Liquiditätssteuerung.

3.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 595,2 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Von den geplanten 643,9 Mio. EUR Aufwendungen wurden 48,7 Mio. EUR nicht verbraucht. Davon sind 28,4 Mio. EUR nicht in Anspruch genommene Leistungen nach dem BTHG sowie 20,0 Mio. EUR Leistungen nach dem AGSGB für über 65-jährige Leistungsempfänger, welche allerdings in Form von Erstattungsantrag unter der Position 17 in der Ergebnisrechnung verbucht sind (vgl. dazu Punkt 3.2.2.).

Bei den Maßnahmekosten außerhalb von Einrichtungen sind folgende größere Abweichungen zu verzeichnen:

Hilfe zum Lebensunterhalt	+1,0 Mio. EUR
Grundsicherung bei Erwerbsminderung.....	-0,5 Mio. EUR

Bei diesen Leistungsarten ist von einer Verschiebung der Aufwendungen von der Grundsicherung hin zur Hilfe zum Lebensunterhalt auszugehen. Grund dafür ist eine Weisung des BMAS aus dem Jahr 2017, nach der Leistungsberechtigte im Betreuungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen keine Grundsicherung, sondern Leistungen zur Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, was mit Mehrkosten verbunden ist, da Grundsicherung zu 100 % vom Bund erstattet wird. Das betrifft 320 Leistungsberechtigte in Zuständigkeit des KSV Sachsen.

Ambulant betreutes Wohnen.....	-5,7 Mio. EUR
--------------------------------	---------------

Für die über 65-jährigen Leistungsberechtigten, welche per 01.01.2018 in die Bearbeitungszuständigkeit des KSV Sachsen übergehen sollten, wurden Aufwendungen für das gesamte Haushaltsjahr 2018 geplant. Mit dem tatsächlichen Übergang der Leistungsberechtigten am 01.10.2018 wurden die geplanten Mittel für die ersten drei Quartale nicht verbraucht.

Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.....	+2,4 Mio. EUR
--	---------------

Die Leistungsberechtigten nach § 67 SGB XII erhielten ihre Leistungen vor Übergang an die örtlichen Träger für die ersten 3 Quartale des Jahres entgegen dem Plan vom KSV Sachsen. Nach einer Vereinbarung erfolgte für den Mehraufwand beim KSV Sachsen keine Erstattungen dieser Aufwendungen durch die örtlichen Träger. Betrachtet man zusätzlich die Maßnahmekosten in Einrichtungen erhöhen sich die Aufwendungen auf 2,7 Mio. EUR.

Maßnahmekosten a. v. E. nach BTHG.....	-4,3 Mio. EUR
--	---------------

Stand: 30.09.2019



Von den geplanten 5,0 Mio. EUR Mehraufwendungen für Leistungen a. v. E. gemäß BTHG wurden nur rd. 14 % für die Hilfe zu selbstbestimmtem Leben im ambulant betreuten Wohnen nach § 55 SGB IX in Anspruch genommen.

Bei den Maßnahmekosten in Einrichtungen sind größere Abweichungen der Ist-Werte vom Plan bei folgenden Leistungsarten zu verzeichnen:

Hilfe zum Lebensunterhalt.....	+1,7 Mio. EUR
Grundsicherung bei Erwerbsminderung.....	-2,4 Mio. EUR

Auch hier ist wie bei den Aufwendungen außerhalb von Einrichtungen für diese beiden Leistungsarten eine Kostenverlagerung aus dem o. a. Grund ursächlich.

WfbM Arbeitsbereich.....	+7,8 Mio. EUR
WfbM Förderbereich.....	+1,5 Mio. EUR

Unterschiedliche Gründe führten zu einem Mehraufwand bei dieser Leistungsart. Eine vollzogene Abschlagserhöhung um 5 auf 95 % ab Juli 2017 führte zu rd. 3,5 Mio. EUR Mehraufwand im Jahr 2018.

Der Fallzahlzuwachs durch den Zuständigkeitswechsel bei den über 65-jährigen Leistungsberechtigten erhöhte die Aufwendungen um ca. 1,0 Mio. EUR. Weiterhin spiegelt sich eine schrittweise Anhebung der sozialversicherungsrechtlichen Altersgrenze auf 67 Jahre in einer längeren Verweildauer der Menschen in den Werkstätten wieder. Entgeltsteigerungen sind ein weiterer Grund für den zu niedrig angesetzten Plan 2018.

Hilfe zum selbstbestimmten Leben in Wohnheimen.....	-17,8 Mio. EUR
---	----------------

Ab 01.10.2018 wurden 1.135 Leistungsberechtigte über 65 Jahre in die Bearbeitungszuständigkeit des KSV Sachsen übernommen, für welche die Aufwendungen für 2018 ganzjährig geplant waren.

Fahrtkosten WfbM.....	-2,0 Mio. EUR
-----------------------	---------------

Trotz Erhöhung des Mindestlohnes haben sich die Fahrtkosten in den WfbM nicht so stark erhöht wie prognostiziert.

Hilfe zur Pflege.....	-1,0 Mio. EUR
-----------------------	---------------

Durch den Verbleib der über 65-jährigen Leistungsberechtigten für die Hilfe zur Pflege beim örtlichen Träger bis zum 67. Lebensjahr wurde 1,0 Mio. EUR nicht verausgabt. Eine Erstattung der Leistungen an die örtlichen Träger findet nach Abrechnung des Jahres 2018 im Haushaltsjahr 2019 statt.

Maßnahmekosten i. E. nach Bundesteilhabegesetz.....	-24,1 Mio. EUR
---	----------------

Von den 31,9 Mio. EUR geplanten Aufwendungen wurden 75 % nicht in Anspruch genommen. Andere Leistungsanbieter nach § 60 SGB IX sowie Leistungsanbieter für das Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX waren 2018 noch nicht etabliert. Dies betrifft ebenfalls die Leistungen nach BTHG für Leistungsberechtigte in Wohnheimen.

Stand: 30.09.2019



Zusammenfassende Betrachtung:

Auf Grund der Übernahme der über 65-jährigen Leistungsberechtigten durch den KSV Sachsen zum 01.10.2018 entstand

1. Minderaufwand....

.... im ambulant betreuten Wohnen	-5,7 Mio. EUR
....im Wohnheimbereich	-17,8 Mio. EUR
<i>Summe</i>	<i>-23,5 Mio. EUR</i>

2. Mehraufwand....

....Erstattungen an komm. Gebietskörpers.	+19,9 Mio. EUR
....Resterstattungen 2019	+1,6 Mio. EUR

3. Mindererträge

..... bei den Renten	-2,2 Mio. EUR
<i>Summe 2 + 3</i>	<i>-23,7 Mio. EUR</i>

Im Vergleich der Minderaufwände mit den Mehraufwänden und Mindererträgen ist festzustellen, dass die Ergebnismerte 2018, welche sich aus den Leistungsveränderungen nach dem AGSGB ergeben, den Planwerten 2018 zu diesen Leistungen entsprechen.

3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 3.2.2.) die Erstattungen an den Bund, das Land, Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Die Erstattungen an den Freistaat Sachsen, hier 50 % der Erstattungen des Landesblindengeldes nach SächsLBlindGG fielen um 0,4 Mio. EUR niedriger als geplant aus. Des Weiteren sind bei den Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften 19,9 Mio. EUR Mehraufwendungen entstanden (siehe dazu Punkt 3.2.5. – Mehraufwand Erstattungen an komm. Gebietskörperschaften). Alle anderen im Punkt 3.2.2. nicht erwähnten Erstattungen entsprechen im Saldo nahezu dem Planwert.

3.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Dem Ertrag in Höhe von 7,1 Mio. EUR aus der Veräußerung des Dienstgebäudes Thomasiusstraße steht ein Aufwand in Form der dauerhaften Abschreibung in Höhe von 1,9 Mio. EUR gegenüber. Weiterhin stehen den außerordentlichen Erträgen aus der Bagatellbetragsbereinigung und Überzahlungen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen gegenüber. Das daraus resultierende Sonderergebnis in Höhe von 5,2 Mio. EUR wird zum Ausgleich des 2016 entstandenen Fehlbetrages in Höhe von 4,0 Mio. EUR verwendet. Das verbleibende Sonderergebnis in Höhe von 1,2 Mio. EUR dient der Bildung einer zweckgebundenen Rücklage zur Sanierung des neuen Dienstgebäudes. Insbesondere in der Tiefgarage besteht ein Sanierungsbedarf beginnend im Jahr 2020, deren Kostenanteil des KSV Sachsen lt. Eigentümerversammlung vom 24.10.2018: 1,2 Mio. EUR beträgt und damit durch die Rücklage nahezu gedeckt werden könnte.

Stand: 30.09.2019



3.4. Ergebnisverwendung

Das ordentliche Ergebnis beträgt 20,8 Mio. EUR. Der Betrag wird der Ergebnissrücklage zugeführt und ist für zukünftige Ausgaben nach dem BTHG vorgesehen.

Mit dem Überschuss des Sonderergebnisses in Höhe von 5,2 Mio. EUR wird der Fehlbetrag aus dem Jahr 2016 in Höhe von 4,0 Mio. EUR ausgeglichen. Aus dem noch verbleibenden Restbetrag wird eine zweckgebundene Rücklage zur Instandsetzung der Tiefgarage im neuen Dienstgebäude in Höhe von 1,2 Mio. EUR gebildet. Die Eigentümergemeinschaft des Dienstgebäudes Humboldtstraße 18 hat bisher keine Instandhaltungsrücklage gebildet, so dass die Sanierungskosten aus dem laufenden Haushalt beglichen werden müssten. Die Eigentümerversammlung hat am 24.10.2018 für 2019 Voruntersuchungen und für 2020 die Sanierung der Tiefgarage beschlossen. Die Sanierungskosten wurden mit ca. 2,5 Mio. EUR beziffert, wovon der KSV Sachsen einen Anteil von 50 % zu tragen hat.

4. Erläuterungen zur Finanzrechnung

4.1. Einzahlungen

4.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage, für das Modellprojekt BTHG, sowie die Landeszuweisungen BTHG erfasst. Weiterhin sind in geringem Umfang Einzahlungen aus der Förderung von Arbeitsplatzausstattungen erfasst. An dieser Stelle wird auf Punkt 3.1.1. der Ergebnisrechnung verwiesen. Die Summe der Einzahlungen entspricht zu 100 % der Ertragssumme in dieser Position.

4.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Die Summe der Einzahlungen entspricht im Haushaltsjahr 2018 nahezu dem Planwert in dieser Position. Zu einzelnen größeren Abweichungen wird auf die Ausführungen im Punkt 3.1.2. verwiesen.

4.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Den Sollstellungen in Höhe von 0,2 Mio. EUR für die Gebührenerhebung für die Anerkennung von Gesundheitsfachberufen stehen Einzahlungen in Höhe von 0,2 Mio. EUR gegenüber. Den geplanten Einzahlungen von Gebühren im Rahmen der Heimaufsicht stehen Absetzungen von 18,6 TEUR gegenüber. Zum Grund dafür wird auf Gliederungspunkt 3.1.3. verwiesen.

4.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.4. verwiesen.

4.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Gegenüber dem Planwert von 54,4 Mio. EUR wurden Geldeingänge in Höhe von 49,0 Mio. EUR verzeichnet. Das sind 5,4 Mio. EUR weniger als geplant. Diese Mindereinzahlungen stehen 6,2 Mio. EUR Mindererträgen gegenüber.

Stand: 30.09.2019



Die Ursachen sind unter Punkt 3.1.5. erläutert. Da bei Erstattungszahlungen für das IV. Quartal Sollstellung (im alten Haushaltsjahr) und Zahlungseingang (im neuen Haushaltsjahr) zeitlich jahresübergreifend auseinanderfallen, sind mehr Einzahlungen in der Finanzrechnung als Sollstellungen in der Ergebnisrechnung zu verzeichnen.

4.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen

Zu Zinsen wird auf den Gliederungspunkt 3.1.6. verwiesen. In geringem Umfang sind auf dieser Position außerdem sonstige Einzahlungen in Form von Bagatellbeträgen und Überzahlungen zu verzeichnen.

4.1.7. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen in Höhe von 8,9 TEUR sind in Position 8 sonstige öffentlich-rechtliche Verwaltungs- und Betriebseinnahmen in Höhe von 10,4 TEUR abgebildet.

4.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen mit 681,4 Mio. EUR 1,0 % bzw. 5,3 Mio. EUR unter dem Planwert. Die hauptsächliche Ursache dafür liegt in den fehlenden Erstattungen (siehe Punkt 4.1.5.).

4.2. Auszahlungen

4.2.1. Personalauszahlungen

Der Planansatz wurde mit 1,4 Mio. EUR unterschritten. Dazu wird auf Punkt 3.2.1. verwiesen.

4.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)

In Bezug auf Gliederungspunkt 3.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren vorrangig aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

4.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 3.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen zu 100 % den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

4.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 54,8 Mio. EUR weniger als geplant ausgezahlt. Sie stehen im Zusammenhang mit den unter 3.2.5. beschriebenen Transferaufwendungen.

Stand: 30.09.2019



4.2.5. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf Punkt 3.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

4.2.6. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 36,7 Mio. EUR niedriger als geplant. Hauptursache sind Minderauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 infolge geringerer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 3.2.5.).

4.2.7. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 4.1.8.) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 4.2.6.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 32,2 Mio. EUR.

4.2.8. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen

Entsprechend dem Ertrag der Ergebnisrechnung aus der Veräußerung des Dienstgebäudes Thomasiusstraße weist die Finanzrechnung eine Einzahlung von 7,1 Mio. EUR aus. Weiteren Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen in Höhe von 1,0 TEUR stehen Auszahlungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR für immaterielle Vermögensgegenstände, Verkaufsnebenkosten für Gebäude sowie für bewegliche Vermögensgegenstände gegenüber. Rückflüssen aus Ausleihungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR stehen neu gewährte Ausleihungen in gleicher Größenordnung gegenüber. Im Saldo stehen knapp 0,2 Mio. EUR Mehrauszahlungen für Investitionstätigkeit Mehreinzahlungen von 0,1 Mio. EUR gegenüber.

4.2.9. Finanzierungsmittelbedarf

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich durch den Verkauf des Dienstgebäudes abzüglich der Auszahlungen für Investitionstätigkeit um 6,3 Mio. EUR auf 38,5 Mio. EUR.

4.2.10. Änderung des Finanzmittelbestandes

Der Finanzmittelbestand steigt um 38,5 Mio. EUR.

4.2.11. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Stand: 30.09.2019



Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelüberschuss als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Position 46).

4.2.12. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 52) hat sich auf Grund des positiven Zahlungsmittelbestandes von 38,7 Mio. EUR abzüglich einer Tilgung von Kassenkrediten in Höhe von 10,0 Mio. EUR um 28,7 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes liegt begründet im positiven Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit.

5. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Mit dem Jahresabschluss 2018 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2018 dargestellt.

Die Bilanzsumme des Teiles Kommunalhaushalt am 31.12.2018 beträgt 85.597.597,45 EUR und ist damit 24.712.321,38 Mio. EUR höher als am 31.12.2017. Hauptursache dafür ist die Erhöhung der liquiden Mittel um 28,7 Mio. EUR.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

5.1. Aktiva

5.1.1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 30,5 Mio. EUR auf 29,0 Mio. EUR verringert. Diese Verringerung resultiert in erster Linie im Sachanlagevermögen durch den Verkauf des Dienstgebäudes Thomasiusstraße verbunden mit einer Sonderabschreibung des Restbuchwertes von 1,9 Mio. EUR. Das Finanzanlagevermögen veränderte sich nur marginal von 17,74 Mio. EUR auf 17,8 Mio. EUR.

Das gemäß § 72 Abs. 3 SächsGemO per 31.12.2017 festgestellte Anlagevermögen, welches die Grundlage für die Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Basiskapital im Haushaltsjahr 2018 bildet, beträgt 30.474.653,27 EUR.

Bei der Verrechnung darf ein Drittel des zum 31.12.2017 festgestellten Basiskapitals in Höhe von 10.713.103,96 EUR nicht unterschritten werden.

Im Jahr 2018 wurde keine Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Basiskapital vorgenommen, da durch die Veräußerung des Dienstgebäudes Thomasiusstraße ein Überschuss im Sonderergebnis in Höhe von 5,2 Mio. EUR entstanden ist.

5.1.2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 26,1 Mio. EUR auf 53,9 Mio. EUR erhöht. Grund dafür ist hauptsächlich die Erhöhung der Liquidität um 28,7 Mio. EUR.

Die Gesamtheit der Forderungen hat sich im Saldo von 26,0 Mio. EUR auf 25,2 Mio. EUR verringert. Zum einen hat sich die Summe der öffentlich-rechtlichen Forderungen um 4 % zum Vorjahr verringert, gleichzeitig erhöhte sich die Quote der Wertberichtigung dieser Forderungen um 58 %.

Stand: 30.09.2019



5.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2019 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2019 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2018 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden. Der Wert erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. EUR auf 2,7 Mio. EUR.

5.1.4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Im Haushaltsjahr ist zum Bilanzstichtag kein entsprechender Fehlbetrag zu verzeichnen. Der 2017 ausgewiesene Fehlbetrag war als Einmaleffekt zu bewerten.

Verschiedene in vorangegangenen Punkten bereits beschriebene Gründe führen 2018 zu einer Konsolidierung der Bilanz.

5.2. Passiva

5.2.1. Kapitalposition

Das Basiskapital in Höhe von 10,7 Mio. EUR zeigt gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen. Erstmals im Jahresabschluss 2018 wird der Betrag des Basiskapitals, der gemäß § 72 Abs. 3 S. 4 der SächsGemO nicht zur Verrechnung herangezogen werden darf, in Höhe von 3,6 Mio. EUR gesondert ausgewiesen. Das ordentliche Ergebnis beträgt 20,7 Mio. EUR. Aus diesem Ergebnis wurde eine Überführung in die allgemeine Rücklage für zukünftige Ausgaben nach dem BTHG vorgenommen. Aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 5,2 Mio. EUR wurde neben der Fehlbetragsdeckung aus 2016 in Höhe von 4,0 Mio. EUR eine zweckgebundene Rücklage zur Instandsetzung der Tiefgarage im neuen Dienstgebäude in Höhe von 1,2 Mio. EUR gebildet. Damit beträgt die Gesamtrücklage 22,0 Mio. EUR.

Der unter der Bilanzposition "Fehlbeträge" ausgewiesene Betrag in Höhe von 8,4 Mio. EUR wurde mit der Jahresrechnung 2017 auf 2019 vorgetragen. Die Deckung findet im Haushaltsjahr 2019 statt.

5.2.2. Sonderposten

Durch die Neuanschaffung von geförderten beweglichen Vermögensgegenständen hat sich der Betrag der Sonderposten trotz Abschreibungen von sonderpostenrelevanten Anlagegütern geringfügig auf 8,3 TEUR erhöht.

5.2.3. Rückstellungen

Nach dem Abschluss von neuen Altersteilzeitverträgen wurden 2018 entsprechende Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit in Höhe von 0,5 Mio. EUR unter Position Nr. 3 a) gebildet.

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung.

Stand: 30.09.2019



Für neue Gerichtsverfahren, die im Jahr 2018 begannen und für Altverfahren, welche in 2018 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich aus einer Erfolgsquote, errechnet aus dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten 3 Jahre. Dadurch verringerte sich diese Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr um 17 TEUR.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen insbesondere für Abrechnungen des 4. Quartals zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2018 wurden 0,3 Mio. EUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit verringerte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen um 0,3 Mio. EUR auf 4,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

5.2.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten verringerten sich um 1,1 Mio. EUR auf 49,6 Mio. EUR.

Erstmalig wurden 2017 unter 4 b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 10,0 Mio. EUR ausgewiesen. Durch das Vorhandensein von ausreichend liquiden Mitteln war die Aufnahme von Kassenkrediten zum Bilanzstichtag 31.12.2018 nicht notwendig.

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2018 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2019. Der Betrag bewegt sich mit 0,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden der Jahre 2018 und früher gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2018 am 28.02.2019 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 e). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Behinderteneinrichtungen, wird bei dieser Position ein Betrag von 48,1 Mio. EUR ausgewiesen, 8,5 Mio. EUR mehr als 2017. Grund dafür sind außer der allgemeinen Kostensteigerung die Übernahme der über 65-jährigen Leistungsberechtigten vom örtlichen Träger. In den ersten beiden Monaten 2019 wurden insbesondere im Wohnheimbereich 6,0 Mio. EUR mehr für den Leistungszeitraum 2018 abgerechnet, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (Punkt 4 f) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR erhöht.

5.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2018 eingegangen sind, aber erst die Leistungsperiode 01/2019 betreffen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen, insbesondere Rente, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld für den Leistungsmonat Januar 2019. Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Gegenüber 2017 hat sich der Betrag um 1,0 Mio. EUR auf 4,9 Mio. EUR erhöht. Hauptgrund dafür ist die Zahlung der Renten für den Monat Januar 2019 für die an den KSV Sachsen übergebenen Leistungsberechtigten über 65 Jahre.

Stand: 30.09.2019



6. Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vom 23.12.2016 wurden weitere Rahmenbedingungen für die Haushaltsplanung 2018 und die mittelfristige Finanzplanung relevant. Mit dem BTHG waren die Zuständigkeiten zwischen den örtlichen und überörtlichen Trägern von Eingliederungs- und Sozialhilfe neu zu bestimmen. Diese sind im SächsAGSGB vom 18.06.2018 festgeschrieben. Mit dem Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2018 liegen erste Ergebnisse zu den Auswirkungen der neu eingeführten Sozialgesetzgebung auf die Erträge und Aufwendungen der Sozialhilfe des Kommunalhaushaltes des KSV Sachsen vor.

Dabei wird festgestellt, dass die im Rahmen der kommunalen Arbeitsgruppe Konnexität ermittelten Auswirkungen des AGSGB noch keine vollständige Wirkung entfaltet haben. Das bereits im Haushaltsplan 2018 beschriebene Haushaltsrisiko zur Umsetzung des BTHG zeigt im Ergebnis einen Überschuss von 28,4 Mio. EUR, da die Umsetzung des BTHG in Form der Einführung neuer Leistungsarten bis hin zur kostenmäßigen Auswirkung mehr Zeit als erwartet in Anspruch nimmt.

Der Zuständigkeitswechsel der Leistungsberechtigten nach dem AGSGB wurde per 30.09.2018 vollzogen, so dass für ein Quartal Sozialhilfeleistungen ertrags- und aufwandsseitig im Haushalt 2018 abgebildet werden konnten.

Das Gesamtergebnis 2018 beläuft sich auf einen Überschuss von 25.975.189,03 EUR. Damit konnte die im Haushaltsplan 2018 veranschlagte Abdeckung eines Fehlbetrages aus Vorjahren von 4,0 Mio. EUR planmäßig realisiert werden (siehe auch Punkt 3.3).

Die bilanzielle Überschuldung i. S. § 73 Abs. 5 SächsKomHVO für den Teilhaushalt Kommunalhaushalt im Jahr 2017 war ein Einmaleffekt, welcher mit dem Erwerb des neuen Dienstgebäudes im Zusammenhang stand. Zum Stichtag 31.12.2018 waren in der Bilanz dieses Haushaltsteiles liquide Mittel in Höhe von 28,7 Mio. EUR ausgewiesen.

Da sich der Trend des 2018 geringeren BTHG-bedingten Aufwandes im Jahr 2019 fortsetzen wird, stehen genügend Deckungsmittel zur Verfügung, um den Fehlbetrag aus 2017 im Haushaltsjahr 2019 planmäßig auszugleichen.

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen auch weiterhin durch die noch nicht exakt bezifferbaren Auswirkungen durch das BTHG, welche insbesondere in der Planung für das Jahr 2020 betrachtet werden müssen.

7. Schlüsselprodukte

7.1. Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Stand: 30.09.2019



Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2018 184,8 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 190,8 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 103 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2018 gegenüber 2017 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2017: 15.454 Leistungsberechtigte, 130,7 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2018: 15.572 Leistungsberechtigte, 135,8 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: 0,8 % (Vorjahr 0,3 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 8.457 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 8.720 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 3,1 % (Vorjahr 6,0 %)

Nach der moderaten Fallzahlentwicklung im Jahr 2017 zeigt sich 2018 eine stärkere Fallzahlsteigerung (+118 LB) bei geringeren Entgeltsteigerungsraten. Die Kostensteigerungen resultieren zum einen aus der Fallzahlsteigerung (+1,0 Mio. EUR) sowie aus gestiegenen Kosten je Fall.

7.2. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der **vollstationären Eingliederungshilfe** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2018 257,0 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 239,2 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 93 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5. verwiesen.

Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2018 im Vergleich zu 2017 dar, wobei diese Betrachtung ohne die Auswirkungen des BTHG erfolgt, da dieser Aufwand separat verbucht wurde:

Fallzahl per 31.12.2017: 8.627 Leistungsberechtigte, 216,9 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahl per 31.12.2018: 9.705 Leistungsberechtigte, 239,2 Mio. EUR Aufwendungen

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 25.142 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 26.023 EUR

Durch die Übernahme von 1.135 Fällen ü65 wurden die Fallkosten durch Hochrechnung ermittelt.

Ohne Einbeziehung des Leistungsbestandteiles Grundsicherung ist hier eine Aufwandssteigerung von 3,5 % bei leicht sinkender Fallzahl zu verzeichnen (Vorjahr 6,5 %).

Kostensteigerungen bei dieser Leistungsart sind damit im abgelaufenen Haushaltsjahr 2018 wie auch schon 2017 ausschließlich auf steigende Kosten pro Fall zurückzuführen.

Stand: 30.09.2019



Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2018 42,3 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 36,6 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 86,5 %. An dieser Stelle wird ebenfalls auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5 verwiesen.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2018 im Vergleich zu 2017 dar:

Fallzahl per 31.12.2017: 5.592 Leistungsberechtigte 33,3 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahl per 31.12.2018: 5.889 Leistungsberechtigte 36,6 Mio. EUR Aufwendungen

Hinzu kommen 475 Leistungsberechtigte über 65 Jahre, welche vom örtlichen Träger übernommen wurden. Fallzahlzuwachs absolut 772, davon 475 Leistungsberechtigte vom örtlichen Träger und 297 effektiver Zugang

Fallzahlentwicklung: 5,3 % (Vorjahr 2,8 %) ohne übergegangene Leistungsberechtigte

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 5.955 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2018: 6.122 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 2,8 % (Vorjahr 9,9 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein Fallzahlzuwachs mit progressiver Tendenz. Hinzu kommt im Vergleich zum Vorjahr ein degressiver Anstieg der Kosten pro Fall, der den ununterbrochenen Anstieg der Aufwandskosten untermauert.

8. Vorbemerkungen Ausgleichsabgabe

Die Ausgleichsabgabe wird vom Integrationsamt auf der Grundlage des § 77 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verwaltet. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX sind die Mittel getrennt vom übrigen Haushalt der Behörde zu verwalten unter Beachtung der für die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zuständigen Behörde geltenden Haushaltsvorschriften (kommunales Haushaltsrecht des Freistaates Sachsen).

Mit der Funktionalreform im Freistaat Sachsen ist der KSV Sachsen seit 01.08.2008 die sachlich zuständige Behörde und hat die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zu diesem Zeitpunkt vom Freistaat Sachsen übernommen. Das Kassengeschäft wurde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 von der Hauptkasse des Freistaates Sachsen fortgeführt und befindet sich seit 01.01.2009 in der Zuständigkeit des KSV Sachsen. Die kommunale Haushaltswirtschaft findet nach § 21 Abs. 1 SächsKomSozVG in Verbindung mit § 61 Abs.1 SächsLKrO Anwendung.

Mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 (SächsGVBl. 2010 S. 387) wurde das Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch“ mit Wirkung vom 01.01.2011 ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Freistaat Sachsen ab diesem Zeitpunkt formal das Eigentum an der Ausgleichsabgabe auf den KSV Sachsen übertragen.

Im Ergebnis der Prüfung des Rechtscharakters der Ausgleichsabgabe durch das SMI handelt es sich bei dieser um ein Sondervermögen i. S. v. § 91 SächsGemO (Schreiben des SMI vom 13.08.2014). Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Ausgleichsabgabe deshalb als Teil des Kommunalhaushaltes ausgewiesen.

Stand: 30.09.2019



Das Haushaltsjahr 2018 der **Ausgleichsabgabe** nach § 77 SGB IX wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des Sondervermögens	63.507.515,77 EUR
---------------------------------	-------------------

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	34.943.962,73 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	33.842.092,61 EUR
Ordentliches Ergebnis	1.101.870,12 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Außerordentliches Ergebnis	0,00 EUR
Gesamtergebnis	1.101.870,12 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	807.518,81 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -bedarf als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	807.518,81 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	391,16 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	807.909,97 EUR

Im SächsKomSozVG wird im § 3 Abs. 1 Nr. 11 die Zuständigkeit für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem SGB IX geregelt. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX werden die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind. Nach § 21 Abs.1 SächsKomSozVG gelten für die Wirtschaftsführung die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft.

Die materiellen Rechtsgrundlagen für die Ausgleichsabgabe bilden das SGB IX in Verbindung mit der Ausgleichsabgabenverordnung.

Stand: 30.09.2019



Mit Bescheid vom 24.03.2015 wurde vom SMI festgelegt, das die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Deshalb wurden die Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 und unter Beachtung der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltssystematik als Teilhaushalt 3519 in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Ausgleichsabgabe für das Haushaltsjahr 2018 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt		
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf		37.981.600,00 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf		39.680.850,00 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf		1.699.250,00 EUR
> im Finanzhaushalt		
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		-1.399.250,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-1.399.250,00 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes		-1.399.250,00 EUR

9. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung der Ausgleichsabgabe

9.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

9.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

Diese Position erfasst die Planung und Abrechnung des Ertrages im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX. Gegenüber dem Plan konnten 0,2 Mio. EUR Mehrerträge erzielt werden. Der IST-Wert 2018 liegt mit 0,4 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Planwert des Finanzausgleichs kann nur sorgfältig geschätzt werden, da die tatsächliche Höhe des Ausgleichs erst am Ende des aktuellen Haushaltsjahres bekannt gegeben wird. Der jährliche Finanzausgleich wird in Abhängigkeit der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes beschäftigten und bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen ermittelt.

9.1.2. Sonstige Transfererträge

Auf dieser Position werden Rückzahlungen gewährter Hilfen geplant und abgerechnet. Darunter befinden sich Rückeinnahmen aus begleitenden Hilfen. Es handelt sich hierbei um Rückerstattungen von anderen Leistungsträgern, bei denen der KSV Sachsen in Vorleistung gegangen ist bzw. um Rückeinnahmen nach Widerruf des Bewilligungsbescheides und Rückforderung der Leistungen. Weiterhin befinden sich darunter Zuschüsse an Integrationsfachdienste (IFD) sowie „Rückeinnahmen aus institutionellen Förderungen“.

Stand: 30.09.2019



Diese Rückerstattungen gewährter Zuwendungen, z. B. durch Rückforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung IFD und aus der Beauftragung durch Rehabilitationsträger (im Folgenden Rehaträger genannt) können zum Planungszeitpunkt nur schwer eingeschätzt werden, da die Ereignisse, die zur Rückzahlung der Hilfe führen, erst im laufenden Haushaltsjahr bekannt werden. Der Planwert orientiert sich deshalb an den Vorjahres-Istwerten. Von den 1,2 Mio. EUR geplanten Rückzahlungen konnten rd. 20 % bzw. 0,2 Mio. EUR realisiert werden, was 50 % des Vorjahreswertes entspricht.

Weiterhin sind auf dieser Position Rückzahlungen aus Projekten und Programmen enthalten und es werden Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen, Erstattungen von gewährten Hilfen auf Grund eines Rücknahme- bzw. Widerrufsbescheides, Erträge aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der IFD und aus der Beauftragung durch Rehaträger auf dieser Position geplant und abgerechnet. Auf Grund der fehlenden Nachfrage der Arbeitgeber nach Darlehen konnten die geplanten Mittel in Höhe von 86 TEUR nur zu 5 % vereinnahmt werden.

Insgesamt beträgt das Ergebnis der sonstigen Transfererträge nur rd. 0,7 % der Gesamterträge.

9.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Unter dieser Position werden Bundeszuweisungen für Projekte, an denen sich der Bund finanziell beteiligt, geplant und abgerechnet. Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurden hier 2,5 Mio. EUR Mindererträge verbucht. Grund dafür ist, dass eine Zuweisung des Freistaates Sachsen in Höhe von 2,4 Mio. EUR für das Programm Inklusionsinitiative II 2018 geplant, aber erst 2019 ertragswirksam wird. Die Abforderung der Mittel erfolgt in Abhängigkeit der Mittelbindung an Bescheide. Da Ende 2018 noch nicht die volle Summe des Gesamtbetrages an Bescheide gebunden war, konnten die Mittel noch nicht abgefordert werden.

Sonstige Erstattungen vom Bund wurden 2018 mit 200,0 TEUR geplant. Demgegenüber steht ein Ist-Wert von 60,2 TEUR.

Die Erfassung des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX erfolgt seit 2018 in Folge einer Kontoumstellung unter der Ertragsposition 2, siehe Punkt 9.1.1.

9.1.4. Zinsen und sonstige Finanzerträge

Aus den Geldern der nicht verbrauchten Mittel der Ausgleichsabgabe werden Geldanlagen getätigt, welche zu den hier veranschlagten Finanzerträgen führen. Aus der Vermögensverwaltung mit langfristigen Geldanlagen konnten 140,7 TEUR erzielt werden. Zum Zeitpunkt des Planabschlusses 2018 lagen noch keine Erkenntnisse über die Ertragshöhe aus der jährlichen Vermögensverwaltung vor, so dass von einem Ansatz auf dieser Position abgesehen wurde. Sparkonten mit viertel- bzw. halbjährigen Kündigungsfristen zum Zweck der Jahresliquiditätsdisposition haben 7,1 TEUR Erträge erzielt.

In Summe konnten 12,6 TEUR mehr Zinserträge als im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Kurzfristige Geldanlagen unter 3 Monaten waren auf Grund der Kapitalmarktlage im Rahmen einer sicheren Geldanlage nicht möglich. Für längerfristig nicht benötigte Finanzmittel wurde seit 2013 die Sparkasse Leipzig mit einer Vermögensverwaltung mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren beauftragt. Der dabei angelegte Betrag beläuft sich gegenwärtig auf 30 Mio. EUR zuzüglich der jährlich in der Anlagemasse belassenen aber realisierten Zinserträge, welche Bestandteil der Position Finanzerträge der Ergebnisrechnung sind. Rund 95 % des Gesamtzinsertrages dieser Position konnten mit dieser längerfristigen Geldanlage realisiert werden.

Stand: 30.09.2019



9.1.5. Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die Erträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe einschließlich Säumniszuschläge in Höhe von ca. 26,6 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen in Höhe von ca. 5,0 Mio. EUR erfasst. Letzteren Erträgen stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen entgegen. Die Höhe der sonstigen ordentlichen Erträge liegt mit 31,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Mit rd. 84 % ist das Aufkommen an Ausgleichsabgabe die wichtigste Ertragsposition der sonstigen ordentlichen Erträge sowie mit 76 % die wichtigste Ertragsposition der ordentlichen Erträge insgesamt. Die Planzahl des Aufkommens der Ausgleichsabgabe kann nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre gewissenhaft geschätzt werden, da diese von verschiedenen externen Faktoren, bspw. der Arbeitsmarktentwicklung abhängig und somit im Planungsvorfeld nicht exakt vorhersehbar ist. Das Aufkommen an Ausgleichsabgabe ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. EUR leicht gestiegen. Diese Ertragssteigerung wird kompensiert durch die Mindererträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen von Forderungen. Seit dem Haushaltsjahr 2017 werden Wertberichtigungen getrennt nach Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen gebucht. Dies stand zum Planungszeitpunkt noch nicht fest, so dass der Planwert für beide Wertberichtigungen noch auf einem Konto ausgewiesen ist.

Auf Grund der vorhandenen Erfahrungen zur Größenordnung von Wertberichtigungen von Forderungen wurde im Jahr 2018 ein Planansatz in Höhe von 5,8 Mio. EUR getätigt, welcher um 0,6 Mio. EUR unterboten wurde. In Summe beliefen sich die Erträge aus der Auflösung von Forderungen aus dem Jahr 2017 auf 5,2 Mio. EUR.

9.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

9.2.1. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gemäß § 77 Abs. 5 S. 2 SGB IX dürfen aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Diese Kosten werden deshalb im Kommunalhaushalt des KSV Sachsen veranschlagt.

Die durch eine Kontenumstellung für sonstige Kosten in dieser Position 2018 erstmalig ausgewiesenen Aufwendungen wurden bis 2017 in Position 16 Transferaufwendungen veranschlagt und abgerechnet. Die Planmittel wurden mit 226,6 TEUR zu 64 % ausgeschöpft, im Vergleich zum Vorjahr fallen in dieser Position 14 TEUR Mehraufwendungen an.

9.2.2. Planmäßige Abschreibungen

Unter dieser Aufwandsposition werden insbesondere Aufwendungen für Wertberichtigungen aus Forderungen ausgewiesen. Wegen der hohen Zahl von ausstehenden Zahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe von Firmen, welche sich im Insolvenzverfahren befinden, besteht auch 2018 ein hohes Wertberichtigungsvolumen, welches aber im Vergleich zum Vorjahr um rd. 8 % gesunken ist. Durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen wird der Aufwand der Wertberichtigungen zu 99 % kompensiert. Hier sind Mehraufwendungen von 57 TEUR zu verzeichnen.

Stand: 30.09.2019



9.2.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Zinsforderungen im Zusammenhang mit Ausgleichsabgaberückzahlungen an Insolvenzverwaltungen. Für das abgelaufene Haushaltsjahr 2018 sind keine Aufwendungen zu verzeichnen.

9.2.4. Transferaufwendungen

Die verbuchten Aufwendungen werden nach § 108 SGB IX in Verbindung mit der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) gewährt. Diese Leistungen können als Zuschuss oder als Darlehen gewährt werden. Da es sich bei den Darlehen um Sozialdarlehen handelt, erfolgt deren Buchung ergebniswirksam (vgl. FAQ 5.27 des SMI). Im Einzelnen handelt es sich um Leistungen für schwerbehinderte Menschen, Leistungen für Arbeitgeber einschl. Integrationsprojekte, Zuschüsse für Einrichtungen, Zuschüsse für Sonderprogramme und Zuschüsse an Integrationsfachdienste. Diese Aufwandsposition ist mit 84 % die größte Einzelposition und bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Saldo aller Aufwendungen wurden 4,7 Mio. EUR weniger als geplant aufgewandt. Das entspricht einer Planabweichung von 14 %.

Wesentliche Minderaufwendungen im Vergleich zum Planansatz sind bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

§ 15 Abs. 1 SchwbAV – Arbeitgeberzuschuss 0,4 Mio. EUR

Bei dieser Leistung liegen die Aufwendungen rd. 420 TEUR unter dem Plan. Auf Grund der Förderoffensive des SMS zur Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wurden die Haushaltsmittel dafür entsprechend geplant. Die Situation ist jedoch anhaltend vom stetig wachsenden Fachkräftemangel geprägt. Dies findet auch seinen Niederschlag bei der Suche der Unternehmen nach gut ausgebildeten schwerbehinderten oder gleichgestellten Arbeitnehmern und hat somit u. a. Auswirkungen auf die Förderung von geschaffenen Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen. Deshalb haben sich die Antragszahlen nicht in dem erwünschten Maße entwickelt.

§ 26 Abs. 1 Nr. 3 SchwbAV – Ausstattung Arbeitsplatz 0,2 Mio. EUR

Durch die Reduzierung der monatlichen Förderbeträge konnte in der Haushaltsplanung für 2018 das sich dadurch ergebende Einsparpotenzial auf Grund fehlender Erfahrungen noch nicht sicher abgeschätzt werden. Darüber hinaus nahmen auch 2018 einige der schwerbehinderten Arbeitnehmer die vorzeitige Rente mit 63 in Anspruch. Damit entfielen entsprechend geförderte Arbeitsplätze. Die Vielzahl der unterschiedlichen Fördertatbestände bei dieser Leistung erschwert eine noch genauere Planung der Haushaltsmittel.

§ 27 SchwbAV – personelle Unterstützung und Beschäftigungssicherungszuschuss 2,4 Mio. EUR

Der allgemeine Arbeitsmarkt unterliegt weiterhin der Tendenz, dass ältere Arbeitnehmer vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden oder das Unternehmen aus anderen Gründen verlassen, wodurch die Leistung entfällt.

Darüber hinaus werden vordergründig der Einsatz von Technik bzw. die Gewährung anderer Leistungen des Integrationsamtes im Rahmen der begleitenden Hilfe geprüft, bevor eine personelle Unterstützung bzw. Beschäftigungssicherungszuschuss bewilligt wird.

Stand: 30.09.2019



§ 17 Abs.1a SchwbAV – Arbeitsassistenten;
Zuschuss an schwerbehinderte Menschen 0,7 Mio. EUR

Da es sich hier um einen Rechtsanspruch handelt, wurden die Mittel entsprechend sicher geplant. Dabei fand auch die tarifliche Erhöhung der Stundenlöhne bei Dienstleistern Beachtung. Es wurde analog der bisherigen Erfahrungen auch ein Aufwuchs an Anträgen eingeplant, der sich jedoch nicht bestätigte. Auf Grund der vordergründig zu gewährenden technischen Hilfen bzw. anderen Leistungen der begleitenden Hilfen vor der Bewilligung von Arbeitsassistentenleistungen und deren gestiegener Anteil kam es hier zu einem geringeren Mittelabfluss.

Regelfinanzierung im Rahmen der Strukturverantwortung 0,5 Mio. EUR

Die Minderausgaben sind u. a. auf die verzögerte Einführung des EDV-Programms 3IN zurückzuführen. Dabei werden geplante Ausgaben nunmehr teilweise in die Folgejahre verschoben. Darüber hinaus führte auch der verzögerte Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Fortführung der Berufsorientierung zu Minderausgaben von rd. 50 TEUR. Aus diesem Grund konnten die geplanten Maßnahmen für die Schüler des Jahrganges 2017/18 nicht rechtzeitig beginnen und die Abrechnung der Ausgaben verschiebt sich ins Jahr 2019.

Mehraufwand ist u. a. bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Inklusionsbetrieb Zuschuss Erweiterung	0,1 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss Modernisierung	0,2 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss § 27 (ohne besonderen Aufwand)	0,1 Mio. EUR

Nach der mit Bundesmitteln geförderten Anschubfinanzierung des Programmes „AlleImBetrieb“ folgt die Nachfinanzierung durch die Mittel der Ausgleichsabgabe. Auf Grund fehlender Erfahrung zum Umfang der einzusetzenden Mittel war eine Planung dieser Positionen schwierig.

Weitere Mehraufwendungen, deren Beträge im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen als geringfügig eingeschätzt werden können und deren Leistungsumfänge im Planungsvorfeld nicht berechenbar waren, entstanden u. a. in folgenden Positionen:

sbM Zuschuss § 20 Kfz-Hilfe	25,8 TEUR
sbM Zuschuss § 24 Fortbildung	18,5 TEUR
Landesdolmetscherzentrale	45,4 TEUR

Für die Abführungen an den Ausgleichsfonds wurden 2018 259,6 TEUR mehr als geplant und 82,1 TEUR mehr als im Vorjahr aufgewandt.

Die tatsächliche Höhe des Abführungsbetrages an den Ausgleichsfonds kann das Integrationsamt erst in der Mitte des laufenden Haushaltsjahres ermitteln. Dazu werden 20 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe, das zwischen dem 01.06. des vorangegangenen Jahres und dem 31.05. des laufenden Haushaltsjahres eingegangen ist, an den Ausgleichsfonds weitergeleitet. Auf Grund der 2018 eingegangenen höheren Erträge aus der Ausgleichsabgabe stieg entsprechend die Abführung an den Ausgleichsfonds an. Zu dieser Aufwandsposition wird im Übrigen auf Punkt 9.2.5. verwiesen.

Stand: 30.09.2019



9.2.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsposition in Höhe von insgesamt 66,9 TEUR zählen Mitgliedsbeiträge, Verwaltungsgebühren des KSV Sachsen sowie Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften. Der Ansatz wurde mit 39,9 TEUR überschritten. Grund dafür ist der gestiegene Aufwand für die Verwaltung des Ausgleichsabgabevermögens, welcher in seiner Höhe nicht exakt planbar ist und sich an den Vorjahreswerten orientiert.

9.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen liegen nicht vor.

9.4. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis für 2018 stellt sich als Überschuss in Höhe von 1,1 Mio. EUR dar. Als Planwert wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 1,7 Mio. EUR angesetzt. Damit weicht das Ergebnis um rd. 2,8 Mio. EUR vom Planwert ab. Maßgeblich dafür sind die unter Punkt 9.2.4. aufgeführten Minderaufwendungen im Umfang von ca. 4,7 Mio. EUR sowie die unter Punkt 9.1.2. beschriebenen Mindererträge.

10. Erläuterungen zur Finanzrechnung der Ausgleichsabgabe

10.1. Einzahlungen

10.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

Zum Ertrag Finanzausgleich nach § 160 SGB IX wird auf Punkt 9.1.1. Ergebnisrechnung verwiesen.

10.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Differenzen zwischen den Ist-Werten der Finanz- und Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem Auseinanderfallen der Sollstellungen (frühere Haushaltsjahre) und dem Geldeingang dazu. Dies betrifft insbesondere ausgereichte Darlehen und deren Rückzahlung sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen.

10.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zum Inhalt dieser Einzahlungsposition wird auf Punkt 9.1.2. verwiesen. Da entgegen den sonstigen Transfereinzahlungen hier Sollstellung und Geldeingang zeitgleich erfolgen, ist in der Finanzrechnung der gleiche Betrag wie in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

10.1.4. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Hier wird auf den Gliederungspunkt 9.1.4. verwiesen. Die Erträge aus der langfristigen Geldanlage sind ergebniswirksam, jedoch nicht zahlungswirksam, da sie in der Geldanlagemasse verbleiben.

Stand: 30.09.2019



10.1.5. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Diese Position beinhaltet die Einzahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Einzahlungen (vgl. 9.1.5.). Die Differenz zur Ergebnisrechnung resultiert zum größten Teil aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung von Wertberichtigungen (5,0 Mio. EUR), welche in der Ergebnisrechnung an der vergleichbaren Position ausgewiesen wird.

10.1.6. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind gegenüber dem Plan 2,7 Mio. EUR Mindereinzahlungen zu verzeichnen. Es waren rd. 32,2 Mio. EUR Einzahlungen geplant. Im Ist sind rd. 29,5 Mio. EUR Einzahlungen gebucht. Hauptursache dafür ist die unter Punkt 9.1.3. erwähnte 2018 ausgebliebene Erstattungszahlung für das Programm Inklusionsinitiative II. Den Mindereinzahlungen bei den Transfereinzahlungen (Rückzahlung gewährter Hilfen), Kosten-erstattungen sowie bei Zinsen in Höhe von 3,4 Mio. EUR stehen Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX sowie beim Aufkommen an Ausgleichsabgabe in Höhe von 0,7 Mio. EUR gegenüber.

10.2. Auszahlungen

10.2.1. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei diesen Auszahlungen wird auf Punkt 9.2.1 verwiesen. Der Auszahlungsbetrag in dieser Position entspricht dem Aufwandsbetrag der Ergebnisrechnung.

10.2.2. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen entsprechen mit einer geringen Abweichung von 3 % den Aufwendungen mit 28,4 Mio. EUR und liegen um 4,7 Mio. EUR unter dem Planansatz. Zu den Ursachen für die Planabweichungen wird auf die Ausführungen unter 9.2.4. verwiesen.

10.2.3. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Auf dieser Position sind 24,6 TEUR Minderauszahlungen zu verzeichnen. Die im Rahmen der Verwaltungsgebühren entstandenen Depotgebühren für die Vermögensverwaltung der Ausgleichsabgabemittel werden aufwandsseitig erfasst, jedoch aus der Vermögensmasse gezahlt, so dass damit kein Zahlungsvorgang in der Finanzrechnung zu verzeichnen ist.

10.2.4. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahr 2018 sind im Saldo aller Auszahlungen 15,0 % bzw. 4,9 Mio. EUR weniger Auszahlungen zu verzeichnen. Dem Planwert von 34,6 Mio. EUR steht ein Ist von 28,7 Mio. EUR gegenüber.

10.2.5. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss

Der geplante Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 1,4 Mio. EUR fiel um rd. 2,2 Mio. EUR geringer aus. Ursachen dafür sind die Minderauszahlungen bei den Auszahlungspositionen (4,9 Mio. EUR). Im Ergebnis ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 0,81 Mio. EUR.

Stand: 30.09.2019



10.2.6. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen

Im Haushaltsjahr 2018 waren für die Neuanschaffung von Software für die Integrationsfachdienste 100,0 TEUR geplant. Eine Auszahlung der Mittel fand nicht statt. Auftraggeber des Projektes ist das Integrationsamt des KVJS Baden-Württemberg. Die Nutzungsrechte an der IFD-spezifischen Konfiguration von 3IN liegen demnach beim KVJS Baden-Württemberg. Die Nutzung des Projektes durch den KSV Sachsen – Integrationsamt erfolgt auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung, die den Zusammenschluss zu einer Entwicklungs- und Betriebsgemeinschaft regelt. Auf Grund der Beteiligung weiterer Bundesländer an dem Projekt kam es bezüglich des Abschlusses der Verwaltungsvereinbarung zu unvorhersehbaren Verzögerungen. Damit war der Einführungstermin in Sachsen nicht umsetzbar.

10.2.7. Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs aus laufender Verwaltungstätigkeit und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen ergibt sich eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes um 0,8 Mio. EUR auf 31,9 Mio. EUR.

10.2.8. Endbestand an liquiden Mitteln

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln beträgt 31,1 Mio. EUR. In Folge des positiven Ergebnisses des Finanzmittelbestandes in Höhe von 0,8 Mio. EUR im abgelaufenen Haushaltsjahr steigt der Endbestand an liquiden Mitteln auf 31,9 Mio. EUR.

11. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

11.1. Aktiva

11.1.1. Anlagevermögen

Die Bilanz der Ausgleichsabgabe weist zum 31.12.2018 Anlagevermögen in Höhe von 30.565.892,99 EUR aus. Hierbei handelt es sich bis auf 1,00 EUR um Finanzanlagevermögen. Das bis zum Jahr 2014 in der Bilanz ausgewiesene, in 2010 angeschaffte Schulungsmaterial wurde 2015 vollständig abgeschrieben und wird in der Abschlussbilanz 2018 mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR ausgewiesen.

Die Vermögensgegenstände, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden, sind ausschließlich für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben nach § 102 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX bestimmt.

Auch wenn der KSV Sachsen während der Bindungsfrist des Bewilligungsbescheides rechtlicher Eigentümer bleibt und eigentumsvorbehaltende Maßnahmen trifft, kann in jedem Fall unterstellt werden, dass das wirtschaftliche Eigentum ausschließlich beim Leistungsempfänger besteht. Deshalb werden diese Vermögensgegenstände nicht in der Ausgleichsabgabe aktiviert.

Das o. a. Finanzanlagevermögen in Höhe von 30,6 Mio. EUR wird extern von der Sparkasse Leipzig verwaltet. Seit dem Anlagebeginn 13.06.2013 konnte per 31.12.2018 ein Gewinn von 2,00 % des ursprünglichen Anlagewertes in Höhe von 30 Mio. EUR erwirtschaftet werden.

Stand: 30.09.2019



11.1.2. Umlaufvermögen

11.1.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Forderungen aus der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen gegenüber Betrieben, welche die Ausgleichsabgabe nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt haben, außerdem Forderungen aus der Rückforderung von gewährten Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, bei denen der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen wurde. Außerdem werden die Forderungen aus Mahn- und Vollstreckungskosten hier ausgewiesen. Die Forderungen wurden nach den unter – IV Anhang – erläuterten Kriterien wertberichtigt. Im abgelaufenen Haushaltsjahr stehen gegenüber dem Vorjahr rd. 28 % mehr Forderungen zu Buche.

11.1.2.2. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,8 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht dem Zahlungsmittelsaldo (Zahlungsmittelüberschuss) in der Finanzrechnung.

11.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierin enthalten sind vorwiegend Zahlungen für Arbeitsassistenzen im Jahr 2018 mit Fälligkeiten 2019.

11.2. Passiva

11.2.1. Kapitalpositionen

Gemäß Verordnung des SMI zur Neuregelung gemeindewirtschaftsrechtlicher Bestimmungen vom 28.09.2017 wurde das Basiskapital in Höhe des Wertes der Eröffnungsbilanz in eine zweckgebundene Rücklage überführt. Dies wurde mit dem Jahresabschluss 2017 vollzogen. Damit weist die Position Basiskapital per 31.12.2018 einen Wert von 0 EUR aus. Der Betrag des Basiskapitals in Höhe von 44.347.596,63 EUR findet sich nunmehr unter der Position zweckgebundene und sonstige Rücklagen.

Der Betrag des positiven Ergebnisses 2018 in Höhe von 1,1 Mio. EUR wurde zum Haushaltsausgleich der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die zum 31.12.2018 einen Stand in Höhe von 18,9 Mio. EUR ausweist.

11.2.2. Sonderposten

Sachverhalte, welche die Bildung von Sonderposten gemäß § 40 SächsKomHVO begründen, sind nicht vorhanden.

11.2.3. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 SächsKomHVO für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren gebildet. Alle zum jeweiligen Bilanzstichtag anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren wurden aufgelistet und die zum Zeitpunkt der Klageerhebung erwarteten finanziellen Auswirkungen bei negativem Ausgang einzelfallbezogen ermittelt.

Stand: 30.09.2019



Rückstellungen für abgeschlossene Gerichtsverfahren wurden ergebniswirksam aufgelöst, aufwandswirksam insoweit finanzielle Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe entstanden. Im Übrigen erfolgte die Auflösung ertragswirksam. Der Saldo aus Auflösung und Bildung von Rückstellungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (82,5 TEUR) um 28,4 TEUR auf 110,9 TEUR. Tatbestände für die Bildung weiterer Rückstellungen liegen nicht vor.

11.2.4. Verbindlichkeiten

Die Ausgleichsabgabe war zum Bilanzstichtag schuldenfrei.

Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 0,2 Mio. EUR resultieren aus der Abführungspflicht aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds. Da der jährliche Abrechnungstichtag der 31.05. ist, wurden 20 % der Einzahlungen im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2018 als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Weitere Verbindlichkeiten wurden für kreditorische Debitoren und ausstehende Mahngebühren bzw. Vollstreckungskosten ausgewiesen.

11.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche für Forderungen des Folgejahres bestimmt, aber bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr eingegangen sind.

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind keine Forderungen mit Restlaufzeiten über 3 Jahren vorhanden. Somit sind keine Abzinsungen notwendig.

12. Darstellungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO

Die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe ergibt sich aus § 108 SGB IX in Verbindung mit der SchwbAV. Ziel ist es, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fördern und zu erhalten. Die durch die Erhebung der Ausgleichsabgabe eingenommenen finanziellen Mittel sind ausreichend, um das o. g. Ziel vollumfänglich zu erfüllen. Auf Grund der vollständig durch Liquidität gesicherten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 18,9 Mio. EUR wäre eine lt. Planansatz 2018 vorübergehende, die Erträge übersteigende Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben unproblematisch. Wie sich jedoch am Ergebnis 2018 zeigt, waren die Erträge der Ausgleichsabgabezahlungen 2018 für die erbrachten finanziellen Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auskömmlich ohne die Rücklage zu beanspruchen. Der 2018 entstandene Überschuss in Höhe von 1,1 Mio. EUR wird der Rücklage zugeführt.

Tatbestände des § 53 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 SächsKomHVO liegen nicht vor. Schlüsselprodukte wurden nicht gebildet.

Stand: 30.09.2019



13. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Verbandsversammlung des KSV Sachsen

- | | |
|----------------------------|---|
| - Albrecht, Karsten | AR SWL
BA Soziales Leipzig |
| - Barkow, Pia | |
| - Bartholomäus, Hans-Jörg | Verbandsrat im Abfallwirtschafts-Verband Chemnitz (AWVC) |
| - Dr. Brunzlaff, Roswitha | Aufsichtsrat der Muldentalkliniken GmbH |
| - Büchner, Ralph | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda |
| - Dr. Drechsel, Uwe | |
| - Drews, Vincent | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO gemacht |
| - Emanuel, Kai | Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)
Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) |
| - Prof. Dr. Fabian, Thomas | Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikums St. Georg gGmbH
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Altenheime Leipzig gGmbH
Mitglied des Vorstandes der Bürgerstiftung Leipzig |
| - Frommelt, Bernd | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO gemacht |
| - Gampe, Thomas | MGLG mbH
TRIXI-Park GmbH
BGG mbH
GHT mbH
EGLZ mbH
EWK GmbH
GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH |

Stand: 30.09.2019



-
- | | |
|--------------------|---|
| - Graichen, Henry | Mitglied Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse
Mitglied Trägerversammlung Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Mitglied Verwaltungsrat Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Vorsitzender Verwaltungsrat Sparkasse Muldentale
Vorsitzender Kulturraum Leipziger Raum
Vorsitzender Regionaler Planungsverband Westsachsen
Mitglied VR und VV ZVNL – Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
Vorsitzender Rettungszweckverband Landkreis Leipzig und Mittelsachsen
Vorsitzender Aufsichtsrat WILL LK Leipzig GmbH
Mitglied Aufsichtsrat IRL – Invest Region Leipzig GmbH
Vorsitzender Aufsichtsrat Muldentalkliniken GmbH
Vorsitzender WEV – Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs mbH
Mitglied Landkreisversammlung Sächs. Landkreistag
Mitglied Sozialausschuss des Deutschen Landkreistages
Mitglied Verwaltungsrat ZV für Tierkörperbeseitigung Sachsen
Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss im Sächs. Landkreistag |
| - Harig, Michael | AR-Vorsitz Oberlausitz-Kliniken gGmbH
AR-Vorsitz Oberlausitz Pflegeheim & Kurzzeitpflege gGmbH
AR-Vorsitz Marketinggesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien mbH
stellv. AR-Vorsitz Regionalbus Oberlausitz GmbH
AR-Vorsitz Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH
AR-Mitglied Verkehrsverbund Oberelbe GmbH |
| - Hänsel, Ralf | stellv. Verbandsvorsitzender Abwasserzweckverband Elbe-Röder Floßkanal
Geschäftsführer EVGZ mbH |
| - Hille, Kati | |
| - Hillinger, Antje | |
| - Höllmüller, Jörg | |
-

Stand: 30.09.2019



-
- | | |
|--------------------------------|--|
| - Hölzel, Angelika | Aufsichtsratsmitglied Heimbetriebsgesellschaft mbH
Kirchberg
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau, Pleißen-Klinik
GmbH |
| - Jordan, Günter | Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Meißen mbH
Geschäftsführer der Armierungsbau Coswig GmbH |
| - Kador-Probst, Martina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Dr. Kristin Klaudia Kaufmann | Aufsichtsrat STESAD, DVB AG |
| - Kragl, Herbert | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Lemm, Gerhard | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO
gemacht |
| - Putz, Janet | |
| - Pritscha, Katrin | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Rausch, David | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO
gemacht |
| - Reusch, Ingrid | Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirschberg
Vorstandsmitglied DRK Schwesternschaft Sachsen e. V. |
| - Rochold, Philipp | bis Sept. 2015 Aufsichtsratsvorsitzender Fortbildungs-
Zentrum Chemnitz gGmbH |
| - Rudler, Joachim | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO
gemacht |
| - Salzwedel, Marina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Dr. Scheurer, Christoph | Kommunale Datennetz GmbH
Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz
Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Management- und Beteiligungsgesellschaft Zwickauer
Land mbG
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH
Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitzer Land
mbH
Tourismus- und Sport GmbH
Kreiskrankenhaus Glauchau gGmbH
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltungs GmbH
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH &
Co. KG |
-

Stand: 30.09.2019



- Schmelich, Michael	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO gemacht
- Schmidt, Heike	
- Schütze, Karsten	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO gemacht
- Schulze, Christian	Verwaltungsrat Sparkasse Leipzig AR SAH (Städtische Altenhilfe Leipzig) Mitglied BaJSG Leipzig (Betriebsausschuss Jugend, Soziales Gesundheit) AR St. Georg – Krankenhaus / VKKJ/SEB/St. Georg
- Schumann, Klaus	Aufsichtsrat Stadtwerke Oelsnitz GmbH
- Schwab, Nicole	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Tirpitz, Michael	LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung, Entwicklung und Sanierung von Baugebieten mbH
- Utech, Cornelia	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Vogel, Frank	Erzgebirgssparkasse Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH FC Erzgebirge Aue e. V. Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Gesellschafterversammlung in folgenden Unternehmen: <ul style="list-style-type: none"> ◦ Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH ◦ Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH ◦ Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH ◦ Regionalverkehr Erzgebirge GmbH ◦ Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH ◦ CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises ◦ Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH ◦ Freizeitbad An der Silberstraße GmbH ◦ Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Aue gGmbH ◦ EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH ◦ Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH ◦ Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L. ◦ Tourismusverband Erzgebirge e. V. ◦ Landestourismusverband Sachsen e. V.
- Vorjohann, Hartmut	Energieverbund Dresden GmbH, Vorsitzender im Aufsichtsrat Wasserversorgung Brockwitz-Rödern GmbH – Mitglied

Stand: 30.09.2019



ENSO Energie Sachsen Ost AG – Vorsitzender im Aufsichtsrat
STESAD GmbH – Vorsitzender im Aufsichtsrat
Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co.KG – Vorsitzender im Aufsichtsrat

Stiftungsrat Frauenkirche Dresden
Stiftungsrat Deutsches Hygienemuseum Dresden
Sozialstiftung der Stadt Dresden
Kreuzchorstiftung der Stadt Dresden

- Walter, Daniela Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bäder GmbH
- Weber, Martina Aufsichtsrat – Krankenhäuser – KH Weißwasser – KH KOB der Gesundheitszentren im LK GR
- Willuhn, Stefanie keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2 - 4 SächsGemO gemacht
- Witte, Naomi-Pia Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB)
- Wünschmann, Martina Kreisrätin LK Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Gemeinderätin Gemeinde Bannewitz
- Zettwitz, Wolfgang keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Zschommler, Gunther Aufsichtsrat EKM (Entsorgung LK Mittelsachsen)

14. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2018 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 30.09.2019



Andreas Werner
Verbandsdirektor



Olaf Schlegel
Fachbereichsleiter
Allgemeine Verwaltung

Stand: 30.09.2019



Impressum

Herausgeber
Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Humboldtstraße 18
04105 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306
Telefax: 0341 1266 9306
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de



Allgemeine Angaben

Dienstszitz des KSV Sachsen

Adresse: Humboldtstraße 18
04105 Leipzig
Telefon: 0341 1266 0
Fax: 0341 1266 9700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577 0
Fax: 0371 577 282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
 - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
 - teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
 - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
 - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.5 Leistungen zum Besuch einer Hochschule sowie zur Beschaffung eines Kfz
 - 1.6 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
 - 1.7 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte
 2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Betreuungsangebote für die Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und/oder Entlastungsangeboten (auch Angebote zur Unterstützung im Alltag genannt)
5. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
6. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Ansprechpartner für Betriebe zu Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe und zum Kündigungsschutz
7. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
8. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem
 - Bundesversorgungsgesetz (BVG)
 - Opferentschädigungsgesetz (OEG)
 - Zivildienstgesetz (ZDG)
 - Infektionsschutzgesetz (IfSG)
 - Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
 - Häftlingshilfegesetz (HHG)
 - Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)
 - Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- 8.1 Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung
- 8.2 Hauptfürsorgestelle
Leistungen der Kriegsopferfürsorge einschl. beruflicher Rehabilitation
- 8.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht, Widerspruchsbehörde
- 8.4 Sächs. Landeserziehungsgeld, Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
9. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 - 1990“
10. Vollzug von Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
11. Aufgaben der Heimaufsicht
12. Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe

Zusammensetzung der Siebenten Verbandsversammlung (01.01.2018 - 31.12.2018)

Vorsitzender der Verbandsversammlung: Henry Graichen, Landrat Landkreis Leipzig

Mitglieder des KSV Sachsen: (48)	Vertreter in der Siebenten Verbandsversammlung
<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	2
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3
<u>Kreisfreie Stadt</u>	
Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

Kurzvorstellung des Verbandes: Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Gesamthaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2018 Stand: 26.06.2019 in EUR)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	719.871.542,56
ordentliche Aufwendungen:	698.087.213,09
Ordentliches Ergebnis:	21.784.329,47
Sonderergebnis:	5.197.086,31
Gesamtergebnis (nach Abzug Fehlbeträge Vorjahre):	22.962.190,49

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	710.865.266,55
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	677.827.240,31
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	7.102.766,12
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	846.743,78
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	215.799,37
Zahlungsmittelfehlbedarf:	- 39.509.847,95

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:

Anlagevermögen:	59.491.475,67
Umlaufvermögen:	86.803.036,48
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.739.452,50

Passiva:

Kapitalposition:	87.461.840,43
Sonderposten:	7.419,06
Rückstellungen:	6.880.819,18
Verbindlichkeiten:	49.798.235,49
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	4.885.650,49

Bilanzsumme:	149.033.964,65
---------------------	-----------------------

Kommunalhaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2018 Stand: 26.06.2019 in EUR)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	684.910.320,22
ordentliche Aufwendungen:	664.135.724,87
Ordentliches Ergebnis:	20.774.595,35
Sonderergebnis:	5.197.086,31
Gesamtergebnis: (nach Abzug Fehlbeträge Vorjahre):	21.952.456,37

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	681.388.477,59
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	649.157.970,16
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	7.102.766,12
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	846.743,78
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	215.408,21
Zahlungsmittelüberschuss:	38.701.937,98

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:	
Anlagevermögen:	28.925.582,68
Umlaufvermögen:	53.879.327,14
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.721.539,06
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	0,00
Passiva:	
Kapitalposition:	24.261.955,38
Sonderposten:	7.419,06
Rückstellungen:	6.769.876,18
Verbindlichkeiten:	49.623.487,76
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	4.863.710,50
Bilanzsumme:	85.526.448,88

Haushalt der Ausgleichsabgabe des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2018 Stand: 26.06.2019 in EUR)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	34.961.222,34
ordentliche Aufwendungen:	33.951.488,22
Ordentliches Ergebnis:	1.009.734,12
<u>Gesamtergebnis:</u>	<u>1.009.734,12</u>

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	29.476.788,96
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	28.669.270,15
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	391,16
<u>Zahlungsmittelüberschuss:</u>	<u>807.909,97</u>

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:

Anlagevermögen:	30.565.892,99
Umlaufvermögen:	32.923.709,34
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	17.913,44

Passiva:

Kapitalposition:	63.199.885,05
Sonderposten:	0,00
Rückstellungen:	110.943,00
Verbindlichkeiten:	174.747,73
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	21.939,99

<u>Bilanzsumme:</u>	<u>63.507.515,77</u>
----------------------------	-----------------------------

Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Heinrich-Zille-Straße 3-5
04668 Grimma

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.2018

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

(1) Ziel des Eigenbetriebes ist die Unterstützung der Sicherstellung des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit eines Feuerwehrtechnischen Zentrums zur Unterstützung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten im Landkreis Leipzig.

(2) Die Kernaufgaben des Eigenbetriebes erfüllen einen öffentlichen Zweck, als Gemeinwohlbelang im Rahmen der Daseinsfürsorge als Grundlage der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Leipzig.

Stammkapital:

<keine>

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Frau Carola Schneider

III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

12/2018	
Gewinnabführung	-
Sonstiges	-
Finanzmittelzufluss	-
Verlustabdeckung	-
Zuschüsse	568.387,8 €
Bürgschaften	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Allgemeines

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss auf der Grundlage des § 95 a Sächsische Gemeindeordnung in seiner am 13. Dezember 2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung über die Bildung des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“.

Der kommunale Eigenbetrieb nahm am 01. Januar 2018 seine Geschäftstätigkeit auf.

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebes werden durch die am 13. Dezember 2017 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossene Betriebssatzung geregelt.

Gegenstand der Betriebstätigkeit des kommunalen Eigenbetriebes sind die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig sowie der Betrieb eines Feuerwehertechnischen Zentrums im Landkreis Leipzig zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen in der Sicherstellung des Brandschutzes.

Die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes erfolgen für das Gebiet des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 1.651,30 km² und 257.771 Einwohnern (Stand 30. Juni 2018).

Die Leistungen des Brandschutzes werden für 30 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit 143 Ortsfeuerwehren und 3.493 aktiven Kameraden erbracht.

Der kommunale Eigenbetrieb nimmt für den Landkreis Leipzig die Aufgabe als Träger des Rettungsdienstes wahr. Er bedient sich zur Disposition und Alarmierung der Einsatzmittel des Rettungsdienstes der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben des Rettungsdienstes trat der kommunale Eigenbetrieb in vom vormaligen Rechtsträger des Rettungsdienstes (Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln) seit 01. Januar 2014 bestehende öffentlich – rechtliche Verträge mit Leistungserbringern zur Sicherstellung von Notfallrettung und Krankentransport ein:

- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den kommunalen Eigenbetrieb finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung nach § 95 a Abs. 4 unmittelbare Anwendung.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltjahr des Landkreises.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist der Wirtschaftsplan nach Maßgabe der §§ 16 bis 21 Sächsische Eigenbetriebsverordnung.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss in seiner am 28. Februar 2018 stattgefundenen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2018 für den kommunalen Eigenbetrieb. Der Bescheid über die Rechtmäßigkeit des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde am 17. April 2018 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Der im Wirtschaftsplan festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wurde gleichzeitig genehmigt.

Die Finanzierung der dem kommunalen Eigenbetrieb obliegenden Aufgaben erfolgt durch Entgelte, Gebühren und allgemeine Deckungsmittel des Landkreises Leipzig für den Betrieb der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme, Netzanlagen sowie für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums entsprechend Grundsatzbeschluss Nr. 2015/034 des Kreistages Landkreis Leipzig. Im Wirtschaftsjahr 2018 flossen den kommunalen Eigenbetrieb aus dem Kreishaushalt allgemeine Deckungsmittel in Höhe von 568.387,82 EURO zu.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen für den Rettungsdienst mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2018 Entgelte und Gebühren auf der Grundlage der Kalkulationen nach §§ 10 ff SächsKAG fest:

Entgelte/Gebühren – Ist -

Gebühr Rettungstransportwagen	295,60 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	167,50 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	138,80 EUR/Einsatz

zzgl. 3,60 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

Einsätze – Ist –

Krankentransporte	18.827 Einsätze	= EUR 2.620.214,80
Rettungstransportwageneinsätze	24.875 Einsätze	= EUR 7.353.050,00
Notarzteinsätze	10.905 Einsätze	= EUR 1.826.587,50

III. Geschäftsverlauf

Eröffnungsbilanz

Bis zum 31. Dezember 2017 war der Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) Rechtsträger der Aufgaben des Rettungsdienstes für den Landkreis Leipzig. Der Rettungszweckverband wurde zum 31. Dezember 2017 aufgelöst und in Liquidation überführt.

Die am Rettungszweckverband beteiligten Landkreise Leipzig und Mittelsachsen bestimmten über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Vermögensauseinandersetzung.

Das Vermögen ging nach Belegenheit und Nutzung auf den jeweiligen Rechtsnachfolger zum 01. Januar 2018 über. Der kommunale Eigenbetrieb erhielt über den Landkreis Leipzig das nach Belegenheit und in Nutzung befindliche rettungsdienstliche und netzanlagentechnische Vermögen mit bestehenden Sonderposten und Kreditverbindlichkeiten übertragen.

Anlagevermögen und Sonderposten des Feuerwehrtechnischen Zentrums gingen von der Landkreisverwaltung in das Vermögen des kommunalen Eigenbetriebes ein.

Die Übertragungen des Anlagevermögens mit korrespondierenden Sonderposten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung zuzuordnenden sach- und personenbezogenen Rückstellungen flossen in die Eröffnungsbilanz ein. Die ausgewiesene Kapitalrücklage spiegelt die Salden aus den Vermögensübertragungen und deren Finanzierung wieder und beträgt zum 01. Januar 2018 EURO 1.184.852,15.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der kommunale Eigenbetrieb verfügt über das bewegliche Anlagevermögen, welches mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2018 von der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig übertragen wurde. Zum festen Anlagenbestand gehören:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit einem Verwaltungsgebäude und einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches mit einer Rettungswache in Form eines Containerbaus bestanden ist;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer seit 1. Februar 2017 in Betrieb befindlichen Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04552 Borna, OT Eula, Klingenbergstraße 6 mit einer Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums und einer Rettungswache sowie
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04687 Trebsen, Bahnhofstraße 7 a mit einer weiteren Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Anlagen im Bau

Zum Bilanzstichtag befinden sich technische Netzanlagen (Zweiter Bauabschnitt), für welche Anzahlungen (EUR 73.914,20) im Wirtschaftsjahr 2018 geleistet wurden, im Bau. Die Aktivierung erfolgt mit Fertigstellung und Inbetriebnahme.

Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

Für den Anteil Rettungsdienst an der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig wurden im Wirtschaftsjahr 2018 Investitionszuwendungen in Höhe von EUR 21.922,06 geleistet, so dass sich zum Bilanzstichtag der Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen auf EUR 657.201,87 beläuft. Dem gegenüber stehen weiterhin aufrecht zu erhaltende Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 208.489,41.

Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Wesentlichste Investition bildete im Wirtschaftsjahr 2018 die Realisierung des ersten Bauabschnittes der Ertüchtigung der Netzanlagen im Landkreis Leipzig im Wert von EUR 83.803,13. Der erste Bauabschnitt wurde vollständig im Wirtschaftsjahr 2018 abgeschlossen und ist eigenständig voll betriebsfähig.

Weitere Investitionen betrafen ausschließlich betriebsnotwendige Anschaffungen:

- Vermögensgegenstände von geringem Wert in Höhe von EUR 41.373,65;
- mobile Datenerfassungstechnik im Wert von EUR 10.376,80;
- medizinische Ausrüstungen und Ausstattungen in Höhe von EUR 9.922,40;
- Kommunikationsanlagen im Wert von EUR 9.846,95;
- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 4.716,00;
- rettungsdienstliche sonstige Geschäftsausstattungen in Höhe von 4.436,69.
- Maschinen für das Feuerwehrtechnische Zentrum im Wert von EUR 3.974,60;

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2018 wie folgt:

	Stand 31.12.2017 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2018 in EUR
Kapitalrücklagen	0,00	1.184.852,15	0,00	1.184.852,15
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Vortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	0,00	-1.440.166,10	0,00-	-1.440.166,10
Summen	0,00	- 255.313,95	0,00	- 255.313,95

Zum 31. Dezember 2018 besteht kein Bestand an Eigenkapital, da der Jahresverlust die Kapitalrücklage übersteigt.

Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt EUR 1.440.166,10. Der Jahresfehlbetrag entfällt vollumfänglich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“.

Die Kostenträgersparten „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen jeweils mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 12.462.330,69 erzielt.

Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen für Gebühren und Mieteinnahmen entfielen mit EUR 96.796,50 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und mit EUR 109.238,73 auf erbrachte Dienstleistungen in der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“.

Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 8.986.111,24 gezahlt.

Lage des Zweckverbandes

Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 1.440.166,10, welcher nach Kostenträgerrechnung vollumfänglich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ entfällt.

Wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren für den Jahresfehlbetrag in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ waren:

- Die im Rahmen der Vorkalkulationen veranschlagten Übernahmen aus Jahresüberschüssen des Rettungszweckverbandes aus dem Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von EUR 669.690,07 konnten durch negative Einsatzentwicklung nicht realisiert und damit übertragen werden.
- Die rettungsdienstlichen Umsatzerlöse blieben durch veränderte Einsatzdispositionsgebahren der Integrierten Rettungsleitstelle mit EUR 662.478,39 unter den statistischen Vorausberechnungen.
- Die Aufwendungen für Notfallsanitäterausbildungen überstiegen in den Schlussabrechnungen der Leistungserbringer die geplanten Mittel mit EUR 67.970.
- Die Aufwendungen für Telekommunikation und Datenübertragung fielen mit EUR 37.155,77 höher als geplant aus.

Die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen erfolgte in den vergangenen Jahren ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2018 sah der Wirtschaftsplan keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vor.

Die Finanzierung der Investitionen des Jahres 2018 wurde aus Abschreibungen realisiert.

Die Schulden des kommunalen Eigenbetriebes gegenüber Kreditinstituten für Investitionskredite belaufen sich zum 31. Dezember 2018 auf EUR 3.831.569,18. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von 890.408,36 geleistet.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 1.178.851,42 und resultiert insbesondere aus den vorgenannten wesentlichen ergebnisbeeinflussenden Faktoren.

Zur Sicherung der Liquidität gewährte der Liquidator des Rettungszweckverbandes dem kommunalen Eigenbetrieb am 09. Juli 2018 ein Darlehen in Höhe von EUR 1.000.000, für welches Zinsen in Höhe der kassenkreditmarktüblichen Konditionen durch den Eigenbetrieb an den Rettungszweckverband für die Dauer der Inanspruchnahme gezahlt werden. Die Liquiditätslage des Eigenbetriebes in der 12. Periode erlaubte keine Rückzahlung dieses gewährten Darlehens bis zum 31.12.2018. Zinsen für die Inanspruchnahme des Darlehens im Jahr 2018 fließen auf Grundlage vertraglich getroffener Vereinbarungen im Wirtschaftsjahr 2019 dem Eigenbetrieb zu.

Der gesamte verfügbare Kontokorrentrahmen (ohne Besicherung) beläuft sich auf EUR 2.925.000.

Dem stehen zum 31. Dezember 2018 insbesondere Forderungen aus Rettungsdienstgebühren in Höhe von EUR 1.864.154,49 gegenüber.

IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2018	2017
Umsatz	TEUR	12.304	0
Materialaufwand	TEUR	9.661	0
Materialaufwandsquote	%	78,5	0,0
Personalaufwand	TEUR	766	0
Personalaufwandsquote	%	6,2	0,0
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	12,6	0,0
Abschreibungen	TEUR	1.353	0
Investitionen	TEUR	168	0
Finanzergebnis	TEUR	-41	0
Jahresergebnis	TEUR	-1.440	0
Umsatzrentabilität	%	negativ	0,0
Eigenkapitalrentabilität	%	negativ	0,0
Bilanzstichtag		31.12.2018	31.12.2017
Bilanzsumme	TEUR	9.501.305	0
Anlagevermögen	TEUR	7.478	0
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.023	0
Eigenkapital	TEUR	-255	0
Eigenkapitalquote I	%	0,0	0,0
Sonderposten	TEUR	2.269	0
Eigenkapitalquote II	%	0,0	0,0
Rückstellungen	TEUR	37	0
Verbindlichkeiten	TEUR	7.451	0
Fremdkapitalquote	%	0,1	0,0
Anlagendeckungsgrad I	%	26,9	0,0
Anlagendeckungsgrad II	%	106,9	0,0

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2018	
	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienst, Feuerwehrtechnisches Zentrum Netzanlagen, Dienstleistungen	12.006	92,6
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	298	2,3
Umsatzerlöse gesamt	12.304	
Sonstige betriebliche Erträge	662	5,2
Betriebsleistung	12.966	100,1
Materialaufwand	9.661	74,5
Personalaufwand	756	5,8
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.353	10,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.595	20,0
Betriebsergebnis	-1.399	-10,8
Finanzergebnis	-41	-0,3
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	-1.440	-11,1

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Kostenträgersparten stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen wie folgt dar:

	2018 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	7.353
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.620
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	1.827
Erlöse Feuerwehrtechnisches Zentrum	97
Eröse Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen	109
	12.006
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	298
Sonstige Erträge	0
	12.304

Zum Jahresergebnis tragen vor allem folgende Einflüsse bei:

- Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten durch Einsatzrückgang, Einsatzstagnation und veränderte Dispositions- und Indikationsgebaren den Planansatzwert um TEUR 662.
- Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums aus Gebühren und Mieten belaufen sich auf TEUR 97 und liegen damit mit TEUR 130 unter dem Planansatzwert. Hauptsächlich Ursache hierfür sind unterjährig vollzogene sachgerechte Zuordnungen von Erstattungen Dritter für Betriebsstoffe, Fremdleistungen und Verbrauchsmaterialien im Kontext zu den Aufwendungen und damit abweichend von der Wirtschaftsplanning.
- Die Umsatzerlöse der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ betragen TEUR 109 und liegen damit in Höhe von TEUR 15 über dem Planansatz.
- Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten umfassen die Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 2; die Auflösung aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147; die Auflösung aus der Übertragung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 129, die Auflösung der Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen in Höhe von TEUR 19.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge übersteigen im Rettungsdienst mit TEUR 50 den Planansatz durch den Zugang von Erstattungen.
- Bedingt durch die sachgerechte Zuordnung von Erstattungen schließen die sonstigen betrieblichen Erträge des Feuerwehrtechnischen Zentrums mit Mehrerlösen in Höhe von TEUR 37.
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen im Ergebnis durchgeführter und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 8.986.110,76 unter Einschluss zu leistender Tarifausgleiche aus.
- Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe übersteigt mit TEUR 64 den Planansatz durch Mehraufwendungen für medizinisches Verbrauchsmaterial im Rettungsdienst und vollzogene sachgerechte Umordnungen von Aufwendungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

- Die Aufwendungen für Personalkosten bleiben mit TEUR 203 unter dem Planansatzwert. Ursache sind zwei nicht unmittelbar umsetzbare Stellennachbesetzungen im Feuerwehrtechnischen Zentrum sowie elternzeitbedingte Kosteneinsparungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“.
- Die Abschreibungen liegen mit TEUR 21 unter dem Planansatzwert. Ursache hierfür ist die nicht vollzogene Umsetzung von Investitionen im Jahr 2018 bedingt durch betriebsexterne Faktoren.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen schließen mit TEUR 21 unter dem Planansatzwert durch sachgerechte Umordnungen im Bereich Feuerwehrtechnisches Zentrum sowie Minderbedarfe in der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2018 TEUR	2017 TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-41	0
	-41	0

Das Finanzergebnis unterschreitet den Planansatzwert um TEUR 2 und steht in Abhängigkeit zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben zur Sicherung des laufenden Betriebes der Verwaltung sowie zu den für die Investitionskredite anfallenden Zinsen.

Im Jahr 2018 wurden keine Investitionskredite aufgenommen.

Nach Auseinandersetzungsvereinbarung waren die Investitionskredite vom Rettungszweckverband über den Landkreis Leipzig vom kommunalen Eigenbetrieb zu übernehmen, da damit nach Belegenheit im Landkreis Leipzig verbliebenes rettungsdienstliches Anlagevermögen finanziert wurde. Ausgenommen hiervon sind zwei Sonderfallregelungen, die vom Landkreis Mittelsachsen mit entsprechendem Geldmittelfluss an den kommunalen Eigenbetrieb ausgeglichen wurden.

Ein im Jahr 2013 zur Ersatzbeschaffung von zwei Rettungsdienstfahrzeugen und Medizintechnik aufgenommener Investitionskredit war mit EUR 554,93 Zinsanteil zu bedienen.

Die für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 und im Jahr 2015 aufgenommenen Marktkredite schlugen sich mit einem Zinsanteil von EUR 4.436,26 im Jahr 2018 nieder.

Der am 30. Mai 2016 zum Bau der Rettungswache Zwenkau aufgenommene Kredit wurde mit Zinsen in Höhe von EUR 7.939,02 bedient.

Für den am 15. Dezember 2016 zur Beschaffung von Medizintechnik aufgenommenen Kredit wurden Zinsen in Höhe von EUR 2.755,31 fällig.

Der am 21. Dezember 2017 aufgenommene Kredit war im Jahr 2018 mit EUR 1.283,99 zu bedienen.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 8 Wochen ab dem Tag des Einsatzes sowie aufgrund der nicht er-

reichten Mehrerlöszuweisung aus Vorjahren zeitweilig Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach im Jahr 2018 auf insgesamt EUR 24.519,05.

Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips wurden die flüssigen Mittel des Eigenbetriebes durch eine Liquiditätshilfe des in Liquidation befindlichen Rettungszweckverbandes im Jahr 2018 unterstützt. Die Zinsabrechnung der Inanspruchnahme im Jahr 2018 erfolgt in Höhe des Zinssatzes für Kassekredite vom Markt auf Vereinbarungsgrundlage im Jahr 2019.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des kommunalen Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2018 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	TEUR	%
VERMÖGEN		
Anlagevermögen	7.474	103,4
abzüglich		
Sonderposten zum Anlagevermögen	-2.268	-31,4
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	5.206	72,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.016	27,9
Sonstige kurzfristige Posten	6	0,1
Flüssige Mittel	0	0,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.022	28,0
Vermögen insgesamt	7.228	100,0
KAPITAL		
Kapitalrücklage	1.179	16,3
Gewinnrücklagen	0	0,0
Gewinn- /Verlustvortrag	0	0,0
Jahresfehlbetrag / -überschuss	-1.440	-19,9
Eigenkapital	-261	-3,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =		
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.832	53,0
Sonstige Rückstellungen	43	0,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.181	16,3
Lieferantenschulden	1.433	19,8
Sonstige kurzfristige Posten	1.000	13,8
Kurzfristiges Fremdkapital	3.657	50,5
Kapital insgesamt	7.228	99,9

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2018 zu 72,0 % (TEUR 5.210) aus dem den kommunalen Eigenbetrieb von der Landkreisverwaltung überlassenen eigenmittelfinanziertem Anlagevermögen und zu 28,0 % (TEUR 2.022) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Zum 31. Dezember 2018 besteht kein Bestand an Eigenkapital. Es liegt eine Unterdeckung mit minus 3,5% (TEUR – 255) im Eigenkapital vor, so dass das Gesamtkapital zu 53 % (TEUR 3.831) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 50,5 % (TEUR 3.656) aus kurzfristigem Fremdkapital besteht.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2018	
	TEUR	%
Mittel- und langfristiges Vermögen	5.206	100,0
Mittel- und langfristiges Kapital	3.571	68,6
Überdeckung	-1.635	-31,4

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist derzeit nicht durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Eigenbetriebes:

	2018 TEUR
Jahresergebnis	-1.440
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.352
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	15
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-298
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.947
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind ¹⁾	2.210
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-104
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	58
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	-243
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-185
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) ²⁾	-890
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-890
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.179
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-1.179

Die Sicherstellung der Liquidität war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im gesamten Wirtschaftsjahr gewährleistet.

Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern zum Jahresergebnis 2018 fanden am 14. Mai 2019 statt. Die Sozialleistungsträger bestätigten das negative Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2018 vollumfänglich. Der Verlust des Wirtschaftsjahres 2018 fließt mit EUR 1.440.166,10 in die Entgelte und Gebühren des Wirtschaftsjahres 2020 ein.

Durch die erst im Jahr 2020 gegebene Nachkalkulationen des Fehlbetrages des Wirtschaftsjahres 2018 setzt sich die negative Entwicklung der Liquidität des Eigenbetriebes im Wirtschaftsjahr 2019 fort.

Kurzfristige Liquiditätshilfen der Landkreisverwaltung werden deshalb im Jahr 2019 unverzichtbar sein, da Finanzierungen des Betriebes der laufenden Verwaltung nicht jahresdurchgängig vom verfügbaren und genehmigten Kontokorrentrahmen abgedeckt sein werden.

Eine Verbesserung der Liquiditätslage des kommunalen Eigenbetriebes ist frühestens im II. Halbjahr 2020 nach Entfaltung der Nachkalkulationen aus den Verlusten des Wirtschaftsjahres 2018 zu erwarten.

Im Jahr 2019 sind umfangreiche Vorbereitungen zur Neuvergabe der Leistungen des Rettungsdienstes ab 01. Januar 2021 zu treffen.

Dazu gehört die Erstellung des Bereichsplanes nach § 26 SächsBRKG für den Landkreis Leipzig, welcher auf Grundlage aktueller Analysen und Auswertungen nach grundlegenden Veränderungen in der Einsatzmitteldisposition seit 31. August 2017 die Anzahl der Fahrzeuge, Einsatzmittelstandorte und deren Versorgungsbereiche festlegt.

Der Bereichsplan ist wesentliche Grundlage für das im Jahr 2019 zu erarbeitende und im Jahr 2020 umzusetzende und abzuschließende Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG zur Erbringung der Leistungen von Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Leipzig durch Leistungserbringer.

Im Jahr 2019 wurde mit den Planungen zum Bau von zwei Rettungswachen in Colditz und in Markkleeberg begonnen. Die Rettungswachen sollen mit Neuvergabe der Leistungen des Rettungsdienstes am 01. Januar 2021 in Betrieb gehen.

Grimma, 16. Mai 2019/16. Juli 2019



Carola Schneider

Betriebsleiterin

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Heinrich-Zille-Straße 3
04668 Grimma

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 08.12.1995

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

Stammkapital:

Gesamtstimmen

10 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Carola Schneider

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	40 %	4
Landkreis Leipzig	60 %	6

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	499.344,02 €	569.206,65 €	- €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

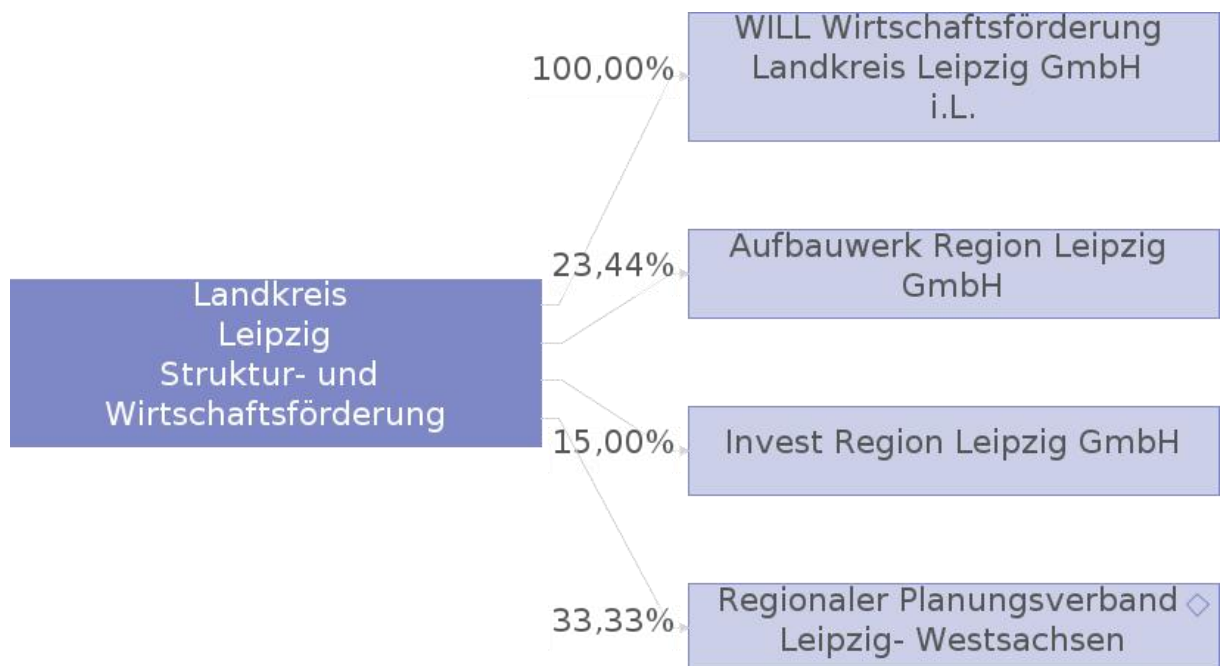
Für den Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen) lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Der Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen) befindet sich seit 01.01.2018 in Liquidation. Die Beendigung der Liquidation ist im Jahr 2019 geplant.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Beteiligungsstruktur

Landkreis Leipzig Struktur- und Wirtschaftsförderung	
100,00%	WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.
23,44%	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH
15,00%	Invest Region Leipzig GmbH
	Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

Beteiligungsstruktur (graphisch)



WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna
Tel.: 03433 2413711

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 10.06.1997

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Mit Kreistagsbeschluss Nr. 2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. beginnend am 01.08.2011 beschlossen. **Am 22.10.2018 wurde die Gesellschaft erfolgreich aus dem Handelsregister gelöscht.**

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	30.750€
----------------------	---------

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Otto-Schill-Straße 1

04109 Leipzig

Tel.: 0341 / 1 40 77 9-0

E-Mail: info@aufbauwerk-leipzig.com

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 22.11.1993

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.600€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Silvana Rückert

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Leipzig	14.600 €	57,0%
Landkreis Leipzig	6.000 €	23,4%
Landkreis Mittelsachsen	4.500 €	17,6%
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	500 €	2,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zu meist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschaft, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge. Die laufende Förderperiode (2014-2020) befindet sich in Auslaufphase. Laut aktueller Prognosen werden die neuen Förderprogramme für die nächste Förderperiode nicht vor Mitte/Ende 2021 zur Verfügung stehen.

2. Geschäftsverlauf

2018 managte das Aufbauwerk ein Gesamtbudget aller Projekte von ca. 34,6 Mio. Euro. Insgesamt wurden bis dahin erfolgreich 11,8 Mio. EUR (davon 3,35 Mio. Euro für die Region) eingeworben. Weitere 8,8 Mio. Euro wurden weiter beantragt. Darüber hinaus wurden mit Unterstützung des Aufbauwerks als externer Dienstleister 14 Mio. Euro Fördergelder akquiriert.

Momentan laufen acht Projekte, wovon das Aufbauwerk in drei Projekten als Leadpartner fungiert. Weitere Drittmittel wurden über externe Dienstleistungsaufträge eingeworben. So startete ab August 2018 ein Auftrag zur „Innovationsregion Mitteldeutschland“, wo der Burgenlandkreis Auftraggeber ist, finanziert über das Bundesprogramm „Unternehmen Revier“. Darüber hinaus wurden weitere Mittel in Höhe von 8 Mio. Euro erfolgreich über GRW - Bundesmittel für die „Innovationsregion Mitteldeutschland“ eingeworben. Das Aufbauwerk hat hier ebenfalls das Finanzmanagement für die nächsten drei Jahre in Auftrag erhalten.

Drei weitere Projekte mit einer Laufzeit von mindestens drei Jahren wurden positiv bewilligt und werden Mitte 2019 starten. Damit konnte die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft für die Folgejahre weiter stabilisiert werden.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 34.851,45 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 4.770,62 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 378.817,41 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr (+135.241,57 Euro) um 55,52 %. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2018 durch die Untervermietung der Büroräume und des Beratungsraumes generiert werden.

Korrespondierend dazu erhöhte sich der Betriebsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 62.673,43 Euro auf 299.193,17 Euro. Die Aufwendungen für Personal stiegen um 54.170,31 Euro, die auf Neueinstellungen von Projektsachbearbeitern zurückzuführen sind.

3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2018 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 66.985,72 Euro (Vorjahr: 96.504,67 Euro). Die Finanzlage ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Es kam zu keinem Zeitpunkt zu Engpässen in der Liquidität.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 248.401,43 Euro erhöht. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Erhöhung der in Arbeit befindlichen Aufträge (+238.892,36 Euro) zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Erhöhung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 175.879,94 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 180.555,31 Euro (Vorjahr: 145.703,86 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 23,44 %.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und stieg gegenüber dem Vorjahr um 135.241,57 Euro auf 378.817,41 Euro.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr - 8.000 Euro (Vj. 56.000 Euro).

C. Prognosebericht

Auch im Jahr 2019 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Drei weitere Projekte konnten erfolgreich akquiriert werden und starten spätestens im Sommer 2019.

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 im nächsten Jahr bereits in der Auslaufphase befindet, werden erste Projekte (z.B. MOVECIT im Mai 2019) abgeschlossen. Intensive Abschlussarbeiten werden 2020 prägend für die Tätigkeit im Aufbauwerk sein.

Gemäß der vorgelegten Wirtschaftsplanung erwartet die Gesellschaft in der Planung der nächsten drei Jahre positive Jahresergebnisse (2019: 26.000 Euro; 2020: 39.000 Euro, 2021: 2.000 Euro).

Auch für das Jahr 2019 plant die Gesellschaft, unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch nehmen. Dies ist ursächlich auf die Vorlaufkosten in den Projekten vor allem aus den EU-Programmen, den zu erbringenden Eigenanteil an Projektkosten und die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass die geplanten Fördermittel kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum von bis zu zwölf Monaten muss gerechnet werden.

D. Chancen –und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Entwicklung und Sicherung der Gesellschaft ist an die erfolgreiche Generierung von EU ko- oder regionalfinanzierten Projekten gebunden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Gesellschaft inhärent und konnte in der Vergangenheit bisher erfolgreich bewältigt werden. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2020 die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 auslaufen wird und ab dem Jahr 2021 die neue Förderperiode beginnt, wiederum eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft dar. Aufgrund rückläufiger Fördermittel für Sachsen richtet die Gesellschaft ihren Fokus auf transnationale Programme mit direkter Auszahlung der EU, welche gegenwärtig das Hauptgeschäft der Gesellschaft darstellen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten erwirtschaftet. Es erfolgt keine Subventionierung durch die Gesellschafter.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 10 Arbeitnehmer beschäftigt.

2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in den jeweils neu startenden Förderperioden. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in den nächsten Jahren ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung der EU-Kommission liegen. Die Stärken der Gesellschaft liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Bei Anfragen kann somit kurzfristig ein entsprechendes Förderprogramm zur Projektanfrage/-idee gefunden und der Projektantrag entwickelt werden.

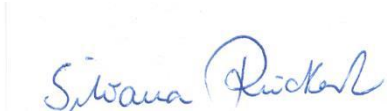
Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft gut gerüstet für die Bewältigung zukünftiger Risiken.

E. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2019 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

F. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.



Leipzig, den 28.05.2019

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

Invest Region Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Markt 9

04109 Leipzig

Tel.: 0341-26827770

E-Mail: info@invest-region-leipzig.de

Webseite: <http://www.invest-region-leipzig.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 30.11.2012

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	150.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Michael Körner

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Leipzig	76.500 €	51,0%
IHK Leipzig	28.500 €	19,0%
Landkreis Leipzig	22.500 €	15,0%
Landkreis Nordsachsen	22.500 €	15,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	249.028,7 €	253.442,7 €	189.032,6 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. PROFIL UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend kurz „IRL“ oder „Gesellschaft“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Wirtschaftsfördergesellschaft aktiv. Sie fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster-Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus- und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Zur Fokussierung auf ihre Kernaufgaben und zur Vermeidung redundanter Überschneidungen grenzt die IRL ihr Tätigkeitsportfolio daher bewusst von solchen Dienstleistungen ab, die sich primär im Serviceportfolio anderer regionaler Leistungsträger befinden.

Die Kernziele bzw. satzungsgemäß definierten strategischen Unternehmensschwerpunkte der Gesellschaft bestehen in der Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland. Ergänzt wird dies durch ein aktives und vertriebsunterstützendes Standort- und Imagemarketing für die Region Leipzig, um deren Wahrnehmung als dynamische, perspektivstarke Wirtschaftsregion zur Erzeugung von Nachfrage bei standortinteressierten potentiellen gewerblichen Direktinvestoren und qualifizierten Fachkräften zu steigern. Dabei fokussiert sich die Gesellschaft neben dem deutschen Wirtschaftsraum zunehmend auf die Bearbeitung internationaler Quellmärkte und trägt mit ihrer Arbeit zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig bei.

Im Juni 2018 verständigten sich die Gesellschafter darüber, das Tätigkeitsprofil weiter zu schärfen. Demnach fokussiert die Gesellschaft nunmehr auf die Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen unter der Reduzierung der vertrieblichen Aktivitäten des Fachkräfteservices, der in das Ansiedlungsgeschäft integriert und im Wesentlichen auf die Beratung von Ansiedlungsinteressenten in fachkräftespezifischen Themenstellungen und den Betrieb und die Bewerbung des regionalen Fachkräfteportals www.work-in-leipzig.de beschränkt wird. Die wirtschaftsfördernden Standort-Marketingaktivitäten für die Region Leipzig dienen unverändert der Umsetzung von Zielen und Strategien zur Ansprache strategisch bedeutsamer Unternehmen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen. Daneben generiert die GmbH Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

2. GRUNDLAGEN DER UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf ein klares strategisches Unternehmenskonzept sowie einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts-/Marketingplan, welcher regelmäßig durch ein umfassendes Jahres-, Quartals- und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept

Die Aktivitäten der Invest Region Leipzig GmbH richten sich an einem umfassenden strategischen Unternehmenskonzept, das im Geschäftsjahr 2018 in Zuge der Verhandlungen über eine neue Finanzierungsvereinbarung überarbeitet wurde, aus. Das strategische Unternehmenskonzept wird durch ein Vertriebskonzept, das die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert, ergänzt. Das Vertriebskonzept wird stetig fortgeschrieben, um aktuelle Entwicklungen und Tendenzen aufzunehmen und in die Vertriebsarbeit zu integrieren.

Die seit Dezember 2018 vorliegenden Erkenntnisse aus dem sogenannten „Smart Specialisation Monitoring“ der Märkte Großbritannien, Polen, Schweden, Schweiz, USA, Frankreich und Österreich werden konsequent in die weitere Vertriebsarbeit einfließen und die Auslandsmarktbearbeitung sukzessive optimiert. Ziel ist es, künftige Akquisitionsbemühungen in den Auslandszielmärkten auf passfähige Regionen und Städte sowie Cluster auszurichten, um so ein gezielteres Vorgehen verbunden mit höheren Erfolgchancen zu erreichen.

Wirtschaftsplanung

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2018 an dem für dieses Geschäftsjahr in der Gesellschafterversammlung vom 20. Dezember 2017 genehmigten Wirtschaftsplan einschließlich der geplanten Vertriebs-/Marketingaktivitäten aus.

Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2019 und die Mittelfristplanung wurden in der Sitzung der Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2018 einstimmig beschlossen.

Managementberichtswesen

Der Geschäftsführer informiert den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung regelmäßig und umfassend in mündlicher und schriftlicher Form über die Lage des Unternehmens, Fragen zur Strategie und zu deren Umsetzung, über die Planung sowie die Geschäftsentwicklung einschließlich der Finanz- und Ertragslage. Bei wesentlichen Ereignissen wird gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen.

Über die festgelegten Gremien-Sitzungstermine hinaus findet ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter statt. Darüber hinaus erfolgt der Austausch auf fachlicher Ebene mit den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig monatlich und mit der operativen Wirtschaftsfördererebene quartalsweise.

Das Berichtswesen der Gesellschaft wird stetig optimiert und sukzessive um Leistungs- wie auch Erfolgskennzahlen erweitert. Die Überarbeitung des strategischen Unternehmenskonzeptes zieht ein auf die Schärfung des Unternehmensprofils ausgerichtetes, verändertes Monitoring und neues Bewertungssystem nach sich, welches ab dem Geschäftsjahr 2019 zum Tragen kommt.

Evaluation der Gesellschaft

Eine Evaluation der Arbeit der IRL durch die Hochschule Harz fand in der 2. Jahreshälfte 2016 statt, die Ergebnisse lagen im Januar 2017 vor. Die im Jahresverlauf 2017 begonnene Umsetzung der im Evaluationsbericht für die Gesellschaft ausgesprochenen Empfehlungen wurde im Geschäftsjahr 2018 konsequent fortgesetzt und den Gremien zuletzt in den Sitzungen am 19. Dezember 2018 über den Erfüllungsstand Bericht erstattet.

Satzung und Geschäftsordnung

Die Novellierung der Sächsischen Gemeindeordnung zog Anpassungserfordernisse sowohl im Gesellschaftsvertrag als auch der Geschäftsordnung der Gesellschaft nach sich. Die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung über den geänderten Gesellschaftsvertrag sowie die Beurkundung dessen erfolgte am 2. Oktober 2018. Die Befassung mit den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung dauert an, eine Beschlussfassung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung ist in der 1. Jahreshälfte 2019 vorgesehen.

Finanzierungsgrundlage

Im Geschäftsjahr 2015 beschlossen die Gesellschafter die Finanzierung der Gesellschaft auf Basis eines Dienstleistungsvertrages für die Jahre 2016 bis 2018. Dieser zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern geschlossene Dienstleistungsvertrag trat zum 01.01.2016 in Kraft und hatte eine Laufzeit bis 31.12.2018. Innerhalb der Dienstleistungsperiode wurden die gemäß Wirtschaftsplanung zu erbringenden Leistungen anteilig von den Gesellschaftern vergütet. Mittelzuflüsse, denen (noch) keine Leistungserbringung gegenüberstanden, wurden bilanziell als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bewertet. Der Dienstleistungsvertrag sah vor, dass während der Laufzeit des Vertrages insgesamt zur Verfügung gestellte Mittel, die durch die Gesellschaft nicht aufgebraucht wurden, unter Berücksichtigung der vertraglichen Vereinbarungen an die Gesellschafter zurückzuzahlen sind. Hierzu wird auf die Ausführungen unter 3.2.2 Vermögens- und Finanzlage verwiesen.

Aufgrund des Auslaufens des Dienstleistungsvertrages galt es in 2018, sich über einen Neuausschluss einer Finanzierungsgrundlage, die ab dem 1. Januar 2019 Wirkung entfaltet, zu verständigen. Die Gesellschafter Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen sprachen sich für den Zeitraum 2019 bis 2021 für eine Fortführung der Finanzierung über einen Dienstleistungsvertrag aus. Der Gesellschafter IHK zu Leipzig stellt seinen Finanzierungsanteil durch eine institutionelle Förderung für die Jahre 2019 bis 2021 sicher.

3. WIRTSCHAFTSBERICHT

3.1. Geschäftsverlauf und Aktivitäten

Der Fokus der GmbH-Aktivitäten im Geschäftsjahr 2018 lag satzungsgemäß auf der Initiierung und Akquisition arbeitsplatzschaffender gewerblicher Direktinvestitionen. Die vertriebslichen Aktivitäten unterstützend und das Profil der Wirtschaftsregion Leipzig schärfend, setzte die Gesellschaft auf ein vertriebsunterstützendes, zielgruppenorientiertes und integriertes Marketing. Im Fachkräfteservice wurden insbesondere für das 2. Halbjahr 2018 geplante Maßnahmen im Ergebnis des im Juni 2018 erfolgten Strategiegesprächs der Gesellschafter zur Fortführung der Gesellschaft ausgesetzt.

Unternehmensakquisition und -ansiedlung

Zielgruppen und Zielmärkte des Vertriebs

Die Gesellschaft konzentrierte ihre Aktivitäten im Geschäftsjahr 2018 unverändert auf die akquisitorische Bearbeitung von Branchen, die mit den größten Perspektiven für die Region Leipzig versehen sind: Automobil- und Zulieferindustrie, Logistik, Biotechnologie, IT/E-Com-

merce, Chemie/Kunststoffindustrie, Energie-/Umwelttechnik, Maschinen-/Anlagenbau und Ernährungswirtschaft. Angesprochen wurden solide aufgestellte, wettbewerbs- und expansionsfähige mittlere und Großunternehmen vornehmlich und in Fortsetzung der in den Vorjahren begonnenen Akquisetätigkeiten in den Zielmärkten UK, USA, Polen, Schweiz und Skandinavien sowie im Inland.

Vertriebskanäle und -maßnahmen

Der direkte Vertrieb, d.h. die persönliche Kontaktaufnahme zu potentiellen Investoren über Direktakquise auf Messen und Konferenzen, stellte auch in 2018 den zentralen Vertriebskanal dar. Im Jahresverlauf 2018 bearbeiteten die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH akquisitorisch gezielt insgesamt 33 ausgewählte Wirtschaftsleitmessen, Branchenschwerpunktmessen und Kongresse im In- und Ausland, davon fünf mit eigenem Messe-/Gemeinschaftsstand (2017: 31, davon vier mit eigenem Messe-/ Gemeinschaftsstand). Mit dem Ziel der Generierung von qualifizierten Unternehmenskontakten intensivierte die Gesellschaft in 2018 die Auslandsmarktbearbeitung in Polen, den USA, UK, der Schweiz und Schweden. Die Marktbearbeitung in Israel wurde in 2018 aufgrund geringer Erfolgsaussichten eingestellt. Außerdem präsentierte die Gesellschaft die Region Leipzig, wie auch in 2017, vor insgesamt zehn internationalen Wirtschafts-/bzw. wirtschaftsnahen Delegationen.

Nach wie vor setzt die Gesellschaft auf gezielte, exklusive Direkt-Mailing Kampagnen um postalisch ausgewählte, wachstumsorientierte Unternehmen insbesondere in Deutschland anzusprechen. Daneben erschloss sich die Gesellschaft in 2018 mit dem LinkedIn Sales Navigator einen weiteren Vertriebskanal, um expansionsorientierte Unternehmen zu identifizieren und für die Region zu interessieren.

Der indirekte Vertrieb im Sinne einer (Erst-)Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen durch Dritte bildete auch in 2018 einen weiteren Vertriebskanal der Gesellschaft, der sich unverändert wesentlich auf USA/Kanada und Polen erstreckt und in Zusammenarbeit mit ausgewählten Dienstleistern erfolgte.

Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft

Seit dem 4. Quartal 2016 verfolgt die Gesellschaft den Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften mit ausgewählten regionalen Mittelzentren der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit dem Ziel, deren Vermarktungschancen weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen. Nach der in 2017 und Anfang 2018 erfolgten Bestandsaufnahme, wurden im Jahresverlauf ersten Schritte und Maßnahmen vereinbart und mit der Vermarktung auf einschlägigen Messen bereits in 2018 begonnen.

Akquisitionsergebnisse

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 befanden sich insgesamt 765 qualifizierte Kontakte in der Bearbeitung durch das Akquisitionsteam der Gesellschaft, eine nochmalige Erhöhung zum Vorjahr (31.12.2017: 614 qualifizierte Kontakte). Dies ist das Ergebnis der konsequenten Fokussierung u. a. auf direktvertriebliche Maßnahmen gemäß Strategie- und Vertriebskonzept.

Die Gesellschaft blickt aus Akquisitionssicht auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurück. Unter Begleitung der IRL entschieden sich in 2018 insgesamt 13 Unternehmen (2017: zehn Unternehmen) für eine Ansiedlung in der Region Leipzig. Damit erhöhte sich die Anzahl der durch die IRL begleiteten Ansiedlungen seit Unternehmensgründung auf insgesamt 58. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als das die Umfänge der Ansiedlungsanfragen insgesamt eine wesentlich tiefere und spezifischere Bearbeitung erforderten und dadurch mehr Personalressourcen gebunden wurden.

Die in 2018 angesiedelten Unternehmen beabsichtigen nach eigenen Angaben perspektivisch ca. 315 (2017: 120) Arbeitsplätze zu schaffen. Nahezu unverändert zum Vorjahr lassen sich die angesiedelten Unternehmen schwerpunktmäßig den Branchen IT/E-Commerce, Life Science, Energie- und Umwelttechnik, Dienstleistungen sowie Freizeitwirtschaft zuordnen.

Die Gesellschaft bezog im Jahr 2018 die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in 18 Standortanfragen (2017: 22), den Landkreis Leipzig in 17 Standortanfragen (2017: 21) und den Landkreis Nordsachsen in 18 Standortanfragen (2017: 19) ein. Eine Einbindung der IHK zu Leipzig erfolgte in 4 Projektvorhaben (z.B. Unternehmensgründungen/-nachfolge; 2017: 13 Anfragen). Bei keiner erkennbaren örtlichen Präferenz des Investors/Interessenten für sein Ansiedlungsvorhaben wurden i.d.R. alle Gesellschafter in die Standortanfrage einbezogen. Die Zahlen zeigen sich leicht rückläufig, was u.a. auf die Zunahme von Anfragen für IT Vorhaben zurückzuführen ist, die zumeist auf Büroflächen innerhalb des Stadtgebietes abstellen und hier eine direkte Einbindung regionaler Immobilienmakler erfolgt.

Standort- und Imagemarketing

Das Standortmarketing dient als wichtiges Instrument zur Umsetzung der strategischen Ziele der Gesellschaft im Wesentlichen im Bereich Akquisition/Ansiedlung.

Den Planungen entsprechend fokussierte sich das vertriebsunterstützende Marketing im Jahr 2018 weiterhin auf Internet-/Online-Aktivitäten auf branchen- und zielgruppenspezifischen Webseiten, um die Region Leipzig, die Beraterkompetenz der Gesellschaft aber auch Messepräsenzen der IRL-Mitarbeiter zu bewerben. In die Internet-/Online-Aktivitäten einbezogen wurden regelmäßig die Unternehmenswebseite (www.invest-region-leipzig.de), das Stellenportal (www.work-in-leipzig.de) sowie die investorenorientierte Neuseenland Webseite (www.investoren-neuseenland.de), die sämtliche in 2018 einen Relaunch erfuhren.

Darüber hinaus unterstützte das Marketing die vertrieblichen Aktivitäten mit dem gezielten Versand von messervor- und nachbereitenden E-Mailings aber auch durch die Zurverfügungstellung branchenspezifischer Präsentationen, Broschüren, Factsheets und Kommunikationsmittel, die z. B. der exklusiven Investorenansprache dienen. Für das Projekt Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft wurde im Jahresverlauf eine Broschüre mit Flächen- und Immobilienverfügbarkeiten der Mittelzentren und die Webseite www.diewirtschaftsallianz.de aufgesetzt und veröffentlicht.

Neben dem klassischen Standortmarketing in Form von redaktionellen Beiträgen und Anzeigen in einschlägigen regionalen und überregionalen Medien nahm die Gesellschaft im 4. Quartal 2018 die Zusammenarbeit mit einer britischen Kommunikationsagentur zum Aufbau und der Verbreitung von englisch-sprachigem Content auf, um so die Region im internationalen Umfeld bekannter zu machen und deren Auftritt weiter zu professionalisieren.

Fachkräfteservice-/gewinnung

Zur Ansprache von Fachkräften wie auch Absolventen war die Gesellschaft in der 1. Jahreshälfte 2018 mit zwei Messeständen auf einschlägigen Fachkräftemessen im Inland, auf Veranstaltungen aber auch an Universitäten und Hochschulen an ausgewählten Standorten in Brandenburg präsent. Hierbei lag der Fokus insbesondere auf Universitäten/Hochschulen mit technisch-naturwissenschaftlich, informatischer Ausrichtung. Der Forderung der Gesellschafter, Roadshows und Messepräsenzen im Zusammenhang mit der Anwerbung von Fachkräften einzustellen, kam die Gesellschaft in der 2. Jahreshälfte 2018 - mit Ausnahme bereits rechtsverbindlich eingegangener Verpflichtungen - nach.

Die Schärfung des Tätigkeitsprofils der Gesellschaft führte zu einer Fokussierung auf die bereits im Jahr 2017 zu verzeichnende Zunahme von Unterstützungs- und Beratungsleistung aufgrund steigender Informationsbedarfe hinsichtlich der Fachkräfteverfügbarkeit von im Ansiedlungsprozess befindlichen Unternehmen. Dies resultierte in einer noch stärkeren Einbindung des Fachbereichs in Unternehmensgespräche, um über Fachkräfte-Potentiale zu informieren bzw. die Vernetzung mit regionalen Partnern und Partnernetzwerken anzubahnen.

Das Stellenportal www.work-in-leipzig.de stellt unverändert ein wesentliches Kommunikationsmittel zur Bekanntmachung vakanter Positionen in der Region Leipzig dar. Der Betrieb des Portals wird beibehalten und im Rahmen der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft

an Bedeutung für die Mittelzentren gewinnen. Hierzu dient das in 2018 entwickelte Konzept „Regionalstellenbörse“.

Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit Leipzig und Oschatz entwickelte und initiierte die Gesellschaft im Jahr 2017 das Pilotprojekt „Investorenpass“. Im Jahr 2018 wurden hierfür regionale Bildungsträger akquiriert, die künftig gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit konkrete Qualifizierungsmaßnahmen umsetzen können.

Des Weiteren engagierte sich die Gesellschaft unverändert aktiv in den Fachkräfteallianzen der Stadt Leipzig und des Landkreises Leipzig.

Das veränderte Tätigkeitsprofil ermöglichte es, die im Fachkräfteservice tätige Mitarbeiterin stärker in den Bereich Akquise/Ansiedlung einzubeziehen und in das Projekt der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft zu integrieren.

Personelle Entwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 gehörten der Gesellschaft zehn Angestellte, **vier studentische Aushilfen** und ein Geschäftsführer an (31.12.2017: zehn Angestellte, **neun studentische Aushilfen**, ein Geschäftsführer). Von den Angestellten waren acht (Vorjahr: sieben) direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie drei weitere vertriebsunterstützend tätig.

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres waren elf Angestellte (inkl. Geschäftsführer; 2017: zehn, inkl. Geschäftsführer) und acht (2017: elf) studentische Aushilfen beschäftigt.

3.2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.2.1. Ertragslage

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.515 (2017: TEUR 1.179) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.486 (2017: TEUR 1.168) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern zugrunde liegt und in Höhe von TEUR 29 (2017: TEUR 11) aus maßnahmenorientierten Marketing-Aktivitäten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 16 (2017: TEUR 35, davon TEUR 7 Fördermittel der Sächsischen Aufbaubank) und setzen sich im Wesentlichen aus Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (TEUR 7; 2017 TEUR 16) und sonstigen Sachbezügen (TEUR 5; 2017: TEUR 3) zusammen.

Auf Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfielen im Geschäftsjahr 2018 TEUR 15 (2017: TEUR 17).

Der Personalaufwand beläuft sich für das Geschäftsjahr 2018 auf TEUR 677 (2017: TEUR 613). Während in 2017 für einen Mitarbeiter die Entgeltfortzahlung entfiel, nahm dieser im Jahresverlauf 2018 seine Tätigkeit wieder auf, was, neben Gehaltsanpassungen und damit verbunden höheren sozialen Abgaben sowie gestiegenen Aufwendungen für Altersversorgung, den Personalaufwand in 2018 im Wesentlichen ansteigen ließ. In den Personalkosten wurden Rückstellungen für Prämienzahlungen in Höhe von TEUR 25 berücksichtigt. Die Personalaufwandsquote in 2018 beläuft sich auf 45 % nach 52 % im Jahr 2017

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden sämtliche Aufwendungen ausgewiesen, die der vertrieblichen Unterstützung wirtschaftsfördernder Prozesse im Sinne der Akquisition/Ansiedlung und der Fachkräftegewinnung dienen sowie Aufwendungen des regulären Geschäftsbetriebes. Für das Geschäftsjahr 2018 werden sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 836 (2017: TEUR 583) ausgewiesen. Diese liegen entsprechend der Planung für das Jahr 2018 über denen des Vorjahres.

Wesentliche Aufwendungen entstanden in 2018 im Zusammenhang mit der Intensivierung der Auslandsmarktbearbeitung (TEUR 121, 2017: TEUR 53) durch die Unterstützung externer Partner in der Marktbearbeitung sowie bei der Erstellung des „Smart Specialisation Monitorings“. Ebenso erhöhten sich die Aufwendungen für Messen und Sales Promotion Maßnahmen, die sich auf TEUR 191 nach TEUR 102 im Jahr 2017 belaufen und damit 23 % der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf sich vereinen. Diese Erhöhung ist maßgeblich auf erstmals in der Berichtsperiode entstandene Kosten für den Messeauftritt auf der weltweit führenden Messe für Immobilien und Investitionen zurückzuführen. Damit korrespondiert die Erhöhung der Reisekosten von TEUR 28 in 2017 auf TEUR 39 in 2018. Die unverändert große Bedeutung des Internets, insbesondere des Online-Marketings als Vertriebskanal, zeigt sich in gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich erhöhten Aufwendungen, die mit TEUR 119 (2017: TEUR 66) ausgewiesen werden. Darüber hinaus entstanden nennenswerte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsfeldentwicklung insbesondere mit Fortschreiten des Projektes der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft mit den Mittelzentren (TEUR 35; 2017: TEUR 13).

Weitere größere Aufwandspositionen lagen zudem im Bereich der vertraglich geregelten Erüchtigung der Mieträumlichkeiten (Fremdarbeiten, TEUR 9; 2017: TEUR 0) und der Nutzung direktvertrieblicher Unterstützungssysteme (Gazelle, LinkedIn Sales Navigator) sowie eines CRM-Systems, welche zu einer Erhöhung der Aufwendungen für Lizenzen von TEUR 7 in 2017 auf TEUR 41 in 2018 führten.

Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (2017: TEUR 1) aus.

3.2.2. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf TEUR 818 (31.12.2017: TEUR 977).

Zum 31. Dezember 2018 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von TEUR 434 (31.12.2017: TEUR 648). Bis zum Bilanzstichtag wurden die auf der Grundlage des Dienstleistungsvertrages für das Geschäftsjahr 2018 von den Gesellschaftern in Höhe von insgesamt TEUR 1.687 (31.12.2017: TEUR 1.690) abgerufenen Mittel in Höhe von TEUR 1.378 zahlungswirksam. In Höhe von insgesamt TEUR 309 (31.12.2017: TEUR 272) werden Forderungen gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen. Alle Angaben verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Das Eigenkapital der IRL beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 154 (31.12.2017: TEUR 152,5). Am 31. Dezember 2018 belief sich die Eigenkapitalquote auf 18,8 %. Gegenüber dem Vorjahresstichtag (15,6 %) erhöhte sich diese damit leicht um 3,2 %-Punkte aufgrund des Abbaus der Verbindlichkeiten.

Das Fremdkapital, welches sich aus Rückstellungen (31.12.2018: TEUR 57; 31.12.2017: TEUR 68) und Verbindlichkeiten (31.12.2018: TEUR 607; 31.12.2017: TEUR 756) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen.

Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten (31.12.2018: TEUR 32; 31.12.2017: TEUR 34) und Aufwendungen, die dem abgelaufenen Geschäftsjahr (31.12.2018: TEUR 15; 31.12.2017: TEUR 20) zuzuordnen sind, gebildet.

In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2018 werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus in der Finanzierungsperiode 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 nicht verbrauchten Vergütungen der Gesellschafter mit Anzahlungscharakter in Höhe von TEUR 501 (31.12.2017: TEUR 568) ausgewiesen. Gemäß der Regelungen und in Anwendung des

zum 31. Dezember 2018 auslaufenden Dienstleistungsvertrages sowie den der Wirtschaftsplanung 2019 zugrunde gelegten Planungsprämissen sind hiervon brutto TEUR 459 an die Gesellschafter (Stadt Leipzig: TEUR 218, IHK zu Leipzig: TEUR 113, Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen: jeweils TEUR 64) zurückzuzahlen. Mittel in Höhe von TEUR 115 (netto) der kommunalen Gesellschafter Stadt Leipzig (TEUR 72), Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen (jeweils TEUR 21), mit denen eine Fortführung des Dienstleistungsvertrages vereinbart wurde, stehen der Gesellschaft unter Anrechnung auf künftige Zahlungen dieser Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2019 zur Verwendung zur Verfügung und ermäßigen die für das Geschäftsjahr 2019 abrufbaren anteiligen Finanzmittel. Zum 31. Dezember 2017 beinhaltete der Ausweis zum Bilanzstichtag zusätzlich Verbindlichkeiten aus noch zu erstattenden Kosten für die nebenamtliche Tätigkeit des Geschäftsführers bis April 2017, die im Geschäftsjahr 2018 beglichen wurden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 jederzeit gesichert. Die Verwendung der von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel erfolgte jederzeit wirtschaftlich, sparsam und in Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.

4. RISIKOBERICHT

Im Jahr 2018 war die Liquidität der Gesellschaft durch die Vergütung der Gesellschafter grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Die Gesellschaft geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch die für das laufende Geschäftsjahr von den Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen abgeforderten bzw. abzufordernden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzierungsanteil der IHK zu Leipzig für das Geschäftsjahr 2018 wurde bereits zugewendet.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen, Können, Engagement und der Zufriedenheit der Mitarbeiter. Täglich bringen sich die Mitarbeiter der Gesellschaft mit ihren Vorstellungen und Ideen in die jeweiligen Tätigkeiten und Arbeitsprozesse ein und halten Schlüsselpositionen inne; letzteres erhöht die Abhängigkeit. Auch mit der Installation von bspw. Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung und entsprechenden Vertretungsregelungen stellen die Mitarbeiterfluktuation und der Ausfall bereits eines Mitarbeiters ein Risiko für die Gesellschaft dar. So können u.a. geplante Maßnahmen und damit die Mittelverwendung nicht entsprechend dem Wirtschaftsplan Umsetzung finden und eine Arbeitsverteilung auf die vorhandenen Personalressourcen muss erfolgen.

5. PROGNOSEBERICHT

Ausgehend von den bereits erfolgreich in den Vorjahren durchgeführten Aktionen und gewonnenen Erfahrungswerten ist auch im Jahr 2019 ein umfassender Maßnahmenmix geplant, der geeignet und notwendig ist, um die unterschiedlichen vertrieblichen, insbesondere direktvertrieblichen Kanäle bedienen zu können. Die Gesellschaft geht in ihren Planungen davon aus, insgesamt ca. 30 Messen akquisitorisch zu bearbeiten, davon fünf mit eigenem Messestand bzw. Gemeinschaftsstand.

Ihre vertrieblichen Unternehmensakquisitionsaktivitäten fokussiert die Gesellschaft in 2019 unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des 2018 beauftragten „Smart Specialisation Monitorings“ künftig stärker auf die Primärbranchen IT & eCommerce, Life Science, Fertigungsindustrie und Energie- und Umwelttechnik. Geplant sind auch in 2019 gemeinsame Akquise-/Veranstaltungsformate von Vor-Ort-Unternehmensbesuchen bis hin zu gezielten Akquise-Roadshows, dem Netzwerkaufbau und der Multiplikatorengewinnung.

Zum Zweck der gezielten, exklusiven und nachhaltigen Außenwirtschaftsförderung und Stärkung der Direktinvestitionstätigkeit für die Region Leipzig plant die Stadt Leipzig, der Gesellschaft zusätzliche Finanzmittel in Höhe von TEUR 500 zur Verfügung zu stellen, um zu errichten. Ziel ist es, die internationale Marktbearbeitung weiter zu intensivieren.

So plant die Gesellschaft unter anderem aufgrund der volkswirtschaftlichen Potenziale im Allgemeinen und der spezifischen Potenziale im Zusammenhang mit einem absehbaren britischen EU-Austritt in Großbritannien ab Juli 2019 die Einrichtung einer Auslandsrepräsentanz mit Modellcharakter. Primärziel der Auslandsrepräsentanz ist es, die Standortangebote und Vorteile der Region Leipzig durch zielmarktspezifisches Standortmarketing international bekannter zu machen, um messbar mehr ausländische Unternehmensansiedlungen als bisher für die Region Leipzig zu gewinnen. Unternehmenszielgruppen sind dabei primär britische aber auch internationale Unternehmen mit Standorterweiterungs- oder Standortverlagerungsplänen für den europäischen bzw. deutschen Markt. Ein weiterer Nutzen kann hieraus für Unternehmen aus der Region Leipzig, die in Großbritannien unternehmerisch tätig werden möchten entstehen.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft nimmt mit Unterstützung eines externen Partners die Weiterentwicklung der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft mit den Mittelzentren der Region ein. Im Geschäftsjahr 2019 plant die Gesellschaft u.a. unter der Internetpräsenz www.diewirtschaftsallianz.de die Fertigstellung von individuellen Landingpages, um so das wirtschaftliche Leistungsspektrum und die Angebote der Mittelzentren gezielter im Rahmen von Akquisitionsmaßnahmen präsentieren, vermarkten und bewerben zu können. In einem weiteren Schritt ist die Einbeziehung von Immobilienvermarktungsunternehmen, Projektentwicklern und Grundstückeigentümern vorgesehen, um so die Vermarktungschancen für die regionalen Mittelzentren weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen.

Das vertriebsunterstützende Marketing sieht in 2019 unverändert Direktansprachen – hochindividualisiert, wie auch reichweitenstark - vor, die branchenspezifisch und in Interaktion mit komplementären Maßnahmen - unter anderem konkret abgestimmt auf Messe- und Roadshowaktivitäten - unter Berücksichtigung weiterer vertrieblicher Maßnahmen vor. Geplant ist ebenso die Fortführung fokussierter PR-Maßnahmen, insbesondere gerichtet auf die Ansprache internationaler Investoren.

Das Online-Marketing als Vertriebskanal mit direkter Messbarkeit des Erfolgs wird auch in 2019 einen hohen Stellenwert einnehmen und weiter ausgebaut und intensiviert, um die Reichweite und Aufmerksamkeit sowohl für die Region als auch die Gesellschaft weiter zu erhöhen.

Die Schärfung des Tätigkeitsprofils durch die Gesellschafter bedingt eine veränderte Aufgabenstellung im Bereich Fachkräfteservice. Dieser konzentriert sich künftig auf die Unterstützung von ansiedlungsinteressierten, in der Ansiedlungsphase befindlichen und durch die Gesellschaft betreute, angesiedelte Unternehmen bei fachkräfterelevanten Themenstellungen.

Leipzig, 1. April 2019

Michael Körner
Geschäftsführer

Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bautzner Straße 67
04347 Leipzig
Tel.: 0341 / 33 74 16 - 0

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 06.11.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebiet der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbeobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Stammkapital:

Gesamtstimmen

15 Stimmen

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

Verbandsdirektor

Herr Prof. Dr. Andreas Berkner

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40,00 %	6
Landkreis Leipzig	33,33 %	5
Landkreis Nordsachsen	26,67 %	4

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	10.300,0 €	10.300,0 €	10.300,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

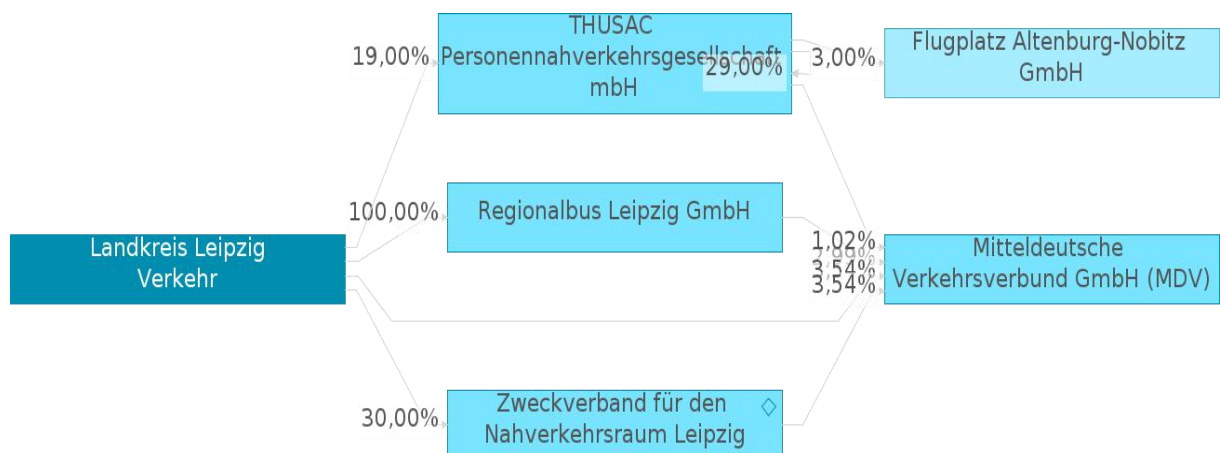
Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen lag der Jahresabschluss zum 31.12.2018 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Verkehr

Beteiligungsstruktur



Beteiligungsstruktur (graphisch)



Regionalbus Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Leipziger Straße 79

04828 Deuben

Tel.: 03425/8989100

E-Mail: info@regionalbusleipzig.de

Webseite: <http://www.regionalbusleipzig.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 13.05.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	500.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andreas Kultscher

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	500.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.200 €	3,0%
---	---------	------

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	9.212.369,0 €	10.486.685,0 €	12.375.962,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten wiederum erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die im August 2017 gestartete zweite Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ wirkte erstmals im gesamten Geschäftsjahr 2018, wodurch eine positive Entwicklung der Fahrgastzahlen verzeichnet werden konnte.

Die Gesellschaft betreibt nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 5 TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot.

Die Verträge zu den eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS und des Pösna Parks wurden verlängert bzw. fortgesetzt.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienvverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese lagen geringfügig über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr aufgestellten Erwartungen.

Die aufgrund des Ausbaus der Verkehrsleistung erforderlichen Arbeiten zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen im Betriebsteil Deuben wurden im Geschäftsjahr 2018 wie vorgesehen durchgeführt.

Im Betriebsteil Grimma konnten die angemieteten Flächen ab März 2018 vergrößert und so an den gewachsenen Personalbestand angepasst werden.

II. Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2018 verminderte sich der Bestand des Anlagevermögens zum Vorjahr um TEUR 15. Dieser Saldo setzt sich zusammen aus TEUR 3.685 Zugänge, TEUR 229 abgesetzte erhaltene Zuschüsse und TEUR 3.471 Abschreibungen. Die Zugänge bestehen im Wesentlichen aus Investitionen für Omnibusse und der baulichen Erweiterung des Betriebsteils Deuben. Bei den Investitionen 2018 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2018 jedoch um insgesamt TEUR 1.955 unterschritten. Dies betrifft im Wesentlichen Software im Verwaltungsbereich (TEUR -49), die Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR -179) und die Fahrzeugflotte (TEUR -1.729). Die Busbeschaffung verzögerte sich aufgrund von Liefer-schwierigkeiten des Herstellers und soll im Jahr 2019 abgeschlossen werden.

Durch die für die Investitionen vereinnahmten Fördermittel erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss.

Insgesamt wächst die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.505.

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird zu zwei Dritteln dem Eigenkapital zugerechnet (künftige gewinnerhöhende Wirkung bei der Auflösung). Der verbleibende Betrag spiegelt die potenzielle Ertragsteuerbelastung wider, die im Fremdkapital ausgewiesen wird.

Vermögensstruktur

	31.12.2018		31.12.2017		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	131	0,5	76	0,3	55
Sachanlagen	18.343	68,4	18.413	75,7	-70
Finanzanlagen	7	0,0	7	0,0	0
langfristig gebundenes Vermögen	18.481	68,9	18.496	76,0	-15
Vorräte	211	0,8	206	0,9	5
Lieferforderungen	1.233	4,6	786	3,2	447
Forderungen gegen MDV GmbH	208	0,8	243	1,0	-35

Regionalbus Leipzig GmbH

sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.506	5,6	278	1,2	1228
flüssige Mittel	5.191	19,3	4.316	17,7	875
kurzfristiges Vermögen	8.349	31,1	5.829	24,0	2.520
insgesamt	26.830	100,0	24.325	100,0	2.505

Kapitalstruktur

	31.12.2018		31.12.2017		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	9.723	36,2	8.641	35,5	1.082
2/3 Sonderposten Investitionszuschüsse					
= Eigenkapitalähnliche Mittel	7.166	26,7	6.623	27,2	543
betriebswirtschaftliches Eigenkapital	16.889	62,9	15.264	62,7	1.625

Fremdkapital

1/3 Sonderposten Investitionszuschüsse	3.583	13,4	3.312	13,6	271
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	1.456	5,4	2.624	10,8	-1.168
langfristige Rückstellungen	21	0,1	25	0,1	-4
mittel- / langfristiges Fremdkapital	5.060	18,9	5.961	24,5	-901
kurzfristige Rückstellungen	602	2,2	478	2,0	124
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	1.168	4,4	1.325	5,5	-157
Lieferverbindlichkeiten	966	3,6	491	2,0	475
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	214	0,8	6	0,0	208
sonstige Verbindlichkeiten	1.931	7,2	800	3,3	1.131
kurzfristiges Fremdkapital	4.881	18,2	3.100	12,8	1.781
insgesamt	26.830	100,0	24.325	100,0	2.505

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	1.056
sonstige Ausstattung	243
Grundstücke und Gebäude	192
Software	98
Anlagen im Bau	2.096
insgesamt	3.685

Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von drei Omnibussen.

Die sonstige Ausstattung umfasst Ausrüstungsgegenstände für Werkstätten und Büros der einzelnen Betriebsteile, unter anderem Achsvermessungsanlagen, Geldeinzahlgeräte, Umbau Sektionaltore und LTE-Router für die Übertragung von Echtzeitdaten in die Fahrzeuge.

In der Position Grundstücke und Gebäude sind der Bau der Fahrzeugabstellhallen und die Gestaltung der Außenanlagen im Rahmen der Erweiterung des Betriebsteils Deuben enthalten.

Die Softwareinvestitionen beinhalten hauptsächlich eine Dispositionssoftware für flexible Verkehrsangebote, die Weiterentwicklung der Bordrechnersoftware, die Anbindung der Geldeinzahlgeräte an die unternehmenseigenen Hintergrund- und Abrechnungssysteme sowie eine Erweiterung der Werkstattsoftware.

Die Anlagen im Bau umfassen im Wesentlichen Rechnungen im Rahmen der Erweiterung des Betriebsteils Deuben.

Die Investitionen wurden in Höhe von TEUR 2.846 durch Zuschüsse finanziert.

Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und -verwendung in den drei Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Positive Beträge stellen Mittelzuflüsse, negative Beträge Mittelabflüsse dar.

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Ergebnis	1.083	1.072
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.471	3.438

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-1.803	-1.722
Zunahme der sonstigen Rückstellungen	120	44
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	19
Zunahme (-) /Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.646	76
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.814	-589
Zinsaufwendungen	30	67
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.070	2.405
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3.685	-3.271
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	2.846	2.644
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-839	-627
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	1.000
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-1.325	-1.411
gezahlte Zinsen	-30	-67
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.355	-478
Veränderung des Finanzmittelfonds	875	1.300
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	4.316	3.016
Finanzmittelfonds am Periodenende	5.191	4.316
Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:	5.191	4.316
flüssige Mittel	5.191	4.316

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2018 schließt im Ist um TEUR 384 besser ab als im Wirtschaftsplan 2018 veranschlagt. Damit werden die Erwartungen des Wirtschaftsplanes übertroffen.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2018		2017		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
bereinigte Umsatzerlöse	20.893	100,0	18.800	100,0	2.093	11,1
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.598	-17,2	-2.990	-15,9	-608	20,3
b) bezogene Leistungen	-2.093	-10,0	-2.075	-11,0	-18	0,9
	-5.691	-27,2	-5.065	-26,9	-626	12,4
Personalaufwand	-10.641	-50,9	-9.408	-50,0	-1.233	13,1
übrige Aufwendungen	-2.045	-9,8	-1.764	-9,4	-281	15,8
Betriebsaufwand gesamt	-18.377	-88,0	-16.237	-86,3	-2.140	13,2
sonstige betriebliche Erträge	1.988	9,5	1.926	10,2	62	3,2
Ergebnis vor Abschreibungen						
und Zinsen	4.504	21,6	4.489	23,9	15	0,4
Abschreibungen	-3.471	-16,6	-3.438	-18,3	-33	1,0
operatives Ergebnis	1.033	4,9	1.051	5,6	-18	-1,6
neutrales Ergebnis	78	0,4	86	0,4	-8	-9,5
Zinsergebnis	-28	-0,1	-65	-0,3	37	-56,7
Jahresüberschuss	1.083	5,2	1.072	5,7	11	1,1

Die Erhöhung der bereinigten Umsatzerlöse (TEUR 2.093) in 2018 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	1.942
ÖPNV-Linienverkehr	146

Vertragsverkehr	14
Gelegenheitsverkehr	-42
Schienenersatzverkehr	0
sonstiges	33
insgesamt	2.093

Die Betriebskostenzuschüsse wurden in der Planung 2018 an das größere Leistungsvolumen und die gestiegenen Kosten angepasst und entsprechend vom Landkreis Leipzig gezahlt.

Beim vertraglichen Schüler- und Berufsverkehr war im Jahr 2018 eine leichte Leistungs- und Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die ausgeführten Aufträge im Gelegenheitsverkehr wurden reduziert. Dies ist begründet durch die starke Inanspruchnahme der personellen und technischen Kapazitäten aufgrund der Leistungsausweitung im ÖPNV.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mehreinnahmen hauptsächlich aus Dieserverkauf.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von Tarifsteigerungen und erhöhtem Mitarbeiterbestand gestiegen. Der im Wirtschaftsplan 2018 ausgewiesene Stellenplan blieb im Ist des Geschäftsjahres 2018 aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt durchschnittlich mit 7 Stellen unterbesetzt. Damit blieben auch die tatsächlichen Kosten unter den Plankosten. Der Ausgleich erfolgte teilweise über Leiharbeitnehmer, woraus die gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren. Der Krankenstand, als wesentlicher nicht finanzieller Leistungsindikator, erhöhte sich im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden entsprechen dem Vorjahresniveau.

Mit einer Höhe von TEUR 78 (2017: TEUR 86) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Erträge		
periodenfremde Erträge	77	3
Auflösung von Wertberichtigungen	1	2
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4	15
Erträge unregelmäßig	0	130
zusammen	82	150
Aufwendungen		
periodenfremde Aufwendungen	0	-43
Zuführung von Wertberichtigungen	-4	0
Forderungsverluste	0	-2

Verlust aus Anlagenabgängen	0	-19
zusammen	-4	-64
insgesamt	78	86

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der öffentliche Personennahverkehr nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Auch nach der Umsetzung der zweiten Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ im August 2017, der Inbetriebnahme verschiedener Linien mit erweiterter Verkehrsleistung im März 2018, die vor allem den touristischen Bedürfnissen im südlichen Leipziger Neuseenland und im Muldental Rechnung tragen sollen, sowie dem Start des überarbeiteten Stadtverkehrs für die Stadt Grimma im April 2019 wirkt die Regionalbus Leipzig GmbH in Projekten mit, die diese Entwicklungen aufgreifen und die Schaffung bedarfsgerechter Angebote zum Ziel haben. So sollen im August 2019 das ÖPNV-Konzept für das südliche Leipziger Neuseenland sowie Erschließungsverbesserungen in der Stadt Brandis umgesetzt werden. Für Dezember 2019 ist die Inbetriebnahme eines neuen Stadtverkehrsangebotes für die Stadt Bad Lausick vorgesehen. Bestehende Fahrgäste sollen so an das Unternehmen gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden. Mit dem erfolgreichen Ausbau der ÖPNV-Angebote soll der Landkreis Leipzig als Wohn- und Wirtschaftsstandort noch attraktiver werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Bestrebungen zur Qualitätssteigerung der erbrachten ÖPNV-Leistungen. Hierzu gehört die Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit seit dem Beginn des Jahres 2018 sowie kostenfreier WLAN-Zugang für die Fahrgäste in sämtlichen Omnibussen der Regionalbus Leipzig GmbH seit Februar 2018. Durch diese Angebote ist der von den Fahrgästen wahrgenommene Komfort während der Fahrt mit dem ÖPNV deutlich gestiegen. Das seit 2018 im Einsatz befindliche Qualitätsmanagementsystem trägt mit einer strukturierten Erfassung der Qualität verschiedener betrieblicher Leistungsparameter und der Ableitung gezielter Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Dienstleistungsqualität bei. Eine Weiterentwicklung der unternehmensinternen Struktur soll die Erreichung dieses Ziels unterstützen.

Die im Auftrag der Gesellschaft tätigen Nachauftragnehmer wurden im Zuge der Umsetzung des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ zum Teil mit zusätzlichen Betriebsleistungen im Linienverkehr beauftragt. Zur Absicherung eines gleichwertigen Qualitätsniveaus bei der Erbringung der Verkehrsleistung wurden die Fahrzeuge der Nachauftragnehmer größtenteils mit entsprechenden technischen Komponenten ausgestattet.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hält die Gesellschaft das Kostenrisiko für überschaubar. Es wurde eine Rückstellung in Höhe der Klageforderung gebildet.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde im Jahr 2017 mit Baumaßnahmen zur Erweiterung des Betriebsteils Deuben begonnen. Die zweiteilige Fahrzeugabstellhalle konnte im September 2018 zur Nutzung übergeben werden und mit dem Anbau zur Vergrößerung des Verwaltungsgebäudes wurde im Juli 2018 begonnen.

Die Arbeiten zur Erweiterung des Werkstattbereichs um eine Karosseriewerkstatt sollen im Jahr 2019 aufgenommen werden. Derzeit ist vorgesehen, die Baumaßnahmen bis zum Ende des Jahres 2019 abzuschließen. Nach der Zusammenführung der Verwaltungsfunktionen am Standort Deuben soll im Jahr 2020 das Sozialgebäude im Betriebsteil Zwenkau umgebaut und dem gestiegenen Personalbestand angepasst werden.

In Anbetracht des mit den Bauvorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, werden die bestehenden Förderprogramme entsprechend genutzt. Aufgrund von Brandschutzanforderungen, höheren Angebotspreisen wegen der starken Nachfrage nach Bauleistungen sowie baubedingten Nachträgen ist eine Verteuerung der Bauvorhaben zu verzeichnen, die jedoch teilweise mit Fördermitteln gegenfinanziert werden kann.

Im Jahr 2018 wurden durch die Regionalbus Leipzig GmbH erstmals Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) bestellt. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten des Herstellers hat sich die Auslieferung der Fahrzeuge jedoch verzögert, so dass sechs Omnibusse erst im April 2019 geliefert wurden. Für ein Fahrzeug steht der Liefertermin noch aus. Die vor diesem Hintergrund notwendigen Anträge zur Anpassung des Fördervorhabens wurden von der Gesellschaft gestellt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen.

Das vor dem Hintergrund der angespannten Fachkräftesituation von der Gesellschaft aufgelegte Programm zur Personalgewinnung wurde im Jahr 2018 fortgesetzt, um den Bedarf an Arbeitskräften im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verkehrsprojekte sowie wegen der altersbedingten Abgänge zu decken. Angesichts der demografischen Entwicklung im Landkreis Leipzig und der damit verbundenen weiteren Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030, sind diese Maßnahmen in den nächsten Jahren zu verstärken und weiterzuentwickeln. Aufgrund des Personalzuwachses sowie der anstehenden Neuverhandlung der für Regionalbus Leipzig geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen. In diesem Zusammenhang kommt der kontinuierlichen Sicherung der Finanzierung des ÖPNV eine besondere Bedeutung zu. Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Steigerung der Einnahmen im Linienverkehr auszuschöpfen. Hierbei werden auch in Zukunft eine kontinuierliche Qualitätssteigerung und intensivere Vermarktung der angebotenen Verkehrsleistungen mit dem Ziel der Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste einen Arbeitsschwerpunkt bilden.

Darüber hinaus wird die Regionalbus Leipzig GmbH ihre Kompetenzen weiterhin in das vom Landkreis Leipzig und dem MDV initiierte Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ einbringen, um ihre Leistungen im Firmenkundenbereich besser zu platzieren. Gleichzeitig besteht auch in den kommenden Jahren die Aufgabe, zur Gewährleistung einer effizienten Leistungserbringung Synergien und Einsparungspotenziale zu nutzen. In diesem Zusammenhang kommt auch der Neugestaltung unternehmensinterner Prozesse mit dem Ziel einer Ablösung

personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen eine entsprechende Bedeutung zu.

Im Zusammenhang mit der turnusmäßigen Neuerhebung des Schülerkorrekturwertes hat sich die Entwicklung der Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr deutlich abgeschwächt. Der Einnahmeanspruch ist der auf der Basis der beförderten Fahrgäste, unter Anwendung verschiedener Korrekturfaktoren, ermittelte Anteil der Regionalbus Leipzig GmbH an der Gesamteinnahme des MDV im ÖPNV-Linienverkehr. Dieser ist relativ gesehen gesunken, absolut betrachtet liegt der Einnahmeanspruch der Gesellschaft für das Jahr 2018 geringfügig über dem Wert des Vorjahres.

Für das Jahr 2019 wurde im Wirtschaftsplan mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 7.551 (2018: TEUR 6.961) geplant, die vor dem Hintergrund der Fortsetzung der oben beschriebenen Entwicklung des Einnahmeanspruchs an der Gesamteinnahme des MDV voraussichtlich nicht ganz erreicht werden. Das Jahresergebnis 2019 soll planmäßig TEUR 847 betragen. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienverkehr sowie gestiegenen Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, höhere Materialkosten sowie leicht steigende Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2020 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

Der Vertrag über die Einnahmearteilung im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) wurde rückwirkend zum 1. Januar 2018 fortgeschrieben. Das Einnahmearteilungsverfahren mit den eingeführten Korrekturwerten bleibt jedoch im Wesentlichen unverändert.

Den im Jahr 2018 aufgrund des Inkrafttretens der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gestiegenen Anforderungen an den Datenschutz wurde mit der Berufung eines neuen Datenschutzbeauftragten, dem Abschluss von Verträgen zur Auftragsverarbeitung sowie der Anpassung unternehmensinterner Prozesse Rechnung getragen.

IV. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 wurde die Baker Tilly GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig bestellt.

Deuben, 20. Mai 2019

Andreas Kultscher
Geschäftsführer

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Industriestraße 4
04603 Windischleuba
Tel.: 03447 850401
E-Mail: info@thuesac.de
Webseite: <http://www.thuesac.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 17.01.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	260.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Stephan Bog
Frau Tatjana Bonert

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	135.200 €	52,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
Landkreis Leipzig	49.400 €	19,0%

Beteiligungen

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	1.534 €	3,0%
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	750 €	1,0%

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	2.654.982,7 €	2.948.800,0 €	2.948.800,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Grundlagen**1.1. Geschäftsmodell**

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind am Bilanzstichtag der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 49.400 (19,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 75.400,00 (29,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind im Jahr 2018 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Aufsichtsrat gebildet, in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist. Der neue Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 25. April 2018 konstituiert.

1.2. Ziele, Strategien

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

1.3. Steuerungssystem

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen und Meisterrunden sowie im Risikomanagement Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 29 Linien und den Stadtverkehr Altenburg und Schmölln für acht Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das **Bediengebiet Sachsen** durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr ab Dezember 2018 für 18 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 erteilt. Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land und die über den MDV gewährten Durchtarifizierungsverluste bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifizierungsverluste. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Im Geschäftsjahr 2018 wurde neben dem weitestgehend stabilen Leistungsangebot im bisherigen Bediengebiet der Verkehrsraum Frohburg/Geithain und der Stadtverkehr in Schmölln durch Leistungsanpassungen und neue Angebote erweitert. Infolge dessen war es seit Herbst 2018 notwendig, zusätzliches Personal einzustellen sowie zusätzliche Fahrzeuge zur Umsetzung der Projekte anzuschaffen. Dieser Vorgriff bei der Personalbeschaffung erfolgte ohne finanzielle Unterstützung. Das Geschäftsjahr 2018 schließen wir mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 82 ab. Beeinflusst wird das negative Jahresergebnis insbesondere durch gestiegene Personal- und Kraftstoffkosten, höhere Abschreibungen und höhere sonstige betriebliche Aufwendungen.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2018 die Reparaturere Erlöse gegenüber dem Vorjahr steigern und erreichte wiederholt ein positives Ergebnis.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2018 um 1,9 % auf EUR 21,0 Mio leicht gesunken. Das Anlagevermögen ist auf EUR 14,7 Mio (Vj. 15,0 Mio) gesunken. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 69,8 % (Vj. 70,0 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2018 (TEUR)	2017 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.127	-1.204
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.115	-2.179
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.310	4.390
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	68	1.007

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2018 haben wir TEUR 2.138 (Vj. TEUR 2.196) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 6 Busse (TEUR 1.549) wurden mit TEUR 1.090 aus Fördermitteln finanziert.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote hat sich minimal auf 46,7 % (Vj. 46,2 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag erhöht.

Im Geschäftsjahr 2018 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um T€ 232 gestiegen. Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem Personennahverkehr – konnten die Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen des Vorjahres nicht erreicht werden. Diese sanken um TEUR 288. Dies ist insbesondere auf den Fahrgastrückgang zurückzuführen. Die Tarifierungsanpassungen zum 1. August 2017 und 1. August 2018 sowie die Angebote aus dem S-Bahnnetz und den PlusBus Linien konnten diese Entwicklung nicht umkehren. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr sind gesunken, hauptsächlich infolge der durch die neuen Verkehrsprojekte stattgefundenen Verschiebung des freigestellten Schülerverkehrs zu Gunsten des ÖPNV Angebots für Jedermann.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2018 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Aufstellungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. Die Ausgleichsleistungen konnten die Entwicklung bei den Fahrscheinverkäufen kompensieren. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung einschließlich Reifendienst sind die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+ TEUR 152), wobei der Großteil auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN sowie Provision Europcar und Erträge aus dem Reifendienst entfällt. Die Busvermietung ist rückläufig.

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA sind im Thüringer Bediengebiet im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Im ÖDA des Landkreises Leipzig sind die Ausgleichsleistungen auf Grund steigender Erträge aus Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr leicht gesunken

(./ TEUR 28). Im Geschäftsjahr 2018 ergab sich keine Überkompensation. Erstmals im Geschäftsjahr 2018 erhielt die THÜSAC einen Ausgleich infolge der Einführung des Azubi-Tickets in Thüringen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+TEUR 415). Hier wirken insbesondere gestiegene Kraftstoffpreise und höhere Aufwendungen für Ersatzteile und Reifen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um TEUR 404 gesunken, insbesondere durch geringere Aufwendungen für Nachauftragnehmer (./ TEUR 292) und gesunkene Fremdleistungen (./ TEUR 112).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 574 angestiegen. Die Ursachen liegen in der Wirkung des Vergütungstarifs im Geschäftsjahr 2018, der deutlich gestiegenen Mitarbeiteranzahl im Jahresdurchschnitt auf Grund anstehender Verkehrsprojekte sowie der Übernahme der Leistungen der Nachauftragnehmer durch eigenes Fahrpersonal.

Die Abschreibungen sind auf Grund der Investitionstätigkeit um TEUR 26 leicht angestiegen. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen schlugen mit TEUR 159 mehr zu Buche. Ursächlich hierfür sind u.a. Mehraufwendungen aus Schadensfällen (+TEUR 110), Aufwendungen für Kfz-Versicherung (+TEUR 17), höhere Beratungs- und Prüfungskosten (+TEUR 41) und höhere Aus- und Fortbildungskosten (+ TEUR 28) sowie Kosten für die Hard-und Softwarewartung (+TEUR 22). Gegenläufig wirken die geringeren periodenfremden Aufwendungen im Geschäftsjahr 2018 (./ TEUR 84).

Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2018	31.12.2017
Fahrer	131	118
Schlosser	25	25
Übriges Personal	51	46
Azubi	16	14
Gesamt	223	203

2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist-Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung nachfolgende Tabelle:

	Plan 2018 (TEUR)	Ist 2018 (TEUR)	Plan 2019 (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen	6.828	6.466	6.330
Investitionen	2.500	2.138	3.220
Jahresergebnis	190	-82	63

Das geplante Jahresergebnis 2018 konnte nicht erreicht werden. Geringere Erträge aus rückläufigen Fahrgastzahlen wurden durch andere Erträge kompensiert. Höhere Aufwendungen für Kraftstoff konnten jedoch nicht mehr ausgeglichen werden. Der Wegfall von Subunternehmerleistungen führte zwar zu geringeren bezogenen Leistungen, jedoch erhöhten sich

dadurch die Personalaufwendungen. Zudem wurde Personal für die Erweiterung des Leistungsangebots ab 2019 aufgebaut.

Die Auslieferung von neuen Fahrzeugen (Bussen) erfolgte teilweise erst 2019. Dadurch liegen die Investitionen des Geschäftsjahres 2018 unter dem Planansatz.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2018 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

Im Rahmen des MDV setzen wir uns intensiv mit der zukünftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinander. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region, die regionale demografische Entwicklung und auch das mögliche Nutzungsverhalten sowie die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei an vordergründiger Stelle. Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland wird in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern. Verschiedene Projekte wie „Muldental in Fahrt“, „Südliches Leipziger Neuseenland“, „Projekt Frohburg/Geithain“ und das Projekt „Schmölln macht mobil“ sollen die Attraktivität in den ländlichen Regionen erhöhen. Die Gesellschaft erweitert daher ihr Leistungsangebot und erhält im Gegenzug höhere Ausgleichszahlungen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere bei der Gewinnung von Personal für den Fahrbetrieb sowie in Einschränkungen bei der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise.

Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von TEUR 63.

Windischleuba, den 22. März 2019

Bog
Geschäftsführer

Bonert
Geschäftsführerin

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Flugplatz

04603 Nobitz

Tel.: 03447-5900

E-Mail: info@leipzig-altenburg-airport.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 27.01.1992

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	51.129€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dr. Frank Hartmann

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	30.678 €	60,0%
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	16.361 €	32,0%
Gemeinde Nobitz	2.556 €	5,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1.534 €	3,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Grundlagen

Die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH (FAN) betreibt einen Flugplatz mit IFR-Flugbetrieb in der Flugzone RMZ. Mit RMZ kann der Flugbetrieb für größere Flugzeuge bis 80 t kostengünstig im vollen Umfang aufrechterhalten und bedient werden. Für eine Rückkehr in die Zone Delta besteht derzeit kein Bedarf. Eine weitere Herabstufung auf die Flugzone G scheint aufgrund der Größe des Flugplatzes wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Geschäftsverlauf

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Ergebnisse bei der Neuausrichtung der Gesellschaft und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 erfolgreich agieren.

Zur Steigerung des Flugverkehrs wurden das Serviceangebot und damit die Attraktivität des Flugplatzes für Privatpiloten und Geschäftsreisende weiter verbessert. Die gewerblichen Flüge haben im Jahr 2018 um 21,8 Prozent zugenommen, die Einnahmen aus Landegebühren sind um 22,6 Prozent gestiegen.

Die Investitionen wurden 2018 planmäßig fortgeführt. Das Land Thüringen hat Fördermittel für die Erneuerung der durch einen Flugunfall beschädigten meteorologischen Anlage ausgereicht. Diese außerplanmäßige Investition erfolgte in zwei Tranchen, wobei die Hardwareerneuerung 2018 abgeschlossen werden konnte. Außerdem wurden die Markierungen auf den Flugbetriebsflächen erneuert. Dies war notwendig, um den Anforderungen an die Mischnutzung des Flugplatzes, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit aller Nutzer, Rechnung zu tragen.

Der Flugplatz konnte seine Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an die Firma IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (autonomes Fahren) weiter steigern.

Der Flugplatz wurde 2018 auch vom Volkswagenkonzern für die zeitweilige Unterbringung von für den Verkauf noch nicht freigegebener Fahrzeuge genutzt. Entsprechende Folgenutzungen sind bereits avisiert, soweit die Flächen auch künftig verfügbar sind. 12 000 qm Fläche beiderseits neben dem Tower wurden befestigt. Die Kosten dafür wurden vom Volkswagenkonzern übernommen.

Parallel dazu setzt sich die Gesellschaft gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft des Freistaats Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein.

Am Tower wurde ein Kunstprojekt erfolgreich umgesetzt. Dieses Projekt wurde mit Leadermitteln und Mitteln, welche von einem eigens hierfür gegründeten Verein stammen, finanziert.

2.2. Wirtschaftliche Lage

2.2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2018 um TEUR 19 auf TEUR 2.570 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 92,8 % (Vorjahr: 93 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 7,2 % (Vorjahr: 7 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 13,5 Prozent.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2018</u> TEUR	<u>2017</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-221	-195
Investitionstätigkeit	-196	-82
Finanzierungstätigkeit	405	352
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	126	138

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 371 (Vj. TEUR 371).

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 294 vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Erneuerung der meteorologischen Anlagen.

2.2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2018</u>	<u>2017</u>	<u>Veränderung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebliche Erträge	1.022	803	+219
Betriebliche Aufwendungen	<u>-969</u>	<u>-744</u>	<u>-225</u>
Betriebsergebnis	53	59	-6
Finanzergebnis	<u>-10</u>	<u>-13</u>	<u>+3</u>
Jahresergebnis	<u>+43</u>	<u>+ 46</u>	<u>-3</u>

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 43.

Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge. Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 358 auf

TEUR 778. Dies begründet sich hauptsächlich in steigenden Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an die Firmen IAV und VW (+ TEUR 144) sowie aus der Kostenübernahme für die Befestigung der Flächen für die Fahrzeugabstellung durch VW (+ TEUR 178).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2018 TEUR 416 und liegen damit unter dem Vorjahresniveau (TEUR 615). Dies resultiert im Wesentlichen aus der geringeren Auflösung des Sonderpostens (TEUR 59) und den im Vorjahr zu Buche schlagenden Versicherungserstattungen (TEUR 76).

Der Materialaufwand schlägt fast vorjahresgleich mit TEUR 88 zu Buche.

Der Personalaufwand ist um insgesamt TEUR 20 auf TEUR 356 angestiegen. Die Abschreibungen sind um TEUR 46 auf TEUR 219 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 468 sind um TEUR 190 gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Grundstückskosten infolge der Befestigung der Flugbetriebsflächen.

2.2.3. Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Flugplatzgebühren, die Investitionen, das Jahresergebnis und die Liquidität.

	Plan 2018 (TEUR)	Ist 2018 (TEUR)	Plan 2019 (TEUR)
Flugplatzgebühren	60	72	70
Investitionen	194	294	90
Jahresergebnis	4	43	62
Finanzmittelbestand	10	126	39

Die Plan/Ist - Abweichung der Investitionen wurde durch die Erneuerung der meteorologischen Anlagen über zwei Geschäftsjahre verursacht. Der Anstieg des Finanzmittelbestandes ist auf die positive Ertragslage des Geschäftsjahres 2018 zurückzuführen.

3. Chancen- und Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 wurden regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Alle Abweichungen werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist derzeit noch nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit und zur Finanzierung der Tilgung der Bankkredite und der Investitionen von derzeit TEUR 354 abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flugplatz Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flugplatz und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfavorschriften entsprechen. Dazu hat die EU-Kommission am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfeverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Der FAN GmbH gewährte Beihilfen wurden als zulässig angesehen. An Ryanair gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von TEUR 319 nebst Zinsen an Ryanair/AMS sind mit dem Binnenmarkt unvereinbar. Ryanair hat gegen die Beihilfeentscheidung geklagt. Die Klage ist mit Urteil vom 13. Dezember 2018 zurückgewiesen worden. Ryanair hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

4. Prognosebericht

Ziel bleibt es auch weiterhin, die gewerblichen Flugbewegungen zu erhöhen, Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen, anzusiedeln, die Verbindlichkeiten (insbesondere gegenüber den Banken) in den nächsten Jahren sukzessive weiter abzubauen, die Gesellschafterzuschüsse zu reduzieren, neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft zu gewinnen und den Investitionsstau am Flugplatz zu beseitigen.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde der Flugplatz durch die Landesluftfahrtbehörde aufgefordert, die Hindernisbeseitigung auf dem Flugplatzgelände selbst und außerhalb für die Behörde zunächst zu vermitteln. Die letzte große Hindernisbeseitigung fand im Jahr 2005 statt. Im Rahmen dieser Hindernisbeseitigung, welche sich bis in die Geschäftsjahre 2019 und 2020 hinziehen wird, könnten Kosten für die Beseitigung der Hindernisse und Entschädigungsansprüche für entgangene Nutzungen auf uns zu kommen.

Die Gesellschafter arbeiten weiter am Verkauf der Geschäftsanteile der Flugplatz-GmbH, die diese selbst hält (32 % eigene Anteile). Es wird angestrebt, für diese Anteile private Investoren zu gewinnen. Dabei sollen insbesondere Investoren, welche sich zur Absicherung ihrer Investitionen an der Flughafen GmbH beteiligen wollen, Anteile erwerben können.

Es wird angestrebt, den Flugplatz auch für unbemannte Flugobjekte dauerhaft zu nutzen. 2018 fanden bereits mehrere Netzwerk- und Infotage am Flugplatz statt. Gegenwärtig laufen die Arbeiten für die Einrichtung einer gesonderten Flugzone für unbemannte Luftfahrzeuge. Es ist geplant, den Flugplatz zu einem Drohnenzentrum zu entwickeln. Namhafte Partner aus der Industrie und der Wissenschaft unterstützen das Projekt aktiv.

Weiterhin wird beabsichtigt, am Flugplatz die Einrichtung einer 5 G Zone und somit die Realisierung einer neuen Mobilfunktechnologie in Zusammenarbeit mit T-Mobile zu implementieren. Von einer 5 G Überdeckung wird eine Sogwirkung auf weitere gewerbliche Ansiedlungen erwartet.

Der Flugplatz wird auch in den Folgejahren sukzessive die Infrastruktur erhalten bzw. erneuern. In diesem Jahr soll die Erneuerung des Vorfeldes erfolgen. Diese Maßnahme wird vom Land Thüringen gefördert. In den Jahren 2020 und 2021 steht die Sanierung von Teilen der Landebahn an.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2019 Nachschüsse im Sinne des § 18 des Gesellschaftsvertrags und weitere nicht rückzahlbare Zuschüsse von insgesamt TEUR 354 vor. Diese Zuschüsse sind notwendig, um die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft weiter sukzessive abzutragen, den Investitionsstau abzubauen und die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark von politischen Entscheidungen abhängig.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für das Geschäftsjahr 2019, die nachhaltig zur Tilgung von Verbindlichkeiten geeignet sind.

Altenburg, den 22. März 2019

Dr. Frank Hartmann

Geschäftsführer

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Prager Straße 8

04103 Leipzig

Tel.: 0341 / 8 68 43-0

E-Mail: post@mdv-info.de

Webseite: <http://www.mdv.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 27.03.1998

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	73.500€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Steffen Lehmann

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	12.900 €	17,6%
Stadt Leipzig	11.700 €	15,9%
Stadt Halle	9.150 €	12,4%
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	8.050 €	11,0%
DB Regio AG	4.000 €	5,4%
Landkreis Burgenlandkreis	2.600 €	3,5%
Landkreis Leipzig	2.600 €	3,5%
Landkreis Nordsachsen	2.600 €	3,5%
Landkreis Saalekreis	2.600 €	3,5%

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2.600 €	3,5%
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2.200 €	3,0%
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2.200 €	3,0%
Regionalbus Leipzig GmbH	2.200 €	3,0%
verschiedene VKU	2.200 €	3,0%
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1.100 €	1,5%
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1.100 €	1,5%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	850 €	1,2%
Landkreis Altenburger Land	750 €	1,0%
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	750 €	1,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	750 €	1,0%
Erfurter Bahn GmbH	300 €	0,4%
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	300 €	0,4%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Zuschüsse	87.678,7 €	87.678,7 €	89.704,0 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2018

Auch 2018 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen und Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2018 mit EUR 9,1 Mio. (rd. 4,0 %) über dem Vorjahr. 50 % davon resultieren aus dem Segment Zeitkarten Jedermann mit einem Plus von EUR 4,5 Mio. Auch die Verkäufe im Bartarif haben sich mit einem Zuwachs von EUR 2,1 Mio. wieder deutlich stabilisiert.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2018 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Aufbauend auf der durch eine Marktforschung dokumentierten hohen Zufriedenheit mit dem ABO-Sortiment wurden in den beiden Städten Leipzig und Halle die ABO light-Produkte weiter differenziert und flexibilisiert mit dem Ziel, auch besonders preissensible Vielfahrer dauerhaft an den ÖPNV zu binden.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen wurde im Jahr 2018 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbünden an den Themen verbundübergreifender Übergangstarif und Tarifangebote für junge Leute gearbeitet.

Ein Fokus bildete dabei die Vorbereitung des Übergangstarifs Riesa – Oschatz, mit dem Fahrgäste zwischen den Tarifzonen 41 (VVO) und 127 (MDV) den SPNV und in den Tarifzonen die lokalen Busangebote mit einem Fahrausweis nutzen können. Die Erfahrungen aus diesem Übergangstarif sollen genutzt werden, um den landesweiten Sachsentarif vorzudenken.

Für die Einführung eines Bildungstickets entsprechend der Erwartungen des SMWA wurden gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbünden und den MDV-Gesellschaftern verschiedene Modelle entworfen, analysiert und bewertet. Herauskrystallisiert hat sich dabei ein differenzierter Ansatz für Schüler und Auszubildende, da einerseits die Mobilitätsanforderungen, andererseits auch die Voraussetzungen unterschiedliche sind.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 waren bzw. sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt. Ziel ist es, das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnsystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs umfassender zu verknüpfen und damit noch attraktiver zu machen.

In diesem Zusammenhang wird ein System zum **automatischen Erstellen der Tarifmatrix** eingeführt. Auf Basis der 2018 durchgeführten Ausschreibung soll die Projektarbeit im Jahr 2019 abgeschlossen werden. Damit soll das bisherige aufwendige Bearbeiten der Tarifdaten durch die Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen deutlich reduziert und die Aussagefähigkeit der Weg-Texte an den Fahrschein-Automaten für den Fahrgast spürbar verbessert werden.

Die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV** (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“) um zukünftig nach der neuesten Version (1.5) des deutschlandweit gültigen Standards der VDV-Kernapplikation arbeiten zu können, wurde Anfang 2018 abgeschlossen. Damit wurden die Voraussetzungen für eine optimierte Anbindung der neuen stationären Automaten der LVB an das MDV-Berechtigungssystem gelegt, so dass ab 2018 auch dort eTicketing-Funktionalitäten wie das Lesen, Schreiben und Ändern von Chipkarten nach der neuesten VDV-KA-Version mit optimierten Prozessen umgesetzt werden können. Im Jahr 2019 wird eine zweite Stufe der Erweiterung des MDV-BerSy für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b umgesetzt, so dass dann auch unbares Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) möglich sein wird. Als erstes Verkehrsunternehmen wird die LVB diese Funktionen für Ihre Kunden anbieten. Die Erweiterung kann dann später auch von anderen Verkehrsunternehmen genutzt werden. Ein weiterer Fokus lag auf der Optimierung der Bedienung des Serviceportals im BerSy durch Performanceverbesserungen und neue Funktionen, um Arbeiten in der Bedienoberfläche noch schneller und optimierter durchführen zu können. Die vollständige Umstellung

der Abonnenten und Schüler der OBS konnte im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Für 2019 ist die Anbindung der PNVG im Rahmen der dortigen Inbetriebnahme des ReTSy sowie die Anbindung des neuen Bordrechnersystems (IVU) der PVG Burgenlandkreis ans BerSy vorgesehen.

Das **handybasierte Auskunftssystem easy.GO** hat sich zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunft- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2018 ist die Nutzung wiederum angestiegen. Anfragen zu Verbindungen und Abfahrtzeiten stiegen von 40 Mio. in 2017 auf 54,5 Mio. in 2018 und damit um 36 %. Mit ca. 1 Mio. Ticketkäufen wurden nahezu 3 Mio. Euro Umsatz erzielt; ein Anstieg von rd. 25 % zum Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurde beschlossen, die App easy.GO mit folgenden Schwerpunkten weiterzuentwickeln :

- Zusätzliche Bezahlverfahren
- Buchung von Rufbusfahrten
- Verbundüberschreitende Auskunft und verbundüberschreitende Verkäufe inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland.

Hierfür wird im Jahr 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich weiterhin auf den Abschluss des **Telematikvorhabens** mit der Abnahme der neuen Bordrechner für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Fehlerbeseitigung und Restarbeiten werden im 1. Halbjahr 2019 abgeschlossen. Damit ist die Basis für ein verknüpftes Gesamtsystem von verbundweiter Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie im mitteldeutschen Verbundraum geschaffen, das zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen wird.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um zusätzliche Funktionen für die Fahrgastinformation erweitert. Gleichzeitig wurde das Thema **Anschlusssicherung** vorangetrieben, indem neue Anschlusssicherungspunkte der LVB, Regionalbus Leipzig und der nordsächsischen Verkehrsunternehmen implementiert wurden. Die Verbundgesellschaft hat in Abstimmung mit dem ZVNL auf Grundlage des PlusBus-Netzes eine Methodik zur Erfassung von Anschlusssicherungsregeln entwickelt, deren Umsetzung mit den Verkehrsunternehmen in den sächsischen Landkreisen in 2019 abgestimmt werden soll.

Das Thema **Open Data** wurde im Jahr 2018 weiter vorangetrieben. Die Verbundgesellschaften beschlossen, dass die Fahrplandaten (Sollfahrpläne) unter eine freie Lizenz gestellt werden (CC-BY 4.0). Darüber hinaus wurde eine Downloadmöglichkeit eingerichtet, über die der wöchentlich aktualisierte Fahrplandatensatz Dritten zur Verfügung gestellt wird. Die GTFS-Daten werden auch in den Projekten der Gesellschaften wie z.B. flexible Bedienformen/Anrufbus, Low Carb oder in der Verkehrsplanung eingesetzt. Weiterhin wurde das Thema Datenaustausch mit Dritten sowie Nutzung neuer Datenquellen für das Verkehrsmanagement (echtzeitbasierte Verkehrsdaten) und Verkehrsplanung (insbesondere Mobilfunkdaten) im MDV koordiniert.

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM) wurden in Abstimmung mit den städtischen Partnern die Themen **umweltsensitive Verkehrssteuerung** und Maßnahmen zur Reduzierung der negativen Umwelteinflüsse des MIV im Rahmen der Green-City Masterpläne der Städte Leipzig und Halle und Möglichkeiten der Erfassung kleinräumiger Umweltbelastungen sowie die Nutzung der Daten für die Optimierung des MIV-Verkehrs aufgezeigt. In 2019 sollen mit der Universität Leipzig konkrete technische Lösungen für die Datenerfassung diskutiert werden.

Der MDV beteiligte sich an mehreren Projekten, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden. Die Arbeiten im Projekt Mobilitäts-hub wurden abgeschlossen. Als Ergebnis wurde eine prototypische intermodale App präsentiert, die eine verkehrsmittel- und tarifgrenzenüberschreitende Buchung und Bezahlung von Mobilität erlaubt (ÖPNV und Sharing). Mit dem neu entwickelten Tarifserver und der Systemarchitektur wurde eine Grundlage zur Weiterentwicklung von easy.GO für verbundübergreifendes E-Ticketing gelegt. Die Abstimmungen zum verbundübergreifenden Ticketing werden parallel im Rahmen des Vorhabens Mitteldeutschland mobil geführt.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung von technischen Voraussetzungen für die Disposition, Buchung und Bezahlung von vollflexiblen Bedienformen. Im Berichtsjahr wurde im Landkreis Nordsachsen und Landkreis Leipzig eine neue Dispositionssoftware eingeführt und in Zusammenarbeit mit der NASA ein technisches Konzept für die Vernetzung mit dem Auskunftssystem INSA und easy.GO ausgearbeitet. Parallel dazu wurden länderübergreifend die rechtlichen Grundlagen der Genehmigung von vollflexiblen Bedienformen im Sinne des PBefG mit den Aufgabenträgern und Landesbehörden diskutiert, da die Genehmigungsfähigkeit eine wesentliche Hürde für die Etablierung von vollflexiblen Verkehren darstellt.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2018 eine Ausschreibung für die 1. Stufe der Softwareneubeschaffung vorbereitet und durchgeführt. Im Anschluss wurde mit der Einführung der Software bei den regionalen Busunternehmen begonnen. Die Abnahme ist für das erste Halbjahr 2019 vorgesehen. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2018 eine Abstimmung über die zukünftig einzusetzenden Fahrgastzählsensoren und die Anforderungen an die zugrunde liegende Bustechnik.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2018 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Für das **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** wurden nach der Umsetzung des Regionalverkehrs in 2017 die Weichen für die Umsetzung der geplanten Stadtverkehre in Grimma, Bad Lausick und Brandis gestellt. Der neue Stadtverkehr Grimma wird im April 2019 mit zwei Linien starten, die erstmals ganztägigen, vertakteten Wochenendverkehr aufweisen, außerdem werden neue Gebiete innerhalb der Kernstadt von Grimma mit neuen Haltestellen erschlossen. Für Bad Lausick ist eine Umsetzung ebenfalls mit zwei Linien im 30min-Takt und einer Erhöhung der Anzahl der Haltestellen ab Dezember 2019 vorgesehen. Für Brandis wird mit der ebenfalls für Dezember 2019 vorgesehenen Erschließung des Gewerbegebietes Beucha die Stadterschließung fertiggestellt. Im Jahr 2019 werden die Planungen für einen mit digitalen, flexiblen Bedienformen betriebenen Stadtverkehr in Colditz vorangetrieben. Eine Umsetzung ist für 2020 vorgesehen. Das Marketing konzentrierte sich im Jahr 2018 auf die Verbesserung der Informationen an den Haltestellen und auf die vertiefende Bekanntmachung der neuen Mobilitätsangebote. Im Jahr 2019 werden die neuen Stadtverkehre (3. Umsetzungsstufe) in Grimma, Brandis und Bad Lausick vermarktet.

Die Planungen im **Südraum** von Leipzig wurden in 2018 abgeschlossen, so dass ab August 2019 zusätzlich zu den bereits erfolgreich umgesetzten touristischen Linien 101, 105 und 106 die Linien des Alltagsverkehrs in neuer vertakteter Qualität durch die Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und THÜSAC umgesetzt werden. Die Vermarktung wird federführend durch den MDV in enger Abstimmung mit dem Landkreis Leipzig und den beiden Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Das Projekt „**Clever unterwegs im Burgenlandkreis**“ wird unter Federführung des Burgenlandkreises umgesetzt. Der ursprüngliche Umsetzungszeitpunkt verschiebt sich um ein Jahr auf den August 2020. Daher ist die für 2018 avisierte begleitende Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen in das aktuelle Jahr 2019/2020 verschoben worden.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2018 der Nahverkehrsplan für den Burgenlandkreis fertig gestellt und vom dortigen Kreistag beschlossen. Der Nahverkehrsplan für Nordsachsen soll nach Verzögerungen in 2019 fertiggestellt werden. Die Bearbeitung für den Landkreis Leipzig wurde im Dezember 2018 begonnen. Ab Mai 2019 wird die Bearbeitung im Landkreis Altenburger Land starten und im Jahr 2020 abschließend fertiggestellt.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt „**Schmölln macht mobil**“ wurden in 2018 der Stadtverkehr Schmölln mit zwei neu konzipierten Linien in Betrieb genommen. Hierbei wurden neue Gebiete der Stadt mit neuem Linienlauf und zusätzlichen Haltestellen versehen. Erstmals verfügt der Stadtverkehr über ein Wochenendangebot. Seit August 2017 wird das Projekt durch Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet. In 2018 und 2019 wurden und werden die Planungen für das Regionalverkehrskonzept durchgeführt, das als neues Angebot aus vertakteten Hauptlinien, mehr Haltestellen und flexiblen Bedienformen im Februar 2020 seinen Betrieb aufnehmen soll. Ein Kreistagsbeschluss ist für Oktober 2019 vorgesehen. Der Freistaat Thüringen fördert das Vorhaben im Personal- und Marketingbereich.

Im Dezember 2018 feierte die Marke „**PlusBus**“ ihr fünfjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass hat der MDV eine eigene Produktwebseite online erstellt: www.plusbus-deutschland.de. Deutschlandweit nutzen bereits über 60 ÖPNV-Linien die von der NASA GmbH und dem MDV lizenzierte Marke.

Der MDV unterstützt die Verbundpartner bei der Erfassung von **Daten zur Barrierefreiheit**. Mit der Erarbeitung des DELFI-Handbuches für Barrierefreiheit im ÖPNV (DELFI e.V.) wurden deutschlandweite Standards für die Datenerhebung festgelegt, die auch im MDV angewendet werden sollen. Durch die Bereitstellung einer Softwarelösung für die Erfassung von Haltestellendaten sowie Datenspezifikation schuf der MDV eine Grundlage für die Erfassung der Daten im Verbund. Des Weiteren wurden bereits in den Fahrplandaten gelieferte Fahrzeuginformationen (geplanter Einsatz eines Niederflurfahrzeugs) in Leipzig, Halle und SPNV-Netz in der Auskunft freigeschaltet.

Im Jahr 2019 beginnt die Aufnahme der im „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ und DELFI-Handbuch Barrierefreiheit enthaltenen Anforderungen zur Ausstattung von Haltestellen in den Landkreisen Saalekreis und Burgenlandkreis. Im Landkreis Altenburg im Vorfeld durchgeführte Erhebungen sollen mit integriert werden. Diese Daten sollen sowohl für die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten als auch für Informationen auf der Webseite verwendet werden.

Aus der **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden neben verschiedenen Tarif- und Vertriebsmaßnahmen auch ein sachsenweites Netz aus Plus- und TaktBussen entwickelt, dass zusammen mit dem SPNV ein engmaschiges Netz an hochwertigen ÖPNV-Angeboten darstellt.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt den Betrieb von über 100 Plus- bzw. TaktBus-Linien in ganz Sachsen finanziell zu fördern. Eine Umsetzung ist dabei für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen. Im sächsischen MDV-Gebiet bedeutet dies, dass 30 Linien bei Erreichung der Qualitätskriterien die Förderung erhalten. Für die bestehenden Plus- und Taktbuslinien ist ebenfalls eine Förderung vorgesehen. Die Förderung von Stadtverkehrssystemen in Klein- und Mittelstädten ist dagegen nicht in die Förderung aufgenommen worden.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2018 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- „Tag der Sachsen Torgau“ – Unterstützung der Planung des Verkehrsangebotes
- App-basierte flexible Bedienformen – Begleitung der Voruntersuchung und Einführung bei Geißler und Regionalbus Leipzig
- Fahrkartenautomatentest – Funktionen und Fehlerfindung

Für 2019 stehen u.a. folgende Themen an:

- Betrachtung Bahn-/Busverknüpfung an den Stationen Markkleeberg-Gaschwitz, Neukieritzsch und Regis-Breitingen
- Untersuchungen zur Anschlusssicherung SPNV/PlusBus

Gefördert über die Fachkräftenrichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Die erste Phase des Projektes endete im Februar 2019. Für eine Weiterführung des Projektes im Landkreis Leipzig und eine Neuimplementierung des Projektes im Landkreis Nordsachsen wurden Förderanträge für den Zeitraum bis Februar 2021 gestellt. Während in Nordsachsen zunächst der Netzwerkaufbau, Strukturanalysen und Verbreitung des Themas „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ in 2019 im Vordergrund stehen, werden ab 2020 ähnlich wie im Landkreis Leipzig die Beratung von Gewerbestandorten in den Mittelpunkt rücken.

Im von der EU geförderten Projekt **„LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig“** haben sich die Projektpartner LVB, Stadt Leipzig und MDV das Ziel gesetzt, für die weiterhin stark boomenden Gewerbestandorte im Norden von Leipzig u.a. einen Masterplan Verkehr zu erstellen, der eine Steuerung des erhöhten Mobilitätsbedarfes in diesem Gebiet zu Gunsten des ÖPNV vorsieht. Das Projekt hat eine Laufzeit bis ins 2. Quartal 2020.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt. Damit sollen mehr potentielle Fahrgäste auf das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ aufmerksam gemacht und über gezielte Maßnahmen (Dialogmarketing) als Neukunden gewonnen werden. Im Jahr 2018 wurden dafür die Gesamtfinanzierung und die Agenturauswahl über ein Ausschreibungsverfahren festgelegt. Im aktuellen Jahr 2019 wird die mehrstufige verbundweite Kampagne erarbeitet und ab Mai verbundweit gestartet.

Neben dem Marketing der Verkehrsprojekte in den Landkreisen und zur Verbunderweiterung (vgl. vorherige Absätze) lagen die weiteren Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** auf folgenden Handlungsfeldern:

- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon zu Verbindungen, Tarifen und neuen Verkehrsangeboten (z.B. Muldental in Fahrt)
- Tarifwechsel 01.08.2018 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen),
- Umsetzung des neuen Verkehrserziehungsangebotes „Busschule“,
- Schulungen der Verbundunternehmen sowie
- Pressearbeit zu strategischen Themen des MDV.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2018

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 07.12.2017 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2018 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2018 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.534** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres und enthielt eine Anhebung um 2,5 %. Mit dem Wirtschaftsplan 2018 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2017 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 379 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.554 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.671 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.117 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 359 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 wurde davon durch die Gesellschafter am 13. Dezember 2018 bereits ein Übertrag von TEUR 331 auf die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 28 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2018/2019 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2018 und 2017 von TEUR 672 wurden 2018 TEUR 359 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2019 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 313 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2019 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 127 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2019 für die Jahre 2019 bis 2021 enthalten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 186 nicht in Anspruch genommen, was insbesondere Strategieprojekte und die Weiterentwicklung easy.GO betraf, die sich verschoben haben.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.416 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.024) um 19 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg der Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 409 auf der Aktivseite, die aus noch nicht verbrauchten Fördermitteln und Mitteln des projektbezogenen Erfolgsanteils resultieren. Dies schlägt sich der Passivseite in einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und der sonstigen Verbindlichkeiten nieder.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 gesichert.

Ausblick auf 2019 und 2020

Im Jahr 2019 wird die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, neue Busnetze und verbundweite Marktbearbeitung sowie Verbunderweiterung fortgeführt.

Im Bereich des Produktsortiments sind Veränderungen in einzelnen kleinen Stadtverkehren (u. a. das Angebot eines lokalen Seniorentickets) geplant.

Außerdem soll es 2019 neue Angebote für Schüler (SchülerFreizeitTicket) und Auszubildenden (AzubiTicket Sachsen) geben, die anteilig durch den Freistaat Sachsen finanziert werden.

Zudem wird der Übergangstarif Riesa – Oschatz eingeführt, der eine verbundübergreifende Nutzung zwischen VVO und MDV mit einem Fahrschein ermöglicht. Diese neuen Tarife sind zur Einführung am 10.08.2019 einheitlich zu vermarkten. Die Aktionen erfolgen in gemeinsamer Umsetzung mit allen sächsischen Verkehrsverbünden.

Im Rahmen der Automatischen Fahrgastzählung soll die 2. Stufe der Sofortneubeschaffung (Stichprobenplanung, Saldenausgleich, Hochrechnung) mit der Vorbereitung und Durchführung einer Ausschreibung in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen beginnen.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement 2019 sind:

- Digitalisierung flexibler Bedienformen: Vorbereitung der Integration der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Bedienformen in easy.GO
- Umwelterorientierte Verkehrssteuerung und Erfassung von Umweltdaten
- Großräumige Verkehrssteuerung auf BAB im Raum Halle-Leipzig/Einsatz dWiSta-Tafeln für umweltsensitive Verkehrssteuerung
- Vorantreiben der Open Data Aktivitäten im ÖPNV
 - Anschaffung einer OpenAPI-Schnittstelle
 - Datenaustausch mit Dritten
- Realisierung Barrierefreiheit im Auskunftssystem und Aufbau der Datenbasis
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben und Vorhaben im Bereich des autonomen Fahrens
- Etablierung einer Mitteldeutschen Austauschplattform für MIV-Themen

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2023 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde von der Gesellschafterversammlung am 13.12.2018 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2019 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.662 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 331, wovon TEUR 276 auf das Jahr 2019 und TEUR 55 auf 2020 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre unter Berücksichtigung geplanter Entnahmen aus der Kapitalrücklage von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Dazu zählt insbesondere die vorerst als Teilintegration des SPNV für Dezember 2019 geplante Verbunderweiterung im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg).

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2017. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen

- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 30. April 2019

Steffen Lehmann

Geschäftsführer

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Emilienstraße 15
04107 Leipzig
Tel.: 0341 / 22 586 0
E-Mail: info@zvnl.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 30.01.1998

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	10 Stimmen
----------------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch

Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40 %	4
Landkreis Leipzig	30 %	3
Landkreis Nordsachsen	30 %	3

Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.600 €	3,5%
---	---------	------

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Anschrift: Emilienstraße 15

04107 Leipzig

E-Mail: info@zvnl.de

Internet: www.zvnl.de

Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2017 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

Organe des Verbandes**Verbandsvorsitzender**

Herr Kai Emanuel Landrat Landkreis Nordsachsen

Verbandsversammlung

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Frau Dr. Sabine Heymann	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Enrico Stange	Landkreis Leipzig

Verwaltungsrat

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig

Geschäftsführung

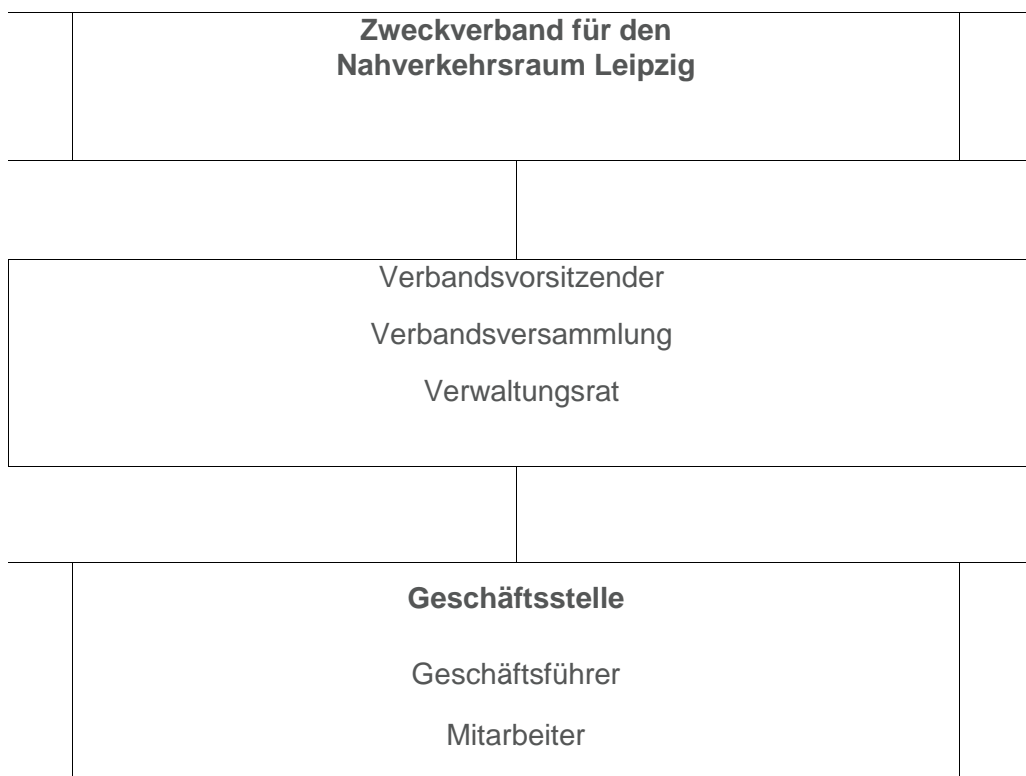
Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
 - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
 - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
 - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.

- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuzahlen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2017

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2017 - T € -	Stand 31.12.2016 - T€ -		Stand 31.12.2017 - T€ -	Stand 31.12.2016 - T€ -
Anlagevermögen	1.591,00	1.606,08	Kapitalposition	17.670,60	15.367,24
Immaterielle Vermögensgegenstände	15,24	35,89	Basiskapital	3.532,93	3.532,93
Sachanlagevermögen	45,89	47,87	Rücklagen	14.137,67	11.834,31
Finanzanlagevermögen	1.529,87	1.522,32	Ergebnis	0,00	0,00
Umlaufvermögen	18.467,30	15.180,28	Sonderposten	61,14	83,76
Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,04	17,28	Rückstellungen	1.434,69	650,99
Privatrechtliche Forderungen	11.941,09	10.171,32	für Entgeltzahlungen	36,23	48,60
Liquide Mittel	6.526,17	4.991,68	für drohende Verpflichtungen	352,62	362,44
Aktiver RAP	5,85	3,92	für vertragliche Verpflichtungen	1.045,84	239,95
			Verbindlichkeiten	897,72	688,29
				0,00	0,00
			Passiver RAP		
Bilanzsumme	20.064,15	16.790,28	Bilanzsumme	20.064,15	16.790,28

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2017 - T€ -	Ergebnis 2016 - T€ -
1		Zuwendungen	140.057,13	135.404,90
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.249,70	5.456,93
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	15,79
5		Finanzerträge	43,84	74,20
6		sonstige ordentliche Erträge	71,94	63,15
7		ordentliche Erträge	146.422,61	141.014,97

8	Personalaufwendungen	643,21	674,09
9	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.467,51	8.451,23
10	planmäßige Abschreibungen	34,79	53,91
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,48	0,00
12	Transferaufwendungen	134.344,01	131.487,64
13	sonstige ordentliche Aufwendungen	629,25	601,45
14	ordentliche Aufwendungen	144.119,25	141.268,32
15	ordentliches Ergebnis	2.303,36	-253,35
16	Sonderergebnis	0,00	0,00
17	Gesamtergebnis	2.303,36	-253,35
18	Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
19	Verbleibendes Gesamtergebnis	2.303,36	-253,35

Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2015 - T€ -	2016 - T€ -	2017 - T€ -
Löhne und Gehälter	486,07	567,77	538,65
Soziale Abgaben	91,55	106,32	98,21
Zuführung zu Rückstellungen	0,00	0,00	6,35
Personalaufwand gesamt	577,62	674,09	643,21

Anzahl der Beschäftigten

	2015 - VbÄ -	2016 - VbÄ -	2017 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	9	10	10
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	64,18	67,41	64,32
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	4,78%	16,70%	-4,58 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	4,78%	5,00%	-4,58 %

Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2017 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Stabilisierung und Weiterentwicklung des SPNV im Nahverkehrsraum Leipzig.

Seit Dezember 2013 fahren die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit seinem Herzstück, dem City-Tunnel Leipzig (CTL). Es wurden umfangreiche Abstimmungen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung und Nachjustierung einzelner Systeme geführt. Die umfangreichen Baumaßnahmen der DB Netz AG im gesamten Verbandsgebiet, mit Auswirkungen auch im Schienenpersonenfernverkehr, zwangen den ZVNL zu Anpassungen der Linienführungen und Zustimmung zu geänderten Fahrplanlagen. Der MDSB I-Vertrag wurde entsprechend den Regelungen aus dem Verkehrsvertrag auf einen Netto-Vertrag umgestellt.

Das MDSB II-Netz mit der Linie S 9 (alt RB 118/75) Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Bf Eilenburg, der Linie RE 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf (tief)–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Aufgrund der umfangreichen und stark verzögerten Bauarbeiten im Bf Halle Hbf erfolgte für 2 Jahre der Betrieb der Linie RB 75/S9 in Kooperation zwischen der DB Regio AG und der Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH. Weiterhin auftretende Qualitätsprobleme im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Bf Halle Hbf, auch mit der temporären Nichtverfügbarkeit der DB-Werkstatt Halle, stellten hohe Anforderungen an die Umlaufplanung und an das Controlling.

Der außergewöhnlich hohe Reparaturstand der Fahrzeuge im MDSB I und II-Netz führte regelmäßig zu nicht vertragskonformen Kapazitätseinschränkungen.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) erfolgte ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bf Halle Hbf kam es weiterhin zu sehr erheblichen Störungen im Zuglauf. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen EVU und SPNV-Aufgabenträgern wurden zusammen mit der DB Netz AG Lösungen zur Stabilisierung des Zuglaufes umgesetzt und vertragliche Regelungen angepasst.

Die Linie RE 6 wurde mit einem neuen Betreiber (Transdev Regio Ost GmbH) zum Fahrplanwechsel 2015 in Betrieb genommen. Hier waren 2017 weiterhin erhebliche Qualitätsminderungen auch auf Seiten der Infrastruktur der DB Netz AG zu beobachten, die entsprechend pönalisiert wurden. Federführend für diesen Vertrag ist der ZVMS in Chemnitz.

Der Teil B und C des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain (RB 113) sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen (RB 110) wurden zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2016 in Betrieb genommen. Insbesondere die Leistungen auf der RB 110 wurden nicht immer qualitätsgerecht erbracht und zwangen den ZVNL zusammen mit dem ebenfalls beteiligten Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) zu erheblichen Anstrengungen und intensivem Controlling zur Stabilisierung des Betriebes. Durch die vergaberechtlich konforme Erweiterung der Fahrzeugflotte um zwei Fahrzeuge konnte die Linie stabilisiert werden.

Anhand der Linie RB 110 wurden die Möglichkeiten beim Einsatz alternativer Antriebsformen (hier Brennstoffzellen mit Wasserstoff als Energieträger) untersucht.

Das PlusBus-Programm sowie die Modellprojekte „Muldentale in Fahrt“ im Landkreis Leipzig in Kooperation mit dem MDV sowie „Nordsachsen bewegt“ des Landkreises Nordsachsen wurden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt.

Der ZVNL engagierte sich auch 2017 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2017 wurden in der 1. Prioritätsstufe 2,5 Mio. € hierfür

bereitgestellt. Weiterhin wurden 3.212.603€ für verbundbedingte Aufwendungen den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Aufgrund hoher Fahrgelderlöse, anfallender Überschüsse wegen Nicht- bzw. Schlechtleistungen aus den Verkehrsverträgen und positiver Abrechnung sehr lang zu verhandelnder Schlussrechnungen konnten im Aktionsprogramm zusätzlich in der Priorität 2 18.402.000 € zur Verfügung gestellt werden. Es konnten außerdem nach Genehmigung durch das LaSuV 704.191 € aus dem Jahr 2016 in das Jahr 2017 für konkrete Maßnahmen übertragen werden.

Die Arbeiten an den Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV in Leipzig wurden fortgeführt. Die vorbereitenden Arbeiten zum Umbau der Mobilitätszentralen in Wurzen, Grimma und Torgau wurden ebenfalls fortgeführt. Eine Vielzahl von investiven Maßnahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe LVB zur Verbesserung des ÖPNV in der Stadt Leipzig wurde durchgeführt. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde abgeschlossen.

Das Programm zur Erneuerung aller Haltestellenschilder im sächsischen Teil des MDV auf ein einheitliches Layout des MDV wurde unter Federführung des ZVNL in die Realisierung überführt und mit der Aufstellung der Schilder abgeschlossen.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden.

Das Anti-Vandalismusprogramm mit dem Antigraffiti-Projekt mit der DB AG wurde fortgesetzt.

Der Entwurf des ZVNL-Nahverkehrsplanes wurde vorgelegt.

Eine Untersuchung zum Fahrgastpotenzial sowie den Kapazitäten der P&R- und B&R-Anlagen im gesamten Verbandsgebiet wurde beauftragt (Potentialanalyse).

Der ZVNL klagt z.Z. vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Die Verfahren sind zwar erstinstanzlich alle zugunsten bzw. im Sinne des ZVNL entschieden worden, aber u.a. wegen einer in einem Parallelverfahren erwarteten Entscheidung des EuGH noch nicht abgeschlossen. Ein weiteres Verfahren gegen die DB Station und Service AG wegen der Rückforderung rechtsgrundloser Leistungen bei den Stationsnutzungsentgelten ist beim Landgericht Berlin anhängig; auch dieses Verfahren wurde so lange ausgesetzt, bis der EuGH entschieden hat.

Ausblick

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung und Erhaltung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen und deren Wirtschaftlichkeit im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch das konsequente Vertragscontrolling und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Bei der Inbetriebnahme und Umsetzung der Verkehrsverträge insbesondere der Netze MDSB I und II, STS und DNWS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig überproportional steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen mit mittelfristig geringeren Zuschüssen und veränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Aufgrund bestehender Brutto-Verträge und der wachsenden Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen wird die Mitwirkung des ZVNL im Rahmen der EAV sowie des TB NE und der Semestertickets zunehmend bedeutungsvoll.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2017 einen Anteil von 3,53 % an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



Beteiligungsbericht

des

ZVNL

2018

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig
E-Mail	post@mdv.de
Homepage	www.mdv.de
Gründungsjahr	1998
Unternehmens- gegenstand/ Unternehmenszweck	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.
Rechtsform	GmbH
Stammkapital	73,5 T€
Geschäftsführung	Steffen Lehmann
Gesellschafter	Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale) 1,16% Burgenlandkreis 3,54% DB Regio AG, Frankfurt am Main 5,44% Erfurter Bahn GmbH, Erfurt 0,41% GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibus- verkehr Leupold OHG, Krostitz; Geißler-Reisen GbR, Eilenburg 1,50% Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben 2,99%

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Gesellschafter	GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,50%
	Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%
	Landkreis Altenburger Land	1,02%
	Landkreis Leipzig	3,54%
	Landkreis Nordsachsen	3,54%
	Landkreis Saalekreis	3,54%
	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	17,55%
	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%
	Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,50%
	Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,50%
	Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	2,99%
	Stadt Halle (Saale)	12,45%
	Stadt Leipzig	15,92%
	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%
	Transdev GmbH, Berlin	0,41%
	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig	3,54%

Beteiligungen	Keine
----------------------	-------

Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Finanz- und Rechtsausschuss Personalausschuss Verkehrsausschuss
----------------	--

Mitglieder Aufsichtsrat	Frau Dorothee Dubrau - Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig Herr Vinzenz Schwarz - 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG Herr Ronny Thieme - 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land Herr Thomas Böhm , Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises Herr Stephan Bog , Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Herr Frank-Peter Bretzger , Leiter Produktmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost (ab 01.12.2017) Herr Lutz Däumler , Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH Frau Ute Elisabeth Gabelmann , selbständige Kommunikationstrainerin, Stadträtin Leipzig (ab 18.10.2017) Herr Thomas Grewing , Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH (bis 31.03.2018) Herr Dr. Jan T. Halama , kaufmännischer Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesell-
------------------------------------	--

schaft Thüringen mbH (ab 02.05.2018)

Herr Hartmut Handschak, Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis

Herr Joachim Hoffmann, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)

Herr Ronald Juhrs, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Andreas Kultscher, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig

Herr Ansbert Maciejewski, Fraktionsgeschäftsführer Stadtrat Leipzig

Herr Klaus Rüdiger Malter, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

Herr Dr. Norbert Menke, Geschäftsführer Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der LVB GmbH) (bis 30.04.2018)

Herr Ulf Middelberg, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

Herr Oliver Mietzsch, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Frau Carmen Maria Parrino, Geschäftsführerin für Finanzen der Abellio rail Mitteldeutschland GmbH (bis 31.12.2017)

Herr Ulrich Peinhardt, Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale)

Herr Konrad Riedel, Rentner, Stadtrat Leipzig (bis 18.10.2017)

Frau Franziska Riekewald, Betriebswirtin (VWA), Stadträtin Leipzig

Herr Lothar Riese, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft

Merseburg-Querfurt mbH

Frau Gundula Schäfer, Leiterin Vertrieb, Verbund und Erlöse, DB Regio AG, Region Südost (bis 30.11.2017)

Herr Karsten Schütze, Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg, Kreisrat Landkreis Leipzig

Herr Uwe Stäglin, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Halle (Saale)

Frau Angelika Stoye, Ordnungsdezernentin, Landratsamt Nordsachsen

Herr Heiko Tröger, Prokurist, Leiter Marketing, Vertrieb und Kundendienst Transdev Regio Ost GmbH (ab 01.01.2018)

Herr Andreas Völker, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG

Herr Dr. Wolfgang Weinhold, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland

Beratende Mitglieder

Klaus Kummer, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Edward Jendretzki, Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Bernd Sablotny, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig

Kurzzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51%

halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2017 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 87.431 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 125.619 € (netto 105.562,68 €) an den MDV ausgezahlt.

Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Außerdem erfolgte u.a. eine anteilige Förderung der Projekte:

- Muldental in Fahrt
- Verbunderweiterung.

Auszug aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Auch 2017 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbund-einnahmen** 2017 mit EUR 9,6 Mio. (rd. 4,5 %) über dem um einen Sondereffekt bereinigten Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket mit einer weiteren Steigerung der Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2017 gegenüber Vorjahr um 4.300. Mit rd. 19.050 neuen Nutzern gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – ist dies ein Zuwachs von 21,8 %.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2017 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden. Darüber hinaus wurde Ende 2017 eine Tarif-Marktforschung begonnen mit dem Ziel, das ABO-Sortiment für Vielfahrer zu überprüfen und mögliche Ansätze zur weiteren Attraktivierung abzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der **Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen** wurde im Jahr 2017 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbünden an einer Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen gearbeitet, die im Jahr 2018 zur Anwendung kommen werden. Gleichzeitig wurden im Rahmen der sächsischen Initiative verschiedene Möglichkeiten für die Einführung eines Bildungstickets gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbünden und den MDV-Gesellschaftern analysiert und bewertet. Außerdem wurden 2017 zusammen mit den anderen Verkehrsverbünden intensive Zuarbeiten für ein sachsenweites ÖPNV-Netz geleistet.

In den Jahren 2016 und 2017 hat die Verbundgesellschaft in Zusammenarbeit mit den SPNV-Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt und Sachsen eine Gesamtkonzeption für eine **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) erarbeitet. Damit soll das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnsystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs verknüpft und noch attraktiver gemacht werden. Die Konzeption umfasst eine detaillierte und qualifizierte Kostenschätzung für die Umstellung sämtlicher Vertriebsgeräte und –systeme der Verkehrsunternehmen und weitere Vorbereitungsaufwendungen sowie eine Berechnung der erwarteten Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten Verbunderweiterung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt.

Weitere Verzögerungen gab es im Jahr 2017 im Teilprojekt **Beschaffung neuer Bordrechner** für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Anfang 2016 hatten sich die betreffenden Verkehrsunternehmen entschlossen, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Bis zum Sommer 2017 erfolgte der Rollout der Geräte auf die Fahrzeuge. Seit dem laufen Probebetrieb, Fehlerbeseitigung und die Implementierung neuer Funktionalitäten. Aufgrund permanenter Lieferverzögerungen auf Seiten des Auftragnehmers ist von einem Projektabschluss im Jahr 2018 auszugehen.

Die Einbindung der nordsächsischen Verkehrsunternehmen in das **Regio-RBL des MDV** inklusive funktionaler Erweiterungen konnte in 2017 mit einer Abnahme weitestgehend abgeschlossen werden. Restarbeiten, insbesondere mit Bezug auf die Kommunikation mit den o.g. Bordrechnern werden voraussichtlich im 2. Quartal 2018 abgeschlossen werden.

Das System **Regionales eTicketing-System (ReTSy)** konnte Ende 2017 erfolgreich abgenommen werden; wenige Restleistungen werden Anfang 2018 erbracht. Alle Kunden- und Vertragsdaten der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Teilbereich Sachsen und Thüringen wurden im neuen ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy aufgenommen. Die Schüler erhielten neue Chipkarten statt der bisherigen Papiertickets. Für Abonnenten der regionalen Verkehrsunternehmen in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Altenburger Land wurden die bisherigen Wertmarken durch moderne Chipkarten ersetzt. Diese Chipkarten können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit bei allen Verkehrsunternehmen im MDV kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden bequem beim Einstieg im Bus oder an Automaten durchgeführt werden.

Der Ticketumsatz in **easy.Go** (handybasierendes Auskunft- und Ticketingsystem) stieg 2017 spürbar auf 2,4 Mio. Euro bzw. um 26 %. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die knapp 40 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2017 (7 Mio. mehr Auskünfte als in 2016) betrachtet.

Im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich die Arbeiten am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf den Baustein Barrierefreiheit. Dazu waren Abstimmungen zur Lieferung angepasster Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, zu Haltestellenerhebungen und zur Datenaufbereitung im INSA-System notwendig.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung einer mandantenfähigen Dispositionssoftware für (voll)flexible Bedienformen und führte dazu in Abstimmung mit den Landkreisen Gespräche mit Anbietern entsprechender Softwarelösungen. Durch die Vernetzung der Lösung mit INSA und easy.GO soll gewährleistet werden, dass der Fahrgast über seine App sowohl die Auskunft als auch Buchung und Bezahlung seiner kompletten Reisekette vornehmen kann.

Im August 2017 konnte das 2013 begonnene **Projekt „Muldentale in Fahrt“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) mit einem vertakteten System aus PlusBussen und Taktbussen, ergänzt durch weitere Linien sowie einer höheren Anzahl von Haltestellen vollständig umgesetzt werden. Der zweite Projektbaustein, die Stadtverkehre in den vier oben genannten Städten soll bis 2019 vollständig umgesetzt werden. Ein Kreistagsbeschluss

für die Weiterentwicklung der oben genannten innerstädtischen Verkehrsleistungen soll in 2018 herbeigeführt werden.

Im Südraum von Leipzig wurde mit „**Neuseenland in Fahrt**“ die erste Stufe des neuen ÖPNV-Konzepts im März 2018 umgesetzt und vermarktet. Ein Netz von drei touristisch ausgerichteten, vertakteten ÖPNV-Linien verbindet den Cospudener, Markkleeberger, Zwenkauer, Störmthaler und Hainer See; in Böhlen und Markkleeberg besteht Anschluss an die S-Bahn.

Im Burgenlandkreis wurden 2017 die Konzeptplanungen für ein neues, systematisch vertaktetes Nahverkehrssystem abgeschlossen. Die Projektpartner Burgenlandkreis, PVG, NASA und MDV bereiten derzeit die Umsetzung unter dem Namen „**Clever unterwegs im Burgenlandkreis**“ vor.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2017 der Nahverkehrsplan für den Saalekreis fertig gestellt und vom Kreistag beschlossen. Die Arbeiten an den Nahverkehrsplänen für Nordsachsen und den Burgenlandkreis sollen 2018 abgeschlossen werden. Ab Ende 2018 wird der Schwerpunkt der Bearbeitung beim Landkreis Leipzig liegen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt „**Schmölln macht mobil**“ wurden in 2017 die Planungen für das Grobkonzept fertig gestellt.

Durch die letzte Novellierung des PBefG wurden strengere Anforderungen an die **Barrierefreiheit** des straßengebundenen ÖPNV gestellt. Für ein einheitliches Herangehen hat der MDV mit seinen Gesellschaftern in den Jahren 2016 und 2017 einen Leitfaden entwickelt.

In den Jahren 2016 und 2017 haben sich die Unternehmen und Aufgabenträger im MDV, die die Marke „**PlusBus**“ verwenden, zu Bandbreiten für die Einhaltung der Qualitätskriterien und einem Bewertungsraster verständigt. Neben dem MDV nutzen inzwischen auch mehrere Unternehmen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, die Harzer Verkehrsbetriebe, der VMT und der VVO die MDV-Marke „PlusBus“. Zusätzlich dazu haben MDV und die NASA GmbH die Marke „TaktBus“ entwickelt, die als Qualitätsmarke auf Linien eingeführt werden kann, die zwar vertaktet sind, aber nicht den strikten 1h-Takt wie bei „PlusBus“ erfüllen.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2017 u.a. Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan geleistet und Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Böhlen, Grimma und Pegau erstellt.

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt, um das Thema bei den Unternehmen in der Region zu verankern und gleichzeitig Strukturen zur dauerhaften Implementierung aufzubauen.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt, welches Ende 2018 in die stufenweise Umsetzungsphase gehen soll. Außerdem wurde ein neues Lehrmodul „**Verkehrserziehung von Vorschulkindern**“ nebst Lehrmaterialien entwickelt. Auf dieser Basis werden 2018 gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen verbundweite „Busschulen“ durchgeführt.

In Fortführung mehrerer Projekte, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen, soll 2018 nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden.

(Quelle: Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht der Mitteldeutschen Verbundgesellschaft mit beschränkter Haftung (MDV) Halle (Saale))

Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2017 Plan		2017 Ist		2016 Ist		2015 Ist	
Anlagevermögen	856,4	59%	807,6	40%	863,2	40%	771,4	40 %
Immaterielles Vermögen	751,6		706,7		762,6		675,0	
Sachanlagen	104,8		100,9		100,6		96,4	
Umlaufvermögen	593,0	40%	1.203,5	59%	1.295,1	59%	1.160,1	59 %
Forderungen und sonst. Vermögen	170,0		132,0		350,8		283,5	
Wertpapiere/Liquide Mittel	423,0		1.071,5		944,3		876,6	
Aktiver RAP	10,0	1%	13,0	1%	12,0	1%	19,3	1 %
Bilanzsumme	1.459,4	100%	2.024,1	100%	2.170,3	100%	1.950,8	100 %

Passiva								
	2017 Plan		2017 Ist		2016 Ist		2015 Ist	
Eigenkapital	544,8	37%	461,3	23%	461,3	21%	461,3	24 %
Gezeichnetes Kapital	73,5		73,5		73,5		73,5	
Rücklagen	387,8		387,8		387,8		387,8	
Gewinn- /Verlustvortrag	80,1		0,0		0,0		0,0	
Bilanzgewinn/-verlust	3,4		0,0		0,0		0,0	
Sonderposten	569,6	39%	604,1	30%	647,7	30%	573,4	29 %
Rückstellungen	120,0	8%	126,5	6%	130,2	6%	160,1	8 %
Verbindlichkeiten	225,0	16%	713,3	35%	800,8	37%	627,3	32 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	225,0		713,3		800,8		627,3	
Passiver RAP	0,0	0%	118,8	6%	130,3	6%	128,7	7 %
Bilanzsumme	1.459,4	100%	2.024,1	100%	2.170,3	100%	1.950,8	100%

2. G & V – Daten (in T€)

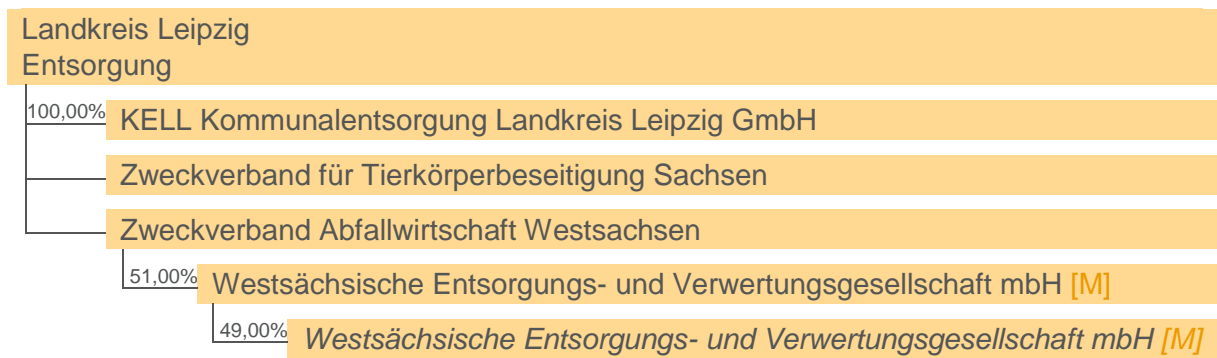
	2017 Plan	2017 Ist	2016 Ist	2015 Ist
Umsatz	1.108,3	914,7	780,9	593,6
Zuschüsse der Gesellschafter	2.627,9	2.511,4	2.370,0	2.162,7
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	44,0	43,6
Sonstige betr. Erträge	705,0	797,9	522,8	469,2
Gesamtleistung	4.441,2	4.224,0	3.717,7	3.269,1
Materialaufwand	-1.745,8	-1.568,2	-1.311,0	-1.211,4
Personalaufwand	-2.122,6	-2.085,7	-1.860,9	-1.658,3
Abschreibungen	-175,1	-182,2	-155,9	-77,1
Sonstige betr. Aufwendungen	-394,0	-386,4	-388,5	-355,3
Zwischenergebnis	3,7	1,5	1,4	-33,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	2,0	0,0	0,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-3,2	-0,9	-1,9
Betriebsergebnis	3,7	0,3	0,5	-34,7
Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	35,0
Sonstige Steuern	-0,3	-0,3	-0,5	-0,3
Jahresüberschuss	3,4	0	0	0
Entnahme aus Kapitalrücklage	0	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	3,4	0	0	0

3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2017 Plan	2017 Ist	2016 Ist	2015 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	51,50%	34,91%	39,8 %	39,5 %
Investitionsdeckung	71,39%	143,73%	62,9 %	22,8 %
Fremdfinanzierung	43,15%	56,41%	57,8 %	55,1 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	37,3%	22,8%	21,3 %	23,6 %
Liquidität				
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	keine
Liquiditätsgrad I	188,00%	150,21%	117,9 %	139,7 %
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	31	25	24	19
Personalaufwandsquote	191,52%	228,02%	238,3 %	279,4 %
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	36	36	33	32

Entsorgung

Beteiligungsstruktur



Nicht in Auflistung enthaltene Unternehmen

Beteiligungsstruktur (graphisch)



KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna OT Störmthal
Tel.: 034299 / 87440
E-Mail: info@kell-gmbh.de
Webseite: <http://www.kell-gmbh.de>

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 21.10.2009

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Datum der aktuellen Satzung: 12.02.2016

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	331.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Jens Adam

Herr Jens Meissner

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Landkreis Leipzig	331.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018	Plan 12/2018
Gewinnabführung	-	-	-	-
Sonstiges (Avalprovision)	10.482,4 €	8.854,6 €	7.758,4 €	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-	-
Bürgschaften	2.951.550,0 €	2.586.150,0 €	2.220.750,0 €	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

- Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2018 war im Vergleich zum Vorjahr sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für die Branche der Entsorgungswirtschaft insgesamt angespannter. Chinesische Importbeschränkungen für Abfälle zur Verwertung haben insbesondere bei Altpapier und Kunststoffabfällen zu einem drastischen Preisverfall geführt. Hinzu kommt eine Abkühlung der Weltwirtschaft ausgelöst durch Einschränkungen des Freihandels durch Vertreter großer Volkswirtschaften.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft betragen im Berichtsjahr 9,9 Mio. EUR und liegen damit annähernd auf Vorjahresniveau. Einem Anstieg der Umsatzerlöse durch die vollständige Übernahme der Geschäftsbesorgung für den Landkreis Leipzig steht ein deutlicher Rückgang der Erlöse für die Papiervermarktung gegenüber. Da die Papiererlöse für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten darstellen, ergibt sich für das Unternehmen insgesamt ein leichter Auftragsanstieg im Vergleich zum Vorjahr.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 307 Tsd. EUR und liegt damit erneut über den Erwartungen der Geschäftsführung. Die Abweichung zum Vorjahr ergibt sich durch gestiegene Personalkosten sowie abweichende sonstige betriebliche Erträge.

4. produktiver Geschäftsbetrieb

Dem Umsatzrückgang bei den Vermarktungserlösen für Papier steht eine gleichhohe Reduzierung der Aufwendungen für den Papiereinkauf gegenüber. Somit ergeben sich aus diesem Sachverhalt keine Auswirkungen auf den Nettoertrag. Der leichte Auftragsanstieg im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich im Anstieg des Nettoertrages um 3 %.

Diesem Auftragsanstieg sowie der zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigung geschuldet, erhöhten sich die Personalkosten um 8 %. Trotz zeitlich verzögerter Neubesetzung freier Stellen sowie teilweise hoher Krankenstände konnte die Entsorgung im Landkreis Leipzig jederzeit gesichert werden.

Die Aufwendungen für Kraftstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich gestiegen. Der Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen lag annähernd auf Vorjahresniveau.

Der im September gestartete Modellversuch der Erfassung von Bioabfällen führte noch nicht zu einem Anstieg des Auftragsvolumens. Dies wird wohl erst mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne in 2020 erfolgen.

Die erhöhten Personalkosten sowie die gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträge konnten durch den höheren Nettoertrag nicht ausgeglichen werden und beeinflussten das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit entsprechend.

5. Beschaffung und Investitionen

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 650 Tsd. EUR getätigt. Weiterhin erfolgten Ertüchtigungen an den Wertstoffhöfen im Umfang von 24 Tsd. EUR. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Bau- sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen des Gesellschafters genehmigt.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2018 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 500 Tsd. EUR finanziert.

Dass anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt begünstigte die Kreditaufnahme und führte zusammen mit der weiteren planmäßigen Tilgung der bestehenden Kredite zur weiteren positiven Entwicklung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

7. Personal- und Sozialbereich

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben erfordert einen konstanten Mitarbeiterbestand. Wesentliche Veränderungen des Personalbestandes wird es deshalb nur bei Veränderungen des Leistungsumfanges für den Landkreis geben.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter befindet sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuationsrate ist extrem niedrig. Die damit verbundene Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen und in der Tourenentsorgung als auch in unserer Tätigkeit als Verwaltungshelfer des Landkreises aufrecht zu erhalten.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>31.12.2018</u>	<u>31.12.2017</u>
Angestellte	31	25
Arbeiter	65	70
Aushilfskräfte	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>96</u>	<u>95</u>

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat im Berichtsjahr die Umstellung der Veranlagungsart sowie die Einführung der Biotonne ab 2020 beschlossen. Beide Beschlüsse werden in den nächsten beiden Jahren Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft haben.

- Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Im Berichtszeitraum erfüllte die Gesellschaft im Wesentlichen die bestehenden Verträge mit dem Landkreis Leipzig. Vor diesem Hintergrund waren Erweiterungsinvestitionen nicht notwendig.

Die durchgeführten Ersatzinvestitionen lagen unterhalb der Abschreibungen. Dadurch reduzierte sich das Anlagevermögen. Die im Geschäftsjahr zur Investitionsfinanzierung erfolgte Fremdkapitalaufnahme erhöhte den Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt hat sich die Bilanzsumme kaum verändert.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft deutlich reduziert. Er beträgt nur noch 1,4 (VJ: 1,6). Die Eigenkapitalquote stieg bei nahezu unveränderter Bilanzsumme auf 41 % (VJ: 39 %).

Die Geschäftsführung erwartet unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

2. Finanzlage

Aufgrund des guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr erneut einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.296 Tsd. EUR erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2018 bei 738 Tsd. EUR und wurde durch die Kreditaufnahme in Höhe von 500 Tsd. EUR gegenfinanziert.

Insgesamt ist der Zahlungsmittelbestand durch den höheren betrieblichen cash flow im Geschäftsjahr 2018 angewachsen. Die hohen Barmittelbestände sollen zur Eigenfinanzierung von Behältern bei der vom Landkreis vorgesehenen Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen Biotonne im Vertragsgebiet eingesetzt werden. Der hohe Finanzmittelbestand gibt der Gesellschaft dafür, aber auch für weitere Finanzierungsvorhaben ausreichend Stabilität und Flexibilität.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 307 Tsd. EUR erneut unsere Erwartungen. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 3,1 %.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Kostensteigerungen im Personalbereich sowie geringere sonstige betriebliche Erträge nur teilweise durch den im Nettorohrertrag ersichtlichen Auftragsanstieg kompensiert werden konnten. Dadurch konnte das Betriebsergebnis des Vorjahres nicht erreicht werden.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Ertragserwartungen auszugehen. Ertragszuwächse sind insbesondere in 2020 und 2021 durch die Einführung der Biotonne zu erwarten.

- Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig wurden verschlankt und zum 01.01.2017 in einen langfristigen Dienstleistungsvertrag überführt. Dieser bildet nun gemeinsam mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat im Berichtsjahr für das Jahr 2019 die Umstellung von der haushalt- auf die grundstücksbezogene Veranlagung der Gebührenschuldner beschlossen. Die Gesellschaft erwartet durch diese Umstellung erhebliche Bewegungen im ausgestellten Bestand an Restabfallbehältern. Dies betrifft sowohl die Anzahl der bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u.U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Neben der Umstellung des Veranlagungssystems hat der Kreistag im Berichtsjahr die Einführung der Biotonne ab dem Jahr 2020 beschlossen. Auch dafür sind umfangreiche Investitionen in Behälter und Fahrzeugtechnik notwendig. Die neue Sammlung wird das Auftragsvolumen der Gesellschaft erhöhen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens zu erwarten.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

- **Sonstige Angaben**

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2018 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für ein variables Investitionsdarlehen ein Zinssicherungsgeschäft (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

3. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2018 nicht betrieben.

4. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 29.03.2019

Adam

Geschäftsführer

Meissner

Geschäftsführer

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz
Tel.: 035 249 / 7350
E-Mail: info@tba-sachsen.de
Webseite: <http://www.tba-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 21.02.1991

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	13 Stimmen
----------------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Sylvia Schäfer

Verbandsvorsitzender

Herr Michael Geisler

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Bautzen	7,69 %	1
Landkreis Erzgebirgskreis	7,69 %	1
Landkreis Görlitz	7,69 %	1
Landkreis Leipzig	7,69 %	1
Landkreis Meißen	7,69 %	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69 %	1
Landkreis Nordsachsen	7,69 %	1

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69 %	1
Landkreis Vogtlandkreis	7,69 %	1
Landkreis Zwickau	7,69 %	1
Stadt Chemnitz	7,69 %	1
Stadt Dresden	7,69 %	1
Stadt Leipzig	7,69 %	1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	90.321,0 €	89.364,3 €	95.492,3 €
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

Adresse

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz/OT Lenz

E-Mail

info@tba-sachsen.de

Homepage

www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr

1991

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Organe

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat
Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitz

Michael Geisler

Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

Abschlussprüfer

ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Beteiligungen

Keine

Mitglieder/Stimmenanteile

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13
Landkreis Bautzen	1 von 13
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13
Landkreis Görlitz	1 von 13
Landkreis Leipzig	1 von 13
Landkreis Meißen	1 von 13
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13
Landkreis Nordsachsen	1 von 13
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13
Landkreis Zwickau	1 von 13
Stadt Chemnitz	1 von 13
Stadt Leipzig	1 von 13

Vertreter in der Verbandsversammlung

- I. Michael Geisler (Verbandsvorsitzender)
- II. Arndt Steinbach (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- III. Kai Emanuel
- IV. Henry Graichen
- V. Michael Harig
- VI. Dirk Hilbert
- VII. Jörg Höllmüller
- VIII. Rolf Keil
- IX. Dr. Gabriela Leupold
- X. Barbara Ludwig
- XI. Dr. Christoph Scheurer
- XII. Dr. Ralph Schönfelder
- XIII. Frank Vogel

Aufgaben

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

Grundlagen des Zweckverbands

- **Geschäftsmodell und Rechtsgrundlagen**

- **Verbandssatzung**

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörper-beseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen zuständige Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungs-satzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630) und am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) geändert.

- **Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht**

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung unmittelbar Anwendung.

- **Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht**

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. August 2016 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungs-gesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), das zuletzt durch Artikel 42 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) geändert worden ist, enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen.

Die Änderung des Ausführungsgesetzes zur Anpassung an das Bundesrecht befindet sich im Beschlussverfahren. Mit der Verabschiedung wird im Laufe dieses Jahres gerechnet. Wesentliche inhaltliche Änderung im Gesetzesentwurf ist die Festschreibung der Finanzierungsanteile für die Beseitigung von Wild im Seuchenfall (zwei Drittel Freistaat Sachsen / ein Drittel Verbandsmitglieder).

○ **Mitgliederbestand**

Alle zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaats Sachsen sind Mitglied im ZV, welcher 2018 unverändert folgende Mitglieder hatte:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Landkreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

○ **Organe des Zweckverbands**

▪ **Organe**

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat
Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

▪ **Verbandsversammlung**

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur die Landkreise Görlitz und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig Gebrauch gemacht.

▪ **Verwaltungsrat**

Der Verwaltungsrat wurde am 23. September 2015 mit folgender Besetzung gewählt.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015 kraft Verbandsatzung (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015 kraft Verbandsatzung (§ 9 Abs. 1)

3	Jörg Höllmüller	Zweiter Beigeordneter	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungsratsmitglied	(23.09.2015); Wahl zum Vertreter des Lkr. am 09.12.2015
4	Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015
5	Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015

▪ **Verbandsvorsitzender**

Die Wahlen des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amts-bezeichnung	Verbands-mitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbands-vorsitzender	23.09.2015
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbands-vorsitzenden	23.09.2015

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

○ **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in ihrer 22. Sitzung am 26. September 2018 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

• **Forschung und Entwicklung**

Die Technik des ZV wird durch eigene Fachkräfte und Fremdfirmen in einem guten, den geltenden Vorschriften entsprechenden Betriebszustand gehalten. Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2011 (Energiemanagement).

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurde ein Verbesserungsvorschlag

zur Speicherung und Nutzung von warmem Kesselabwasser für Reinigungszwecke erreicht und realisiert.

Wirtschaftsbericht

- **Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft.

Die Umsetzung in Bundes- und Landesrecht erfolgt durch die unter Pkt. 1.3 genannten Gesetze.

- **Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs**

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2018 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet. Stärker als geplant wirkten sich jedoch gesunkene Verkaufspreise für unsere Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute aus.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.186 t Tiermehl und 3.117 t Tierfett an. Tierfett wurde im Jahr 2018 nicht selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts der Preise bei den Energieträgern Erdgas und Heizöl die wirtschaftlichere Variante.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten vier Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

- **Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)**

- a. Allgemeines**

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 28. September 2017 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 30. November 2017 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 28. Dezember 2017 (S. A 977).

- b. Entwicklung der Kredite**

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen.

c. Steuerpflicht des Zweckverbands

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	Hoheitlich	Gewerblich	Hoheitlich	Gewerblich
	%	%	%	%
2014	56	44	39	61
2015	55	45	40	60
2016	57	43	40	60
2017	56	44	40	60
2018	57	43	41	59

d. Streitige Verfahren

Gegen Gebührenbescheide der Jahre 2014 bis 2017 wurde durch einen Gebührenschuldner im Jahr 2018 Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben. Auch gegen die Gebührenbescheide für erbrachte Leistungen im Jahr 2018 wurde regelmäßig Widerspruch eingelegt, so dass keine Bestandskräftigkeit der Forderungen eingetreten ist. Rückstellungen in ausreichender Höhe wurden gebildet.

Bis zum 24. April 2019 sind keine weiteren Streitigkeiten gerichtsanhängig.

e. Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg leicht auf 32.644 t, nachdem auch im Vorjahr eine leichte Steigerung zu verzeichnen war. Die Steigerung rührt aus einer Zunahme von Tierkörpern aus der Landwirtschaft. Bei Tierkörperanteilen aus Schlachtbetrieben und Brütereien kam es hingegen wie in den Vorjahren zu Mengenrückgängen. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

f. Investitionen und Instandhaltungen

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr jedoch deutlich unterschritten (Plan: 500 T€; Ist: 263 T€).

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz wurde geringfügig unterschritten (Plan: 330 T€; Ist: 306 T€).

Zwei LKW wurden beschafft und ersetzen verschlissene Altfahrzeuge, wobei ein LKW gebraucht gekauft wurde.

Für die Durchführung von Transporten zu den Landesuntersuchungsanstalten wurde ein neuer LKW bestellt und bezahlt. Die Finanzierung erfolgte durch Mittel des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (SMS).

Im Hinblick auf den möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) wurden resultierend aus Abstimmungen mit dem SMS und den Veterinärbehörden der Verbandsmitglieder ein Anhänger und eine Containerpritsche zum Transport von 1.100-Liter-Müllgroßbehältern beschafft. Der vorhandene, seit 2006 genutzte Radlader war im Berichtsjahr defekt. Die notwendige Reparatur erwies sich als unwirtschaftlich, weshalb eine in Folgejahren geplante Neubeschaffung vorgezogen wurde. Die Finanzierung der genannten Anlagegüter erfolgte aus dem Ansatz für Unvorhergesehenes.

Planmäßig wurden zwei Container und mobile Datenerfassungsgeräte gekauft.

Im Bereich der Verwaltung erfolgte die Aktualisierung der Software im Bereich Finanzen sowie die Erneuerung der Telefonanlage und Maßnahmen zur Sicherstellung des Datenschutzes.

Wie auch in den Vorjahren wurden eine Reihe von Werkzeugen, Betriebsausstattungen, Büroeinrichtungen und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) beschafft.

g. Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangsstand	Zuführungen	Auflösung	Endstand
		01.01.2018			31.12.2018
		€	€	€	€
1	zweckgebundene Rücklagen	4.462.602	0	0	4.462.602
	Summe Eigenkapital	4.462.602	0	0	4.462.602

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2018				31.12.2018
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellungen	321.906	148.635	425	186.401	359.247

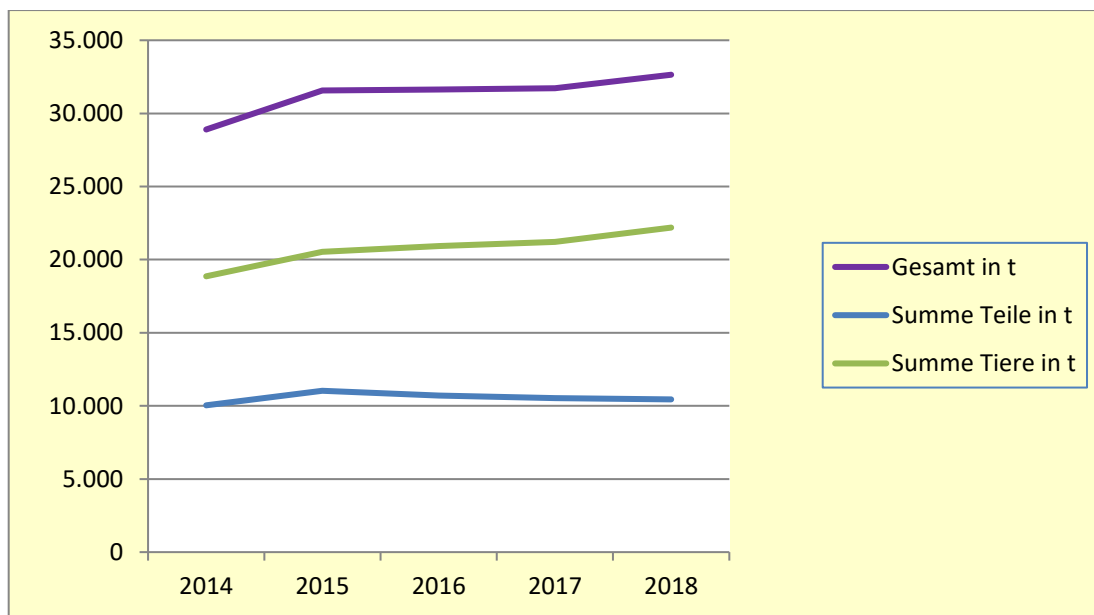
Rückstellungen wurden gebildet für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden, Widersprüche gegen Gebührenbescheide sowie für Prozesskosten.

h. Mengenstatistik

Für 2014 – 2018 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Summe Tiere in t	18.860	20.529	20.923	21.205	22.191
Summe Teile in t	10.038	11.033	10.715	10.521	10.453
Gesamt in t	28.898	31.562	31.638	31.726	32.644

Gegenüber dem Jahr 2017 kam es 2018 insgesamt zu einer geringfügigen Steigerung der Rohwaremenge, wobei die Menge an Tierkörperteilen wie schon in den Vorjahren sank.



i. Ertragslage

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2018.

• Finanzielle Leistungsindikatoren

a. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Gegenstand	2018	2017	2016	2015	2014
	€	€	€	€	€
Gebühren	1.528.842	1.565.149	1.431.854	1.451.721	1.248.040
Gebühren für Tiere	975.680	920.130	949.979	951.863	759.810
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	116.860	-174.461	-43.207	6.619	477.878
Häute	213.840	242.298	334.491	442.027	516.586

Fett	1.085.234	1.441.739	1.141.046	733.791	849.634
Tierkörpermehl	133.059	162.921	115.155	194.390	155.222
Erlöse Kategorie 3-Material	111.960	92.174	95.420	87.193	76.976
Sonstiges	118.382	134.722	108.439	82.023	107.585
Summe	4.283.857	4.384.671	4.133.177	3.949.627	4.191.730

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle sind auf Grund geringerer Mengen gesunken.

Die Gebührenerlöse für Tiere sind auf Grund gestiegener Mengen gestiegen.

Wegen anhängiger Klagen und Widersprüchen eines Großkunden gegen Gebührenbescheide wurden Rückstellungen gebildet.

Aus der Nachkalkulation ergibt sich eine Gebührenunterdeckung in Höhe von ca. 117 T€ (davon ca. 34 T€ Unterdeckung für Tierkörper (Kostenmasse 1) und ca. 83 T€ Unterdeckung für Tierkörperteile (Kostenmasse 2)), die dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten durch Auflösung entnommen wird.

Die Erlöse für Tierfett sind erheblich gesunken. Grund war ein Preisverfall am nur durch sehr wenige Nachfrager gekennzeichneten Markt für Tierfett und die starke Preiskorrelation zum Palmöl.

Die Erlöse für Tiermehl sind ebenfalls erheblich gesunken. Hier gehen wir davon aus, dass auch zukünftig keine Besserung in Sicht ist. Mit dem allmählichen Ausstieg aus der Energiegewinnung aus Kohle wird auch das Produkt Tiermehl weniger nachgefragt. Da auch der Transportaufwand, u. a. durch die Erhöhung der LKW-Maut, weiter stark gestiegen ist, ist auch ein gestiegener Fehlbetrag festzustellen.

Auch die Häuteerlöse waren im Jahr 2018 stark rückläufig. Damit setzte sich der Trend der Vorjahre fort. Im Jahr 2019 ist die Nachfrage nach Rinderhäuten sogar vollständig eingebrochen. Ab Februar 2019 werden nur noch Kälberhäute gewonnen und verkauft.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 sind 2018 leicht gestiegen. Für den ZV ist die Sammlung dieses Materials aber nur eine Nebenleistung, die mit dazu beiträgt, dass den Kunden eine Komplettlösung angeboten wird.

Unter Sonstiges werden vor allem Sondertransporte für die Tierseuchenkasse abgerechnet.

b. Ungedeckter Aufwand

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Die von den Verbandsmitgliedern zunächst erhobenen Umlagebeträge stellen Abschlagszahlungen auf die endgültige Umlageschuld dar. Der ungedeckte Aufwand ist über die Verbandsumlage zu finanzieren. Die Umlagebemessung richtet sich nach § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung.

Im Jahr 2018 ergibt sich gegenüber den Verbandsmitgliedern im Saldo eine Nachforderung.

Nr.	Gegenstand	2018	2017	2016	2015	2014
1	Umlage Verbandsmitglieder	1.328.047	1.219.932	1.246.927	1.245.673	1.018.019
2	Aufwandsersatz Tierseuchenkasse	1.771.178	1.437.577	1.362.117	1.327.620	1.383.806
3	Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	3.099.225	2.657.510	2.609.044	2.573.293	2.401.825

c. Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2014	1.760.544	352.058	9	43	52
2015	1.827.276	356.921	9	44	53
2016	1.846.653	364.532	9	46	55
2017	1.926.664	388.246	9	45	54
2018	2.004.520	402.553	9	49	58

Im Jahr 2018 wurden in Anlehnung an die Tarife des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von durchschnittlich 3,19 % zum 1.3.2018 vorgenommen. Der Planansatz (2.481 T€) für den Personalaufwand wurde unterschritten.

Im Jahresverlauf schieden sechs Mitarbeiter aus. Zehn Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Im Fuhrpark wurde ein Leiharbeiter mit etwa 2 Mannmonaten zur Überbrückung eingesetzt. Der Stellenplan wurde nicht überschritten.

Seit September 2017 absolviert ein Lehrling im Betrieb eine Ausbildung zum Metallbauer.

• Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden. Ertragsseitig sind gegenüber den Planungen jedoch nicht unerhebliche Rückgänge zu verzeichnen. Die Verkaufspreise der erzeugten Produkte waren zum Teil stark rückläufig.

Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Zweigniederlassungsbericht

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Prognosebericht

1. Betriebswirtschaftliche Maßnahmen

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2018 setzt sich auch im 1. Quartal 2019 fort.

Für die Erhaltung der derzeitigen Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer), ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems im Jahr 2019 mit einem Überwachungsaudit zu bestätigen. Das Qualitätsmanagementsystem ist im Jahr 2019 ebenfalls mit einer Überwachungsaudit unter Beweis zu stellen.

Planmäßig werden zwei LKW, zwei Container, die zentrale Kolbenpumpe, die Abluftreinigungsanlage, der angezahlte Fleischbreibehälter sowie Datentechnik und diverse Pumpen und andere Aggregate beschafft. Für den Ersatz eines Sterilisators im Jahr 2020 sollen gesicherte Anzahlungen geleistet werden.

Verkaufspreise von Tierhäuten, Tierfett und Tiermehl sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Neue technische Entwicklungen auf dem Gebiet der sog. Monoverbrennung von Tiermehl, die sich in der Labor- bzw. Versuchsphase befinden, werden beobachtet. Allerdings rechnen wir kurzfristig nicht mit praxistauglichen Lösungen.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung. Neben einem leistungsorientierten Vergütungsanteil in Anlehnung an den TVöD sind die Mitarbeiter zu Weiterbildungen anzuhalten.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

2. Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2018

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das neue EU-Recht zuletzt am 4. August 2016 geändert.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o.g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu tragen. Die Tierseuchenkasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands. Im Entwurf zum Änderungsgesetz wird daran festgehalten.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

Unter der Voraussetzung der Kostendeckung wird seitens des ZV auch Material der Kategorie 3 in einer separaten Sammeltour aufgenommen und im als Zwischen-behandlungsbetrieb für Rohware der Kategorie 3 zugelassenen Bereich der Altanlage zur Abholung durch einen zugelassenen Dritten für die Verwertung bereitgestellt. Die Mengen der Kategorie 3 unterliegen keinem Einzugsbereich. Das Mengenaufkommen war rückläufig.

Chancen- und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware nach außerhalb des Verbandsgebietes verbracht werden dürfte. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute sowie veränderter Nachfrage (ab 2019 keine Nachfrage mehr nach Rinderhäuten). Auf diese Größen hat der ZV keinen Einfluss. Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen. Die Verkaufspreise unserer Produkte sind in den letzten Jahren gesunken. Der Saldo von Ertrag und Aufwand bei dem Produkt Tiermehl entwickelt sich weiter ungünstig. Die zwingende Notwendigkeit einer standardisierten Verbrennung und der vom Gesetzgeber gewollte allmähliche Ausstieg aus der Kohleverstromung lässt auch keine Umkehrung erwarten.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

An den Planungen für 2019 wird zunächst festgehalten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Zweckverband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der Zweckverband über ein angemessenes Debitoren-management.

Priestewitz OT Lenz, 24. April 2019

Sylvia Schäfer
Geschäftsführerin

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal
Tel.: 034299/7050
E-Mail: info@zaw-sachsen.de
Webseite: <http://www.zaw-sachsen.de>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 14.05.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	15 Stimmen
----------------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andre Albrecht

Verbandsvorsitzender

Herr Heiko Rosenthal

III BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	60 %	9
Landkreis Leipzig	40 %	6

Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	510.000 €	51,0%
---	-----------	-------

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

1. Vorbemerkungen

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) sowie seine Verbandsmitglieder, die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig, sind gemäß § 3 (1) des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben.

Der ZAW ist im Rahmen der Gesetze, seiner Verbands-, Abfallwirtschafts- und Maßnahmensatzung sowie von Beschlüssen/Vorgaben seiner Organe tätig.

Insbesondere hat der ZAW gemäß §§ 2 und 4 SächsABG folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Planung, Errichtung und Betreibung von Entsorgungsanlagen
- Gewährleistung der Entsorgungssicherheit
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf der Grundlage des SächsABG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß finden für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage eines Verrechnungssatzes pro Tonne übergebenen Abfall in Rechnung, der mit der Haushaltssatzung jährlich festgelegt wird.

Der Zweckverband betreibt die Anlagen zur Entsorgung von angefallenen Abfällen als öffentliche Einrichtungen und übt Anschlusszwang über alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle aus Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen an seine Anlagen aus.

Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe – Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen – seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), 04463 Großpösna/OT Störmthal, Am Westufer 3.

Die WEV erhält auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages mit dem ZAW, an den eine Entgeltvereinbarung gekoppelt ist, ein Betreiberentgelt für die Behandlung der hoheitlichen Abfälle.

Die Öffentlichkeitsarbeit für WEV und ZAW wird auf der Grundlage einer Vereinbarung und einer abgestimmten Jahresplanung maßgeblich durch den ZAW durchgeführt.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen übergebene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung des ZAW einen Gebührenbescheid. Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch. Der Gebührensatzung unterliegt auch der im Eingangsbereich betriebene Kleinanliefererbereich.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV. Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

2. Strukturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entsorgung bzw. Behandlung von Siedlungsabfällen in Deutschland erfolgt vorrangig in Müllverbrennungsanlagen (MVA) bzw. in mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA). Die in den MBA produzierten Ersatzbrennstoffe (EBS) werden in Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBA), in diversen Zementwerken sowie in Kohlekraftwerken zur Mitverbrennung eingesetzt.

Nach den Turbulenzen der Jahre 2015 und 2016, die geprägt waren von starken Preisanstiegen und temporären Engpässen insbesondere im Verbrennungsmarkt für Siedlungsabfälle, stellte sich der Entsorgungsmarkt im Jahr 2017 als ausgeglichen dar. Nach Informationen des Brancheninformationsdienstes EUWID (Ausgabe 50.2018) sind 2018 die kommunalen Restmüllmengen in vielen Regionen Deutschlands in Folge des Booms der Metropolregionen allein durch die positive Bevölkerungsentwicklung deutlich angestiegen. Dennoch wird nur von moderaten Preiserhöhungen im Verbrennungsmarkt berichtet. Ob die Marktlage so bliebe ist von gewissen Unsicherheiten geprägt, wie z.B. die Entwicklung der Konjunktur oder die Folgen des Brexits und den künftigen UK-Importen.

Entsorgungsstandort Cröbern

Am Standort des ZAW und seiner Tochtergesellschaft WEV wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist die WEV.

Auf der ZDC werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW sowie auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“ werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist hierbei u. a. von Bedeutung, dass mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet ist.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV zur thermischen Verwertung abgesteuert.

3. Geschäftsverlauf

Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen liegen oberhalb der Planung. Im Jahr 2018 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 123.904,83 t (Vorjahr: 119.231,79 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 2.998,79 t (Vorjahr: 715,85 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte hieraus Umsatzerlöse in Höhe von EUR 21.707.643,13 (Vorjahr: EUR 20.734.877,00).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2018 setzen sich wie folgt zusammen:

2018	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
Umsatzerlöse gesamt			21.692.544		21.800.939,29
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		124.600	21.501.440	126.903,62	21.606.592,13
Restabfall kommunal gesamt	173,35	113.300	19.640.555	109.138,38	18.914.454,04
Restabfall Stadt Leipzig	173,35	85.000	14.734.750	80.795,28	14.005.861,82
Restabfall Landkreis Leipzig	173,35	28.300	4.905.805	28.267,84	4.900.230,07
Bioabfall Landkreis Leipzig	111,11	0	0	75,26	8362,15
Sperrmüll kommunal gesamt	173,35	10.100	1.750.835	14.766,45	2.559.764,13
Sperrmüll Stadt Leipzig	173,35	5.100	884.085	8.604,99	1.491.675,04
Sperrmüll Landkreis Leipzig	173,35	5.000	866.750	6.161,46	1.068.089,09
Kostenüberdeckung 2018					101.051,00
Gewerbeabfall gesamt		1.200	110.050	2998,79	233.424,96
Gewerbeabfall MBA	173,35	200	34.670	75,29	13.051,55
Gewerbeabfall ZDC	75,38	1.000	75.380	2923,5	220.373,41
Sonstige Umsatzerlöse			191.104		194.347,16
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		2.818,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		920,05
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			154.888		158.392,52
Sonstige Erträge WEV/Bürgerschaftsentgelt			26.627		26.627,24

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2017	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
Umsatzerlöse gesamt			21.299.317		20.621.839,61
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		122.590	21.104.022	119.947,64	20.388.772,00
Restabfall kommunal gesamt	173,35	111.600	19.345.860	110.125,05	19.090.177,48
Restabfall Stadt Leipzig	173,35	83.600	14.492.060	81.475,13	14.123.713,84
Restabfall Landkreis Leipzig	173,35	28.000	4.853.800	28.649,92	4.966.463,64
Sperrmüll kommunal gesamt	173,35	9.290	1.610.422	9.106,74	1.578.653,41
Sperrmüll Stadt Leipzig	173,35	4.800	832.080	3.714,10	643.839,22
Sperrmüll Landkreis Leipzig	173,35	4.490	778.342	5.392,64	934.814,19
Kostenüberdeckung 2017					346.105,00
Gewerbeabfall gesamt		1.700	147.740	715,85	66.046,11
Gewerbeabfall MBA	173,35	200	34.670	130,41	22.205,40
Gewerbeabfall ZDC	75,38	1.500	113.070	585,44	43.840,71
Sonstige Umsatzerlöse			195.295		233.067,61
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		750
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		1.022,46
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauszins WEV			154.888		154.887,56
Sonstige Erträge WEV/Bürgerschaftsentgelt			30.818		70.818,24

Die wirtschaftliche Situation des ZAW stellt sich als sehr stabil dar.

Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2018 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 21.708; Vorjahr: TEUR 20.389) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug 173,35 EUR/t (Vorjahr: 173,35 EUR/t).

Die Restabfallmengen im Jahr 2018 gingen gegenüber dem Vorjahr um 1.062 t zurück. Die Sperrmüllmengen (14.766 t) hingegen liegen deutlich über Plan (+ 4.666 t). Verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, werden bereits auf den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Das Aufkommen an direkt angelieferten Abfällen (Kleinanlieferbereich, MBA, ZDC) ist analog der letzten Geschäftsjahre trotz der Planüberschreitung weiterhin gering.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 20.194; Vorjahr: TEUR 19.287). Die Differenz zwischen den Erlösen aus der Abfallannahme und dem Betreiberentgelt ist die Marge, die dem ZAW zur Deckung seiner Gesamtaufwendungen zur Verfügung steht.

Zum 31.12.2018 erfolgte durch die WEV eine Endabrechnung auf Grundlage des ermittelten Verwertungspreises der heizwertreichen Fraktion für das Jahr 2018. Im Ergebnis erfolgte eine Gutschrift der WEV gegenüber dem ZAW in Höhe von TEUR 172.

Die den Materialaufwand mindernden Schrotterlöse aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 162 übersteigen die geplanten Schrotterlöse (TEUR 50) um TEUR 112. Die Schrotterlöse unterliegen teilweise erheblichen Schwankungen, welche mit der hohen Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang stehen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2017 (TEUR) im Geschäftsjahr 2018 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 22 vereinnahmt.

Erbbauszinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge in Höhe von TEUR 164 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2018 wird mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 1.003 (Vorjahr: Jahresergebnis TEUR 808) abgeschlossen. Aufgrund genannter Sondereffekte (Gutschrift WEV, höhere Schrotterlöse) und den um TEUR 125 gegenüber dem Plan geringer angefallenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen weicht das erzielte Jahresergebnis 2018 um TEUR 315 vom geplanten Jahresergebnis (TEUR 688) ab.

Die zum 31. Dezember 2018 gebildete Rückstellung für die mögliche Kostenüberdeckung aus 2018 in Höhe von TEUR 101 beeinflusst das Jahresergebnis mindernd.

Personal

Im Geschäftsjahr 2018 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2018	2017
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	321.418	295.177
Soziale Aufwendungen	57.388	51.494
Summe Personalaufwand	378.806	346.671

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 7.040 um TEUR 1.253 auf TEUR 8.294 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 29 gestiegen. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch den Jahresgewinn 2018 (TEUR 1.003) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 5.209) auf TEUR 6.212 erhöht.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am	Veränderung	Stand am
	01.01.2018		31.12.2018
	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	4.363.198,70	1.003.268,80	5.366.467,50
Summe Eigenkapital	5.209.142,17	1.003.268,80	6.212.410,97

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am	Inanspruch-	Auflösung	Zuführung	Stand am
	01.01.2018	nahme			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschlussaufwendungen	9.412,90	9.412,90	0,00	9.412,90	9.412,90
Prozesskosten	0,60	0,00	0,60	0,00	0,00
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	3.339,00	3.339,00	0,00	5.131,46	5.131,46
Prämien	24.000,00	12.000,00	0,00	12.250,00	24.250,00
Kostenüberdeckung	346.105,00	0,00	0,00	101.051,00	447.156,00
Summe	402.372,83	24.751,90	0,60	127.845,36	505.465,69

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.532; Vorjahr: TEUR 1.414) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 44; Vorjahr: TEUR 15) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.498 (Vorjahr: TEUR 4.504) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.750; Vorjahr: TEUR 1.759) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 138,1 % (Vorjahr: 123,3 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Investitionen wurden in 2018 nicht getätigt (Vorjahr TEUR 2).

Finanzlage

Die Finanzlage des ZAW ist in 2018 durchgängig positiv und stabil. Zum 31. Dezember 2018 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 2.012 (Vorjahr: TEUR 732).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der gegenwärtigen „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden. Sogenannte „Negativzinsen“ konnten trotz entsprechender Disponierung der Liquidität des Verbandes bei den beiden Geschäftsbanken nicht umgangen werden. Verwarentgelte wurden in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 0) fällig.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2018 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2017 TEUR 1.279,6 (Vorjahr: TEUR -499).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlagenerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Finanzbeziehungen im Sinne des § 20 (2) Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEig-BVO) lagen nicht vor.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2018 sehr zufrieden.

Aus- und Weiterbildung

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

Qualitätsmanagement

Am 6. September 2018 wurde ein Zertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2015 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 5. September 2021 gültig.

4. Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Haushaltssatzung 2019

Der ZAW erlässt gemäß § 14 Abs. 2 seiner Verbandssatzung jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 der Verbandssatzung Rechnung trägt und in der die Höhe des für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssatzes pro Tonne angedienter Abfall festzusetzen ist. Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2019 wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 17. Dezember 2018 beschlossen.

Voraussetzung und wesentliche Grundlage hierbei ist eine Abfallgebührenkalkulation des Verbandes auf der abgabenrechtlichen Grundlage des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG). Diese Gebührenkalkulation wurde mit Datum vom 26. November 2018 im Auftrag des ZAW von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) erstellt.

Dienstleistungsvertrag ZAW - WEV

Im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Vertragsverhältnisses zwischen dem ZAW und der WEV wurde ein neuer Dienstleistungsvertrag erarbeitet, der das bisherige Vertragsverhältnis und deren späterer Nachträge und Ergänzungen durch ein übersichtliches und einheitliches Vertragswerk ersetzt hat.

5. Risikobericht

Langfristig wird die Lage und Entwicklung des Verbandes vor allem von der weiteren Entwicklung der WEV und dortigen Risikopotenzialen/Chancen beeinflusst. Die Risiken aus vom Verband zugunsten der WEV übernommenen Haftungsverhältnissen nehmen weiter kontinuierlich ab; Inanspruchnahmerisiken waren in den letzten Geschäftsjahren nicht vorhanden und sind mittelfristig auch nicht erkennbar. Ein Schwerpunkt in der WEV bleibt die Ausfinanzierung der künftigen Verpflichtungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern.

Risikomanagementsystem (RMS)

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus verschiedenen Bereichen identifizieren und bewerten. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

1. Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
2. Kredit- und Bürgschaftsrisiko
3. Liquiditätsrisiko
4. Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Abfallbehandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den

Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Zentraldeponie Cröbern verantwortet. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von entsandten Vertretern des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden. Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2018 keine Feststellungen.

Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an. Über seine Stellung als alleiniger stimmberechtigter Gesellschafter und der Stellung / Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der WEV kann der Zweckverband jederzeit seine Kontroll- und Weisungsrechte bei seiner Tochtergesellschaft wahrnehmen bzw. sicherstellen und mögliche Risiken betrachten und bewerten.

In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das Risiko für den Bilanzansatz im ZAW zusätzlich der nachfolgend aufgeführten Kredit- und Bürgschaftsrisiken.

Kredit- und Bürgschaftsrisiko

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der ZDC aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für diese Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2018 ein Volumen von TEUR 3.487.

Der ZAW hat weiterhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamt volumen TEUR 52.500) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von TEUR 1.700) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von TEUR 52.500 an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

Von einer Inanspruchnahme des ZAW aus den eingegangenen Haftungsverhältnissen wird nicht ausgegangen.

Unter Einbeziehung der Kenntnisse über die WEV und deren gute wirtschaftliche Situation sind Anhaltspunkte, dass die WEV ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht ersichtlich.

Liquiditätsrisiko

Der Bedarf zur Erhebung einer Umlage gegenüber den Verbandsmitgliedern besteht entsprechend des aktuellen Finanzplanungshorizontes nicht, da die Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfes des Verbandes ausreichen.

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW zudem über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000, auf deren Inanspruchnahme der Verband seit nunmehr vier Jahren nicht mehr angewiesen ist.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

6. Chancenbericht

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband, insbesondere seit der Rekommunalisierung der WEV mbH im Jahr 2015, auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder. So wurde zur Sicherstellung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen der Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2017 die Errichtung und der Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage am Standort Cröbern ab dem 1. Januar 2020 beschlossen. Der Verband wird sich zur Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe seiner Tochtergesellschaft WEV bedienen.

Weitere Themen werden im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern unter Einbindung der Tochtergesellschaft des ZAW erörtert.

7. Prognosebericht

Unter der Annahme, dass sich die positive demographische Entwicklung im Verbandsgebiet im Geschäftsjahr 2019 und in den Folgejahren, insbesondere in der Stadt Leipzig fortsetzt, erwartet die Geschäftsleitung ein Umsatzplus für das kommende Geschäftsjahr, basierend auf steigenden Abfallmengen.

Der Zweckverband plant im Geschäftsjahr 2019 mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von TEUR 23.299 sowie sonstigen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 191. Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 23.378 erwartet. Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2019 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 112. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Großpösna, den

Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender ZAW

André Albrecht
Geschäftsleiter ZAW



Beteiligungsbericht 2018

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (Sächs-KrWBodSchG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2018 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018.

Großpösna, den

Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender

André Albrecht
Geschäftsleiter



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur	4
2 Einzeldarstellung der WEV	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	5
2.2 Organe der Gesellschaft	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung	6
2.2.2 Aufsichtsrat	6
2.2.3 Geschäftsführung	6
3 Allgemeines	7
3.1 Ertragslage	7
3.2 Vermögenslage	9
3.3 Finanzlage	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	11
3.3.4 Investitionstätigkeit	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres	14
4.3 Qualitätsmanagement	14
5 Risikobericht	14
5.1 Risikomanagementsystem	14
5.2 Risiken	14
5.3 Chancenbericht	16
5.4 Prognosebericht	16
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen	18
Tabellenverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	19



1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV.

Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit 842.641 Einwohnern (Stand: 30.09.2018, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).



2 Einzeldarstellung der WEV

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen, wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte. Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile WEV	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.



2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2018 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2018 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meissner, Jens	Geschäftsführer KELL
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2018

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.



3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde von der

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Großer Brockhaus 5
04103 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

3.1 Ertragslage

Der für das Geschäftsjahr 2018 geplante Jahresüberschuss von 2.795 T€ wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -3.527 T€ verfehlt. Diese Entwicklung resultiert hauptsächlich aus den überplanmäßig gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen und aus über dem Plan liegenden Aufwendungen für Steuern von Einkommen und vom Ertrag. Damit schließt die WEV das Geschäftsjahr deutlich schlechter ab als geplant.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Umsatz in Höhe von 59,3 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 53,7 Mio. €).

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2018	2018 Plan	2017 Ist	2016 Ist
Umsatz	59.261	48.877	53.686	46.234
Sonstige betriebliche Erträge	1.486	880	1.021	1.550
Gesamtleistung	60.746	49.757	54.707	47.783
Materialaufwand	-14.188	-16.283	-14.369	-13.939
Personalaufwand	-4.703	-5.028	-4.771	-4.567
Abschreibungen	-10.163	-10.168	-11.381	-12.684
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-35.164	-7.092	-23.062	-15.783
Betriebliches Ergebnis	-3.472	11.186	1.125	810
Steuern	-55	-8.391	-50	-50
Jahresergebnis	-3.527	2.795	1.075	760
Vortrag aus Vorjahr	5.959		4.885	4.125
Gewinnausschüttung				
Bilanzgewinn/-verlust	2.432	2.795	5.959	4.885

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2018

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 59.261 T€ und sind damit 21,2% höher als geplant. Der Umsatzanstieg entsteht durch mehr Mengen und höhere Erlöse für die Direktablagerung.

Der **Materialaufwand** liegt mit 14.188 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 68 T€ auf 4.703 T€ gesunken. Der Rückgang resultiert aus dem Rückgang der Aufwendungen für Leistungsprämien im letzten Geschäftsjahr, zudem gab es im Jahr 2018 keine Tarifierhöhungen.

Bei gestiegener Gesamtleistung wird im Vergleich zum Vorjahr eine geringere Personalkostenquote von 7,9 % aus (Vorjahr: 8,9%) ausgewiesen.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2018 beträgt 98 (im Vorjahr: 91). Davon sind 42 Angestellte (im Vorjahr: 51) und 56 Arbeiter (im Vorjahr: 40).

Die Abnahme der **Abschreibungen** um 1.218 T€ auf 10.163 T€ ist durch den Rückgang der leistungsabhängigen Abschreibung des Deponiekörpers infolge der im Geschäftsjahr 2017 vorgenommenen Kubaturänderung zu begründen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 20.824 T€ (im Vorjahr: 8.960 T€).



3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2018.

AKTIVA				
	2018	2018 Plan	2017 Ist	2016 Ist
Anlagevermögen	44.879	48.887	49.575	55.646
Immaterielles Vermögen	41		67	134
Sachanlagen	44.838	48.887	49.508	55.502
Finanzanlagen	0		0	11
Umlaufvermögen	104.781	82.484	79.093	55.693
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.505	6.364	7.322	7.369
Wertpapiere / liquide Mittel	97.276	76.120	71.771	48.323
Aktive RAP	231	192	242	306
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	0	21	0	8
Bilanzsumme	149.890	131.584	128.910	111.653
PASSIVA				
	2018	2018 Plan	2017 Ist	2016 Ist
Eigenkapital	17.528	25.909	21.055	19.980
Gezeichnetes Kapital	510	510	510	510
Rücklagen	14.586	3.798	14.586	14.586
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	5.959	18.806	4.885	4.125
Jahresergebnis	-3.527	2.795	1.075	760
Sonderposten m. RL-anteil	0		0	0
Rückstellungen	118.593	92.194	91.419	69.861
Verbindlichkeiten	6.438	6.173	7.410	8.088
Passive RAP	5.470	5.470	8.404	11.338
Passive latente Steuern	1.861	1.837	622	2.386
Bilanzsumme	149.890	131.584	128.910	111.653

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2018



Im Geschäftsjahr 2018 hat sich die **Bilanzsumme** im Vergleich zum Vorjahr um 20.980 T€ erhöht. Hauptursache dafür ist auf der Aktivseite die Zunahme der liquiden Mittel (+25.505 T€). Des Weiteren hat sich das Anlagevermögen weiter rückläufig entwickelt. Die Entwicklung auf der Passivseite ist besonders gekennzeichnet durch den Anstieg der Rückstellungen (+27.174 T€).

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2018 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 17.528 T€. Es sank damit im Vergleich zum Vorjahr um den Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.527 T€ und damit um 16,7 %.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich, infolge des Jahresfehlbetrages und der deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2018	2017	2016	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	29,9	38,5	49,8	%
Änderung des Anlagevermögens	88,7	81,3	86,5	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	11,7	16,3	17,9	%
Fremdkapitalquote	88,3	83,7	82,1	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	777,3	577,1	608,4	%
Liquidität 2.Grades	837,8	637,1	705,1	%
working capital	92.497	66.541	45.130	T€
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	-20,1	5,1	3,8	%
Gesamtkapitalrendite	2,8	9,9	7,5	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	-6,0	2,0	1,6	%
Pro-Kopf- Umsatz	604,7	590,0	537,6	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	98	91	86	MA
Personalaufwandsquote	7,9	8,9	9,9	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2016– 2018



3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 71,8 Mio. € auf 97,3 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2018 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,9 Mio. € (im Vorjahr: 2,9 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens getilgt.

Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte keine Ausschüttung an die Gesellschafter.

3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2016	2017	2018	2019	2020
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	5.164	4.325	3.487	2.649	1.811

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Zum Betrieb der Deponien wurden in den Vorjahren Erbbaurechtsverträge mit dem ZAW geschlossen.

Der Erbbauzins wird zu vertraglich geregelten Terminen angepasst. Durch den im Jahr 2018 geschlossenen Neuvertrag und der damit verbundenen Abgeltung für die auf dem Grundstück befindlichen Anlagen hat sich der Erbbauzins im Vergleich zum Vorjahr geringfügig geändert.

Die WEV entrichtete 2018 Erbbauzinsen in Höhe von 158 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	143 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall-



und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung.

Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2018 betrug 137,80 €/t netto bzw. 163,98 €/t brutto. In 2019 erfolgte für 2018 eine Gutschrift des Entgeltes in Höhe von 1,17 €/t netto bzw. 1,39 €/t brutto.

3.3.4 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von 5,6 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen den Bau der neuen Ablagerungsflächen der ZDC sowie Tunnelelemente der ZDC, den Kauf von drei Radladern und zwei LKWs, die Anschaffung von Bewässerungstechnik als Staubschutzmaßnahme, den Weiterbau des Gaserfassungssystems auf der Deponie sowie den Anbau an das bestehende Verwaltungsgebäude. Neben dem Ersatz bzw. der Erweiterung vorhandener Software und Lizenzen und den Ersatz von EDV-Technik, wurden darüber hinaus diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

4 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

In Jahr 2018 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 927,8 Tt (im Vorjahr: 908,9 Tt). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 13.202,8 Tt (im Vorjahr: 12.275,0 Tt) abgelagert worden.

Die zum Jahreswechsel 2017/2018 fertiggestellten neuen Ablagerungsbereiche in der östlichen Verlängerung der betriebenen Deponie konnten nach dem Anbringen der Schutzschicht ab April 2018 in Betrieb genommen werden. Weitere sechs Tunnelelemente wurde 2018 fertiggestellt.

Zum 31. Dezember 2018 waren rund 71,4 % der geplanten Gesamtkapazität der ZDC verfüllt (Vorjahr: 67%).

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2018 wurden 176,8 Tt (im Vorjahr: 189,2 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet. Die Eingangsmenge von kommunalem Rest- und Sperrmüll betrug 124,0 Tt (im Vorjahr: 138,7 Tt).

Die Inputmengen lagen über dem Planniveau, während in der Rotte die geplanten Mengen nicht erreicht wurden. Die Kapazität der MBA wurde auch im Geschäftsjahr 2018 nicht voll ausgeschöpft.



Altdeponie Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Abschlussdokumentation über die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Golfpark auf dem Plateau der **Deponie Seehausen** wurde fertiggestellt und der Landesdirektion vorgelegt. Sie bildet die Grundlage für die Entscheidung der Behörde über die endgültige Stilllegung und Entlassung in die Nachsorgephase.

Die Planungsarbeiten für die endgültige Oberflächenabdichtung der **Deponie Groitzsch-Wischstauden** wurden weitergeführt. Grundlage bilden die Bescheide der Landesdirektion Sachsen sowie die Qualitäten der einzelnen Elemente des Oberflächenabdichtungssystems.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2071 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2018 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 97.424 T€ (im Vorjahr: 71.670 T€).

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde zum 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 8.023 T€ (im Vorjahr: 7.126 T€).

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2018 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2048 für das Altfeld in Höhe von 2.268 T€ (im Vorjahr: 2.119 T€) und für das Neufeld in Höhe von 5.008 T€ (im Vorjahr: 4.839 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2016	2017	2018
Zentraldeponie Cröbern	53.233	71.670	97.424
Deponie Seehausen	6.790	7.126	8.023
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	4.553	4.839	5.008
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.728	2.119	2.268
Gesamt	66.304	85.754	112.723

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2016 bis 2018



4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Die Rückstellungsbemessung für Rekultivierung, Stilllegung und Nachsorge wurde auf Grundlage aktueller Erkenntnisse überprüft und angepasst. Eine Plausibilisierung für die Rekultivierung erfolgte durch externe Gutachten. Die angesetzten Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeaufwendungen werden auch im Jahr 2019 weiter geprüft.

Ein Genehmigungsantrag zur Errichtung einer Bioabfallvergärungsanlage wurde im Dezember 2018 bei der zuständigen Behörde eingereicht.

4.3 Qualitätsmanagement

Im Oktober 2018 fand ein Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 statt. Die Prüfungsgesellschaft ESC Cert GmbH erteilte das Zertifikat erneut bis November 2020.

Die Wiederholungsprüfung gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Oktober 2018 durch ÖKÖ.ZERT. Rieth & Eckhardt GbR durchgeführt. Das erteilte Zertifikat ist bis Mai 2019 gültig.

Im Oktober 2018 wurde durch die ICG Zertifizierung GmbH als akkreditierten Auditor, das Energiemanagementsystem der WEV gemäß DIN EN ISO 50001:2011 zertifiziert. Das erteilte Zertifikat ist bis August 2021 gültig. Die WEV nimmt am Energieeffizienz-Netzwerk Leipzig teil.

5 Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

5.2 Risiken

Marktrisiken

Für die ZDC wird sowohl bei der strategischen Ausrichtung als auch bei der Akquisitionsbearbeitung weiter der Schwerpunkt auf Kunden- und Abfallströme gelegt, die im Nahbereich des Unternehmens liegen und kontinuierlich anfallen.

Die demographische Entwicklung der Stadt Leipzig hat eine positive Tendenz. Die Einführung einer flächendeckenden Biotonne im Landkreis Leipzig ab dem Jahr 2020 könnte die Prognoseunsicherheit beim Hausmüll erhöhen.



Vertragsrisiken

Die Abnahme der Outputströme aus der MBA wurde im Jahr 2017 ausgeschrieben. Die Laufzeit der Verträge beträgt 6 Jahre ab 1. Januar 2018, mit der Option einer Vertragsverlängerung bis 2025.

Die abgeschlossenen Verträge sehen eine Preisgleitklausel ab dem 1. Januar 2021 vor, sodass sich die Preise für diese Leistungen ab diesem Zeitpunkt verändern können.

Zins- und Derivatrisiken

Die WEV hat für den Zinsbindungszeitraum eines Darlehens eine Festzinsvereinbarung getroffen, um das variabel verzinsten Grundgeschäft im Zinsrisiko zu begrenzen.

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem operativen Ergebnis ergänzt werden müssen.

Zur Überwachung dieser Risiken werden die Effekte in Szenarien der WEV abgebildet und Vorschläge zur Sicherung einer langfristig auskömmlichen Kapitalausstattung erarbeitet und die Entwicklung der Bilanzansätze für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen regelmäßig überprüft.

Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken oder Anlageinstituten, die vom Einlagensicherungsfonds, dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe oder einem entsprechenden Sicherungsfonds umfasst sind.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

Steuerrisiko

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es wurden bisher noch keine Feststellungen getroffen.

Mit einer Klage vor dem Finanzgericht Leipzig hatte sich die WEV gegen eine Prüfungsfeststellung aus der Betriebsprüfung der Jahre 2008 bis 2010 gewährt. Im Januar 2019 erging ein Urteil zu Gunsten der WEV. Entsprechende Steuerbescheide ab dem Jahr 2010 werden geändert.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.



Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Prüfer wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

In den Jahren 2016 bis 2018 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Grotzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegengesetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

Ausfallrisiko MBA

Die verfahrenstechnische Gestaltung ermöglicht, bei Ausfall einzelner Anlagenelemente die Umsteuerung des Abfallstromes auf andere Behandlungslinien.

Für den Fall des kompletten Anlagenausfalls stehen der WEV ein beantragtes und genehmigtes Zwischenlager und Anlagen zur Abfallbehandlung im Rahmen der Mitgliedschaft im „Mitteldeutschen Ausfallverbund für Anlagen zur Abfallbehandlung“ und im „Ausfallverbund zur Abfallentsorgung des ASA e.V.“ zur Verfügung.

Durch verschiedene Maßnahmen gab es im Zeitraum 2005 bis 2018 keinen Anlagenausfall.

5.3 Chancenbericht

Aus den aufgeführten Risiken ergeben sich auch entsprechende Chancen für die WEV. Bei steigender Nachfrage am Markt könnten sich die Entsorgungsmengen und -preise erhöhen.

Als Chance wird die Verarbeitung neuer Abfallströme in der beabsichtigten Bioabfallvergärungsanlage gesehen. Die Vergärung von Bioabfall stellt eine Chance für die Wertschöpfung und einen Beitrag zum Klimaschutz dar.

Sollten sich zukünftig nachhaltig niedrigere Kostensteigerungsraten oder ein dauerhaft höheres Zinsniveau für Geldanlagen ergeben, können diese Parameteränderungen Chancen in der Rückstellungsentwicklung ergeben.

5.4 Prognosebericht

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2017 wurde für das Geschäftsjahr 2018 ein Jahresergebnis von 2,8 Mio. € bei einem Umsatz in Höhe von 47,9 Mio. € prognostiziert.

Die geplanten Umsatzerlöse wurden mit 59,3 Mio. € um 11,4 Mio. € übertroffen. Das geplante Jahresergebnis wurde um 6,3 Mio. € verfehlt und beträgt -3,5 Mio. €.



Dies ist im Wesentlichen auf die überplanmäßig gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Folge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und auf die höheren Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aufgrund der sich im Geschäftsjahr ergebenden latenten Steuerunterschiede zurückzuführen.

Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen steigt die Wettbewerbsfähigkeit der MBA bei biologisch abbaubaren Abfällen. Dennoch bestehen weiterhin auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung bei mineralischen Abfällen, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

In der Branche gibt es für Abfälle, die MBA-geeignet sind, aktuell ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf bestehendem Niveau stabilisieren. Für das Jahr 2019 werden keine wesentlichen steigenden Abfallmengen erwartet.

Die Geschäftsführung der WEV plant, trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen und bei einer konservativen Prognose des BilMoG-Zinssatzes, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 zugrunde gelegt wurden, ein Jahresergebnis von 2,1 Mio. €. Der hierzu zu realisierende Umsatz beträgt ca. 50 Mio. €.



Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$	
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$	
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$	
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2018	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2018	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2018	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2016– 2018	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2016 bis 2018	13

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsKrWBodSchG	-	Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel.: 034299 / 530
E-Mail: info@wev-sachsen.de
Webseite: www.wev-sachsen.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 24.06.1991

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	1.000.000€
----------------------	------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000 €	51,0%
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%

Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%
---	-----------	-------

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.

Sparkasse und IT

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Humboldtstraße 25
04105 Leipzig
Tel.: 0341 9860

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.1990

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen. Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25 Stimmen
----------------------	------------

II BETEILIGUNGEN

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	60 %	15
Landkreis Leipzig	40 %	10

Beteiligungen

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

Der Sparkassenzweckverband wurde zum 31. August 2018 aufgelöst.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig
Tel.: 0351 86652100
E-Mail: post@kisa.it
Webseite: <http://www.kisa.it>

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.2004

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	2.319 Stimmen
----------------------	---------------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andreas Bitter

Verbandsvorsitzender

Herr Ralf Rother

III BETEILIGUNGEN**Mitglieder**

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
verschiedene	88,71 %	2.289
Landkreis Leipzig	1,29 %	30

Beteiligungen

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 €	100,0%
Lecos GmbH	20.000 €	10,0%
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000 €	2,6%

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	51.820,3 €	25.936,1 €	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des GeschäftsergebnissesAllgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und sind für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 269 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31. Dezember 2018 waren bei KISA 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt 95). Neben den 269 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 300 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden informationstechnischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem durch die Mitarbeiter der KISA.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit, Lizenzmanagement und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

<u>Ort</u>	<u>Mitarbeiter</u>
Leipzig, Eilenburger Straße 1 a	37
Dresden, Semperstraße 2	30
Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13	31

Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung erfolgte am 15. März 2019 der Umzug der Geschäftsstelle Limbach-Oberfrohna in die Geschäftsstelle Chemnitz.

Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10. Dezember 2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2018 wurden am 27. September 2017 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 29. November 2017 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2018 wurde am 14. Dezember 2017 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 50/2017 veröffentlicht.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Branche der Informations- und Kommunikationstechnik stellt in der Gesamtwirtschaft einen immer größeren Bestandteil dar. Mit der Herausforderung zur Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) steigt das Wachstum der IT-Branche. Geschäftsprozesse müssen

analysiert und automatisiert bereitgestellt werden. Die Digitalisierung verändert Unternehmens- und Verwaltungskulturen, schafft Arbeitsplätze und etabliert neue Produkte. Damit wächst stetig der Markt für IT-Dienstleistungen. Im Zuge des OZG wird die elektronische Verarbeitung von Verwaltungsleistungen über vernetzte Portale verstärkt vorangetrieben. Erste Online-Antragsverfahren (Anmeldung Hund, Gästetaxe Stadt Leipzig, Verdienstaufschlag Feuerwehr) konnten umgesetzt werden. Für 2019 wurden die nächsten 30 relevanten Digitalisierungsaufgaben sachsenweit identifiziert, um sie gemeinsam mit den anderen kommunalen IT-Dienstleistern in Sachsen (SAKD, Lecos GmbH, Eigenbetrieb Dresden (eBit), der IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz u.a.) strukturiert und standardisiert abzuarbeiten.

Auch das Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung zum 25. Mai 2018 hat die Wirtschaft und Verwaltung vor neue Herausforderungen gestellt. Die Informationssicherheit und der Datenschutz haben im Jahr 2018 enorm an Bedeutung gewonnen.

Außerdem ist die gesellschaftliche, technologische und demografische Entwicklung im Wandel. Die teilweise schwierige Haushaltslage und die Internationalisierung bzw. Europäisierung ist seit den vergangenen Jahren ständiger Begleiter des Verwaltungshandelns. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09. Juli 2014 wird die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen, auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc.

Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereitgestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Datenschutz
- Technische Infrastruktur
- Elektronischer Zahlungsverkehr
- Ausstattung von Schulen
- Dokumentenmanagementsystem (DMS) sowie zukünftig ein Zentrales DMS (Neben den umfangreichen Beratungen empfiehlt KISA die Umsetzung der Module mit Hilfe der vom Zweckverband angebotenen Anwendungen: CMS.KISA, Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Dokumentenmanagementsystem VISkompakt und den Diensten Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

Geschäftsverlauf

Mit Ende des Geschäftsjahres 2017 konnte KISA die Konsolidierung des Verbandes erfolgreich abschließen. Durch eine stabile Haushaltslage im Geschäftsjahr 2018 konnte sich KISA somit auf die Optimierung interner Prozesse und den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden konzentrieren sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen generieren

Aufgrund neuer Arbeitsfelder und der stetigen Weiterentwicklung des Verbandes wurde 2018 die Organisationsstruktur angepasst. Der Fachbereich Digitale Service (Arbeitsbereich CMS, DMS etc.) ist in den Bereich Kundenmanagement eingegliedert worden, das Vertragsmanagement wurde dem Bereich Finanzen und Verwaltung zugeordnet und die Fachbereiche Antragsmanagement und Schulen wurden aufgebaut. Damit verbunden ist die personelle Aufstockung der Bereiche.

Die Aufstellung des Personalentwicklungskonzeptes erfolgte zum 30. Juni 2018.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2018 insgesamt **269 Verbandmitglieder**. Aufgrund der Stabilisierung der Liquidität und der positiven Entwicklung des Verbandes haben sechs Verbandsmitglieder ihren Wunsch auf Austritt aus dem Verband zurückgezogen.

Im Zuge der wirtschaftlichen und strategischen Neuausrichtung des Zweckverbandes hat der Verwaltungsrat im Geschäftsjahr die Neuordnung der **Beiräte** und deren Geschäftsordnung beschlossen. Die Arbeit der Fachbeiräte wurde neu strukturiert und konzentriert. Somit werden nunmehr der Fachbeirat Finanzwesen sowie der Fachbeirat Strategie und Digitale Services mit empfehlenden Charakter fortgeführt.

Am 28. Februar 2018 fand das zweite **Kundenforum** von KISA statt. Der Fokus lag auf den Themenschwerpunkten zu den Kernverfahren von KISA (Finanzen, MESO, LOGA, Wohngeld, Standesamt), Wachstumsthemen wie das Dokumentenmanagementsystem, Outsourcing, IT-Sicherheit und Datenschutzgrundverordnung sowie den Themenbereichen Antragsmanagement und Schulen.

Intern hat die Einführung eines neuen **CRM- und ERP-Systems** in 2018 erhebliche Ressourcen gebunden, mit denen die erfolgreiche Produktivsetzung zum 1. Januar 2019 erfolgen konnte. Mit Einführung des neuen Produktes konnten die laufenden Controlling- und Berichtmaßnahmen weiterhin verbessert werden, so dass der Zweckverband auch an dieser Stelle weiterhin den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die Steuerung des Wirtschaftsjahres aber auf einer noch besseren Zahlenbasis erfolgen kann.

Im Jahr 2018 wurde der **Service Desk** vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Anfragen – insbesondere im Finanzwesen und der daraus resultierenden Überlastung von den Kunden kritisch hinterfragt. Daher wird im 1. Halbjahr 2019 eine komplette Überarbeitung des Service Desk erfolgen, ergänzt um die Erweiterung der Telefon-Anlage mit einem systembasierten Handling der eingehenden Anrufe sowie erweitert um fachspezifische Wikis zu den einzelnen Fachverfahren (Hj. 2/2019).

Folgende neue Produkte und Dienstleistungen wurden in das Produktportfolio von KISA aufgenommen:

- KISA.Sign
- KISA.Post
- VIS Mobile Client
- OWI.mobil
- Mobile Device Management (MDM)
- Lizenzmanagement
- Datenschutz

Mit dem Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung (**DSGVO**) zum 25. Mai 2018 wurden umfangreiche Änderungen im Datenschutzmanagement und in der Dokumentationspflicht

bindend. KISA tritt dabei in einer Doppelrolle als Verantwortlicher und Auftragsverarbeitung auf. Im Geschäftsjahr wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeiten sowie ein Leistungsangebot für unsere Kunden erstellt. Außerdem kann KISA mit Beschluss der Verbandsversammlung zur Änderung der Verbandssatzung von KISA die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten anbieten. Kleine bis mittlere Kommunen nehmen diese Beratungs- und Unterstützungsleistung zur Etablierung eines Datenschutzmanagementsystems (DSMS) verstärkt an, da die gesetzlichen Anforderungen mit eigenen personellen Ressourcen nicht zu bewältigen sind.

Mit dem Dokumentenmanagementsystem **VIS** konnte KISA ein erfolgreiches Produkt am Markt platzieren und betreut derzeit 40 Kunden. Auch die Einführung des Content Managementsystems CMS.KISA wird weiterhin vorangetrieben.

Zur Umsetzung des **OZG** hat der IT-Planungsrat Anfang 2018 den Maßnahmenkatalog vorgestellt, der Verwaltungsleistungen mit den jeweiligen Einzelleistungen, die gemäß OZG online angeboten werden müssen, enthält. KISA hat gemeinsam mit der SAKD in der Arbeitsgruppe „Antragsmanagement“ die Bündelung und Priorisierung der Anforderungen analysiert.

Der Hersteller des Verfahrens GEVE4, die EDV Ermtraud GmbH, hat 2018 die Zertifizierung für OGW Sachsen erhalten. Die Schnittstellen zwischen GEVE4 zum Finanzverfahren IFR sowie zu MESO zum Adressabgleich der Gewerbefälle mit Einwohnerwesen sind funktionsfähig.

Zum Fachverfahren für **Personalwesen** hat der Softwarehersteller P&I AG den Wechsel auf das Produkt LOGA All-in angekündigt. Die Abstimmungsgespräche laufen. Außerdem startete in 2018 die sukzessive Umstellung auf LOGA WebClient.

Im Personenstandwesen **AutiSta** ist die Einführung der elektronischen Sammelakte in Vorbereitung.

Im Fachbereich **Veranlagung** wurde neben der Betreuung und Beratung des Fachverfahrens KM-V die Umstellung auf die Veranlagung im Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa fortgesetzt. Insgesamt konnten zum Jahreswechsel 2017/2018 fünf Kommunen erfolgreich auf die IFR-Veranlagung umgestellt werden. Projektverzögerungen in der Einführung der IFR-Veranlagung wurden durch Neustrukturierung der Ressourcen (klare Aufgabentrennung durch Bildung von Teilteams, Personalaufstockung) und Verbesserung der eingesetzten Tools zur Arbeitsvereinfachungen ausgeglichen.

Im **Finanzverfahren** IFRSachsen.Ki-Sa konnte ein Neukunde erfolgreich migriert werden. Außerdem konnten sich die neuen Leistungen „Buchungsdienstleistung“ sowie „Jahreswechsel-Check-up“ etablieren.

Durch den Technischen Services wurde 2018 der Startschuss für das Projekt IT-Ausstattung von **Schulen** gegeben. Gespräche mit Pilotkunden und Entscheidungsträgern wurden geführt und die Erarbeitung eines Medienbildungskonzeptes und -entwicklungsplanes begonnen.

Um die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungsleistung im Freistaat Sachsen zu beschleunigen, werden seit 2017 Überlegungen zur Gründung eines kommunalen IT-Dienstleisters unter Beteiligung der KISA, der Lecos GmbH, der Landeshauptstadt Dresden – und hier der Eigenbetrieb IT -, der Stadt Chemnitz und ihrer IuK-Abteilung sowie der SAKD angestellt. Die Überlegungen wurden im zurückliegenden Geschäftsjahr in Abstimmung mit der Staatskanzlei und den Spitzenverbänden konkretisiert.

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis zum Jahr 2022

auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Im Zuge der Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben und in Verfolgung der vom Freistaat Sachsen verabschiedeten Strategien Masterplan digitale Verwaltung, Kommune 2025 und Sachsen Digital wurde von diesem ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, dessen Erfüllung erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Kommunalverwaltungen im übertragenen Aufgabenbereich haben wird. Daneben stellt auch die Umsetzung der Vorgaben des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (Sächsisches E-Government-Gesetz – SächsEGovG) die Kommunalverwaltungen vor erhebliche Herausforderungen, die vor allem vor dem Hintergrund der angespannten Lage der kommunalen Haushalte überwiegend nicht im Alleingang zu bewältigen sind.

Für die Umsetzung des OZG hat der Freistaat die Bereitstellung finanzieller Mittel in Aussicht gestellt.

Freistaat und Kommunen in Sachsen verfügen bislang über keine gemeinsame Strategie für den Aufbau einer optimierten IT-Betriebs- und -Service-Organisation ihrer Verwaltungen.

Aus mehreren Konsolidierungsprojekten sind auf staatlicher Seite (Staatsbetrieb SID) und auf kommunaler Seite (Lecos GmbH, KISA mit 100%-Tochter KDN GmbH, EB IT, SAKD) Strukturen entstanden, die auf jeweils spezifische Aufgaben (SAKD) oder Zielgruppen (KISA, Lecos, EBIT, SID) ausgerichtet sind.

Die bestehenden, zergliederten Betriebsstrukturen in unterschiedlichen Rechtsformen (GmbH, Zweckverband, Eigenbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts) sind personell und finanziell nicht in der Lage, notwendige Vorleistungen für alle umzusetzenden Maßnahmen im E-Government-Umfeld im Alleingang zu erfüllen und den sächsischen Kommunen möglichst einheitlich zur Verfügung zu stellen. Diese Situation verhindert aktuell eine wirtschaftliche Konsolidierung.

Der Leistungsaustausch zwischen den vorhandenen Betriebsstrukturen ist aufgrund vergabe-rechtlicher Vorgaben bisher nur sehr eingeschränkt möglich.

Um die Anforderungen bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bewältigen zu können, ist ein koordiniertes Vorgehen erforderlich mit dem Ziel, Lösungen zu schaffen, die weitgehend flächendeckend und nachhaltig nutzbar sind. Die Entwicklung zur digitalen, vernetzten Verwaltung kann nur gelingen, wenn die Standardisierung beschleunigt und weiter professionalisiert wird. Es muss vorrangig darum gehen, gemeinsame Standards und Schnittstellen sowohl für Prozesse als auch für Querschnitts- und Basisdienste wie Authentifizierung, elektronische Bezahlungsmöglichkeiten oder elektronischen Rechnungseingang zu entwickeln und für die Kommunen kostengünstig zu betreiben.

Es gibt hierzu bereits seit mehreren Jahren Überlegungen von Land und Kommunen, gemeinsam Strategien zu entwickeln und Lösungen zu schaffen. Ziel ist es, über einen digitalen Weg die Arbeit der Verwaltungen transparenter, schneller und effizienter zu gestalten. Weitere Ziele und Anforderungen an eine gemeinsame Strategie sind:

- Realisierung der nach OZG geforderten elektronischen Verwaltungsleistungen für die sächsischen Kommunen,
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des IT-Betriebs und des IT-Service,
- Konsolidierung und Professionalisierung des IT-Betriebs und in der IT-Service-Organisation,
- Standardisierung durch Vereinheitlichung von Prozessen, Technologien und der (technischen) Kommunikation.

Das Verwaltungsgericht Chemnitz hat mit Urteil vom 15. Juni 2016 gegen die Umlagebescheide 2015 gerichteten Klagen von 16 Städten, Gemeinden und Landkreisen in erster Instanz stattgegeben und die Umlagebescheide 2015 für rechtswidrig erklärt. Dem durch die betreuende Anwaltskanzlei gestellten Antrag auf Zulassung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile des Verwaltungsgerichtes Chemnitz wurde mit Beschlüssen vom 30. November 2018 des Sächsischen Obergerichtes Leipzig stattgegeben. Die Einreichung der Schriftsätze zur Berufung erfolgte am 21. Februar 2019. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung ist das Verfahren weiterhin anhängig.

Investitionen 2018

	Plan 2018	Ist 2018
	T€	T€
Outsourcing LK Leipzig	270	222,53
Outsourcing Dahlen	7,2	-
Outsourcing Groitzsch	7,2	6,56
Outsourcing Niesky	11,5	0,20
Outsourcing Reichenbach	19	-
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	60	30,00
Outsourcing Zwenkau	18,8	3,30
Outsourcing Leisnig	22	1,01
Outsourcing Borsdorf	5,2	43,20
Outsourcing Großpösna	0	0,10
Outsourcing Böhlen	86,2	50,80
Outsourcing Kabelsketal	21	3,20
Outsourcing Crimmitschau	87,5	73,90
Outsourcing Bannewitz	0	30,90
Outsourcing Neukunde	50	16,30
Summe IT-Outsourcing	665,6	482,00
Systemtechnik KISA intern	90	27,00
Geschäftsstellen KISA	85	7,40
Geschäftsführung	5	1,30
Back.up	9	-
KIN-S	11	-
ReportPortal	7,1	-
Marketing und Vertrieb	0	2,60
Sonstiges und neue Projekte	127,3	122,40
Summe Sonstiges	334,4	160,70
Gesamt	1.000,0	642,70
	übrige Investmittel	357,30

Im Vergleich der geplanten und durchgeführten Investitionen 2018 wird festgestellt, dass neben den geplanten Investitionen auch Investitionen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2017 nicht komplett umgesetzt werden konnten, getätigt wurden. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Mitteln des Rest Investitionskredites 2017 (195 T€) und dem 2018 aufgenommenen Kredit (1.000 T€). Zum Ende des Jahres waren noch 357,3 T€ der geplanten Investitionsmittel nicht verbraucht und werden in das Jahr 2019 übertragen. Migrationsbedingte zusätzliche Aufwendungen und Personalmangel machen die vollständige Umsetzungen erst im Jahr 2019 möglich.

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2018 T€	Erlöse 2017 T€	Abweichungen T€	
Finanzwesen	4.232	6.175	-1.943	-31%
Bürgerservice und Personalwesen	7.856	7.852	4	0%
IT-Service	2.147	2.166	-19	-1%
Organisationsberatung	130	153	-23	-15%
Kurier / Verwaltung / Warenkorb	522	222	300	135%
Summe	14.887	16.568	-1.681	-10,1%

Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich der laufende Umsatz um 1.681 T€. Der Minderumsatz ist hauptsächlich begründet durch Kündigung des Vertrages KM-D mit der Stadt Leipzig gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 21.09.2018 (Umsatz Vorjahr: 2.073 T€) sowie fehlender einmaliger Umsätze resultierend aus der Durchführung von Wahlen (500 T€) im Jahr 2017.

Im Wirtschaftsplan 2018 wurde ein Umsatz von 17.090 T€ geplant. Hauptursache für die Planabweichung sind die fehlenden Umsätze aus dem gekündigten Vertrag den KM-D mit der Stadt Leipzig und geringere Materialverkäufe. In den einzelnen Produkten wurden alle Planziele inkl. der Vertriebsziele vollumfänglich erreicht. Dies gilt es auch 2019 fortzusetzen.

Personalentwicklung

	Stand 31.12.2017	Zugang 2018	Abgang 2018	Stand 31.12.2018
Vollzeit-Mitarbeiter	73	12	9	76
Teilzeit-Mitarbeiter	16	4	4	16
Geringfügig Beschäftigte	0	4	1	3
Altersteilzeit Arbeitsphase	0	0	0	0
Altersteilzeit Freizeitphase	0	0	0	0
Auszubildende	3	1	1	3
BA-Studenten	0	0	0	0
Gesamt	92	21	15	98

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalbestand im Jahr 2018 ausgebaut werden. Personalabgänge sind hauptsächlich im Erreichen der Altersgrenze begründet. Die Nachbesetzung der Stellen wurde im Vorfeld jeweils geprüft.

Personalaufwendungen

	2018 T€	2017 T€	Abweichung T€	
Gehälter / Brutto	4.591	4.276	315	7%
Aufstockungszulage ATZ	-	4	-4	-100%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	22	20	2	10%
Gesetzlicher Sozialaufwand	856	823	33	4%
Zusatzversorgung	164	141	23	16%
Aufwendungen Altersvorsorge	53	5	48	960%
Summe	5.686	5.269	417	8%

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 38 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 32 %). Aufgrund der teilweisen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquaten Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 558 T€ (Vorjahr 2.498 T€). Im Wirtschaftsjahr 2018 erfolgte keine Erhebung von Umlagen (Vorjahr 1.000 T€).

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- Fortführung der Umsetzung kostendeckender Preise
- Realisierung aller Vertriebsziele in allen Produkten
- Geringere Personalaufwendungen aufgrund nichtbesetzter Stellen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- Geringere Abschreibung aufgrund zeitlicher Verschiebung der Investitionen

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Weiterhin wurde im Jahr 2017 der Kontakt zu unseren Kunden durch unsere regionalen Kundenbetreuer verstärkt aufgenommen und im Jahr 2018 weiter ausgebaut.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

Ertragslage

	2018	2017	Veränderung		Plan	2018
	T€	T€	T€		T€	Abweichg. T€
Umsatzerlöse	14.887	16.567	-1.680	-10%	17.090	-2.203
Bestandsveränderungen	70	-	-70	-	-	-70
Sonst.betriebl.Erträge	317	1.352	-	-77%	50	267
Gesamtleistungen	15.134	17.919	-	-16%	17.140	-2.006
Materialaufwand	6.339	8.298	-	-24%	8.537	-2.198
Personalaufwand	5.686	5.269	417	8%	6.236	-550
Abschreibungen	594	978	-384	-39%	799	-205
Sonst.betriebl.Aufwand	907	811	96	12%	1.410	-503
Betriebsergebnis	1.608	2.563	-955	-37%	158	1.450
Zinsaufwand	992	61	931	1526%	15	977
Finanzergebnis	-992	-61	-931	1526%	-15	-977
Steuern	58	4	54	1350%	7	51
Jahresergebnis	558	2.498	-	-78%	136	422

Bezüglich der Erläuterung der Veränderung in den Umsatzerlösen wird auf die Ausführungen unter dem Punkt „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Der Rückgang in den Sonstigen betrieblichen Erträge ist hauptsächlich aus der Umlageerhebung 2017 (1.000 T€) begründet.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2018 gesunken. Hauptgrund ist der Wegfall von Aufwendungen im Zusammenhang mit dem gekündigten Vertrag KM-D mit der Stadt Leipzig. Die Materialaufwandsquote beträgt 43 % (Vorjahr 50 %).

Im Vergleich zum Plan ist der Materialaufwand ebenfalls geringer. Neben dem Effekt aus der Kündigung des Vertrages KM-D mit der Stadt Leipzig (s. o.) , ist dies darin begründet, dass die geplanten Preiserhöhungen unserer Lieferanten nicht vollständig eingetreten sind und die geplanten Puffer für die Leasingaufwendungen nicht benötigt wurden. Im Gegenzug dazu, liegen Mehraufwendungen für die Nutzung der Rechenzentrumsleistungen vor, welche in der Erhöhung der Fallzahlen durch die Erreichung der Vertriebsziele begründet sind.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 417 T€ (+8 %) höher aus. Neben einem Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter wirkten Tarifsteigerungen und die Umsetzung der neuen Entgeltordnung aufwandssteigernd. Die Personalaufwandsquote beträgt 38 % (Vorjahr 32 %). Die Erhöhung der Personalaufwandsquote spiegelt den Ausbau der Beratungs- und Dienstleistungen gegenüber den Kunden wieder.

Gegenüber dem Plan fiel der Personalaufwand geringer aus. Grund ist, dass nicht alle geplanten Stellen zu 100% besetzt waren. Weiterhin fielen aufgrund Erziehungszeit und Langzeiterkrankungen die Personalaufwendungen geringer aus.

Die Abschreibungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 384 T€. Grund ist der Ablauf der Nutzungsdauer von Altanlagegütern und die zeitliche Verzögerung von geplanten Investitionen im Jahr 2017 und im Jahr 2018. Im Vergleich zum Plan fielen die Abschreibungen ebenfalls geringer aus. Grund hierfür sind die zeitlichen Verschiebungen der Investitionen des Vorjahres und des Wirtschaftsjahres 2018.

Der sonstige betriebliche Aufwand nahm im Vergleich zum Vorjahr um 97 T€ zu. Dies ist hauptsächlich in höheren Fortbildungsaufwendungen und Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten begründet.

Insgesamt liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter der Planung 2018. Dies ist mit nicht erfolgten Preisanpassungen der Lieferanten und weiterhin strikten Einsparungen zu erklären. Weiterhin wurden nicht alle geplanten Mittel für Fortbildungen verbraucht. Weiterhin wurden die geplanten Wartungs- und Pflegeaufwendungen für die neue Software ERP/CRM aufgrund der zeitlichen Verschiebung auf den 1. Januar 2019 nicht benötigt.

Der Anstieg des Zinsaufwandes resultiert aus der erfolgten Zuführung zu einer Rückstellung für Zinszahlungen in Höhe von 937 im Zusammenhang mit dem anhängigen Berufungsverfahren bezüglich der Rechtswidrigkeit der Umlagebescheide 2015.

Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Erstmals seit Jahren konnten alle Vertriebsziele erreicht werden. Parallel dazu wurden weiterhin alle möglichen Einsparungen realisiert. Trotz dem Einsparungsgedanken sollten in den nächsten Jahren aber insbesondere die Mittel für Fortbildungsmaßnahmen sinnvoll und vollständig eingesetzt werden. Es bleibt weiterhin die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die IT-Strategie unter kostendeckenden Preisen fortzuentwickeln und den technischen Fortschritt, die Weiterentwicklung der IT in den Kommunen mit zu gestalten sowie die Kunden von den Einsparungsmöglichkeiten durch die konsequente Nutzung moderner IT-Systeme zu überzeugen. Die Erkennung des Bedarfs in den Kommunen und dessen vollständige Deckung müssen im Fokus der nächsten Jahre liegen.

Vermögensstruktur

	2018 T€	2017 T€	Veränderun- gen T€	
Immaterielle Vermögensgegen- stände	142	124	18	15%
Sachanlagen	1.020	991	29	3%
Finanzanlagen	227	227	-	0%
Anlagevermögen	1.389	1.342	47	4%
Vorräte	7	73	-66	-90%
Forderungen	1.067	1.025	42	4%
liquide Mittel	5.286	3.716	1.570	42%
Umlaufvermögen	6.360	4.814	1.546	32%
Rechnungsabgrenzungsposten	18	22	-4	-18%
Bilanzsumme	7.767	6.178	1.589	26%

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen 2018 643 T€ dem stehen Abschreibungen in Höhe von 594 T€ entgegen. Die Anlagenintensität beträgt 18 % (Vorjahr 22 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr vor allem durch die Erhöhung der liquiden Mittel durch die Erzielung positiver Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht. Hauptursache hierfür ist der deutliche höhere Liquiditätsbestand.

Kapitalstruktur

	2018 T€	2017 T€	Veränderun- gen T€	
Eigenkapital	1.467	909	558	61%
Rückstellungen	3.215	2.166	1.049	48%
Darlehensverbindlichkeiten	1.996	1.855	141	8%
sonstige Verbindlichkeiten	1.089	1.248	-159	-13%
Verbindlichkeiten	3.085	3.103	-18	-1%
Bilanzsumme	7.767	6.178	1.589	26%

Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2018 19 % (Vorjahr 15 %) und die Fremdkapitalquote 81 % (Vorjahr 85 %). Damit konnte die Eigenkapitalquote im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte erhöht werden.

Die Erhöhung der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus der notwendigen Erhöhung der Pensionsrückstellung und der Erhöhung der sonstigen Rückstellungen, u. a. für Personal, Nachlizensierungen und Zinsen.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2018 mit 380 T€, der Investitionskredit von 2015 mit 175 T€, der Investitionskredit von 2016 mit 110 T€ und der Investitionskredit von 2017 mit 185 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2018 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 1.000 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung im September 2018.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten begründet sich hauptsächlich aus rückläufigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung	2018 T€	2017 T€	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	558	2.498	-1.940
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	594	978	-384
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	1.049	-325	1.374
- / +	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1		1
- / +	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	28	-191	219
+ / -	Zunahme / Abnahme Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-159	138	-297
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf. Geschäftstätigkeit	2.071	3.098	-1.027
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermögens	1	-	1
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	-527	-851	324
+	Einzahlungen aus Abgängen des immaterielle Anlagevermögens	-	3	-3
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-116	-29	-87
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-642	-877	235
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	1.000	740	260
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	-859	-610	-249
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	141	130	11
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	1.570	2.351	-781
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.716	1.365	2.351
=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	5.286	3.716	1.570

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Beteiligungen

KISA hält zwei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€. Weiterhin bestehen Genossenschaftsanteile in Höhe von 5 T€ an der Firma ProVitako e. V. Es erfolgten in 2018 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen. Die Lecos GmbH schloss das Jahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 38 T€, die KDN GmbH mit 0 T€ und die ProVitako e. G. mit einem Jahresüberschuss von 178 T€ ab.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen EntwicklungChancen- und Risikobericht

Um den Verband zu konsolidieren, wurde im Jahr 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept aufgestellt und durch die Verbandsversammlung beschlossen. Weiterhin wurde die Stelle des Fachbediensteten für das Finanzwesen besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten. Parallel dazu erfolgte die Neustrukturierung der kompletten Aufbauorganisation.

Das beschlossene und im Jahr 2017 abgeschlossene Haushaltsstrukturkonzept legte die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Konzept

genannten Maßnahmen, haben sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragslage deutlich verbessert. Die Verbesserung konnte in den Folgejahren fortgesetzt werden. Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, ließ sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen. Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen. Mit dem Jahresabschluss 2017 konnte dessen vollständiger Ausgleich erfolgen.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 T€. In den Jahren 2016 und 2017 wurden nochmal 2.000 T€ und 1.000 T€ erhoben. Im Wirtschaftsjahre 2018 konnte vollständig auf die Erhebung einer Umlage verzichtet werden.

Für unseren Verband ergeben sich derzeit folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Computerkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.
- Stillstand aufgrund zu hoher Einsparungen, insbesondere im Bereich der Fortbildung
- Folgen aus dem laufenden Berufungsverfahren und dem Normenkontrollverfahren

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;
- unser Produktportfolio, sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- den Aufbau und Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Kunden mit einer zukünftigen Anbindung an ein eArchiv in Sachsen
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz sowie im Lizenzmanagement
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder
- das Anbieten eines fortschrittlichen und komfortablen CMS

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Wesentlichen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind

dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen.

Dem gegenübersteht selbstverständlich der Ausbau der definierte Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das IT-Outsourcing, das CMS, das Dokumentenmanagementsystem und die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement zählen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Prognosebericht

In der Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltigen Geschäftsentwicklung weiterhin beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2019 sein:

- Durchführung eines Kundenforums am 13. Februar 2019
- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Umstrukturierung des Service Desk
- Fortführung der Migration vom KM-V auf die IFR-Veranlagung
- Ausbau der Nutzung von Zusatzmodulen und Fachschalen für das Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa, für das Einwohnermeldewesen MESO, für das Personalwesen LOGA und für das Dokumentmanagementsystem VIS
- Ausbau und Entwicklungen von Schnittstellen für die Fachanwendungen zum VIS
- Entwicklung, Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement
- Produktivsetzung der Schnittstelle zwischen Einwohnerwesen und Gewerbe
- Start der elektronischen Sammelakte im Personenstandswesen AutiSta
- Etablierung eines digitalen Bürgeraccounts und Antragsmanagements in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren
- Entwicklung von standardisierten Dienstleistungen durch Beratung und Hardware-Rollout für die Schulträger in Sachsen
- Erstellung eines detaillierten Fortbildungskonzepts

Neben den genannten Maßnahmen wird die KISA im Laufe des Jahres 2019 beginnen, als präferierter Partner für alle Fragen rund um die Entwicklung der kommunalen IT und der digitalen Verwaltung sowohl dem Land als auch seinen Mitgliedern vollumfänglich zur Verfügung zu stehen.

Das Controlling und die entwickelte IT-Strategie werden in den Folgejahren weiterentwickelt und ausgebaut.

Für das Jahr 2019 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 12. November 2018 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt.

Die Haushaltssatzung 2019 sieht einen Jahresüberschuss von 115 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen

für Investitionen in Höhe von 2.733 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember 2019 wurde mit 4.001 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist damit ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Insgesamt wird ein deutlicher Anstieg der Umsatzerlöse von ca. 20 % sowie ein korrespondierender Anstieg der Materialaufwendungen prognostiziert. Bei der Entwicklung der Personalaufwendungen wird ebenfalls eine deutliche Steigerung erwartet. Dies ist begründet durch den vorgesehenen Mitarbeiteraufbau im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung unserer Dienstleistungsangebote, insbesondere für Datenschutz, Antragsmanagement und Schulen sowie durch wirkende Tarifsteigerungen in 2019.

Aktuell liegen keine Angaben vor, dass die Planwerte der Haushaltssatzung 2019 nicht erreicht oder wesentlich überschritten werden.

Leipzig, am 18. April 2019

Ralf Rother
Verbandsvorsitzender

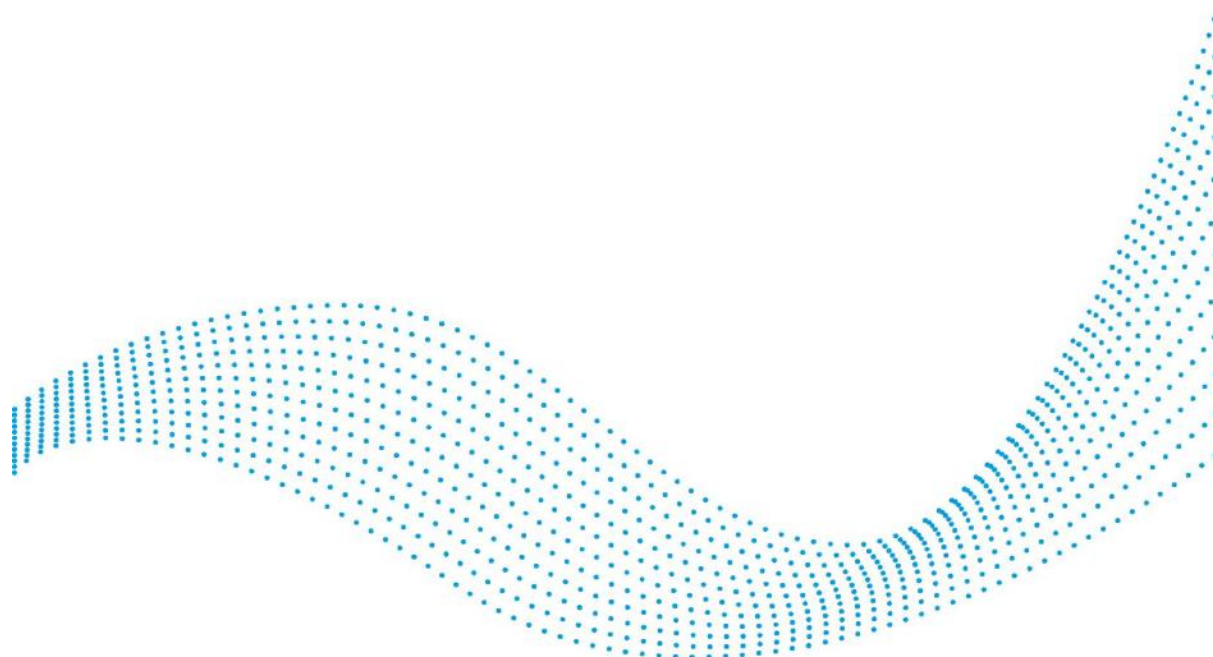
Andreas Bitter
Geschäftsführer



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen · KISA

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2018



Dokument:	Beteiligungsbericht 2018
Version:	1.0
Letzte Änderung:	2019-05-10
Bearbeiter:	Nadine Ulrich

Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH).....	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe.....	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	9
3.2	Lecos GmbH	14
3.2.1	Beteiligungsübersicht	14
3.2.2	Finanzbeziehungen	14
3.2.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	14
3.3	ProVitako eG.....	23
3.3.1	Beteiligungsübersicht	23
3.3.2	Finanzbeziehungen	23
3.3.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	23
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2018	25

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2018 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 23.05.2019



Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:

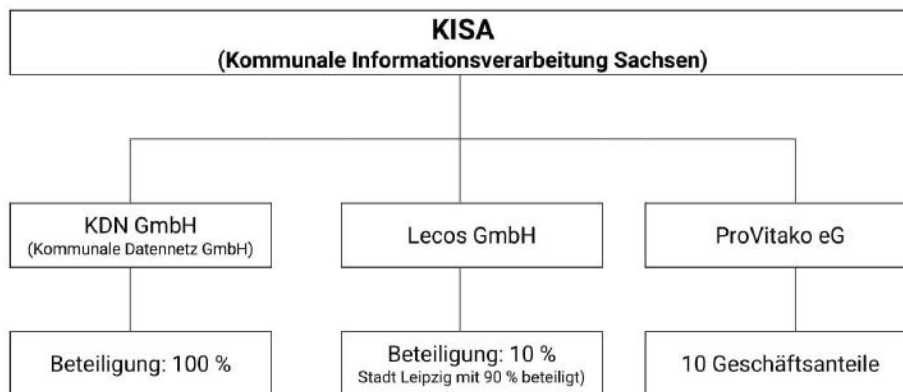


Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

Eine Veränderung der Beteiligungen zum Vorjahr 2017 liegt nicht vor.

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue	Vorsitzender
Herr André Jacob, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreter
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Dr. Christian Aegerter, Amtsleiter Hauptamt der Stadt Leipzig	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: WSR Cintinus Audit GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 4 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2016 in T€	Ist 2017 in T€	Ist 2018 in T€	Plan 2018 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	2	1	4	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	616	776	742	
aktiver RAP	-	-	-	
Summe Aktiva	618	777	747	
Eigenkapital+ Sonderposten		61	64	
Rückstellungen		20	43	
Verbindlichkeiten		696	640	
passiver RAP		-	-	

Seite 7 von 32

Summe Passiva	619	777	747	
Gewinn-und Verlustrechnung:				
Umsatz	657	552	509	282
sonstige Erträge	2.674	3.276	3.334	5.952
Materialaufwand	2.597	3.003	2.992	4.748
Personalaufwand	165	181	187	197
Abschreibungen	1	1	1	60
sonst. Aufwand	567	642	663	1.229
Zinsen / Steuern	1	1	0	0
<u>Ergebnis</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Sonstige:				
Zugang Investitionen	0	0	3	4
Mitarbeiter	3	3	4	4

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Plan 2018
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	0%	1%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	10%	8%	8%	
Fremdkapitalquote	90%	92%	92%	
Liquidität				
Liquidität	114%	111%	116%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	219	184	127	70
Arbeitsproduktivität	4	3	3	1

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2018 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Die KDN Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) wirkt sich die gute wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik auch auf die Kommunalfinanzen aus. Das zeigt die am 15. August 2018 veröffentlichte aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände.

Zitat: „Im Durchschnitt stehen die kommunalen Haushalte derzeit gut da. Allerdings ist diese positive Momentaufnahme verschiedenen Sonderfaktoren geschuldet, die alle nicht von Dauer sein werden. Die derzeitige Situation und die guten Aussichten sind ausschließlich einer sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet und verschiedenen Bundeshilfen. Die kommunale Ebene vermag zwar derzeit Überschüsse zu erwirtschaften, krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunalfinanzen allerdings noch lange nicht.“

Anlässlich der Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein und Bürgermeister Uwe Brandl, Abensberg: „Schuldenabbau und Investitionen müssen jetzt Vorrang haben. Denn - das zeigt jede Erfahrung - eine gute wirtschaftliche Entwicklung dauert nicht ewig an. Daran sollten Bund und Länder denken, trotz der positiven Entwicklung bei den öffentlichen Haushalten. Eine Diskussion über höhere Leistungen, etwa im Sozialbereich ist nur dann zu verantworten, wenn klar benannt und geregelt wird, wie diese in wirtschaftlich schlechteren Zeiten noch finanziert werden können.“

Im Ergebnis rechnet die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für das laufende Jahr mit einem Überschuss von 7,6 Milliarden Euro. In den Folgejahren sind Finanzierungsüberschüsse zwischen 5 und 6 Milliarden Euro zu erwarten. Gleichwohl sind die Unterschiede in der Finanzkraft von Kommune zu Kommune immer noch sehr groß.

Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für die Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Erklärtes Ziel ist ein Umbau des KDN III zu einem reinen Glasfasernetz mit hoher Skalierbarkeit.

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Absicherung des neuen KDN III deutlich erhöht. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des sächsischen Finanzausgleichsgesetzes (SächsFAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Finanzierung im Zeitraum des KDN III

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2018 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen 509.173,62 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2018 einschließlich Investitionen beliefen sich auf 3.332.268,49 EUR. Das Geschäftsergebnis 2018 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2022 30,5 Mio. EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2022 bis März 2025 weitere 16,904 Mio. EUR als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10% zu tragen.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Die sicherheitshalber aus dem Vorjahr übertragenen restlichen Mittel für Beratungsleistungen im Jahr 2018 in Höhe von 42 TEUR wurden nur noch in geringem Umfang benötigt, um die Migration Mitte des Jahres erfolgreich abschließen zu können.

Die für das Geschäftsjahr 2018 geplanten Umsätze konnten von 282 TEUR auf 509 TEUR gesteigert werden. Dies liegt einerseits darin begründet, dass sich die Migrationsphase ins KDN III bis August 2018 verlängert hat und somit kostenpflichtige, alte Anschlüsse länger genutzt wurden. Andererseits haben die höheren Bandbreiten im KDN III bewirkt, dass einige Kommunen ihr Netz auf das KDN III umgestellt und zusätzliche kostenpflichtige Anschlüsse für ihre Außenstellen beauftragt haben.

Geschäftstätigkeit für den Netzbetrieb im KDN II

Seit August 2018 befindet sich das KDN III im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN III wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde auf Grund der höheren Bandbreiten deutlich ausgebaut.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu und wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN III dafür sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN III ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde.

Ab August 2018 arbeitete die KDN GmbH intensiv an der Einführung der neuen UC/VoIP-Lösung für die Kommunen.

Geschäftstätigkeit für die Migration zum KDN III

Wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit war im Jahr 2018 die Migration des Netzes ins KDN III. Die Tätigkeiten für die Migration beanspruchten die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße.

Das neue SVN 2.0/KDN III besteht aus folgenden Losen:

1. SINI – SVN integrierte Netzinfrastruktur
2. SIDI – SVN integrierte Dienstinfrastruktur
3. SIMA – SVN integrierte Mobilfunkanbindung
4. SITA – SVN integrierte Telefonanbindung
5. SIRIA – SVN integrierte redundante Internetanbindung

Die KDN GmbH ist mit dem KDN III an den Losen 1, 2 und 4 als eigenständiger Vertragspartner beteiligt.

Die Migration des Netzes (SINI) startete verspätet und verlief schleppend. Die Probleme resultierten in der Regel aus Abstimmungsproblemen im T-Systems-Konzern. Die T-Systems konnte den Meilenstein „Migrationsabschluss“ SINI zum 31. Mai 2018 nicht einhalten. Die Migration wurde erst am 9. August 2018 beendet. Entsprechende Vertragsstrafen wurden seitens der KDN GmbH gegenüber T-Systems geltend gemacht.

Die Migration der Dienste (SIDI) wurde unter Vorbehalt von Nachbesserungen zu 31. Mai 2018 abgenommen.

Erstmalig werden im KDN III auch Sprachdienstleistungen (Voice over IP - VoIP) für die Kommunen angeboten.

Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN III

Seit August 2018 befindet sich das KDN III im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN III wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde auf Grund der höheren Bandbreiten deutlich ausgebaut.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu und wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN III dafür sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN III ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde.

Ab August 2018 arbeitete die KDN GmbH intensiv an der Einführung der neuen UC/VoIP-Lösung für die Kommunen.

Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2019 und Folgejahre

Das Jahr 2019 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der Einführung neuer Dienste wie UC/VoIP und MDM/EMM geprägt sein.

Auf Grund des in den Verhandlungen zum KDN III erzielten Ergebnisses und der damit deutlich erhöhten Attraktivität des KDN III (schneller, sicherer, leistungsfähiger) wird es in der zukünftigen Entwicklung gelingen, auch die meisten der bisherigen Zweifler von den Nutzungsmöglichkeiten des Netzes zu überzeugen und das Netz nahezu flächendeckend auszurollen. Eine erhebliche Zahl von Neukunden schon im Jahr 2018 lässt eine Fortsetzung des Trends erwarten.

Die gemäß SächsEGovG vorgeschriebene Nutzung des KDN III zur Übermittlung von Daten zwischen Behörden wird ein Übriges tun, um Flächendeckung zu erreichen. Dies setzt aber voraus, dass die Kommunalaufsichtsbehörden auf gesetzeskonformes Handeln der Kommunen einwirken.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr 2019 eine weitere Stelle im Netzwerkmanagement geplant.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das sächsische Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier ist jedoch zu beachten, dass die bereitgestellten, FAG-finanzierten Basisbandbreiten im Rahmen des KDN III zusätzliche Leitungsanbindungen obsolet machen und sich dies auf die eigenen Erträge der Gesellschaft auswirken wird.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2019 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten wie UC oder MDM/EMM sehr erschwert bzw. bei Letztgenanntem nahezu unmöglich macht.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der VoIP-Bereitstellung, MDM/EMM-Diensten und der weiteren Flächendeckung sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2018

Der Dienst UC/VoIP wurde von der Pilotierung in den Regelbetrieb überführt.

Des Weiteren wurde mit der Umsetzung der geplanten Endausbaustufe im KDN III begonnen, das heißt, dass die auf Kupfer basierenden EthernetConnect-Verbindungen mit einer Bandbreite von 10 Mbit/s (EC 10) auf Glasfaseranbindungen EC 50 bzw. EC 100 umgerüstet werden. In den Gebieten mit erfolgtem Glasfaserausbau wurden bereits die ersten Kunden erfolgreich umgestellt.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

Der Tätigkeitsumfang des vom Gesellschafter abgeordneten Geschäftsführers wurde auf Grund der abgeschlossenen Migration ab dem vierten Quartal 2018 von 3 auf 2 Tage in der Woche reduziert.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2018 einen Anteil von 10%.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

<i>Name:</i>	Lecos GmbH
<i>Anschrift:</i>	Prager Str. 8 04103 Leipzig
<i>Telefon:</i>	0341 2538 0
<i>Internet</i>	www.lecos-gmbh.de
<i>Rechtsform:</i>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<i>Gesellschafter:</i>	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
<i>Stammkapital:</i>	200.000 EUR
<i>Anteil KISA:</i>	20.000 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2018 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich, ebenso wie die gesamtwirtschaftliche Konjunktur positiv entwickelt. Daher bestimmten auch in 2018 weiterhin vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den gesamtwirtschaftlichen Verlauf der IT-Branche. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit sowie den gesetzlichen Anforderungen, zum Beispiel aus dem Onlinezugangsgesetz und der Schaffung von Bürgerkonten, ist eine effektive und effiziente IT im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns. Sie muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der Anforderungen und Vernetzung von Daten, insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei die Digitalisierung der Verwaltungen, vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber, kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

Die im Geschäftsjahr 2018 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese im Wesentlichen umgesetzt werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Stadt Leipzig berücksichtigt. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen des Cloud-Computing sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich begonnen und vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig und dem Theater der jungen Welt gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig den IT-Vollservice konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen. Dieses Modell sowie die weiteren Erfahrungen mit den Kulturhäusern der Stadt Leipzig stellen auch die Grundlage für die Erweiterung auf die Oper Leipzig und das Schauspiel Leipzig dar, welche ab 2019 mit dem Gewandhaus zu Leipzig und dem Theater der jungen Welt in einer gemeinsamen Kulturdomäne in der Stadt Leipzig gebündelt werden. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2018 konstant weiter betrieben werden. Die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2019 ff. wurden gelegt. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen im Vordergrund.

Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis. Wir verweisen dazu auf die Ertragslage im Abschnitt 3.1 und Abschnitt 3.3 des Lageberichts.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele. Sie sind für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2018

Bis 2015 bestand für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Die Option für weitere fünf Jahre ab 01.01.2016 wurde bereits in dem Betriebsleistungsvertrag inkludiert und vereinbart. Diese Option wurde umgesetzt, wodurch eine weitere Vertragssicherheit bis 31.12.2020 besteht.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2018 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem konsequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig.

Besonders hervorzuheben sind die begonnenen Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und somit der weitere Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement sowie die Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiterverfolgt. Hier ist insbesondere auf die Kontinuität mit dem Gewandhaus zu Leipzig sowie die Integration der TK-Anlage der Stadtreinigung in den zentralen TK-Anlagenverbund zu verweisen.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2018 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. die Einführung des Personalwesens bzw. die Bereitstellung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems konnten in 2018 noch nicht begonnen werden.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH das Sächsischen Melderegister (SMR) im Jahr 2018 weiterhin stabil betreiben und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2018:

- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden. Das Ämterframework wird als Lecos-

Framework Produkt weiterentwickelt und soll ab 2019 ff. auch Dritten angeboten werden.

- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus begonnen und um die Schulkabinette erweitert.
- Es wurde die Infrastruktur einer Schule, inkl. Netzwerk, WLAN, Breitbandanbindung, Gebäudeleittechnik etc., in Form einer Musterschule umgesetzt und dient als Grundlage für die kontinuierliche Erneuerung der Infrastruktur in Bestandsschulen sowie in Neubauprojekten.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio 2019 ff. weiter vorangetrieben und mit aktiven Vertriebsmaßnahmen untersetzt.
- Im Jahr 2018 wurden zwölf Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für elf Ausschreibungen erteilt. Wobei der Zuschlag zu einer Ausschreibung aus 2017 auf eine öffentliche Ausschreibung am 31.01.2018 erteilt wurde und eine öffentliche Ausschreibung des Jahres 2018 aufgrund fehlender Angebote aufgehoben werden musste. Die insgesamt zwölf Ausschreibungen des Jahres 2018 gliedern sich in vier offene Verfahren (EU-weit) und acht öffentliche Ausschreibungen (national).
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2018 erfolgreich weiterentwickelt und deutschlandweit vertrieben werden. KIVAN konnte 2018 vor dem Hintergrund der Funktionen und Module zum Technologieführer auf dem Markt entwickelt werden.

Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.

- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf Win10 konnte 2018 erfolgreich vorangetrieben werden.
- Es erfolgte auch 2018 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden.
- Mit dem Projekt zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2018 ein Meilenstein zum Ausbau des Geschäftsfeldes erreicht werden. Die Produktivsetzung und der weitere Ausbau werden 2019 ff konsequent vorangetrieben. Mit der SAH gGmbH konnte der erste Kunde mit kompletten Service im Personalmanagement produktiv übernommen werden.
- Mit der Bestätigung des Konzeptes zum Aufbau einer „Digitalen Werkstatt“ mit der Stadt Leipzig wurde die Grundlage für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. Dieses Konzept wird 2019 ff. umgesetzt, um kurzfristig Lösungen für die Verwaltung und deren Kunden entwickeln zu können.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandsvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.

- Im Jahr 2018 konnte das Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundsatz erfolgreich durchgeführt werden. Im Jahr 2019 ff. wird die Umstellung auf den neuen Grundsatz erfolgen.

Das Geschäftsjahr 2018 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen der konsequenten Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden. Im Jahr 2018 ff. wurde die Weiterentwicklung der Lecos GmbH in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess vorangetrieben. Dabei wird auch weiterhin der Fokus auf neue agile Methoden gesetzt. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da auch die Kunden der Lecos GmbH den Weg zu verändernden Vorgehensmodellen beschreiten und sich somit die Anforderungen an die Lecos verändern.

- Die seit 2013 geänderte Finanzierungsstrategie der Lecos GmbH, d.h. Finanzierung langfristiger Investitionen, wird konsequent weiterverfolgt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.
- Im Jahr 2018 wurde das strategische Unternehmenskonzept kontinuierlich geprüft und weiterentwickelt und im Aufsichtsrat kommuniziert. Im Jahr 2019 wird der Aufsichtsrat über die Umsetzung informiert. Ziel ist dabei die dauerhafte Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolges, was auch durch den Aufbau eines Vertriebes für ausgewählte Produkte bekräftigt werden soll.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2018 TEUR 24.306 und lag damit um TEUR 2.220 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2017 (TEUR 22.086). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Material-, Personal-, Abschreibungs- und Zinsaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 48 (VJ: TEUR 38).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Basisinfrastruktur (12,58 % vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (18,13 % vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen (58,63 % vom Jahresumsatz)
- Rechenzentrumsdienstleistungen (2,29 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation (3,32 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (2,14 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (2,91 % vom Jahresumsatz).

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 85,8 % und 8,9 % mit der KISA. Die verbleibenden 5,3 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der

Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 187 (VJ: TEUR 177) und liegt über dem Plan für 2018.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen TEUR 407
- Erträge aus der Produktfinanzierung Digitalisierung über Leasing TEUR 235
- Erträge aus der Durchführung Major Cities of Europe TEUR 64
- Erträge aus Fördermitteln Projekt LEDS TEUR 18.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2018 weist einen Anstieg des Anlagevermögens aus. Hauptursache dafür ist die Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2018 TEUR 4.667.

Schwerpunkte waren auch 2018 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll Out in der Stadt Leipzig und insbesondere den Schulkabinetten.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahmen konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2018 gesichert werden.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen, u.a. für Personalaufwendungen, Vertragsrisiken sowie Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen.

Liquide Mittel in Höhe von TEUR 131 sind zum 31.12.2018 auf Festgeldkonten mit einer Laufzeit bis 28. August 2019 als Sicherheiten hinterlegt. Zudem sind vor allem stichtagsbedingt die Forderungen um TEUR 1.191 angestiegen, insbesondere die Forderungen gegen Gesellschafter.

Im Berichtsjahr sind bei der DKB Deutsche Kreditbank AG, Berlin, drei Darlehen über einen Nominalbetrag von insgesamt TEUR 2.400 aufgenommen worden. Darüber hinaus besteht ein Universalvertrag für Geschäftskredite mit der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, Leipzig, über insgesamt TEUR 2.400, datierend vom 24. Januar/7. Februar 2018. Die Kreditlinien waren zum 31. Dezember 2018 voll in Anspruch genommen.

Der Kontokorrentkredit in Höhe von TEUR 700 bei der Deutschen Kreditbank AG steht weiterhin zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfügt über eine geordnete Vermögens-, Finanz und Ertragslage.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3. genannten teilweise hohen Forderungen gegenüber den Kunden zum Bilanzstichtag sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbv) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen, die auch 2018 umgesetzt wurden.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, dem Gewandhaus zu Leipzig sowie der SAKD eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr. Das Risiko kann somit als gering eingeschätzt werden.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschafterumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government bzw. der Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische

Seite 20 von 32

Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Verwaltung mit einer steigenden Nachfrage für das Jahr 2019 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2019 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2019 ff abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für die Digitalisierung der Verwaltung,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2019 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig, Stadtkonzern) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Die Lecos GmbH hat 2018 mit der Verhandlung zur Verlängerung des Betriebsleistungsvertrages mit der Stadt Leipzig begonnen. Ein wesentliches Ziel ist dabei die Verlängerung der Laufzeit auf 20 Jahre. Der Vertragsabschluss soll im Jahr 2019 mit der Stadt Leipzig erfolgen.

Zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in Sachsen ist die Lecos GmbH in den Verhandlungen zur Gründung einer sächsischen öffentlichen Gemeinschaftsunternehmens involviert. Ziel

ist 2019 die Gründung einer öffentlichen IT-Gesellschaft, wodurch die Lecos GmbH als Mitgesellschafter weitere Dienstleistungen in der Entwicklung von Anwendungen sowie dem Betrieb erwirtschaften kann.

Mit der Ankündigung des Digitalpaktes besteht darüber hinaus die Möglichkeit, dass sich das bereits bestehende Geschäftsfeld der Schulen in einer deutlich höheren Geschwindigkeit erweitern kann. Dies bezieht sich auf die Bereitstellung und den Betrieb der Infrastrukturen sowie die Endgeräteausstattung.

Für das Geschäftsjahr 2019 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 3.300 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2019 von einem Umsatzvolumen von TEUR 25.650, einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 177 und liquiden Mittel von TEUR 1.940 aus.

Bereits durch aktuell bestehende und laufende Serviceverträge und geplante Aufträge soll in 2019 ein Umsatz von EUR 24,1 Mio. erwirtschaftet werden. Darüber hinaus ist geplant, mit derzeit noch nicht den Gesellschaftern oder Drittkunden zuordenbaren Planumsätzen Erlöse in Höhe von EUR 1,5 Mio. zu generieren.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	www.provitako.de
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Stammkapital:	190.500 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €.

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

3.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2018 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Geschäftsverlauf 2018

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Die IT-Branche hat sich auch im vergangenen Jahr der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entsprechend entwickelt. Im Bereich der kommunalen IT führte die weiterhin schlechte Haushaltssituation der Kommunen zu einer eher zurückhaltenden Nachfrage nach IT-Leistungen (Hard- und Software) und zu einem wachsenden Interesse an Kooperationen und gemeinsamen Ausschreibungen mit dem Ziel, wirtschaftliche Synergieeffekte zu erzielen. Dies ließ sich auch in der Genossenschaft durch eine größere Beteiligung an den gemeinsamen Ausschreibungen erkennen. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten vier neue Mitglieder gewonnen werden, die zukünftig durch ihre Beteiligung an gemeinsamen Vergabeaktivitäten die Vertragsvolumina positiv beeinflussen werden.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 wurden gebündelte Beschaffungsbedarfe in den Bereichen Netzwerkkomponenten der Hersteller Cisco und Nexans, PaloAlto Sicherheitslösungen sowie RZ Server des Herstellers Dell EMC in gemeinsamen Ausschreibungen veröffentlicht.

Auch im vergangenen Geschäftsjahr 2018 zeigte sich ein stetiges Interesse am Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft. Nachdem die vergaberechtlichen Rahmenbedingungen im Jahre 2015 durch ein von der Genossenschaft beauftragtes Gutachten abschließend geklärt wurden, konnte für den Bereich der Softwarenutzung eine weitere Leistungsbeziehung aufgebaut werden.

Insgesamt ist erneut festzustellen, dass ProVitako weiter an Aufmerksamkeit bei den Vitako-Mitgliedern, die exklusiv Mitglieder der Genossenschaft werden können, gewonnen hat und durch das hohe Vergabevolumen immer stärker von den potentiellen Anbietern am Markt wahrgenommen wird. Die Mitglieder kommen mit eigenen Vorschlägen für weitere Bündelungen auf die Genossenschaft zu und unterstützen zunehmend die angelaufenen Aktivitäten.

Zur Unterstützung der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die Geschäftsstelle am Standort Siegburg Anfang des Jahres 2018 weiter ausgebaut und personell aufgestockt.

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2018

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
1	Landkreis Dahme-Spreewald	20	0,862	517,46 €	172,49 €
2	LRA Erzgebirgskreis	12	0,517	310,48 €	103,49 €
3	LRA Görlitz	30	1,294	776,20 €	258,73 €
4	LRA Leipzig	30	1,294	776,20 €	258,73 €
5	LRA Meißen	20	0,862	517,46 €	172,49 €
6	LRA Nordsachsen	8	0,345	206,99 €	69,00 €
7	LRA Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	20	0,862	517,46 €	172,49 €
8	LRA Vogtlandkreis	30	1,294	776,20 €	258,73 €
9	LRA Zwickau	20	0,862	517,46 €	172,49 €
10	SV Altenberg	12	0,517	310,48 €	103,49 €
11	SV Annaberg-Buchholz	12	0,517	310,48 €	103,49 €
12	SV Aue	20	0,862	517,46 €	172,49 €
13	SV Augustusburg	12	0,517	310,48 €	103,49 €
14	SV Bad Dübén	3	0,129	77,62 €	25,87 €
15	SV Bad Lausick	8	0,345	206,99 €	69,00 €
16	SV Bad Muskau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
17	SV Bad Schandau	12	0,517	310,48 €	103,49 €
18	SV Bautzen	20	0,862	517,46 €	172,49 €
19	SV Belgern-Schildau	12	0,517	310,48 €	103,49 €
20	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,216	129,37 €	43,12 €
21	SV Böhlen	20	0,862	517,46 €	172,49 €
22	SV Borna	5	0,216	129,37 €	43,12 €
23	SV Brandis	12	0,517	310,48 €	103,49 €
24	SV Burgstädt	20	0,862	517,46 €	172,49 €
25	SV Chemnitz	20	0,862	517,46 €	172,49 €
26	SV Coswig	5	0,216	129,37 €	43,12 €
27	SV Crimmitschau	30	1,294	776,20 €	258,73 €
28	SV Dahlen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
29	SV Delitzsch	20	0,862	517,46 €	172,49 €
30	SV Dippoldiswalde	20	0,862	517,46 €	172,49 €
31	SV Döbeln	3	0,129	77,62 €	25,87 €
32	SV Dohna	12	0,517	310,48 €	103,49 €
33	SV Dommitzsch VG	12	0,517	310,48 €	103,49 €

Seite 25 von 32

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
34	SV Elterlein	1	0,043	25,87 €	8,62 €
35	SV Frankenberg/Sa.	20	0,862	517,46 €	172,49 €
36	SV Frauenstein	3	0,129	77,62 €	25,87 €
37	SV Freiberg	8	0,345	206,99 €	69,00 €
38	SV Freital	8	0,345	206,99 €	69,00 €
39	SV Geyer	8	0,345	206,99 €	69,00 €
40	SV Glashütte	12	0,517	310,48 €	103,49 €
41	SV Glauchau	20	0,862	517,46 €	172,49 €
42	SV Görlitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
43	SV Grimma	20	0,862	517,46 €	172,49 €
44	SV Gröditz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
45	SV Groitzsch	20	0,862	517,46 €	172,49 €
46	SV Großenhain	1	0,043	25,87 €	8,62 €
47	SV Großröhrsdorf	12	0,517	310,48 €	103,49 €
48	SV Großschirma	8	0,345	206,99 €	69,00 €
49	SV Hainichen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
50	SV Hartenstein	8	0,345	206,99 €	69,00 €
51	SV Hartha	12	0,517	310,48 €	103,49 €
52	SV Harzgerode	3	0,129	77,62 €	25,87 €
53	SV Heidenau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
54	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,862	517,46 €	172,49 €
55	SV Hohnstein	8	0,345	206,99 €	69,00 €
56	SV Hoyerswerda	8	0,345	206,99 €	69,00 €
57	SV Kirchberg	12	0,517	310,48 €	103,49 €
58	SV Kitzscher	8	0,345	206,99 €	69,00 €
59	SV Klingenthal	3	0,129	77,62 €	25,87 €
60	SV Königstein	12	0,517	310,48 €	103,49 €
61	SV Landsberg	20	0,862	517,46 €	172,49 €
62	SV Lauter/Bernsbach	8	0,345	206,99 €	69,00 €
63	SV Leipzig	30	1,294	776,20 €	258,73 €
64	SV Leisnig	20	0,862	517,46 €	172,49 €
65	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,294	776,20 €	258,73 €
66	SV Lommatzsch	12	0,517	310,48 €	103,49 €
67	SV Löbnitz	12	0,517	310,48 €	103,49 €
68	SV Markneukirchen	3	0,129	77,62 €	25,87 €
69	SV Markranstädt	20	0,862	517,46 €	172,49 €
70	SV Meerane	5	0,216	129,37 €	43,12 €
71	SV Meißen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
72	SV Mittweida	1	0,043	25,87 €	8,62 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
73	SV Mügeln	12	0,517	310,48 €	103,49 €
74	SV Naumburg	20	0,862	517,46 €	172,49 €
75	SV Naunhof	12	0,517	310,48 €	103,49 €
76	SV Niesky	20	0,862	517,46 €	172,49 €
77	SV Nossen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
78	SV Oberlungwitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
79	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
80	SV Ostritz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
81	SV Pegau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
82	SV Pirna	20	0,862	517,46 €	172,49 €
83	SV Plauen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
84	SV Pulsnitz	12	0,517	310,48 €	103,49 €
85	SV Rabenau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
86	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	5	0,216	129,37 €	43,12 €
87	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	8	0,345	206,99 €	69,00 €
88	SV Radeburg	8	0,345	206,99 €	69,00 €
89	SV Regis-Breitungen	3	0,129	77,62 €	25,87 €
90	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,345	206,99 €	69,00 €
91	SV Reichenbach/O.L.	12	0,517	310,48 €	103,49 €
92	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,345	206,99 €	69,00 €
93	SV Roßwein	12	0,517	310,48 €	103,49 €
94	SV Rötha	12	0,517	310,48 €	103,49 €
95	SV Rothenburg/O.L.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
96	SV Sayda	5	0,216	129,37 €	43,12 €
97	SV Schkeuditz	30	1,294	776,20 €	258,73 €
98	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
99	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (f. GV Pöhl)	5	0,216	129,37 €	43,12 €
100	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,129	77,62 €	25,87 €
101	SV Stolpen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
102	SV Strehla	8	0,345	206,99 €	69,00 €
103	SV Taucha	20	0,862	517,46 €	172,49 €
104	SV Thalheim (Erzgeb.)	3	0,129	77,62 €	25,87 €
105	SV Tharandt	12	0,517	310,48 €	103,49 €
106	SV Torgau (f. Pflückuff)	1	0,043	25,87 €	8,62 €
107	SV Trebsen/Mulde	8	0,345	206,99 €	69,00 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
108	SV Treuen	12	0,517	310,48 €	103,49 €
109	SV Waldheim	12	0,517	310,48 €	103,49 €
110	SV Weißenberg	8	0,345	206,99 €	69,00 €
111	SV Weißwasser/O.L.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
112	SV Werdau	20	0,862	517,46 €	172,49 €
113	SV Wildenfels	8	0,345	206,99 €	69,00 €
114	SV Wilkau-Haßlau	12	0,517	310,48 €	103,49 €
115	SV Wilsdruff	20	0,862	517,46 €	172,49 €
116	SV Wolkenstein	3	0,129	77,62 €	25,87 €
117	SV Wurzen	8	0,345	206,99 €	69,00 €
118	SV Zittau (f. GV Hirschfelde)	8	0,345	206,99 €	69,00 €
119	SV Zschopau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
120	SV Zwenkau	20	0,862	517,46 €	172,49 €
121	SV Zwönitz	1	0,043	25,87 €	8,62 €
122	GV Amtsberg	1	0,043	25,87 €	8,62 €
123	GV Arnsdorf	8	0,345	206,99 €	69,00 €
124	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,043	25,87 €	8,62 €
125	GV Bannewitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
126	GV Belgershain	1	0,043	25,87 €	8,62 €
127	GV Borsdorf	20	0,862	517,46 €	172,49 €
128	GV Boxberg/O.L.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
129	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	20	0,862	517,46 €	172,49 €
130	GV Burkau	5	0,216	129,37 €	43,12 €
131	GV Burkhardtsdorf	8	0,345	206,99 €	69,00 €
132	GV Callenberg	3	0,129	77,62 €	25,87 €
133	GV Claußnitz	1	0,043	25,87 €	8,62 €
134	GV Crottendorf	3	0,129	77,62 €	25,87 €
135	GV Diera-Zehren	8	0,345	206,99 €	69,00 €
136	GV Doberschau-Gaußig	8	0,345	206,99 €	69,00 €
137	GV Dorfhain	3	0,129	77,62 €	25,87 €
138	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	8	0,345	206,99 €	69,00 €
139	GV Ebersbach (01561)	12	0,517	310,48 €	103,49 €
140	GV Elstertrebnitz	3	0,129	77,62 €	25,87 €
141	GV Eppendorf	8	0,345	206,99 €	69,00 €
142	GV Erlau	3	0,129	77,62 €	25,87 €
143	GV Frankenthal	3	0,129	77,62 €	25,87 €
144	GV Gablenz	1	0,043	25,87 €	8,62 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
145	GV Glaubitz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
146	GV Göda	8	0,345	206,99 €	69,00 €
147	GV Gohrisch	5	0,216	129,37 €	43,12 €
148	GV Großdubrau	1	0,043	25,87 €	8,62 €
149	GV Großharthau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
150	GV Großpösna	12	0,517	310,48 €	103,49 €
151	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,517	310,48 €	103,49 €
152	GV Großschönau	3	0,129	77,62 €	25,87 €
153	GV Grünhainichen (f. GV Borstendorf)	1	0,043	25,87 €	8,62 €
154	GV Hähnichen	1	0,043	25,87 €	8,62 €
155	GV Hainewalde	1	0,043	25,87 €	8,62 €
156	GV Hartmannsdorf	3	0,129	77,62 €	25,87 €
157	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,043	25,87 €	8,62 €
158	GV Hirschstein	1	0,043	25,87 €	8,62 €
159	GV Hochkirch	8	0,345	206,99 €	69,00 €
160	GV Hohendubrau	5	0,216	129,37 €	43,12 €
161	GV Kabelsketal	20	0,862	517,46 €	172,49 €
162	GV Käbschütztal	8	0,345	206,99 €	69,00 €
163	GV Klingenberg	5	0,216	129,37 €	43,12 €
164	GV Klipphausen	20	0,862	517,46 €	172,49 €
165	GV Königswartha	8	0,345	206,99 €	69,00 €
166	GV Kottmar	5	0,216	129,37 €	43,12 €
167	GV Krauschwitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
168	GV Kreba-Neudorf	3	0,129	77,62 €	25,87 €
169	GV Kreischa	8	0,345	206,99 €	69,00 €
170	GV Krostitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
171	GV Kubschütz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
172	GV Laußig	3	0,129	77,62 €	25,87 €
173	GV Leubsdorf	5	0,216	129,37 €	43,12 €
174	GV Leutersdorf	8	0,345	206,99 €	69,00 €
175	GV Lichtenau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
176	GV Lichtentanne	3	0,129	77,62 €	25,87 €
177	GV Liebschützberg	8	0,345	206,99 €	69,00 €
178	GV Löbnitz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
179	GV Lohsa	3	0,129	77,62 €	25,87 €
180	GV Lossatal	12	0,517	310,48 €	103,49 €
181	GV Machern	3	0,129	77,62 €	25,87 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
182	GV Malschwitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
183	GV Markersdorf	8	0,345	206,99 €	69,00 €
184	GV Mildenau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
185	GV Mockrehna	12	0,517	310,48 €	103,49 €
186	GV Moritzburg	8	0,345	206,99 €	69,00 €
187	GV Mücka	3	0,129	77,62 €	25,87 €
188	GV Müglitztal	5	0,216	129,37 €	43,12 €
189	GV Muldenhammer	3	0,129	77,62 €	25,87 €
190	GV Neschwitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
191	GV Neuensalz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
192	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,345	206,99 €	69,00 €
193	GV Neukieritzsch	12	0,517	310,48 €	103,49 €
194	GV Neukirchen	3	0,129	77,62 €	25,87 €
195	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,043	25,87 €	8,62 €
196	GV Niederau	12	0,517	310,48 €	103,49 €
197	GV Nünchritz	12	0,517	310,48 €	103,49 €
198	GV Obergurig	3	0,129	77,62 €	25,87 €
199	GV Oderwitz	3	0,129	77,62 €	25,87 €
200	GV Ottendorf-Okrilla	5	0,216	129,37 €	43,12 €
201	GV Otterwisch	3	0,129	77,62 €	25,87 €
202	GV Petersberg (f. VG Götsche- tal-Petersb.)	12	0,517	310,48 €	103,49 €
203	GV Pöhl	8	0,345	206,99 €	69,00 €
204	GV Priestewitz	8	0,345	206,99 €	69,00 €
205	GV Puschwitz	1	0,043	25,87 €	8,62 €
206	GV Quitzdorf am See	3	0,129	77,62 €	25,87 €
207	GV Rackwitz	12	0,517	310,48 €	103,49 €
208	GV Rammenau	1	0,043	25,87 €	8,62 €
209	GV Rathen, Kurort	3	0,129	77,62 €	25,87 €
210	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,043	25,87 €	8,62 €
211	GV Reinsberg	3	0,129	77,62 €	25,87 €
212	GV Reinsdorf	12	0,517	310,48 €	103,49 €
213	GV Rietschen	8	0,345	206,99 €	69,00 €
214	GV Rosenbach (f. VV Rosen- bach)	5	0,216	129,37 €	43,12 €
215	GV Schleife	5	0,216	129,37 €	43,12 €
216	GV Schmölln-Putzkau	5	0,216	129,37 €	43,12 €
217	GV Schöna-Berzdorf a. d. Ei- gen	3	0,129	77,62 €	25,87 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
218	GV Schönfeld	1	0,043	25,87 €	8,62 €
219	GV Schwepnitz	5	0,216	129,37 €	43,12 €
220	GV Sehmatal	5	0,216	129,37 €	43,12 €
221	GV Steinberg	3	0,129	77,62 €	25,87 €
222	GV Steinigtwolmsdorf	5	0,216	129,37 €	43,12 €
223	GV Striegistal	8	0,345	206,99 €	69,00 €
224	GV Tannenberg	3	0,129	77,62 €	25,87 €
225	GV Taura	5	0,216	129,37 €	43,12 €
226	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,517	310,48 €	103,49 €
227	GV Thiendorf	1	0,043	25,87 €	8,62 €
228	GV Trossin	5	0,216	129,37 €	43,12 €
229	GV Wachau	8	0,345	206,99 €	69,00 €
230	GV Waldhufen	5	0,216	129,37 €	43,12 €
231	GV Weinböhla	12	0,517	310,48 €	103,49 €
232	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,517	310,48 €	103,49 €
233	GV Weißkeißel	1	0,043	25,87 €	8,62 €
234	GV Wernsdorf	12	0,517	310,48 €	103,49 €
235	GV Wiedemar	8	0,345	206,99 €	69,00 €
236	GV Zeithain	1	0,043	25,87 €	8,62 €
237	VV Diehsa	8	0,345	206,99 €	69,00 €
238	VV Eilenburg-West	12	0,517	310,48 €	103,49 €
239	VV Jägerswald	3	0,129	77,62 €	25,87 €
240	Verkehrsverbund Oberlausitz- Niederschlesien GmbH	3	0,129	77,62 €	25,87 €
241	ZV Verkehrsverbund Oberlau- sitz-Niederschlesien	1	0,043	25,87 €	8,62 €
242	Verband für ländliche Neuord- nung in Sachsen	1	0,043	25,87 €	8,62 €
243	Schulverband Treuener Land	3	0,129	77,62 €	25,87 €
244	AZV Elbe-Floßkanal	5	0,216	129,37 €	43,12 €
245	AZV „Leisnig“	8	0,345	206,99 €	69,00 €
246	AZV „Oberer Lober“	1	0,043	25,87 €	8,62 €
247	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,129	77,62 €	25,87 €
248	AZV "Gemeinschafts-kläran- lage Kalkreuth"	3	0,129	77,62 €	25,87 €
249	AZV „Untere Zschopau“	3	0,129	77,62 €	25,87 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
250	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	3	0,129	77,62 €	25,87 €
251	AZV „Weiße Elster“	3	0,129	77,62 €	25,87 €
252	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,129	77,62 €	25,87 €
253	AZV Kleine Spree (f. AZV Löbauer Wasser)	1	0,043	25,87 €	8,62 €
254	ZV RAVON	5	0,216	129,37 €	43,12 €
255	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,129	77,62 €	25,87 €
256	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	3	0,129	77,62 €	25,87 €
257	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	3	0,129	77,62 €	25,87 €
258	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	3	0,129	77,62 €	25,87 €
259	ZV „Parthenaue“	3	0,129	77,62 €	25,87 €
260	ZV WALL	5	0,216	129,37 €	43,12 €
261	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,129	77,62 €	25,87 €
262	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	20	0,862	517,46 €	172,49 €
263	Kommunaler Sozialverband Sachsen	30	1,294	776,20 €	258,73 €
264	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,129	77,62 €	25,87 €
265	Lecos GmbH	8	0,345	206,99 €	69,00 €
266	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,129	77,62 €	25,87 €
267	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,043	25,87 €	8,62 €
268	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,043	25,87 €	8,62 €
269	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,043	25,87 €	8,62 €
	Gesamt 2018	2.319	100,00	60.000,00 €	20.000,00 €

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wiener Straße 128
01219 Dresden
Tel.: 0351 / 315 69 50
E-Mail: kdn@kdn-gmbh.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2008

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	60.000€
----------------------	---------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Frank Schlosser

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	60.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Lecos GmbH

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Prager Straße 8
04103 Leipzig
Tel.: 0341/25380
E-Mail: info@lecos-gmbh.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 16.08.2010

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig. Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	200.000€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Peter Kühne

III BETEILIGUNGEN**Gesellschafter**

Stadt Leipzig	180.000 €	90,0%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	20.000 €	10,0%

Beteiligungen

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000 €	2,6%
---	---------	------

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Markgrafenstraße 22

10117 Berlin

Tel.: 030 / 2063-156-0

Webseite: <http://www.provitako.de>

Rechtsform: eG

Gründungsdatum: 01.01.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmensgegenstand:

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	190.500€
----------------------	----------

II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Karl-Josef Konopka
Herr Dr. Ralf Resch

III BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	2,6%
verschiedene	180.500 €	94,8%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	2,6%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

	12/2016	12/2017	12/2018
Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Verlustabdeckung	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Anhang

Anlage 1 Begriffserläuterungen

Abschreibungen	<p>Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Jahreserfolgsrechnung stellen die Abschreibungen Aufwand dar; sie vermindern somit den steuerpflichtigen Gewinn und damit auch zugleich die gewinnabhängigen Steuern: Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Für die Bewertung der Anlagegüter ist zu unterscheiden zwischen</p> <ul style="list-style-type: none">• abnutzbaren und nicht abnutzbaren Anlagegütern sowie• planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung.
Aktiva	<p>Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (Anlagevermögen und Umlaufvermögen). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.</p>
Anlagevermögen	<p>Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem Umlaufvermögen Teil der Bilanz eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).</p>
Aufwendungen	<p>Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern das Eigenkapital.</p>
Betriebsergebnis	<p>Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, Mieten u.a.) = Kosten und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.</p>
Bilanz	<p>Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (Aktiva), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Passiva) als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.</p>

Bilanzgewinn/-verlust	Wird das Jahresergebnis um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
Eigenkapital	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das Gezeichnetes Kapital , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder Stammkapital bezeichnet, und die Rücklagen sowie den Gewinnvortrag und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als Gewinnrücklagen bezeichnet. Die Kapitalrücklagen wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
Erträge	Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen, die das Eigenkapital erhöhen. Hauptertrag sind die Umsatzerlöse, die nicht nur die Selbstkosten decken sollen, sondern auch einen angemessenen Gewinn erbringen.
Fremdkapital	Ein Teil der Bilanz , der auf der Seite der Passiva aufgeführt wird und die Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und Rückstellungen für zukünftige Verpflichtungen.
Gesellschafterverammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
Gewinn- und Verlustrechnung	Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden. Der ausgewiesene Periodenerfolg, der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag (Jahresergebnis), ist Ausgangsgröße der Gewinnverwendungsrechnung.
Gewinnrücklage	Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe Verlustvortrag/-rücktrag).

Gezeichnetes Kapital	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des Eigenkapitals . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
Investitionen	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Kurz: Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
Kapitalrücklage	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum Eigenkapital . Die Kapitalrücklage ist die von Kapitalgesellschaften zu bildende Rücklagen . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird. 2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird. 3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten. 4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.
Liquidität	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige Fremdkapital zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in Eigenkapital und Fremdkapital dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktiva) bzw. Einnahmen (Passiva) vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.
Rücklagen	Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches

Eigenkapital aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).

Rückstellungen

Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

Stammkapital

Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (**Gezeichnetes Kapital**). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).

Umlaufvermögen

Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der **Bilanz** auf der Aktivseite.

Umsatz

Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Verlustvortrag/-rücktrag

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 2 Kennzahlen

Bezeichnung	Formel
Arbeitsproduktivität (in %)	$\text{Umsatz} / \text{Personalaufwand} * 100$
Effektivverschuldung (in EUR)	$\text{Verbindlichkeiten} - \text{monetäres Umlaufvermögen}$
Eigenkapitalquote (in %)	$\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Eigenkapitalrendite (in %)	$\text{Jahresergebnis} / \text{Eigenkapital} * 100$
Fremdkapitalquote (in %)	$\text{Fremdkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Gesamtkapitalrendite (in %)	$(\text{Jahresergebnis} + \text{Zinsaufwand}) /$ $\text{Bilanzsumme} * 100$
Investitionsdeckung (in %)	$\text{Abschreibung} / \text{AfA} + (\text{AV neu} - \text{AV alt}) * 100$
Liquidität 1. Grades (in %)	$\text{monetäres Umlaufvermögen} /$ $\text{kfr. Verbindlichkeiten} * 100$
Pro-Kopf-Umsatz (in EUR)	$\text{Umsatz} / \text{Personalbestand}$
Vermögensstruktur (in %)	$\text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} * 100$

Anlage 3 Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt

HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsL- RettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz

SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
WRL	WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	57
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.....	130
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	168
Invest Region Leipzig GmbH.....	136
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH.....	307
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	205
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig	31
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	113
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig.....	36
Kommunaler Sozialverband Sachsen.....	67
Lecos GmbH	308
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	174
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft.....	49
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	310
Regionalbus Leipzig GmbH.....	151
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	146
Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen).....	125
Servicegesellschaft Muldental mbH.....	63
Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	258
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH.....	162
Westfälische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH.....	254
WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.....	129
Zweckverband Abfallwirtschaft West Sachsen	225
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	184
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	211
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	259
Zweckverband Kulturräum Leipziger Raum	43

Impressum

Herausgeber:
Landratsamt Landkreis Leipzig
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Redaktion:
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss:
31.10.2019

Konzeption, Koordination:
fidas kommunal
Beteiligungscontrolling Software der Saxess AG

Dieser Bericht steht auch als PDF-Datei im Internet zur Verfügung.

www.landkreisleipzig.de